

Beschlussbuch Juso-Bundeskongress 2014

**vom 5. bis 7. Dezember
in Bielefeld**



#linksleben

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



Das KonferenzKoordinationsSystem

KoKoS 2.3, © 2011 Fabian Parsch

Bundeskongress, 5.-7.12.2014

A Arbeit und Soziales

A 1	Perspektivprojekt Arbeit über Bundesvorstand	Sicherheit und Flexibilität – Eine echte Arbeitsversicherung	5
A 10	Bayern	Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent	18

B Bildung und Ausbildung

B 7	Weser-Ems	Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!	29
-----	-----------	---	----

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 4	Hannover	Rassismus in der Medizin bekämpfen	30
-----	----------	------------------------------------	----

E Europa, Asyl- & Flüchtlingspolitik

E 1	Perspektivprojekt Europa über Bundesvorstand	Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!	32
-----	--	---	----

F Frieden & Internationales

F 1	Bundesvorstand	Für eine linke Friedenspolitik	48
-----	----------------	--------------------------------	----

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 4	Hamburg	Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende sowie Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo- und bisexuellen Männern	60
G 8	Sachsen-Anhalt	Geschichte verpflichtet: Rehabilitation und Entschädigung so genannter „175er“	61

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 1	Nordrhein-Westfalen	UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!	62
I 4	Hannover	Racial Profiling stoppen!	65
I 12	Rheinland-Pfalz	Änderung des § 177 Strafgesetzbuch - Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja Vorraussetzung ist	66
I 14	Sachsen	Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz	68

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 1	Braunschweig	Aktive Wohnungsmarktpolitik: Mehr als Mietpreisbremse	70
K 4	Nordrhein-Westfalen	Das Morgen schon Heute bewahren!	73

N Netzpolitik, Datenschutz & Digitales

N 1	Bundesvorstand	Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!	77
-----	----------------	---	----

O Organisation & Partei

O 2	Thüringen, Sachsen	Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland	84
O 5	Bayern	Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden	87

P Pflege & Gesundheit

P 6	Nord-Niedersachsen	Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!	89
P 8	Bremen	Für eine progressive Drogenpolitik	91
P 9	Hessen-Süd	Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik	92

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U 1	Perspektivprojekt „Transformation der Wirtschaftsweise“ über Juso-Bundesvorstand	Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende	93
U 12	Nordrhein-Westfalen	Ein Ende des Plastikwahns	114

W Wirtschaft, Steuern & Finanzmärkte

W 1	Bundesvorstand	Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP, CETA und TISA stoppen!	115
W 7	Baden-Württemberg	Friede den Hütten, Steuern den Palästen! – Für eine solidarische Steuerpolitik, die Arme entlastet, Kriminelle bestraft und Reiche zur Erfüllung ihrer Pflichten anhält	119
W 13	Berlin	Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt CSR und Produktzertifizierung	125

INI Initiativanträge

INI 1	Hessen-Süd	Keine Bühne für sexualisierte Gewalt - Sexistische und menschenverachtende Seminare verhindern!	127
INI 2	Baden-Württemberg	Junge Union muss sich entschuldigen	128
INI 6	Bundesvorstand	Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!	129
INI 7	Bundesvorstand	Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!	132
INI 8	Berlin	„Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“	138

Titel Sicherheit und Flexibilität – Eine echte
Arbeitsversicherung

Antragsteller Perspektivprojekt Arbeit über Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Sicherheit und Flexibilität – Eine echte Arbeitsversicherung

1. Analyse

1.1. Trends in der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Auf der einen Seite ist der Arbeitsmarkt durchlässiger für Menschen mit verschiedenen beruflichen Werdegängen geworden. Arbeit ist vielfältig und divers. Mehr Frauen partizipieren an Erwerbsarbeit. Auf der anderen Seite, gerade im Bereich der geringqualifizierten Beschäftigten nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse immer mehr zu. Im Zuge der zunehmenden Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der Deregulierung des Arbeitsmarkts sind Sicherheiten verloren gegangen und neue Beschäftigungsrisiken entstanden. Wir Jusos sehen diese Entwicklungen mit Sorge. Seit Jahrzehnten ist der Sozialstaat auf dem Rückzug. Statt neuer Sicherheiten unter veränderten Rahmenbedingungen ist die Unsicherheit gewachsen. Neben neu entstandenen Chancen und Freiheiten im Berufsleben sehen wir heute aber auch einen fortwährenden Konkurrenzkampf um die eigene Lebensgrundlage. Das Leitbild des eigenverantwortlichen Arbeitnehmers, der als „Ich-AG“ selbst dafür verantwortlich ist, ständig seine ökonomische Verwertbarkeit und Arbeitsmarktauglichkeit zu optimieren oder eben zu scheitern, lässt viele VerliererInnen zurück.

Gleichzeitig legen heute viele ArbeitnehmerInnen ihrem Lebensentwurf andere Prioritäten zugrunde. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und anderen Zielen mit dem Beruf ist stärker geworden. Die eigene Verwirklichung neben dem Beruf nimmt mittlerweile einen viel größeren Stellenwert ein, als es früher der Fall war. Damit gehen Wünsche nach Auszeiten, beruflicher Um- und Neuorientierung und mehr Zeit für sich und andere ganz allgemein einher.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer Analyse. Das Verhältnis hat sich historisch verändert und verändert sich weiterhin. Mit der Deregulierung der letzten Jahrzehnte ist Kapital auf den Finanzmärkten flexibler und globaler geworden und hat sich gegenüber anderen Kapitalformen bedeutende Vorteile verschafft. Der damit verbundene Druck auf Rendite ist auf den Produktionsfaktor Arbeit übergegangen und hat viele neoliberale Reformen in Industrieländern angestoßen.

Zunehmende Individualisierung und Zersplitterung der Erwerbsbiographien, die an sich einen Fortschritt gegenüber Fremdbestimmung und vorgezeichneten Bildungs- und Erwerbsbiographien darstellt, für den die ArbeitnehmerInnenbewegung immer gekämpft hat, haben grundlegende gesellschaftliche Solidaritäten, die auf der Vergleichbarkeit der Erwerbsbiographien fußten, aufgelöst und zu einer Schwächung der Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen beigetragen. Auch dadurch wurde die Machtverschiebung im zentralen gesellschaftlichen Interessensgegensatz zwischen den EigentümerInnen der Produktionsmittel und Produktivkräften zuungunsten der ArbeitnehmerInnen, der in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat, erst möglich. Jetzt kommt es darauf an neue gesellschaftliche Solidaritäten auf Grundlage der Verortung im Interessensgegensatz zu

44 organisieren und kollektive Absicherungsmechanismen und grundlegende
45 Arbeitsmarktregularien wieder zu erkämpfen.

46

47 In Deutschland hat die Agenda 2010 zur Unsicherheit der heutigen Arbeitswelt beigetragen. Die
48 Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I stellt weite Teile der ArbeitnehmerInnen
49 vor Existenzängste. Beim Verlust des Arbeitsplatzes bleiben in der Regel nur noch 12 Monate,
50 in denen die Lohnersatzleistung gezahlt wird. Wer innerhalb dieser Zeit keinen neuen Job
51 findet, rutscht in die Existenzsicherung und muss vorhandenes Vermögen aufbrauchen. Älteren
52 ArbeitnehmerInnen bleiben zumindest 18 Monate. Wer lange gearbeitet hat und in die
53 Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, kann heute nur für kurze Zeit auf die Solidarität der
54 Versicherungsgemeinschaft vertrauen.

55

56 Das Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und Vollzeit – war viele Jahre der Garant für einen
57 abgesicherten und planbaren Lebensentwurf. Heute arbeiten vielen Menschen in atypischer
58 Beschäftigung. 2010 hatten 10% der ArbeitnehmerInnen einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei
59 Neueinstellungen werden sogar über 40% nur befristet angestellt. Immer mehr greifen auch
60 kurzfristige Verträge um sich, die es den Menschen noch nicht einmal erlauben, die
61 Voraussetzungen für das Arbeitslosengeld I zu erfüllen, für das man 12 Monate am Stück
62 versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein muss. Im selben Maße sind
63 Teilzeitbeschäftigungen angestiegen. Heute arbeitet mehr als jeder vierte nicht in Vollzeit.
64 Unterschieden werden muss an dieser Stelle zwischen den ArbeitnehmerInnen, die freiwillig auf
65 Arbeitszeit und Einkommen verzichten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und/oder
66 Freizeit sicherstellen wollen und den ArbeitnehmerInnen, die gezwungenermaßen auf
67 Arbeitszeit verzichten. Ein deutliches Gefälle zeigt sich zwischen den Geschlechtern, da es vor
68 allem Frauen sind, die Teilzeit arbeiten.

69

70 So positiv Teilzeitarbeit für den eigenen Lebensentwurf sein kann, dürfen wir nicht die Augen
71 davor verschließen, dass Befristung und vor allem Teilzeitarbeit die größten Risiken für
72 unterdurchschnittliche Entlohnung und prekäre Beschäftigung sind. In den heutigen
73 Sicherungssystemen sehen wir, dass Teilzeitbeschäftigung eine der größten Risiken für
74 Altersarmut darstellt. Vor allem die unterbrochenen Erwerbsbiografien von Frauen mit einem
75 hohen Anteil von Teilzeitarbeit führen zu wesentlich geringeren Ansprüchen an die gesetzliche
76 Rentenversicherung.

77

78 Leih- und Zeitarbeit haben zusätzlich Instrumente für ArbeitgeberInnen geschaffen, Lohnkosten
79 als variable Größe in betriebswirtschaftliche Berechnungen einfließen zu lassen. Beschäftigung
80 wird so zum Spielball von Renditeerwartungen und Sicherheit für ArbeitnehmerInnen zum
81 vermeidbaren Hindernis bei der Gestaltung von Unternehmen.

82

83 Nach vielen Jahren der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen muss sich die Diskussion
84 wieder auf die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses konzentrieren. Die Wiederherstellung
85 von Sicherheiten, die verloren gegangen sind, ist dabei nur ein Teil. Darüber hinaus müssen
86 Aspekte der Arbeitszeitverkürzung, der Umverteilung von Arbeitszeit, der Einbeziehung von
87 Care-Arbeit und die Integrierung von festen Weiterbildungszeiten im Erwerbsleben integraler
88 Bestandteil unserer Vorstellung von einem neuen Normalarbeitsverhältnis sein.

89

90 Nicht nur die Arbeitsverträge sind flexibilisiert worden, sondern auch die Arbeit an sich. Statt
91 Präsenzzeit im Betrieb geht der Trend zur Auflösung der räumlichen und zeitlichen Auflösung
92 des Arbeitsortes.. Technischer Fortschritt macht in vielen Bereichen ein Arbeiten von zu Hause
93 oder unterwegs möglich. An vielen Stellen kann sich diese Flexibilität positiv auf die
94 Vereinbarkeit von Familie, Freizeit oder anderen Lebenszielen mit dem Beruf auswirken. Die
95 Kehrseite jedoch ist der Trend zur vorausgesetzten ständigen Verfügbarkeit der
96 ArbeitnehmerInnen und damit die zunehmende Entgrenzung von Arbeit, die sich in den letzten
97 Jahren beobachten lässt. Die erwartete ständige Erreichbarkeit führt zu einer zusätzlichen
98 physischen und psychische Belastung der ArbeitnehmerInnen, zum Verschwinden von
99 Freiräumen und bedeutet die Unterordnung des ganzen Lebens unter die Zwänge der
100 Erwerbsarbeit.

101

102 Ständig entstehen in der heutigen Arbeitswelt neue Berufe. Betriebe schaffen neue
103 Tätigkeitsfelder und neue Aufgaben für die spezialisiertes Personal benötigt wird. Unter dem
104 Stichwort Shared Economy winken den Menschen neue Verdienstmöglichkeiten. Vielen

105 erscheint es heute erstrebenswert oder als einzige Möglichkeit den Schritt in die
106 Selbstständigkeit zu gehen und sich nicht auf Dauer an einen Arbeitgeber zu binden. Dies geht
107 bei den meisten aber einher mit einem massiven Verlust an sozialer Sicherheit. Wo Menschen
108 solosebstständig sind oder in kurzer Projekt- und Werkarbeit fallen sie durch das Netz der
109 Sozialversicherungen. Die lange Tradition der paritätischen Absicherung von ArbeitgeberInnen
110 und ArbeitnehmerInnen wird komplett an den/die Einzelne/n delegiert. Neben den direkten
111 Folgen für den/die ArbeitnehmerIn stehlen sich die ArbeitgeberInnen aus der
112 gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

113
114 Die Folgen der Unsicherheit erreichen immer stärker das Gesundheitswesen. Arbeitsbedingte
115 Erkrankungen sind auf dem Vormarsch. Rückenschmerzen, Burnout und andere stressbedingte
116 Beschwerden machen einen Großteil der Leiden breiter Bevölkerungsschichten aus. Immer
117 mehr Menschen klagen über die Anforderungen durch den Beruf. Historisch ist die
118 Errungenschaft, dass Arbeit heute kein unmittelbares Risiko für das Leben darstellt, wie es vor
119 100 Jahren noch der Fall war. Heute müssen wir aber Entwicklungen feststellen, die für viele
120 Menschen Arbeit wieder eine massive Einschränkung der Lebensqualität darstellen.

121
122 Weiterbildung ist ein entscheidender Beitrag um Arbeit zu sichern. Weiterbildung ist ein
123 wichtiger Weg um Arbeitslosigkeit vorzubeugen oder eine neue Arbeitsstelle zu finden. Die
124 Veränderung der Arbeitswelt in den letzten Jahren und Jahrzehnten haben die Ansprüche an
125 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert. Die Anforderungen von Wirtschaft und
126 Unternehmen an Weiterbildung, Qualifikation, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität ihrer
127 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die eigenen Ansprüche an das eigene Erwerbsleben
128 sind gestiegen. Insbesondere die Inanspruchnahme von Weiterbildung und deren Finanzierung
129 sind sozial ungleich verteilt. Die Folge dessen ist, dass dort, wo Weiterbildung und Qualifikation
130 im Erwerbsleben eigentlich am dringendsten gebraucht werden, diese am wenigsten stattfinden.
131 Dieser Zustand lässt sich nur durch ein gesamtgesellschaftliches Modell des lebenslangen
132 Lernens im Rahmen einer Arbeitsversicherung anstelle einer Arbeitslosenversicherung
133 überwinden. Um praktikabel für Arbeitnehmer- und ArbeitgeberInnen zu sein, muss
134 Weiterbildung jedoch besser koordiniert und strukturiert werden.

135
136 Bei fast allen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich Licht und Schatten. Zwischen
137 positiven und negativen Effekten ist es ein schmaler Grat. Unser Ziel als Jugendverband der
138 SPD muss es sein, die negativen Effekte zurückzudrängen, Risiken zu minimieren,
139 Entwicklungen zu gestalten und bei allem die positiven Aspekte zu erhalten. Sozialdemokratisch
140 ist der Staat, der den BürgerInnen Aufstieg ermöglichen und Sicherheit vermitteln kann. Er
141 bietet in verschiedenen Situationen individuelle Antworten: Er ist Sprungbrett und
142 Sicherheitsnetz. Die Arbeitsversicherung wird nicht alle Probleme der Entwicklungen in der
143 Arbeitswelt lösen können. Aber sie kann für ein großes Stück mehr Sicherheit in einer unsicher
144 gewordenen Arbeitswelt bieten.

145

146 1.2. Wert der Arbeit

147

148 Arbeit ist mehr als eine variable Größe in einer volkswirtschaftlichen Bilanz. Arbeit als
149 Tauschwert schafft die Lebensgrundlage für die meisten Menschen und ist Quell
150 gesellschaftlicher Wertschöpfung. Ihre Bedeutung geht über diese Grundfunktion jedoch hinaus.

151

152 Denn ihre soziale Funktion und Bedeutung für den Einzelnen darf nicht vergessen werden.
153 Arbeit bestimmt die Lebensrealität der meisten Menschen und prägt ihren Alltag. Arbeit bietet
154 einen grundlegenden Identifikationsrahmen und schafft soziale Inklusion und Teilhabe. Viele
155 Menschen definieren sich über die Qualität und das Produkt ihrer Arbeit. Andererseits bewirkt
156 Arbeitslosigkeit für viele Menschen das komplette Gegenteil. Soziale und kulturelle Isolation ist
157 neben gesundheitlichen und psychischen Beschwerden eine Hauptfolge von Erwerbslosigkeit.
158 Aus sozialistischer Perspektive ist Arbeit deshalb als Quelle der Selbstverwirklichung und
159 produktiven Weiterentwicklung des Menschen anzusehen.

160

161 Um diesen positiven Funktionen im Leben der Menschen gerecht zu werden, müssen
162 bestimmte Anforderungen an die Art der Arbeit gestellt werden. Gute Arbeit qualifiziert sich für
163 uns dadurch, dass sie den Menschen ein auskömmliches Leben, sowie Planungssicherheit
164 ermöglicht. Weiterhin muss sie den Erwerbstätigen eine Gestaltungsfunktion über ihre eigenen
165 Arbeitsprozesse sowie die Kommunikation und den sozialen Austausch mit anderen Menschen

166 einschließen. Für uns ist der Mensch nicht ein winziges Zahnrad im Getriebe des
167 Produktionsprozesses, sondern steht mit seinen Wünschen und Bedürfnissen im Zentrum.
168
169 Es gibt verschiedene Arten von Arbeit. Neben der Erwerbsarbeit, der selbstständigen oder
170 abhängigen Beschäftigung, gibt es noch ehrenamtliche Arbeit sowie Reproduktionsarbeit. Auch
171 diese Arten von Arbeit sind im gesellschaftlichen Zusammenhang von entscheidender
172 Bedeutung und sind Teil unserer politischen Vorstellungen.
173
174 Erwerbsarbeit ist deshalb von zentraler politischer Bedeutung für uns, weil sie den
175 entscheidenden Ansatzpunkt für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit
176 bildet. Dies bedeutet nicht, jeden Menschen rein unter dem Gesichtspunkt seiner
177 ökonomischen Verwertbarkeit und Tauglichkeit im Arbeitsprozess zu beurteilen und die
178 Erwerbsarbeit als Totalität über alle anderen bestimmenden Elemente der menschlichen
179 Gesellschaft zu erheben. Solange aber ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, ist
180 die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Menschen in abhängiger Beschäftigung unser
181 zentrales Ziel. Nur so lässt sich die Lebensgrundlage der Menschen zum Positiven verbessern
182 und nur so kann ihnen ein selbstbestimmtes Leben zuteilwerden.
183
184 Deshalb können wir diese Gesellschaft nur verändern, wenn wir uns in die Tradition der
185 ArbeiterInnenbewegung stellen und unseren politischen Schwerpunkt darauf richten, die
186 Arbeitswelt weitreichend umzugestalten. Wir kämpfen für eine Demokratisierung der
187 Arbeitswelt, die Durchsetzung und Verteidigung von ArbeitnehmerInnenrechten sowie gute
188 Arbeitsbedingungen und Entlohnung für alle Beschäftigten. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft,
189 sozial ist, was „Gute Arbeit“ durchsetzt! Für uns ist klar: es gibt ein Recht auf Arbeit für alle
190 Menschen. Deshalb bleibt Vollbeschäftigung durch gute Arbeit unser zentrales
191 arbeitsmarktpolitisches Ziel.

192 193 1.3. **Status quo der Arbeitslosenversicherung** 194

195 Die Arbeitslosenversicherung ist eine der großen Errungenschaften der
196 ArbeiterInnenbewegung, weil sie den Einzelnen absichert gegen das grundlegende
197 Beschäftigungsrisiko, die Arbeit – und damit die eigene Lebensgrundlage und die der Familie –
198 zu verlieren. Daneben hat sie volkswirtschaftlich positive Effekte durch die Stabilisierung der
199 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit. In späterer Zeit kam ihr
200 auch der Auftrag zu, durch Weiterbildung diesen Zeiten eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit
201 zu erhalten und die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, zu erhöhen.

202
203 Die Arbeitslosenversicherung ist eine Pflichtversicherung, da prinzipiell alle vom Risiko der
204 Arbeitslosigkeit betroffen sind und dieses Risiko gemeinsam absichern sollen. Zu dieser
205 solidarischen Absicherung gehört auch die Verantwortung von ArbeitgeberInnen, die für
206 gesamtgesellschaftliche Arbeitslosigkeit durch eigenes unternehmerisches Handeln
207 verantwortlich sind und die deshalb einen paritätischen Beitrag leisten müssen. Ausgenommen
208 sind Personengruppen, die nicht abhängig beschäftigt sind wie Selbstständige, welche sich im
209 Rahmen der „Freiwilligen Weiterversicherung gegen Arbeitslosigkeit“ versichern können, sowie
210 Beamten und Personen, die das reguläre Renteneintrittsalter erreicht haben.

211
212 Während der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise übernahm die Arbeitslosenversicherung die
213 Aufgabe eines Wirtschaftsstabilisators. Durch Leistungen zum Verbleib in Beschäftigung wie
214 beispielsweise die Ausbezahlung von KurzarbeiterInnengeld konnten
215 Beschäftigungsverhältnisse gehalten und Nachfrageeinbrüchen entgegen gewirkt werden.
216 Durch die massive Senkung des Beitragssatzes haben wir es momentan jedoch mit einer
217 Unterfinanzierung der Arbeitslosenversicherung zu tun. Der Beitragssatz betrug 2006 noch 6,5
218 %, während er heute nur noch bei 3% des beitragsfähigen Bruttoentgelts liegt. Die
219 Beitragsbemessungsgrenze, die festlegt, bis zu welcher Höhe das Einkommen zur Finanzierung
220 der Arbeitslosenversicherung herangezogen wird, liegt in den alten Bundesländern bei
221 monatlich 5950 Euro, in den neuen Bundesländern bei 5000 Euro. Damit verfügt das jetzige
222 System über keinerlei finanzielle Reserven oder alternative Einnahmequellen mehr, um
223 beschäftigungsfördernde Leistungen wie in der Vergangenheit anzubieten.

224
225 Momentan ist die Arbeitslosenunterstützung in zwei Leistungen gegliedert: Einerseits die
226 Einkommenssicherung (Arbeitslosengeld I) und die Grundsicherung (Arbeitslosengeld II).

227 Kinderlos erhält man 60 % des Bruttolohns, mit Kindern steigt der Betrag auf 67 %. Das
228 Arbeitslosengeld I wird jedoch nur 12 Monate gezahlt. Wer mehr als 24 Monate
229 versicherungspflichtig gearbeitet hat und älter als 50 Jahre ist erhält das ALG I unter gewissen
230 Voraussetzungen bis zu 18 Monate. Falls die ArbeitnehmerInnen bis zu diesem Zeitpunkt keine
231 Erwerbstätigkeit angenommen haben, wird ihnen Arbeitslosengeld II/Hartz IV gezahlt. Dieses
232 Geld wird aus Steuermitteln finanziert. Dazu muss aber unter bestimmten Bedingungen eigenes
233 Vermögen vorher verbraucht werden, um diese Existenzsicherung zu beziehen.

234

235 Mit den Hartz-Reformen ist es so zu einem Pfadwechsel in der Diskussion innerhalb der SPD
236 gekommen. Arbeitslosigkeit wurde als individuelles und weniger als gesellschaftliches Risiko
237 betrachtet. Die Pflicht, sich im Falle der Arbeitslosigkeit selbst zu helfen und Vermögenswerte
238 zu verbrauchen, trat in den Vordergrund und hat den Gedanken der kollektiven Sicherung der
239 Lebensleistung zurückgedrängt. Gleichzeitig wurde keine Antwort auf die zunehmenden
240 Risiken in die Erwerbslosigkeit abzustiegen gefunden, die sich durch eine steigende Tendenz zu
241 atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen ergeben. Vor allem bestimmte Gruppen wie
242 Jugendliche und junge Erwachsene, die noch am Anfang ihrer Erwerbsbiografie stehen oder
243 Frauen mit Kurzfrist- und Teilzeitverträgen profitieren kaum vom jetzigen Aufbau der
244 Arbeitslosenversicherung.

245

246 2. Die Arbeitsversicherung

247

248 Für uns ist die Arbeitsversicherung als Bündelung aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
249 grundlegender Baustein einer aktiven und qualifizierungsorientierten Arbeitsmarkt- und
250 Beschäftigungspolitik.

251

252 Grundfunktion der Arbeitsversicherung ist zum einen die paritätisch finanzierte Absicherung
253 gegen die Risiken der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel die, im Zuge des Wandel des Arbeitsmarkts
254 sowie der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses häufiger werdenden, Wechsel und Brüche in
255 der Erwerbsbiographie besser abzudecken und auf die individuelle Lebenssituation besser
256 anpassbar zu sein sowie flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente zu ermöglichen.

257

258 Auf der anderen Seite soll mit dem Umbau der Arbeitslosenversicherung zur
259 Arbeitsversicherung der Übergang zu einer echten qualifizierungsorientierten
260 Beschäftigungspolitik im Rahmen einer persönlichen Beratung vollzogen werden. Ziel muss es
261 sein die Voraussetzung für Lebenslanges Lernen zu schaffen und es zu ermöglichen, dass im
262 Laufe eines Erwerbslebens eine echte Weiterentwicklung der Qualifikationen oder auch
263 berufliche Umorientierung möglich wird.

264

265 2.1. Grundprinzipien der Arbeitsversicherung

266

267 Qualifizierung

268

269 Grundlegendes Prinzip der Arbeitsversicherung ist die Schwerpunktsetzung auf die
270 Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen und der Eröffnung echter Fort- und
271 Weiterbildungschancen. Nicht Vermittlungszahlen in teilweise fragwürdigen Kursangeboten,
272 sondern nachhaltige Qualifizierungsangebote sollen über den Erfolg der Vermittlung
273 entscheiden. Weiterbildungsangebote müssen überprüft und zertifiziert werden.

274

275 Gleichstellung

276

277 Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ebenfalls essentieller
278 Schwerpunkt der Arbeit der Arbeitsversicherung. Es kann nicht sein, dass Frauen auf dem
279 Arbeitsmarkt nach wie vor deutlich benachteiligt werden und für gleichwertige Tätigkeiten
280 signifikant weniger verdienen. Neben allen notwendigen gesetzgeberischen Regularien greift
281 die Arbeitsversicherung hier aktiv fördernd mit gezielten Maßnahmen ein, um die
282 Erwerbsbeteiligung und Qualifizierung zu verbessern sowie eigenständige Absicherungen von
283 Frauen zu gewährleisten. Der Grundsatz der Gleichstellung durchzieht alle Leistungen der
284 Arbeitsversicherung. Die Leistungen im Bereich Familienzeit sowie Pflegezeiten erfolgen nur,
285 wenn eine Reduzierung der Arbeitszeit innerhalb der Partnerschaft von beiden Partnern
286 wahrgenommen wird.

287

288 **Individuelle Ansprache und Beratung**

289

290 Um den Anspruch der Arbeitsversicherung auf echte Fort- und Weiterbildungsangebote erfüllen
291 zu können bedarf es individueller Ansprache und Beratung. Individuell sollen Stärken und
292 Schwächen gemeinsam im Gespräch analysiert werden und gemeinsam eine
293 Weiterentwicklungsoption gefunden werden, die auf die individuellen Bedürfnisse und
294 Fähigkeiten zugeschnitten ist. Ziel ist die Verstetigung der Beratungs- und
295 Betreuungsleistungen, die nicht mehr ausschließlich projekt- oder kursbasiert, sondern
296 langfristig mit dem Ziel nachhaltiger Arbeitsmarktintegration erfolgen soll. Um dies zu erreichen,
297 müssen die der Geschäftsstellen der Arbeitsversicherung mit ausreichend Personal
298 ausgestattet werden.

299

300 **Zuständigkeiten**

301

302 Die Zuständigkeit für die Arbeitsversicherung soll teilweise bei den Kommunen liegen. Die
303 Verantwortung für die Unterstützung Arbeitsloser einschließlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik
304 liegt bei den Kommunen, um die Nähe zu den Arbeitsuchenden zu gewährleisten, auf regionale
305 Spezifika des Arbeitsmarktes eingehen zu können und unmittelbaren Zugriff auf weitere
306 kommunale Leistungen des Sozialbereichs (u.a. Jugendhilfe, Wohnungsvermittlung und -
307 förderung, Leistungen nach SGB XII) zu gewährleisten. Für diesen Bereich werden bundesweit
308 einheitliche Standards definiert, innerhalb derer die Kommunen eigenständig agieren; die
309 Kosten einschließlich des notwendigen Verwaltungsaufwands werden den Kommunen durch die
310 Arbeitsversicherung erstattet. Alle anderen Bereiche der Arbeitsversicherung werden zentral
311 verantwortet und durch lokale Niederlassungen der AV durchgeführt.

312

313 **Paritätisch Grundfinanzierung, steuerliche Ergänzung**

314

315 Die Arbeitsversicherung soll auch zukünftig paritätisch zwischen ArbeitgeberIn und
316 ArbeitnehmerIn finanziert werden. Sozial- und Beschäftigungspolitisch sinnvolle Maßnahmen,
317 die über die reine Risikoabsicherung hinausgehen, können durch steuerliche Mittel unterstützt
318 werden. Weiterhin ist das Ziel eine Ausweitung des Personenkreises unter der Einbeziehung
319 von Selbständigen und Beamten, damit auch sie in die Qualifizierungsfunktion der
320 Arbeitsversicherung einbezogen werden.

321

322 **Struktureller Aufbau der Arbeitsversicherung**

323

324 Der Aufbau der Arbeitsversicherung besteht, aus vier Sparten, die unter einem gemeinsamen
325 Dach vereinigt werden. Das sind zum einen der Bereich Ausbildungsförderung im Rahmen
326 eines Ausbildungsfonds, der betriebliche Weiterbildungsfonds, die paritätisch finanzierte
327 Weiterbildungssparte, die aus einem Weiterbildungskonto für die persönliche berufliche
328 Weiterbildung besteht, auf dem kontinuierlich Weiterbildungspunkte angespart werden, sowie
329 die Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung.

330

331 **2.2. Ausgestaltung der Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung**

332

333 Das bisherige Arbeitslosengeld II wird in die Versicherungssäule der Arbeitsversicherung
334 integriert, allerdings weiterhin aus Steuermitteln finanziert. Die Arbeitsversicherung weist in ihrer
335 Versicherungsform damit künftig zwei Leistungsstufen auf. Sie dienen, im Falle von
336 Arbeitslosengeld I der Lebensstandartsicherung der Arbeitssuchenden und im Fall des
337 Arbeitslosengeldes II der Sicherstellung eines echten sozio-kulturellen Existenzminimums.
338 Bisherige weitere Leistungen wie Übergangs- oder Kurzarbeitergeld bleiben unverändert
339 erhalten und werden wie bisher nicht auf die Bezugsdauer ALG I angerechnet.

340

341 **Arbeitslosengeld I muss Lebensstandard für alle BeitragszahlerInnen sichern**

342

343 Wir wollen, dass Menschen, die aus Arbeit heraus arbeitslos werden, ihren Lebensstandard
344 sichern können. Das Arbeitslosengeld erfüllt diese Funktion inzwischen aber nur noch
345 unzureichend. Zu sehr ist es durch Kürzungsreformen ausgedünnt worden. Höhe und
346 Bezugsdauer wurden verringert und die Anwartschaftskriterien verschärft. Gepaart mit
347 Niedriglöhnen sorgt das dafür, dass mehr als jedeR fünfte Erwerbstätige aus dem Job direkt in
348 Hartz IV rutscht. Bei den LeiharbeiterInnen ist es jedeR Zweite. Dadurch verliert die

349 Arbeitslosenversicherung auch an Legitimation.

350

351 Um dieser Entwicklung zu begegnen, wollen wir die Schutzfunktion der
352 Arbeitslosenversicherung verbessern und gezielt dafür sorgen, dass bei niedrigen Löhnen und
353 geringem Stundenumfang die Zahlungen nicht so niedrig ausfallen, dass die Betroffenen
354 dennoch mit ALG II aufstocken müssen.

355

356 Deshalb fordern wir ein 'Mindestarbeitslosengeld'. Dieses muss höher liegen als der ALG-II-
357 Anspruch einer alleinstehenden Person unter Berücksichtigung eines Pauschalansatzes für die
358 Kosten der Unterkunft. Wird durch ein Arbeitseinkommen kein Arbeitslosengeld-I-Anspruch in
359 dieser Höhe erreicht, erhöhen sich die Arbeitgeberbeiträge so weit, bis die Höhe der geleisteten
360 Beiträge einen Anspruch in Höhe des Mindestarbeitslosengeldes generiert.

361

362 Regulär beträgt die Höhe des Arbeitslosengeldes I mindestens 70 % des
363 Bruttobemessungsentgelds, welches durchschnittlich in den vergangenen 12 Monaten erzielt
364 werden konnte. Sind in einem Haushalt Kinder vorhanden, für die der/die Arbeitsuchende oder
365 ihr nicht getrennt lebender LebenspartnerInnen Kindegeld erhält, so erhöht sich die Höhe des
366 Arbeitslosengeldes I.

367

368 **Bezugsdauer**

369

370 Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach der Dauer der vorangegangenen
371 Beschäftigung. Allen ArbeitnehmerInnen stehen nach dem Verlust ihrer Arbeit feste 12 Monate
372 Bezugsdauer ALG I zu. Diese Bezugsdauer erhöht sich mit der Dauer des
373 Beschäftigungsverhältnisses und Lebensalter auf bis zu 24 Monate. Wenn diese feste
374 Bezugsdauer aufgrund von Arbeitslosigkeit angetastet werden musste, baut sich diese mit 1
375 Monat zusätzlicher Bezugsdauer ALG I je gearbeiteten Monat wieder auf.

376

377 Darüber hinaus können im Rahmen eines flexibel ansparbaren Bezugsdauerkontos, welches
378 ähnlich eines Langzeitarbeitszeitkontos wirkt, pro gearbeitetem Jahr ein Monat zusätzliche (bei
379 Teilzeit anteilig) Bezugsdauer ALG I angespart werden. Die angesparte Bezugsdauer des
380 Arbeitslosengeldes I kann für alle unter Ziehungsrechten definierten Verwendungszwecke
381 eingesetzt werden. Nach zwölf Jahren verfällt ein ungenutzter Monat.

382

383 **Ziehungsrechte**

384

385 *Arbeitslosigkeit*

386

387 Mit Hilfe der Arbeitsversicherung soll durch bessere Absicherung und kontinuierliche
388 Weiterbildung Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden. Sollte es dennoch zu Arbeitslosigkeit
389 kommen wird diese natürlich ebenfalls mit Hilfe der angesparten Ziehungsrechte abgesichert
390 werden können. In diesem Falle stehen Personen mindestens 70% ihres letzten Lohnes zu. Bei
391 Kindern erhöht sich dieses Prozentual.

392

393 *Reduzierung von Arbeitszeit*

394

395 Ziehungsrechte sollten auch zur generellen Reduzierung von Arbeitszeit im Sinne einer
396 Arbeitszeitverkürzung genutzt werden können. Dafür stehen den Versicherten 50% des
397 Gehaltes ihrer Ausfallzeiten zu.

398

399 *Sabbaticals*

400

401 Längere Auszeiten vom Beruf können ebenfalls mit Hilfe der Arbeitsversicherung organisiert
402 werden. Hierfür werden 50% des Lohnes fortgezahlt.

403

404 *Verlängerung von Carearbeitszeiten*

405

406 Angesparte Zeiten sollen auch zur Verlängerung von Carearbeit verwandt werden können. Nach
407 vorgegebenen Regelungen (z.B. Kinder unter 16 Jahre; Verwandte in bestimmter Pflegestufe)
408 können diese Zeiten dann zur Reduzierung bei gleichzeitiger Ausfallregelung von 70% genutzt
409 werden. Um dabei im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter zu handeln werden diese 70%

410 nur ausgezahlt, wenn der Partner ebenfalls seine Arbeitszeit im gleichen Umfang reduziert.

411

412 *Weiterbildung*

413

414 Angesparte flexible Bezugsdauer ALG I soll auch in Guthaben des Weiterbildungskontos der
415 Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung zur persönlichen Beruflichen Weiterbildung
416 umgewandelt werden können. Umgekehrt ist aber eine verpflichtende Heranziehung von
417 angesparten Zeiten der persönlichen beruflichen Weiterbildung im Falle von Arbeitslosigkeit
418 nicht möglich.

419

420 *Flexible Übergänge in die Rente ermöglichen*

421

422 Mit dem angesparten flexiblen Bezugsdauer Guthaben sollen auch flexible Übergänge in Rente
423 und Altersteilzeit ermöglicht werden.

424

425 **Anspruchsdurchsetzung und Absprachen mit ArbeitgeberInnen**

426

427 Die Anspruchsdurchsetzung hängt davon ab, welchen Zweck „die Auszeit“ hat, und ob sie
428 komplett oder nur eine Reduzierung (=Teilzeit) zur Folge hat. Bei Teilzeit wegen Weiterbildung
429 kann sich an der Regelung zur Teilzeit orientiert werden. Das heißt, den ArbeitgeberInnen ist
430 drei Monate vor Beginn die Reduzierung der Arbeitszeit anzuzeigen. Wird voll ausgesetzt, muss
431 die Anzeige ebenfalls drei Monate vor Beginn geschehen. Ist die „Auszeit“ länger als zwei
432 Monate, verfrüht sich die Anzeigepflicht um zwei Wochen pro Monat der „Auszeit“. Nach der
433 „Auszeit“ ist der/die Beschäftigte wieder zu denselben Bedingungen auf einem gleichwertigen
434 Arbeitsplatz zu beschäftigen.

435

436 Bei Auszeit wegen Weiterbildung oder Sorgeverpflichtung können die ArbeitgeberInnen
437 (entgegen der Teilzeitregelung des TzBfG) die „Auszeit“ nur verweigern, wenn gewichtige
438 betriebliche Gründe entgegenstehen. Die Inanspruchnahme der Weiterbildungszeit soll dabei
439 mit den ArbeitgeberInnen abgesprochen werden, sodass für beide Seiten eine akzeptable
440 Lösung gefunden werden kann. Sabbaticals können durch (einfache) betriebliche Gründe
441 versagt werden.

442 In die weitere Ausgestaltung der Ziehungsrechte vor Ort sollen die Tarifparteien einbezogen
443 werden.

444

445 **2.3. Einfluss auf andere Sozialleistungen**

446

447 Neben dem Umbau der Arbeitslosenversicherung wird die Arbeitsversicherung einen Einfluss
448 auf weitere staatliche Leistungen haben.

449

450 Ökonomisch gesehen unterstützt die Arbeitsversicherung die Entwicklung der Produktivkräfte.
451 Es ist davon auszugehen, dass sie aufgrund ihrer Zielrichtung der Vereinbarkeit von Familie und
452 Beruf zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote führen wird. Somit wären staatliche
453 Subventionen wie das Ehegattensplitting, welches wir auch unter gleichstellungspolitischen
454 Gesichtspunkten ablehnen, obsolet. Ebenfalls wird eine weitere staatliche Förderung der
455 Altersteilzeit überflüssig, da selbstbestimmte Berufsaustrittsphasen und der Übergang in die
456 Rente fortan von der Arbeitsversicherung organisiert und gefördert werden. Im Gegensatz dazu
457 geht die Rentenversicherung nicht in der Arbeitsversicherung auf und ist somit weiterhin separat
458 zu betrachten.

459

460 Weiterhin soll die Arbeitsversicherung auch Phasen auffangen, in denen Eltern sich der
461 Erziehung ihrer Kinder widmen wollen. Damit aber keine Konkurrenzsituation zwischen Phasen
462 der Kindererziehung und Phasen bspw. der Weiterbildung entsteht, ist es wichtig parallele
463 Absicherungsinstrumente hierfür zu erhalten. Das Elterngeld sichert heute für einen bestimmten
464 Zeitraum das Einkommen, wenn Elternteile Erziehungszeiten nehmen wollen. Dies soll auch in
465 Zukunft möglich sein. Die höchstmögliche Zeitdauer kann aber erst bei einer vollständig
466 paritätischen Inanspruchnahme der Erziehungszeiten erzielt werden. Auch das Kindergeld hat
467 den Zweck, das Kinderwohl zu finanzieren und soll von den Erziehungsberechtigten auch nur
468 für ihre Kinder eingesetzt werden. Somit soll es unabhängig von der Arbeitsversicherung
469 bestehen bleiben. Langfristig wollen wir das Kindergeld aber in einer Kindergrundsicherung
470 umwandeln.

471

472 Ebenfalls bestehen bleiben sollen Instrumente, die bei der kurz- und langfristigen Pflege von
473 Angehörigen zum Tragen kommen, um bestimmte Zeit den Job verlassen zu können. Auch hier
474 ist es wichtig, nicht diejenigen schlechter zu stellen, die mit Pflegesituationen konfrontiert sind.
475 Unsere grundlegende Forderung bleibt allerdings, dass Pflege professionell erbracht werden
476 sollte.

477

478 **2.4. Einbeziehung des bisherigen SGB II**

479

480 **Qualifizierung für Menschen ohne Ansprüche aus der Arbeitsversicherung**

481

482 Auch Erwerbslosen ohne Ansprüche aus Beiträgen zur Arbeitsversicherung wollen wir
483 abschlussorientierte, nachhaltig wirksame Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen. Daher wollen
484 wir ihnen grundsätzlich den gleichen Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen gewähren wie
485 Anspruchsberechtigten, insofern dadurch unterwertige Beschäftigung vermieden werden oder
486 ein noch nicht bestehender Berufsabschluss nachgeholt werden kann. Da für diese
487 Personengruppe der Zugang erst bei bereits eingetretener Arbeitslosigkeit möglich ist und auch
488 die Geldleistung nicht das Niveau der Lebensstandardsicherung erreicht, bleibt die Legitimität
489 der Pflichtbeiträge gewahrt. Die Finanzierung von Weiterbildungsleistungen an Personen ohne
490 Ansprüche aus der Arbeitsversicherung erfolgt aus Steuermitteln des Bundes.

491

492 **Neuer Umgang mit Sanktionen und Sperrzeiten**

493

494 Die derzeitige kurzfristige Vermittlungslogik zeichnet sich neben dem Verzicht auf
495 abschlussbezogene Qualifizierungsangebote auch durch eine sanktionsbewehrte Pflicht zur
496 Aufnahme fast jedweder Beschäftigung sowie eine Steuerungslogik aus, die schnellstmögliche
497 Vermittlung weitgehend unabhängig von ihrer Qualität und Nachhaltigkeit positiv einstuft. Dieses
498 System hat seine Unfähigkeit bewiesen, die strukturelle Arbeitslosigkeit von drei Millionen
499 Menschen (zzgl. Millionen weiterer Unterbeschäftigter) zu überwinden und hat stattdessen den
500 Aufbau eines prekären Beschäftigungssektors begünstigt. Deshalb muss die Arbeitsvermittlung
501 langfristiger orientiert, inklusiver und effektiver werden.

502

503 Sanktionen und Sperrzeiten sind Bestandteil einer Vermittlungstätigkeit, die die Schuld an
504 Arbeitslosigkeit bei den Arbeitslosen sieht, die auf Druck zur Aufnahme unterwertiger
505 Beschäftigung abzielt und die das Vertrauensverhältnis von Erwerbsloser/m und
506 Vermittlungskraft untergräbt. Insbesondere Sanktionen verstoßen zudem gegen das Grundrecht
507 auf Existenzminimum und gefährden in geradezu abstruser Weise eine künftige, stabile
508 Erwerbsintegration sowie insbesondere die Entwicklung junger Menschen. Die demütigenden
509 Sondersanktionen für junge Menschen sind daher sofort abzuschaffen. Aber auch das weitere
510 Sanktions- und Sperrzeitenregime bedarf daher einer grundlegenden Überarbeitung.

511

512 Wir Jusos sprechen uns gegen Sanktionen und Sperrzeiten aus und wollen sie abschaffen. Die
513 Grundsicherung stellt ein Existenzminimum dar, das nicht gekürzt werden darf. Wir gehen
514 davon aus, dass kein Mensch gern arbeitslos ist und Menschen eine Perspektive suchen. Ein
515 wie auch immer geartetes Fehlverhalten hat deshalb immer Gründe und Ursachen, die
516 besprochen werden müssen. Eine Sanktionierung wird diese Umstände aber nie lösen können.
517 Darüber hinaus kann ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Arbeitssuchendem und
518 VermittlerInnen nur entstehen, wenn nicht das Machtmittel der Sanktion zwischen beiden Seiten
519 steht. Damit entsteht erst die Grundlage für eine ko-produzierte Dienstleistung wie (nachhaltige)
520 Erwerbsintegration.

521

522 Im Rahmen der heutigen Grundversorgung, soll einer arbeitsfähigen Person jede Arbeit bis auf
523 wenige Ausnahmen zumutbar sein. Lehnt ein/e Empfänger*in von Grundsicherung eine Arbeit
524 ab, die als zumutbar eingestuft wurde, drohen ihr die Sanktionsmaßnahmen. Unabhängig
525 davon, wie wir weiter mit diesen Instrumenten umgehen, müssen die Zumutbarkeitskriterien
526 entschärft und vereinheitlicht werden. Darüber hinaus muss es Arbeiten geben, die in unserer
527 Gesellschaft schlicht nicht als Vermittlungsangebote aufgenommen werden, weil sie in dieser
528 Form von niemand getätigt werden müssen sollen. So ist nicht verständlich, warum eine Arbeit
529 die 30% unter Tarif bezahlt wird, noch als zumutbar angesehen und von unseren Job Centern
530 vermittelt wird. Die hiermit verbundene Botschaft an die Wirtschaft, es sei in Ordnung, spürbar
531 unter Tarif zu zahlen, wollen und können wir nicht weiter tragen. Es muss vielmehr klar sein,

532 dass bestimmte Arbeitsverhältnisse zu bestimmten Bedingungen vom Staat nicht länger durch
533 Vermittlung nicht nur toleriert, sondern noch gefördert werden. Die Kriterien der Zumutbarkeit
534 und der Vermittlungstätigkeit müssen sich an einem respektvollen Umgang mit den Menschen
535 orientieren.

536

537 **Mit Weitsicht vermitteln**

538

539 Die gesamte Vermittlungslogik darf nicht länger darauf gerichtet sein, die Menschen um jeden
540 Preis aus der statistischen Arbeitslosigkeit zu heben um Fallzahlen zu verbessern. Daher muss
541 die aktuelle Praktik des 4-Phasen-Modells der Integrationsarbeit der Bundesagentur
542 grundsätzlich überdacht und an der Maxime der Bedarfsgerechtigkeit reformiert werden. Es
543 muss langfristiges Ziel sein, Personen in stabile Arbeitsverhältnisse mit vernünftigen
544 Einkommen zu vermitteln. Hierfür kann und soll von Qualifizierungsmaßnahmen und Coachings
545 Gebrauch gemacht werden, die den Arbeitssuchenden tatsächliche Perspektiven bieten - und
546 zwar in den Branchen, in denen sie auch arbeiten möchten - statt die Maßnahme zu verordnen,
547 in welcher zufällig ein Restplatz vorhanden ist. Am Ende sind zufriedene Beschäftigte mit
548 Einkommen, mit denen sie sich finanzieren können und stabilen Arbeitsverhältnissen für den
549 Staat günstiger als Menschen, die in Übergangsmaßnahme ohne Perspektive feststecken, oder
550 gar Aufstocken müssen.

551

552 Aus diesen Gründen halten wir auch die sog. 1€-Jobs für kein zielführendes Modell. Wir wollen
553 sie abschaffen zugunsten eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, dessen Angebote
554 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit gezielten Fördertreppen kombinieren.

555

556 Arbeitsvermittlung darf nicht blind sein für die Notwendigkeit, Chancengleichheit herzustellen.
557 Die örtlichen Instanzen der Arbeitsvermittlung können Ihren Beitrag zur Erwerbsintegration nur
558 erfolgreich leisten, wenn Sie dem Umstand Rechnung tragen, dass beträchtliche Teile der
559 Erwerbslosen zunächst Unterstützung bei der Bewältigung vielfältiger, teilweise multipler
560 persönlicher Herausforderungen benötigen. Die lokalen Arbeitsverwaltungen beziehen daher
561 die Bereitstellung und Vermittlung sozialer Dienstleistungen bspw. in der Erziehungs-, Schulden-
562 und Suchtberatung als natürlichen Bestandteil ihrer Angebotspalette, die Verbesserung
563 individueller sozialer Lagen als Bestandteil ihrer Erfolgsindikatoren ein.

564

565 **Rechtskreistrennung überwinden, Agenturen und Jobcentern zusammenführen,** 566 **Sozialarbeiter*innen integrieren:**

567

568

569 Die Arbeitsverwaltung setzt künftig bundesweit einheitlich Standards und Verwaltungsvorgaben
570 für die operative Tätigkeit. Innerhalb dieses Rahmens verantworten die Kommunen
571 selbstständig die Trägerschaft der örtlichen Arbeitsverwaltung. Dabei muss gewährleistet
572 bleiben, dass die Kommunen auf die jeweilige Situation vor Ort Rücksicht nehmen können,
573 insbesondere bei Mietobergrenzen oder vergleichbaren Regelungen. Mit dieser
574 Aufgabenzuweisung wird das Insiderwissen der Kommunen über die Situation vor Ort optimal
575 genutzt und die Einbeziehung der sozialen Dienstleistungen wird ermöglicht, während
576 einheitliche Statistik und Wissenstransfer wieder bundesweit stattfinden können.

577

578 Der Bund übernimmt die Leistungen des ALG II vollständig, also auch die Kosten der Unterkunft
579 (KdU). Damit fördern wir auch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im
580 Bundesgebiet: Die KdU-Begleichung durch die Kommunen belastet Kommunen in schwieriger
581 wirtschaftlicher Lage stärker und ist historisch überholt.

582

583 Als internationalistischer Richtungsverband fordern wir ebenfalls den Ausbau
584 grenzüberschreitender Arbeitsvermittlung. Am Beispiel von EURES-T Oberrhein soll ein
585 europaweites Konzept der Arbeitsvermittlung angestrebt werden. Dies ist nicht nur eine
586 Stärkung der Arbeitssuchenden in Grenzregionen, sondern auch der Europäischen Union durch
587 Nutzung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit.

588

589 Für eine nachhaltige Durchsetzung einer verbesserten inklusiven Arbeitsweise müssen auch die
590 Organisationsstrukturen der Bundesagentur inklusiver ausgestaltet werden. Es ist daher
591 notwendig die Teilhabe der Sozialpartner*innen am operativen Geschäft der Bundesagentur auf
592 allen Ebenen zu stärken. Auf zentraler Leitungsebene müssen die Arbeitnehmer*innen- und

593 Arbeitgeber*innenverbände wieder beteiligt und in den Vorstand der Bundesagentur integriert
594 werden. Ein bloßes Mitwirken im Verwaltungsrat und die Ausführung von Kontroll- sowie
595 Beratungsfunktionen sind unzureichend. In dieser Logik sind auch die Geschäftsleitungen der
596 Regionaldirektionen, der Agenturen sowie der gemeinsamen Einrichtungen tripartitisch
597 umzugestalten.

598

599 **Arbeitslosengeld II reformieren: Wir machen „Weg mit Hartz IV“ konkret!**

600

601 Auch die Arbeitsversicherung kann nicht ohne eine Grundsicherung auskommen, die für jene
602 ohne Ansprüche aus Beiträgen das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich absichert. Hier
603 gilt es, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und EmpfängerInnen mehr Emanzipation zu
604 ermöglichen.

605

606 Ein soziokulturelles Existenzminimum hat sich aus unserer Sicht aus sozialen und kulturellen
607 Kriterien zu errechnen, nicht aus der Kassenlage. Künftig wollen wir daher eine Kommission,
608 zusammengesetzt aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft bilden, die jährlich
609 eine Anpassung des ALG II Satzes vorschlägt.

610

611 Für Menschen zwischen 18 und 25 Jahren soll ein eigener Anspruch entstehen. Für Unter-18-
612 Jährige ersetzt eine sozial gerecht gestaltete Kindergrundsicherung in der Höhe von 536 Euro
613 den Regelsatz, und wird nicht auf den Arbeitslosengeld-II-Anspruch der Eltern angerechnet.
614 Dieser Betrag soll dabei steuerrechtlich voll dem Einkommen der Eltern hinzugerechnet werden,
615 so dass für Spitzenverdiener eine Nettoleistung von rund 280 € verbleibt, Geringverdiener aber
616 vom vollen Betrag von 536 € profitieren.

617

618 Die Bedarfsgemeinschaft im SGB II wollen wir abschaffen. Die Grundsicherung ist ein
619 Instrument der individuellen, nicht der kollektiven Existenzsicherung. Die Würde eines
620 Menschen wird nicht darum weniger sicherungsbedürftig, weil ein anderer, wenn auch
621 nahestehender Mensch über Mittel verfügt und die betroffene Person daran teilhaben lässt. Die
622 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft ist für uns daher, nicht zuletzt aus feministischer
623 Perspektive, ein Schritt der Emanzipation. Die Gefahr, dass es in Kombination mit der
624 Abschaffung von Sanktionen hierdurch zu Missbrauch kommen kann, halten wir aufgrund der
625 bleibenden Vermögensprüfung, dem bürokratischen Aufwand für die Antragstellung sowie der
626 weiterhin bestehenden Versorgungsgemeinschaft Ehe für überschaubar und sehen in ihr keine
627 ausreichende Legitimation, Politik zur Sicherung des Existenzminimums von Millionen
628 unverschuldet in Not geratener nicht an ihnen, sondern an der potenziellen Ausnutzung durch
629 wenige auszurichten.

630

631 Ein Zustand, in dem Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können und von
632 Grundsicherungsleistungen abhängig bleiben, ist für uns Jutos nicht hinnehmbar. Unsere
633 Vorschläge zu Kindergrundsicherung, Mindest-Arbeitslosengeld und Abschaffung der
634 Bedarfsgemeinschaft sollen daher mit einer entschiedenen Bekämpfung prekärer Beschäftigung
635 sowie einem gesetzlichen Mindestlohn in entsprechender Höhe kombiniert werden, um
636 zahlreichen Menschen das Ende des ‚Aufstockens‘ zu ermöglichen.

637

638 Der Freibetrag fürs Schonvermögen muss eine deutliche Erhebung erfahren. Dies soll
639 insbesondere für bestimmte Produkte mit langer Laufzeit und eingeschränkter Verfügbarkeit
640 gelten, die sich nicht als Spekulationsprodukte eignen. Vermögenswerte für die Altersvorsorge
641 müssen komplett verschont werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, in welchem Umfang
642 künftig auch Tilgungsraten für selbstgenutztes Wohneigentum in den Kosten der Unterkunft
643 berücksichtigt werden können, ohne BesitzerInnen von Wohneigentum gegenüber MieterInnen
644 zu bevorteilen.

645

646 Schließlich ist für uns unabdingbar: Die Grundsicherung dient der Sicherung der Würde des
647 Menschen – nicht der Würde des Deutschen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz
648 abschaffen und die Grundsicherung allen in der BRD lebenden Menschen zugänglich machen,
649 die sie benötigen. Die Kinder von Flüchtlingen wollen wir sowohl bezüglich der Leistungen als
650 auch der Zugangsrechte zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gleichberechtigt einbeziehen.

651

652 **2.5. Finanzierung**

653

654 Die Finanzierung der Arbeitsversicherung soll auf eine gemeinsame solidarische Basis gestellt
655 werden, wobei die paritätische Finanzierung aller Maßnahmen von Seiten der
656 ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen erfolgt. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze für
657 gut verdienende ArbeitnehmerInnen, die zu einer Deckelung der Beiträge führen, wird
658 aufgehoben, weil sie de facto dazu führt, dass nicht das gesamte Einkommen bei der
659 solidarischen Finanzierung berücksichtigt wird.

660

661 Darüber hinaus kann in Krisenzeiten eine Steuerfinanzierung der Beitragsfinanzierung an die
662 Seite gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem politischen Ziel der Vollbeschäftigung kann
663 die Versicherung auf eine umfassende finanzielle Basis gestellt werden. Zusätzliche Mittel
664 werden auch durch mehr Regelarbeitsverhältnisse für Frauen und der Abschaffung prekärer
665 Beschäftigungsverhältnisse erreicht. Eine gesicherte Finanzierung muss somit im
666 Zusammenhang mit anderen politischen Maßnahmen stehen, da die Arbeitsversicherung als
667 Querschnittsinstrument mehrere politische Maßnahmen (Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik)
668 zusammenführt. Gleichzeitig schließen wir die Möglichkeit, die Beiträge anzuheben, um eine
669 solidarische Finanzierung der Arbeitsversicherung zu ermöglichen, nicht aus.

670

671 Alle Erwerbstätigen sollen in die Arbeitsversicherung einzahlen. Dies umfasst Selbstständige,
672 Beamten sowie BerufsständlerInnen. Gerade durch die Einführung der Arbeitsversicherung
673 sehen wir die Möglichkeit, bisher außen vorstehende Berufsgruppen wie Beamtinnen/Beamte
674 sowie Selbstständige an der solidarischen Finanzierung der Sozialsysteme zu beteiligen und
675 somit ihre finanzielle Basis zu erweitern. Da bei Beamten die Absicherung gegen
676 Arbeitslosigkeit unter Umständen nicht notwendig ist, kann über einen reduzierten Beitrag
677 nachgedacht werden.

678

679 Die bisherigen Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, die im Rahmen der bisherigen
680 aktiven Arbeitsmarktpolitik bestehen, werden in die Arbeitsversicherung integriert, sodass ein
681 Gesamtgefüge entsteht. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen aber auch die
682 öffentliche Hand in der Pflicht, eine aktive Arbeitsmarktpolitik durchzuführen. Dies bedeutet für
683 uns, dass der Bund die aktive Arbeitsmarktpolitik dauerhaft zentral finanzieren muss, die in den
684 Kommunen vor Ort umgesetzt wird. Dies hat den Vorteil, dass vor Ort die Verhältnisse und
685 Bedürfnisse der Menschen besser gekannt werden, während nur der Bund aufgrund der
686 beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Kommunen eine fortwährende aktive
687 Arbeitsmarktpolitik finanzieren kann.

688 Dabei soll insbesondere bei Selbstständigen darauf geachtet werden, die Beiträge angemessen
689 zu gestalten und nicht dem Verhandlungsgeschick des Einzelnen zu überlassen.

690

691 **2.6 Weiterbildung**

692

693 Für uns Jusos soll eine gute Arbeitsversicherung nicht nur Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern
694 Arbeit fördern, Weiterbildung organisieren und finanzieren, Auszeiten im Erwerbsleben für
695 Reproduktions- und Bildungsphasen absichern, Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung
696 und Qualifikation lebenslang erhalten und vor allem Aufstiegsmöglichkeiten ermöglichen.
697 Deshalb ist es für uns Jusos unerlässlich eine neue Weiterbildungsarchitektur im Rahmen der
698 Arbeitsversicherung zu schaffen.

699

700 Weiterbildung ist keine verschwendete Zeit. Lebenslanges Lernen ist für uns Jusos eine
701 Selbstverständlichkeit im sozialen-Leben sowie im Erwerbsleben. Weiterbildung und
702 Qualifikation eröffnen neue persönliche und berufliche Perspektiven. Lebenslanges Lernen darf
703 aber nicht nur eine schöne Floskel in politischen Sonntagsreden bleiben, sondern bedarf der
704 konkreten finanziellen Absicherung und Förderung.

705

706 **Weiterbildungskonto der persönlichen beruflichen Weiterbildung**

707

708 Im Rahmen Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung sollen so genannte
709 Weiterbildungskonten geschaffen werden. Diese sollen bei der Agentur für Arbeit eingerichtet
710 und geführt werden. Das Guthaben auf dem Weiterbildungskonto wird während der
711 Erwerbstätigkeit vergrößert und paritätisch zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen
712 finanziert. Hierbei sollen gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung greifen.
713 Erworbene Ansprüche werden auf dem Konto verbucht und können dann bei Bedarf in Lernzeit
714 oder Weiterbildung realisiert werden. Aber auch freiwillige Einzahlungen sollen möglich sein:

715

716 Durch die Übertragung von Zeitguthaben (z.B. Überstunden, Resturlaub) sowie durch die
717 Umwandlung von flexiblen Bezugsdauerguthabens ALG I aus der Versicherungsfunktion der
718 Arbeitsversicherung kann das Konto gefüllt werden. Hierbei muss die entsprechende Vergütung
719 bei Weiterbildungsmaßnahmen zusätzlich vom Arbeitgeber getragen werden. Ebenso sind
720 Regelungen zu treffen in denen Erziehungszeiten von Kindern sowie ehrenamtliche Tätigkeiten
721 berücksichtigt werden. Eine Aufstockung des Kontos durch Einzahlung von Geldbeträgen soll
722 ebenso möglich sein.

723

724 Im Rahmen der bereits erwähnten Weiterbildungskonten müssen differenzierte Angebote für
725 den Erwerb von Zusatzqualifikationen entwickelt werden, welche auf eine vorhandene
726 Ausbildung oder ein Studium aufbauen. Dabei sind Module zur Spezialisierung, Modernisierung
727 und Umstellung notwendig. Eine Zertifizierung ist auf Grund einer europaweiten Anerkennung
728 unverzichtbar. Hierbei können Prüfungen und Zeugnisse von offiziellen Bildungseinrichtungen
729 (z.B. VHS, IHK) helfen eine einheitliche Qualitätssicherung zu erzielen.

730

731 Jede Weiterbildung von auszuwählenden Anbietern wie IHK, VHS, private Anbieter, ARGE, sei
732 es während Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit muss einer Qualitätsoffensive unterzogen
733 werden.

734

735 **Lernzeit und Erwerbslosigkeit**

736

737 Weiterbildungen und Umschulungen im während Zeiten der Erwerbslosigkeit müssen auch in
738 Zukunft für alle Betroffenen sichergestellt werden. Die beste Weiterbildungspolitik greift jedoch
739 bereits weit vor dem Eintritt der Erwerbslosigkeit. Dazu schaffen wir zentral geführte
740 Arbeitszeitkonten als Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie individuelle
741 Weiterbildungsansprüche innerhalb der Sozialversicherung, die zunächst durch die bislang in
742 den rein nachsorgenden und Missbrauch anfälligen Bildungsgutscheinen gebundenen
743 Finanzmitteln gespeist werden. Dabei muss das Bundesdatenschutzgesetz eingehalten werden,
744 besonders die Regulierungen zur Vorratsdatenspeicherung.

745

746 Wir werden die Arbeitgeberinnen und ArbeitgeberInnen jedoch nicht aus ihrer Verantwortung für
747 die bisherige betriebliche Weiterbildung und der Finanzierung entlassen. Mittelfristig soll die
748 Finanzierung und Organisation der Weiterbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wie
749 wir Jusos beschlossen haben, sollen Weiterbildungsfonds zur betrieblichen beruflichen
750 Weiterbildung entstehen, in die ArbeitgeberInnen einzahlen und betriebliche Weiterbildung
751 finanziert wird. In Anlehnung an das französische Modell würde so im Rahmen der
752 Arbeitsversicherung eine neue Weiterbildungsarchitektur mit einem Mix aus tariflichen und
753 gesetzlichen Maßnahmen entstehen.

754

755

756

757

758

759

760

761

762

763

764

765

766

767

768

769

770

771

772

773

Titel Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher,
transparent

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent

1 Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso ein Grundrecht, wie sexuelle Bedürfnisse Teil der
2 Entfaltung der Persönlichkeit sind. Sexuelle Dienstleistungen waren und sind Teil unserer
3 Lebenswirklichkeit. Sie verbieten zu wollen ist nicht nur illusorisch, sondern ein Angriff auf das
4 Selbstbestimmungsrecht aller, die ihnen ohne Zwang nachgehen. Niemand soll aufgrund von
5 Gewalt oder Not gezwungen sein, dieser oder einer anderen Tätigkeit unfreiwillig nachzugehen.
6 Jene, die es tun, sollen nicht ungerechten Marktbedingungen oder unzureichenden
7 Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein. Deshalb gilt es diese Dienstleistungen, wie jede andere
8 legal, sicher und transparent in unser Wirtschaftsgeschehen zu integrieren.

9

10 **Rechtlicher Status**

11

12 Sexuelle Dienstleistungen sind in Deutschland seit 1927 nicht mehr strafbar und seit dem Jahr
13 2002 nicht mehr sittenwidrig. Jedoch werden Anbieter_innen noch immer als potenziell kriminell
14 angesehen, weswegen etwa ein Werbeverbot nach §120 OWiG für diese Dienstleistungen
15 besteht.

16 2006 wurde die Zahl der Prostituierten in Frankfurt am Main auf 2000 geschätzt[1], was
17 hochgerechnet auf ganz Deutschland etwa 200.000 Personen ausmacht. Hiervon sind ca. 90 %
18 Frauen, 7 % Männer und 3 % Transsexuelle[2] und davon haben ca. 73 % eine nicht-deutsche
19 Staatsbürgerschaft. Durch Zuwanderung, insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedsländern
20 und dem allgemeinen Wirtschaftsabschwung ist es zu einem Preisverfall dieser
21 Dienstleistungen gekommen. [3]

22 Landesregierungen oder von ihnen ermächtigte Behörden können nach Art. 297 EGStGB in
23 Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern für das gesamte Gemeindegebiet und in Gemeinden
24 über 20.000 Einwohner für Teile des Gebiets Sperrbezirke oder Sperrzeiten einrichten, um diese
25 Dienstleistungen zu unterbinden und wieder illegal zu machen. Da mit der Einführung eines
26 Sperrbezirks, die Anbieter_innen in die umliegenden Gebiete ausweichen, konzentriert sich die
27 Prostitution in abgelegenen Gebieten, was Oligopole begünstigt. So lebt der Großteil der
28 Bevölkerung in Deutschland in einem Gebiet, indem oder in dessen Nähe die Inanspruchnahme
29 sexueller Dienstleistungen unzulässig ist.[4] Allerdings muss die Kommune nachweisen, warum
30 im Gebiet durch sexuelle Dienstleistungen eine Gefahr für die Jugend ausgeht, da es „nicht
31 mehr zulässig sei, die Ausübung der Prostitution außerhalb ausgewiesener Toleranzonen ohne
32 eine konkrete Bewertung daraus resultierender schädlicher Auswirkungen auf die
33 Nachbarschaft, insbesondere auf dort lebende Jugendliche und Kinder pauschal als Störung der
34 öffentlichen Sicherheit oder Ordnung einzustufen“ (VGH Kassel 1245/12). Diese Umkehrung der
35 Beweislast sollte aufgrund widersprechender Urteile anderer Verwaltungsgerichte (z. B. VG
36 Augsburg vom 11.09.2013 Aktenzeichen: Au 4 K 13.43) ausdrücklich gesetzlich fixiert werden.
37 Die Stadt Dortmund hat 2011 letztendlich ihr gesamtes Gebiet als Sperrbezirk deklariert, was
38 vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen im März 2013 für unzulässig erklärt wurde, da die Stadt
39 nach Schließung eines Straßenstrichs, Ausweichmöglichkeiten nicht hinreichend geprüft hatte.
40 Die Länder Berlin und Brandenburg verzichten in Deutschland komplett auf Sperrbezirke. In den
41 Ländern Sachsen-Anhalt (Burg) und Schleswig-Holstein_(Neumünster) wird hiervon kaum
42 Gebrauch gemacht.

43 Eine Sperrbezirksverordnung regelt jedoch nicht bauplanungsrechtlich, ob ein Gebäude

44 genehmigungsfähig ist. So kann gewerbsmäßige Prostitution nach der Sperrbezirksverordnung
45 zulässig, bauplanungsrechtlich aber unzulässig sein, denn die Regelungsbereiche des Bau- und
46 Ordnungsrechts sind getrennt. Das Bauplanungsrecht beurteilt nur die bodenrechtlichen
47 Spannungen, die durch die Nutzung von Gebäuden für die Ausübung von Prostitution entstehen
48 können und ist eigentlich kein Instrument zur Bekämpfung von Prostitution. Jedoch wird
49 mangels anderer rechtlicher Regulierungsmöglichkeiten sowohl von Behörden als auch von
50 betroffenen Nachbar_innen zunehmend das Baurecht als Mittel gegen Prostitution gebraucht.
51 Die Eingliederung der Sexarbeit in das wirtschaftliche System ist bisher kaum erfolgt. Nach dem
52 Prostitutionsgesetz können sexuelle Dienstleister_innen Entgelt einklagen und eine
53 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, die ein eingeschränktes Weisungsrecht
54 der_des Arbeitgeberin_Arbeitgebers beinhaltet. Dies bedeutet, dass Arbeitszeit, Ort und Preise
55 vorgegeben werden können. Jedoch ist die_der Beschäftigte nicht verpflichtet, tatsächlich
56 sexuelle Handlungen vorzunehmen oder an sich zu dulden (BGH 2 StR 186/03). Angestellte
57 Sexarbeiter_innen dürften aufgrund des Arbeitszeitgesetzes zudem nicht an Sonn- und
58 Feiertagen beschäftigt werden. Dieses Modell hat sich jedoch bisher kaum durchgesetzt,
59 lediglich einige Teilzeitprostituierte arbeiten nach Angaben von Ver.di in einer geringfügigen
60 Beschäftigung.[5] Trotzdem soll nach einem Beschluss des Bundesrates von 2011 eine
61 abhängige Beschäftigung in Prostitutionsstätten vermutet werden (Punkt 5 Bundesrat
62 drs.314/10).

63 Seit 2008 sind sexuelle Handlungen gegen Entgelt mit 16- bis 17-Jährigen nach §182 StGB
64 Abs. 2 verboten. Eine Vermittlung über Agenturen oder Bordelle ist für Personen unter 21
65 Jahren nach § 232 StGB Abs. 1 Satz 2 nicht möglich. 18- bis 20-Jährige können dem Gewerbe
66 nur in ihren eigenen Wohnungen bzw. Wohnwagen oder auf der Straße nachgehen. Wird eine
67 Beschäftigung von Menschen dieser Altersgruppe in einer Prostitutionsstätte von der Polizei
68 festgestellt, sind die Betroffenen Opfer von Menschenhandel, auch wenn weder Zwang noch
69 Gewalt vorliegen.

70 Neben der einheimischen Bevölkerung haben auch EU-Bürger_innen das Recht einer Tätigkeit
71 in Deutschland nachzugehen. Allerdings muss die Arbeitssuche nach drei Monaten
72 abgeschlossen sein, um nicht einer Ausreiseaufforderung nachkommen zu müssen; wechseln
73 sexuelle Dienstleister_innen aus anderen EU-Ländern nach spätestens drei Monaten den
74 Arbeitsort, können sie damit einer Erfassung der Behörden, was Steuer- und
75 Sozialversicherungszahlungen nach sich ziehen kann, entgehen.

76 Menschen außerhalb der EU können über § 21 AufenthG in Deutschland grundsätzlich eine
77 selbständige Tätigkeit aufnehmen. Da sexuelle Dienstleistungen keine freien Berufe im Sinne
78 des Einkommenssteuergesetzes sind, scheidet diese Möglichkeit über § 21 aus, ebenso eine
79 unselbstständige Tätigkeit nach der Beschäftigungsverordnung. Übrig bleibt die Illegalität oder
80 ein Aufenthaltstatus über Eheschließungen oder Familiennachzugsbestimmungen.

81

82 **Wir fordern deshalb:**

83

- 84 • Neufassung und Einschränkung des Werbeverbots in § 120 OWiG. Ordnungswidrig soll
85 nur noch handeln, wer Prostitutionsstätten in für die Allgemeinheit stark belästigender
86 Weise auffällig kennzeichnet bzw. beleuchtet oder wer in grob anstößiger Weise für
87 Prostitution öffentlich wirbt.
- 88 • Abschaffung der Sperrbezirksregelung nach Art. 297 EGStGB
- 89 • Einführung von Mindestvergütungssätzen auf sexuelle Dienstleistungen, um einem
90 existenzbedrohenden Preisverfall vorzubeugen.
- 91 • Neufassung und Einschränkung des § 297 EGStGB und Anpassung des § 184e STGB
92 dahingehend, dass ausdrücklich nur Sperrbezirke für Prostitutionsstätten und
93 Straßenprostitution ausgewiesen werden dürfen, wenn Tatsachen die Annahme
94 rechtfertigen, dass die Prostitution dort zu Missständen führt, etwa der Ort den
95 Sicherheitsinteressen der Prostituierten entgegen läuft. Für die verordneten Sperrbezirke
96 soll ein gesetzliches Verbot der Kontaktaufnahme von Kundinnen und Kunden mit
97 Personen, die Prostitution anbahnen oder ausüben zum Zweck der Inanspruchnahme von
98 sexuellen Dienstleistungen aufgenommen werden. Vom Verbot soll die Kontaktaufnahme
99 über Telekommunikationsmittel nicht erfasst werden.
- 100 • Ausdrückliche Regelung der Prostitution in der Baunutzungsverordnung (BauNVO) als
101 regelmäßig zulässige Bebauung im Misch-, Kern- und Gewerbegebiet.
- 102 • Einfügung eines Paragraphen in BauNVO, nachdem Prostitution in Wohngebieten nur
103 statthaft ist, wenn nicht mehr als 4 Sexarbeiter_innen sich eine Wohnung teilen und diese
104 Wohnungen nicht so eng bei einander liegen, dass dadurch nach BImSchG und TA Lärm

- 105 unzulässige Emissionen auftreten.
- 106 • Einfügung §10 Abs. 1 ArbZG (Sonn- und Feiertagsbeschäftigung) Punkt 5 „in
- 107 Prostitutionsstätten, wie Bordelle, BDSM Studios oder erotische Massagesalons“ die
- 108 bisherigen Punkte 5 bis 16 werden die Punkte 6 bis 17.
- 109 • Streichung § 232 Abs.1 Satz 2 StGB (Verbot Förderung Prostitution 18 - 20 Jähriger)
- 110 • Streichung § 55 Abs. 2 Nr. 3 AufenthG (Ausweisung wegen Gewerbsunzucht)

111

112 **Beschäftigungssituation**

113

114 Sexuelle Dienstleistungen umfassen das Mitwirken in pornographischen Filmen, die Prostitution

115 als Begleiter, in Prostitutionsstätten wie Bordellen, BDSM Studios oder erotischen

116 Massagesalons, Prostitution in privaten Wohnungen, Straßenprostitution und Sexualbegleitung

117 bei Menschen mit Beeinträchtigungen.

118 Sexarbeit gestaltet sich vielseitig. So arbeiten Escortbegleitungen generell nur in Teilzeit. Die

119 künstliche Verknappung und Differenzierung der Anbieter_innen führt umgekehrt zu hohen

120 Preisen (monopolistische Konkurrenz). Die hohen Anforderungen (Modelmaße, humanistische

121 Bildung, Jugend, o. Ä.) machen diese Beschäftigung nur für einen kleinen Teil von Menschen

122 möglich. In Bordellen mieten sich Personen in der Regel ein Zimmer (Laufhaus). Die

123 Tagessätze unterscheiden sich deutschlandweit stark. So sind in norddeutschen Kleinstädten 30

124 bis 50 € zu erwarten, während es in Großstädten vor allem in Süddeutschland zwischen 80 und

125 160 € sind. Das führt dazu, dass Teilzeit nicht möglich ist, die Zimmer teilweise nur

126 wochenweise gebucht werden und dann bis zur Erschöpfung gearbeitet wird. Hier ist der

127 Umsatz der_des Vermieterin_Vermieters sicher und unabhängig vom tatsächlichen Umsatz

128 der_des Dienstleisterin_Dienstleiters. Eine andere Form sind Betriebe, wo nur die Infrastruktur

129 zu Verfügung gestellt wird und die Prostituierten Eintritt (FKK bzw. Saunaclub) oder einen Anteil

130 pro gebuchtem Zimmer zahlen (Anbahnungsbar). Eine Beteiligung am Getränkeumsatz ist in

131 Letzterem verbreitet. Vermehrt treten neuerdings auch Pauschalsex- und Gruppensexangebote

132 auf, in denen sexuellen Dienstleister_innen eine feststehende Entlohnung garantiert wird,

133 wodurch der Konkurrenzdruck und Werbungsaufwand für die dort tätigen Personen entfällt.

134 Aufgrund der hohen Miet- bzw. Eintrittspreise in Laufhäusern/Saunaclubs oder einer fehlenden

135 Aufenthaltsgenehmigung weichen viele Dienstleister_innen auf Terminwohnungen oder die

136 Straße aus. Zwischen 2000 und 2012 wird geschätzt, dass der Anteil der in Prostitutionsstätten

137 tätigen Sexarbeiter_innen von 80 auf 65 % aller Beschäftigten zurückging, während er im

138 Bereich Escort/Wohnungsprostitution von 14 auf 26 % anstieg.[6] Daraus ergibt sich ein

139 Folgeproblem, da nun einerseits Reklame in einem Markt regionaler Werbeanbieter mit hoher

140 Marktmacht betrieben werden muss und andererseits baurechtlich ungeklärt ist, ab wann durch

141 eine Vornahme sexueller Handlungen gegen Entgelt in Wohnungen diese zu einem

142 bordellähnlichen Betrieb werden. Schließlich sind in reinen und allgemeinen Wohngebieten

143 diese Betriebe, wegen des erhöhten Störungspotentials nicht zulässig. Aber auch wenn der

144 Ausübung der Prostitution in einer Wohnung weder Sperrbezirke noch Baunutzungspläne

145 entgegenstehen, so begründet alleine das Vorhandensein von minderjährigen Personen in

146 einem zugehörigen Gebäude nach §184f StGB ein faktisches Tätigkeitsverbot.

147 Der Vollzug an Straßen geschieht entweder in nahegelegenen Stundenhotels/Wohnmobilen

148 oder im Fahrzeug der_des Kundin_Kunden. Die Gelegenheit sich zu duschen ist oft nicht

149 vorhanden und gerade in der kalten Jahreszeit ist das lange Stehen eine hohe Belastung für die

150 Betroffenen. Einige Kommunen stellen auch sogenannte „Verrichtungsboxen“ zur Verfügung mit

151 Notfallknöpfen, Bewachung und/oder sanitären Anlagen.

152 Ein Einstieg in die Sexarbeit erfolgt häufig über persönliche Kontakte oder Zeitungsannoncen.

153 Oft wird dies nur als vorübergehende Lebensphase angesehen. So haben ca. 73 % der

154 Sexarbeiter_innen vor in den nächsten 5 Jahren aus dem Gewerbe auszusteigen. Als

155 Hinderungsgrund wird ein Mangel an alternativen akzeptablen Ausbildungs- oder

156 Arbeitsmöglichkeiten, das Ziel Schulden abzubezahlen oder finanzielle Rücklagen zu bilden

157 genannt.[7] Insbesondere das Stigma dieser Berufsgruppe beeinträchtigt einen Umstieg. So

158 kommt eine Umfrage unter studentischen Sexarbeiter_innen in Berlin zu dem Schluss, dass vor

159 allem soziale Ausgrenzung als Problem gesehen wird, da es u. a. zu einem Doppelleben führt.

160 [8] Eine Umfrage mit einer Überrepräsentation von Straßenprostituierten (34 von 110) stellt fest,

161 dass 53 % der Sexarbeiter_innen selten oder nie Besuch von Verwandten oder Bekannten

162 bekommen (17 % Hauptstichprobe) und oft ihre Tätigkeit vor ihrem Lebenspartner_in geheim

163 halten. Im Vergleich zur Allgemeinheit geben zwei- bis dreimal soviel Sexarbeiterinnen an, sie

164 würden gute Freund_innen, eine enge Beziehung, Wärme und Geborgenheit oder Menschen

165 bei denen sie sich wohl fühlen vermissen. Insgesamt sind sie seit ihrem 16 Lebensjahr weit

häufiger von körperlicher Gewalt (87 zu 32 %) und sexueller Gewalt (59 zu 12 %) betroffen als im Mittel der Frauen. Wobei der Anteil für Straßenprostituierte die jemals Opfer von Prostitutionskunden wurden, höher als für andere Prostitutionsformen (62 zu 26 %) ist. Allerdings ist auch die Anzeigebereitschaft für diese Delikte unter Sexarbeiter_innen höher als in der Allgemeinbevölkerung (32 zu 10 % bei körperlicher Gewalt und 30 zu 5 % bei sexueller Gewalt). Zudem ist aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen (Konkurrenzdruck, lange Wartezeiten, Nachtarbeit), der Anteil derjenigen, die fast täglich Alkohol konsumieren (19 % zu 7 %) und mehr als 20 Zigaretten pro Tag verbrauchen (27 % zu 4 %) höher.[9] Obwohl sie häufiger körperlicher- und sexueller Gewalt ausgesetzt sind, lässt sich kein Zusammenhang von Sexarbeit und psychischen Erkrankungen feststellen. Auch Indoor-Sexarbeit kann unter schlechten Arbeitsbedingungen zusammen mit Stigmatisierung zu vergleichbaren Burnout-Symptomen führen wie bei Krankenpfleger_innen.[10]

Eine Untersuchung von männlichen heterosexuellen Prostitutionskunden ergab, dass jene im Mittel 7,2 verschiedene Prostituierte 15-mal im Jahr besuchen.[11] Auch wenn die meisten Angebote von sexuellen Dienstleistungen auf heterosexuelle Männer zielen, von denen etwa 18 % als regelmäßige Prostitutionskunden gelten[12], existieren auf der Escortebene mehrere Anbieter_innen für Frauen in Deutschland. Reisebüros empfehlen alleinstehenden Frauen mittleren Alters zudem Aufenthalte in Jamaika, Kenia oder Indonesien, wo sich Männer Touristinnen am Strand anbieten. Statt in Geld werden sie oft in Sachleistungen bezahlt.[13]

Bordelle für Frauen sind in Deutschland nicht bekannt. Eine Gründung in Neuseeland scheiterte an der Rekrutierung von Personal in Buchhaltung und Rechtsvertretung.[14]

Die Preise für homosexuelle Männer bei Begleitagenturen liegen unter jenen für heterosexuelle Männer oder Frauen. Statt auf Bordelle konzentriert sich das Geschäft für und von Männern auf individuelle Verabredungen über das Internet und Bars, in denen nur die Infrastruktur von der dem Betreiberin_Betreiber bereitgestellt wird und die Gäste untereinander die Bedingungen ausmachen. Etwa 5 % von ihnen haben in den letzten 12 Monaten berufsmäßig oder gelegentlich sexuelle Dienstleistungen angeboten.[15] Der Markt für homosexuelle Frauen ist noch zu klein, als dass es eigene Anbieter_innen für diese Gruppe gibt. In einigen Escortagenturen und Terminwohnungen bieten bisexuelle Dienstleisterinnen sich an. Sexuelles Verlangen ist ein menschliches Bedürfnis. Einige Beeinträchtigungen verhindern oder erschweren Menschen diesem nachzugehen, was zu einer Einschränkung des Wohlbefindens und der Bildung von Aggressionen führen kann und von Angehörigen oft nicht verstanden wird. In Einrichtungen von betreutem Wohnen kommt es deswegen oft zu Belästigungen des Personals durch die Bewohner_innen.[16] Neben der finanziellen Hürde und dem Problem der Ausführung, wenn sich der Wohnsitz dieser Personen im Sperrbezirk befindet, sind Prostituierte oft überfordert mit der besonderen Situation dieser Menschen. Weiterbildungen zur Sexualbegleiterin_Sexualbegleiter, die sich auf die sexuellen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen spezialisieren, gibt es nur vereinzelt.

Die Verdienste von Erotikdarsteller_innen sind nach der Zusammensetzung und den Praktiken der Szene gestaffelt. Frauen beginnen in der Regel mit 22 Jahren und gingen in den 70er Jahren im Durchschnitt 9 Jahre (Männer 12 Jahre) dieser Tätigkeit nach und 3 Jahre (Männer 4 Jahre) in den 2000er Jahren.[17] Der Verdienst der Männer in der Branche liegt um einiges unter den Sätzen für Frauen, weshalb sie mehr Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen. Dies wiederum begünstigt den Missbrauch von Potenzmitteln. Nur einige wenige Darsteller_innen haben einen Exklusivvertrag mit einer Firma. Sie arbeiten ausschließlich für das Unternehmen und repräsentieren es für ca. 2000 € Brutto im Monat in der Öffentlichkeit durch Interviews, Messen o.Ä. Diese kleine Gruppe prägt auch das Bild dieser Branche und lässt sie insbesondere für junge Frauen attraktiv wirken. Es gibt keine Regelungen zur Verwendung von Kondomen, noch eine Überprüfung der Arbeitsumgebung durch das Gesundheitsamt. Die Darsteller_innen sind oft nebenberuflich tätig und oft noch in anderen erotischen Arbeitsgelegenheiten aktiv. So bestehen Mischformen in denen Darsteller_innen Webcams betreiben und dort auch Personen für den Geschlechtsverkehr auswählen, der dann als Film verkauft wird. Aufgrund von Marktmacht bleiben 70 bis 75 % der Wertschöpfung hierbei bei den Vertriebsportalen hängen.

Durch die Entdeckung von Penicillin und der Verbreitung von Kondomen ist die Übertragungswahrscheinlichkeit und Inzidenz von Geschlechtskrankheiten in Deutschland stark gesunken. Diesen Arbeitsschutz gilt es bei sexuellen Dienstleistungen ernst zu nehmen. So ermöglicht das Infektionsschutzgesetz seit 2001 nach §19 eine kostenlose und anonyme Testung auf Geschlechtskrankheiten mit begleitender Beratung. Insbesondere in pornographischen Filmen kommen neben dem Schutz auch die Auswirkungen auf die Jugend zum Tragen.

227

228 **Wir fordern deshalb:**

229

- 230 • Befassung des Bundeskartellamtes mit möglichem Missbrauch marktbeherrschender
- 231 Stellung im Bereich Onlinewerbung sexueller Dienstleistungen und Vertriebsportalen von
- 232 pornographischen Filmen/Webcams nach § 18 Absatz 4 GWB bezüglich §19 Absatz 2
- 233 Punkt 2 GWB (Überhöhte Entgelte)
- 234 • Streichung §184f StGB (sittliche Gefährdung der Jugend durch Prostitution)
- 235 • Einfügung des Merkmals „der Berufswahl“ als verbotener Diskriminierungsgrund in § 1
- 236 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- 237 • Aufnahme von sechs Sitzungen pro Jahr mit einer_einem Sexualbegleiter_in in den
- 238 Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen bei Menschen mit anerkannten
- 239 Hemmnissen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) ihre sexuellen Bedürfnisse zu
- 240 decken.
- 241 • Einführung der Kondompflicht in pornographischen Filmen, deren Drehort in Deutschland
- 242 liegt, durch entsprechende Anpassung der Hygieneverordnungen der Bundesländer. Die
- 243 Kontrolle der Arbeitsbedingungen soll durch das zuständige Gesundheitsamt erfolgen.
- 244 • Einfügung §36 IfSG (Einhaltung der Infektionshygiene) Punkt 8 „Drehorte
- 245 pornographischer Filme“
- 246 • Die Förderung von Projekten, die der Analyse der Beschäftigungssituation von
- 247 Sexarbeiter_innen dienen, da es in diesem Bereich ein Forschungsdefizit (insbesondere
- 248 im quantitativen Bereich) gibt.

249

250 **Integration in das Wirtschaftsleben**

251

252 Sexuelle Dienstleister sind überdurchschnittlich nicht oder privat krankenversichert und nur 13
253 % der hauptberuflichen Prostituierten unter ihrer tatsächlichen Beschäftigung versichert. Als
254 Gründe sind hier die fehlende Anonymität und die Angst nicht aufgenommen zu werden
255 genannt. [18] Die Beiträge für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung werden
256 auf Grundlage des monatlichen Gewinns zumindest aber der Mindestbemessungsgrenze (2014:
257 2073,15 €) berechnet. Daraus ergibt sich ein monatlicher Mindestbeitrag in Höhe von 321,43
258 Euro plus 42,51 € Pflegeversicherung (Härtefälle 242,63 € § 240 Abs. 4 SGB V). Eine
259 gesetzliche Versicherung kann an fehlenden oder nicht nachweisbaren Vorversicherungszeiten
260 nach § 9 SGB V scheitern. In der privaten Krankenversicherung werden Sexarbeiter_innen
261 unter Risikozuschlägen aufgenommen. Oft werden deshalb Angaben als „Hostess“ oder
262 „Mitarbeiter_in einer Künstleragentur“ gemacht. Dies bringt jedoch die Unsicherheit einer
263 Kündigung mit sich. Die Hälfte der hauptberuflich Tätigen verfügt zudem über keine
264 Altersvorsorge und von den übrigen betreiben 59 % ausschließlich private Vorsorge.[19] Obwohl
265 mit dem Wegfall der Sittenwidrigkeit der Tätigkeit eine Vermittlung von Arbeitslosen in die
266 Prostitution möglich geworden ist, wird sie von den Arbeitsagenturen weder aktiv noch passiv
267 verfolgt. Bei der Aufgabe einer Beschäftigung in der Prostitution wird dies ohne Prüfung als
268 wichtiger Grund für die Arbeitsaufgabe im Sinne des § 159 Abs.1 SGB III anerkannt, womit
269 keine Wartezeiten für Leistungen bestehen.

270 Seit der Entscheidung des Bundesfinanzhofs von 1964 sind Einnahmen aus Prostitution
271 einkommens- und umsatzsteuerpflichtig(GrS 1/64 S, BFHE 80, 73, BStBl III 1964, 500). Zur
272 Umsetzung dieser Pflicht ermächtigt ein interner Erlass der OFD Düsseldorf von 1966
273 Vermieter_innen, Steuervorauszahlungen von bei ihnen selbstständig arbeitenden Prostituierten
274 zu kassieren und an die Finanzbehörden weiterzuleiten. Diese Steuer nach dem so genannten
275 „Düsseldorfer Verfahren“ machte in sieben Bundesländern Schule und reicht heute von 5 bis 30
276 € pro Tag. Die Zahlung soll bei einer Steuererklärung der betreffenden Person mit der
277 tatsächlichen Steuerschuld verrechnet werden. Allerdings gestaltet sich der Nachweis
278 schwierig, da keine Rechnungen für diese Dienstleistungen ausgestellt werden, wodurch die
279 Vorauszahlung oft als tatsächliche Steuerschuld angenommen wird. Eine spätere Anmeldung
280 beim Finanzamt kann zu einer Steuerschätzung der vergangenen fünf Jahre führen, da oft keine
281 Quittungen für die anonymen Steuervorauszahlungen ausgegeben oder anerkannt werden. Die
282 Festlegung auf eine Berufsgruppe statt auf eine Person läuft § 162 AO zuwider, sowie § 85 AO
283 hinsichtlich der progressiven Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Der Bundesfinanzhof stellte
284 2013 zudem klar, dass auch eine Gewerbesteuerpflicht besteht (BFH GrS 1/12), obwohl
285 selbständige Prostituierte derzeit nicht in allen Bundesländern ein Gewerbe anmelden können.
286 Wenn sie es tun, machen sie ihre Identität im Gewerberegister öffentlich.

287 Der Bundesrechnungshof schätzte 2003 den Verlust von Einkommens- und Umsatzsteuern im

288 Prostitutionsgewerbe durch Schwarzarbeit auf jeweils 1 Mrd. €[20] und empfahl bei den
289 betroffenen Personen bundeseinheitlich Pauschalzahlungen zu erheben. Die Stadt Köln erhebt
290 seit 2004 eine Vergnügungssteuer, wonach zwischen Räumlichkeiten, die zum sexuellen
291 Vergnügen zur Verfügung gestellt werden und nach Fläche besteuert werden sowie dem
292 Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt außerhalb dieser Einrichtungen die für jede_n
293 Prostituierte_n und Tag besteuert werden, unterschieden wird. In Dortmund werden sowohl
294 Sexarbeiter_innen außerhalb als auch innerhalb von bereits veranlagten Prostitutionsstätten
295 besteuert.[21] Durch diese Belastung verbessert sich die Marktsituation für Straßenprostitution,
296 was eine Verlagerung des Gewerbes zur Folge haben kann.
297 Bordelle oder bordellähnliche Betriebe werden als z.B. gewerbliche Zimmervermietung zwar
298 angezeigt und müssen dem jeweiligen Bebauungsplan entsprechen, da aber keine
299 Erlaubnispflicht besteht, kann das Gewerbeamt bestimmte Standards nicht überprüfen. Eine
300 bloße Aufführung unter Überwachungsbedürftige Gewerbe nach § 38 GewO, wie von der
301 ehemaligen CDU/CSU/FDP Regierung angestrebt, reicht nicht aus, da die Standards dadurch
302 nicht definiert sind und der Willkür der jeweiligen Behörden bzw. Sachbearbeiter_innen
303 überlassen bleiben. [22] In Wien führte ein vergleichbares Vorgehen zum Schließen der
304 Mehrheit der Prostitutionsstätten, wodurch Sexarbeiter_innen auf andere Städte oder weniger
305 attraktive Arbeitsorte ausweichen mussten. Ein Polizeiregister, wie von der CDU/CSU
306 Bundestagsfraktion gefordert, verursacht zudem Ausweicheffekte ohne bestehende Probleme
307 anzugehen. [23]

308

309 **Wir fordern deshalb:**

310

- 311 • Gleichsetzung der Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige in der gesetzlichen
312 Krankenversicherung mit dem Betrag für nicht in der Ausbildung befindliche
313 einkommenslose Personen im SGB V
- 314 • Aufnahme von Stellenangeboten für sexuelle Dienstleistungen in die Datenbank der
315 Bundesagentur für Arbeit. Eine Zumutbarkeit der Tätigkeit und eine aktive Vermittlung
316 sollen daraus nicht begründet sein
- 317 • Einstellung der Steuervorauszahlungen von Prostituierten, wie sie derzeit in sieben
318 Bundesländern durchgeführt werden
- 319 • Durchführung einer Steueramnestie für sexuelle Dienstleister_innen die sich erstmals
320 beim Finanzamt anmelden
- 321 • Einführung einer eigenen Wirtschaftskennzahl (WZ) für Prostitutionsstätten und
322 Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen (Begleitdienste/Pornographie) in die
323 Klassifikation der Wirtschaftszweige
- 324 Neuregelung des Betreibens von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung. Eine
325 Prostitutionsstätte soll ein Betrieb sein indem sich 5 und mehr Personen aufhalten, die
326 entgeltliche sexuelle Dienstleistungen anbieten. Der Zugang zur Prostitutionsstätte soll so
327 ausgestaltet sein, dass der Schutz von Jugendlichen gewahrt bleibt (gesonderter Zugang
328 zum öffentlichen Straßenraum) und Anwohner_innen keinen unzumutbaren Belästigungen
329 ausgesetzt werden. Mietverträge für Arbeitsräume zwischen Betreiber_innen und
330 Prostituierten sollen unzulässig sein. Räume sollen nur von der_dem Kundin_Kunden
331 gebucht werden können und durch Rechnungen belegt werden. Diese Anforderungen
332 sollen von neuen Betrieben zu gewährleisten sein. Für bestehende Prostitutionsstätten
333 soll eine Übergangsfrist von 5 Jahren gelten.
- 334 • Regelung der „Vermittlung sexueller Dienstleistungen“ als Überwachungsbedürftiges
335 Gewerbe nach §38 GewO analog zur Heirats- und Partnervermittlung
- 336 • Weiterhin setzen wir uns aktiv für die Einführung der BürgerInnenversicherung zur
337 sozialen Absicherung, gerade auch von Prostituierten, ein.

338

339 **Kriminalität**

340

341 Oft werden sexuelle Dienstleistungen in der Öffentlichkeit mit Menschenhandel in Verbindung
342 gebracht.[24] Die Zahl der erfassten Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen
343 Ausbeutung ist in Deutschland von 926 im Jahr 2000 auf 612 im Jahr 2012 gesunken. Die
344 größten Opfergruppen kommen aus den Länder Bulgarien (155), Rumänien (128), Deutschland
345 (127), Ungarn (47), Polen (23) und Nigeria (13). 16 % sind minderjährig. 101 Opfer hielten sich
346 2012 illegal in Deutschland auf.[25] Jedoch stehen von den 46.382 verfolgten Straftaten gegen
347 sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland 2012 nur 5,2 % in Verbindung mit sexuellen
348 Dienstleistungen. Davon sind 1439 auf die Verletzung von Sperrbezirksregelungen, 229 auf

349 Zuhälterei (StGB §181a) und 558 auf Menschenhandel (StGB §232, §233a) zurückzuführen.
350 Gleichzeitig sank der Anteil der organisierten Kriminalität in Zusammenhang mit dem
351 Nachtleben (Ausbeutung von Prostituierten, Zuhälterei, Menschenhandel, illegales Glücksspiel)
352 von 10,1 % (86 Gruppen) auf 3,9 % (22 Gruppen). Die Zahl der Verurteilten wegen Zuhälterei ist
353 zugleich von 162 (52 Frauen) im Jahr 2000 auf 21 (4 Frauen) im Jahr 2012 gefallen, die wegen
354 Menschenhandel von 148 (34 Frauen) auf 110 (24 Frauen) und Verurteilungen wegen
355 Ausbeutung von Prostituierten (StGB §180a) betrugen 2012 gerade zwei Personen.[26]
356 Häufig übernehmen Opferschutzorganisationen, die in Gegnerschaft zur Prostitution stehen die
357 Zeugenbetreuung für die Polizei. Da sie gleichfalls die Nebenklage organisieren und deren
358 Beteiligung weitgehend undokumentiert bleibe, ergäben sich daraus rechtsstaatliche Bedenken
359 im Strafprozess.[27] Zwei Stichproben von zusammen 140 Verfahren (25 Verurteilungen) mit
360 einem Anfangsverdacht Menschenhandel im Zeitraum 1999-2002 ergaben, dass 58 Verfahren
361 auf die Betroffenen selbst, jedoch nur 20 auf anlasslose polizeiliche Ermittlungen zurückgehen.
362 Zudem sagten 78 % der mutmaßlichen Opfer vor Gericht aus, überwiegend belastend und
363 wurden zu 96 % als glaubwürdig beurteilt. Polizeirazzien im Rotlichtmilieu decken oft nur
364 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht auf. Trotzdem stieg die Zahl der kontrollierten Objekte und
365 Personen in Deutschland bei Razzien im Zeitraum 2005-09 im Vergleich zu 2000-04 jeweils um
366 300 % auf etwa 4000 Personen jährlich. Zusammen mit Routinekontrollen werden jedes Jahr
367 ca. 1/4 aller Prostituierten von der Polizei kontrolliert.[28]
368 Eine Bestrafung der Kund_innen von Menschenhandelsopfern[29] wirkt wiederum der
369 Erfassung von Menschenhandel entgegen, da Informant_innen und Zeug_innen dadurch unter
370 dem Risiko stehen, sich selbst strafbar zu machen. Eine Nichtanzeige von Straftaten ist nach §
371 138 StGB Abs. 1 Punkt 6 bereits strafbar. Staatliche Mittel zur Bekämpfung von
372 Menschenhandel sollen nicht dazu missbraucht werden, Migrant_innen zu schikanieren, noch
373 sollen Opfer die staatlichen Behörden fürchten, weil sie unter Zwang Rechtsverletzungen
374 begangen haben oder abgeschoben werden könnten. Strategien, welche die Stigmatisierung
375 von Sexarbeiter_innen und Schutzzeihen verringern, fördern die Bereitschaft zur Offenbarung
376 und damit die Anzeigebereitschaft genauso wie ein respektvolles, geschultes Verhalten von
377 Polizist_innen. Wichtig ist hierbei auch eine Aufenthaltsregelung für mutmaßliche Opfer von
378 Menschenhandel, die das Bedrohungsszenario einer Ausweisung entschärft und die
379 Migrationsziele Arbeit, Verdienst oder Ausbildung erreichbar werden lässt.[30]

380

381 **Wir fordern deshalb:**

382

- 383 • Streichung der unbeschränkten Durchsuchungsmöglichkeiten der Polizei in Räumen in
- 384 denen Prostitution stattfindet nach § 104 Abs. 2 Var.7 StPO
- 385 • Abschaffung des sogenannten „Vermieterprivilegs“

386

387 Die Ausbeutung von Sexarbeiter*innen durch Wohnungsinhaber*innen, die horrende
388 Tagesmieten erheben und bewusst einer Arbeitgeber*innenfunktion nicht nachkommen,
389 darf nicht länger milder bestraft werden, als die Ausbeutung durch Zuhälter*innen. Alle
390 Formen der Ausbeutung von Sexarbeiter*innen, denen sich die Betroffenen nicht
391 entziehen können, sind in gleichem Umfang zu bestrafen. Dementsprechend muss das
392 Strafmaß von §180a Abs. 2 Nr. 2 StGB an das von §181a Abs. 1 Nr. 1 StGB angepasst
393 werden.

- 394 • Streichung der Identifikations- und Durchsuchungsermächtigungen der Polizei bezüglich der Prostitution in den Landespolizeigesetzen z.B. in Bayern Art. 13 Abs. 1 b) und Art. 23 Abs. 3 Nr. 2 PAG
- 397 • Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, die ein Grundwissen über die Lage und den Umgang mit Opfern von Menschenhandel allen Polizist_innen vermitteln und so dem Eindruck einer Verbindung zu den Täter_innen entgegen wirken
- 400 • Die Betreuung von Zeug_innen in Menschenhandelsprozessen muss durch neutrale Personen erfolgen
- 402 • Änderung § 25 Absatz 4 AufenthG dahingehend, dass Opfern von Menschenhandel in Deutschland ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht gewährt wird, unabhängig von ihrer Bereitschaft vor Gericht auszusagen. Ein Nachzug von eigenen Kindern soll möglich sein. Ihnen soll Entschädigung gewährt werden. Für eine Übergangszeit sollen sie medizinische Versorgung, finanzielle Unterstützung, Dolmetscher_innendienste und rechtlichen Beistand erhalten. Eine Straffreiheit bei Delikten in Zusammenhang mit ihrer Abhängigkeitsbeziehung soll erfolgen sowie ein Zeugenverweigerungsrecht für sie betreuende Personen gemäß § 53 StPO.

409

410

411 **Die Idee eines freien Berufes**

412

413 In Deutschland existieren derzeit 16 Einrichtungen, die im Bündnis der Fachberatungsstellen für
414 Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e.V. zusammengeschlossen sind. Sie finanzieren sich aus
415 öffentlichen Mitteln und Spenden und sind in freier oder kirchlicher Trägerschaft organisiert. Ihre
416 Mitarbeiter_innen kommen aus den Bereichen der Sozialpädagogik, Rechtswissenschaft,
417 Psychologie und Sprachmittlung. Ihre Aufgaben umfassen die Beratung (Recht, Gesundheit,
418 Umstieg), Begleitung zu Ämtern, Vermittlung von Weiterbildungsangeboten/Therapien. Die
419 Projektförderung ist unsicher und regional unterschiedlich.

420 Anbieter_innen von sexuellen Dienstleistungen sollen sich, sofern sie keine Anstellung in
421 diesem Wirtschaftsbereich haben, beim Finanzamt als Selbständige für sexuelle
422 Dienstleistungen anmelden. Für die Zulassung soll jährlich ein Beitrag von zunächst 60 € an die
423 nach Landesrecht zuständige Sexarbeitskammer abgeführt werden. Bis zu ihrer Konstituierung
424 durch Wahlen wird ihre Funktion vom Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen
425 und Sexarbeiter e.V. (bufas) wahrgenommen. Die Absicherung erfolgt über die
426 Künstlersozialversicherung, wo bereits heute Zahlungen von Film- und Fotoproduzenten
427 eingehen. Die Informationen zum Arbeitseinstieg sind in mehreren Sprachen und auch
428 gehörlosen oder blinden Menschen zugänglich zu machen. Die Agenturen/Prostitutionsstätten
429 haben nach einer Übergangszeit, die Mitgliedschaft in der Sexarbeitskammer abzufragen, bevor
430 sie einer_einem Anbieterin_Anbieter die Ausübung gestatten. Die Mitgliedschaft gilt zugleich als
431 erforderlicher Nachweis für die Beantragung eines Künstlernamens im Personalausweis nach
432 §9 Abs. 3 PAuswG. Vertreter_innen der jeweiligen Sexarbeitskammer haben während der
433 Öffnungszeiten Zugang zu Agenturen/Prostitutionsstätten. Personen, die nicht
434 Agenturen/Prostitutionsstätten nutzen und deren Einkünfte aus sexuellen Dienstleistungen unter
435 dem zu versteuerndem Einkommen liegen sind vom Beitrag befreit. Es ergeben sich folgende
436 Arbeitsmöglichkeiten:

437

438 **a) Arbeit als abhängig Beschäftigte_r**

439

440 Betreiber_innen von Prostitutionsstätten können Prostituierten Arbeitsverträge anbieten. Hierbei
441 legen sie Ort, Zeit, Preise für Dienstleistungen, Abrechnungsmodalitäten fest und zahlen einen
442 vereinbarten Lohn. Bei Pauschalsexangeboten entfallen die Preisvorgaben, hinzukommen
443 Regelungen ab einer bestimmten Anzahl von Kund_innen pro Arbeitsschicht früher zu gehen
444 oder einen Bonus gezahlt zu bekommen. Diese Arbeitsangebote sind in die Datenbank der
445 Agentur für Arbeit aufzunehmen. Eine aktive Vermittlung in diese Tätigkeit erfolgt aufgrund von
446 Zumutbarkeitskriterien jedoch nicht. Bei Kündigung sind von der/dem Beschäftigten keine
447 Fristen einzuhalten noch Wartezeiten für Leistungen nach dem SGB II oder III vorgesehen. Ab 5
448 angestellten Personen ist ein Betriebsrat zu wählen. Die Gewerkschaft Ver.di Fachbereich 13
449 Besondere Dienstleistungen ist für die überregionale Vertretung der Interessen zuständig.

450

451 **b) Arbeit als Subunternehmer_in**

452

453 Ein_e Unternehmer_in beantragt eine Prostitutionsstätte beim Gewerbeamt. Bei Erlaubnis
454 werden Personen für den Betrieb (z.B. Reinigung, Getränkeausschank, Buchhaltung,
455 Sprachmittlung, Sicherheit o. Ä.) angestellt. Freiberufliche Sexarbeiter_innen nutzen den Betrieb
456 zur Anbahnung mit möglichen Kund_innen. Nach Aushandlung der Leistungen wird ein Zimmer
457 gebucht und im Voraus bezahlt. Von diesem Geld behält der Betrieb einen anteiligen
458 Zimmerpreis ein. Leistungen an Sozialversicherungen sind dadurch dokumentiert und
459 Einkommen kann nachgewiesen werden. Pro Monat ist der_dem Sexarbeiter_in ein Nachweis
460 über das erhaltene Honorare mitzugeben. Prostitutionsstätten können so transparent verglichen
461 werden.

462

463 **c) Arbeit mit einer Agentur**

464

465 Die_Der Freiberufler_in kann mit einer Agentur zusammen arbeiten. Diese übernimmt die
466 Werbung, Vermittlung und Buchhaltung. Wird eine Person aus der Agenturkartei von
467 einer_einem Kundin_Kunden angefragt, wird sie informiert und Ort, Zeit sowie gewünschtes
468 Leistungsspektrum mitgeteilt. Bei der_dem Kundin_Kunden bestätigt sie den Auftrag und stellt
469 eine Rechnung mit der Angabe des Agenturnamens aus. Nach der Dienstleistung wird der
470 Betrag an die Agentur abgeführt, die ihre Vermittlungsgebühr und Mehrwertsteuer einbehält und

471 die Abgaben an die Künstlersozialkasse abführt. Pro Monat ist der_dem Sexarbeiter_in ein
472 Nachweis über die erhaltenen Honorare mitzugeben. Es steht den Agenturen frei sich auf
473 spezielle Dienste zu spezialisieren etwa Escortservice, Nacktfotographie, Pornographie,
474 Sexualbegleitung o. Ä. Für ausländische Dienstleister_innen, die oft auf der Durchreise sind,
475 sollen auch Prostitutionsstätten, Gästewohnungen und Dolmetscher_innen vermittelt werden.
476

477 **d) Arbeit als Sexualbegleiter_in**

478

479 Nach der Ausbildung zur_zum „Sexualbegleiter_in“ bei einem staatlich anerkannten Träger, ist
480 die Person freiberuflich tätig und kann persönlich oder über eine Agentur gebucht werden. Es
481 werden Vergütungssätze pro Stunde inklusive Anfahrtkosten festgesetzt,. Die Leistung wird für
482 sechs stündliche Sitzungen pro Jahr für Menschen, die eine anerkannte (MDK) Einschränkung
483 haben ihre sexuellen Grundbedürfnisse ohne Unterstützung zu decken, in den Leistungskatalog
484 der gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen. Für Personen mit Vormund beantragt
485 dieser oder eine von ihm beauftragte Einrichtung die Leistung. Über die Zulassung als
486 freiberufliche_r Sexualbegleiter_in ist der_dem Kundin_Kunden bzw. Vormund oder
487 Stellvertreter_innen Auskunft zu geben. Es werden Rechnungen an die Krankenkassen
488 ausgestellt.
489

490 **e) Arbeit von Zuhause**

491

492 Zuletzt bleibt die Möglichkeit, selbständig zu Hause Kund_innen zu empfangen, zu besuchen
493 oder einen Straßenstrich zu nutzen. Diese Tätigkeit soll nicht erlaubnispflichtig sein, da sie
494 freiberuflich ist, sofern nicht mehr als vier Personen zusammen arbeiten. Über die Einnahmen
495 und berufsbedingte Ausgaben (z.B. Verhütungsmittel, Kleidung, Kosmetika ect.) ist Buch zu
496 führen. Sofern die Einnahmen aus diesem Beruf eine steuerpflichtige Tätigkeit begründen ist ein
497 Beitrag an die Sexarbeitskammer abzuführen.
498

499 **Wir fordern deshalb:**

500

- 501 • Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG (Klarstellung, dass
- 502 Prostitution ein Freier Beruf ist)
- 503 • Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 6 GewO Abs 1 (Nichtanwendbarkeit)
- 504 • Einfügung von „Sexuelle Dienstleister_innen“ neben Künstler_innen und Publizist_innen
- 505 in §1 KSVG sowie Hinweis in Punkt 3 dass dies nur gilt, wenn keine abhängige
- 506 Beschäftigung in Zusammenhang mit der sexuellen Dienstleistung vorliegt.
- 507 • Definition in §2 KSVG dass Sexueller Dienstleister im Sinne des Gesetzes sein soll, wer
- 508 in pornographischen Filmen mitwirkt, sich als Begleiter, in Prostitutionsstätten, wie
- 509 Bordellen, BDSM Studios und erotischen Massagesalons, in privaten Wohnungen oder
- 510 auf der Straße prostituiert oder Sexualbegleitung bei Menschen mit Beeinträchtigungen
- 511 anbietet.
- 512 • Einfügung in §24 Punkt 10 KSVG das Prostitutionsstätten, wie Bordelle, BDSM Studios
- 513 oder erotische Massagesalons sowie Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen
- 514 Abgaben an die Künstlersozialkasse zu entrichten haben.
- 515 • Erweiterung des ProstG dahingehend, das Selbständige Anbieter sexueller
- 516 Dienstleistungen in der jeweils nach Landesrecht zuständigen Sexarbeitskammer
- 517 organisiert sein sollen
- 518 • Ausbau von Beratungsstellen für Wege in die Prostitution, die SexarbeiterInnen einen
- 519 sicheren Einstieg in die Prostitution ermöglichen und sie dabei begleiten.

520

521

522

523 [1] Philipp Thiee (Hg) „Menschen Handel- Wie der Sexmarkt strafrechtlich reguliert wird“
524 2008:168-169.

525

526 [2] European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex
527 Workers TAMPEP VIII Annex 4 National Reports Germany 2008:109.

528

529 [3] Der Unternehmerverband Erotikgewerbe Deutschland e.V. schätzt den Preisverfall von
530 sexuellen Dienstleistungen zwischen 2000-2012 ohne Inflation auf 23 %.

531 http://www.uegd.de/images/stories/pdfdateien/2012_uegd_daten_sexarbeitsbranche.pdf Die

532 Zeitschrift „The Economist“ (9.8.2014) konnte den Preisverfall empirisch (23,5 %), anhand von
533 190.000 Personen die zwischen 2006-2014 Online in 84 größeren Städten in 12 Ländern
534 sexuelle Dienstleistungen anboten, nachweisen. Neben einem Nachfragerückgang durch
535 Wirtschaftsflaute und veränderte soziale Werte wird ein Angebotsanstieg durch Migration und
536 die Auswirkungen des Internets als Ursache genannt. [http://www.economist.com/news/briefing/](http://www.economist.com/news/briefing/21611074-how-new-technology-shaking-up-oldest-business-more-bang-your-buck)
537 [21611074-how-new-technology-shaking-up-oldest-business-more-bang-your-buck](http://www.economist.com/news/briefing/21611074-how-new-technology-shaking-up-oldest-business-more-bang-your-buck).
538
539 [4] <http://www.sperrbezirk-deutschland.de/>
540
541 [5] Verdi Broschüre "Arbeitsplatz Prostitution" Bericht über die Ergebnisse der Feldstudie „Der
542 gesellschaftliche Wandel im Umgang mit Prostitution seit Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung
543 am 1.1.2002“ von Emilija Mitrovic, 2004:4.
544
545 [6] Straßenprostitution nahm dementsprechend von 6 auf 9 % zu
546 http://www.uegd.de/images/stories/pdf-dateien/2012_uegd_daten_sexarbeitsbranche.pdf. Auch
547 die Bayrische Landesregierung schätzt über die Landespolizeipräsidien die Zunahme von
548 Wohnungsprostitution in den letzten 10 Jahren für Augsburg und Mittelfranken auf 30 % bzw. 45
549 %. Landtagsdrucksache 17/636 vom 28.2.2014.
550
551 [7] Vertiefung spezifischer Fragestellungen zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes:
552 Ausstieg aus der Prostitution - Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut der
553 Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung der Evangelischen Fachhochschule (SoFFI K.)
554 2007:11 n=126.
555
556 [8] „Nebenjob Prostitution“ in Jahrespublikation des Studienkollegs zu Berlin 2010/11:79 n=120.
557
558 [9] Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative
559 Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, Teilpopulation Prostituierte. bmfsfj
560 2003.
561
562 [10] The mental and physical health of female sex workers: a comparative study. Australian and
563 New Zealand Journal of Psychiatry 03/2001:75-80 sowie Ine Vanwesenbeeck Burnout Among
564 Female Indoor Sex Workers Archives of Sexual Behavior Dezember 2005:627-639 n=96.
565
566 [11] Wobei 63 % zwischen einer und fünf Sexarbeiterinnen pro Jahr aufsuchten. Altersgruppe
567 15-74 Jahre n=598 (492 Auskünfte) Dieter Kleiber/Doris Velten, Prostitutionskunden. Eine
568 Untersuchung über soziale und psychologische Charakteristika von Besuchern weiblicher
569 Prostituierter in Zeiten von AIDS, BadenBaden 1994:126-127.
570
571 [12] Die Anzahl der weiblichen Sexarbeiterinnen für die alten Bundesländer wird aus Angaben
572 von 92 der 148 Gesundheitsämter auf 50.000 hochgerechnet. Bei 30 Kundenkontakten pro
573 Woche, 50 Arbeitswochen, 25 Kundenkontakten pro Kunde/Jahr und 17,5 Mio. Männern
574 zwischen 20 und 59 Jahren ergibt sich ein Anteil von 18 %. Markert, Stefanie. Studie zum
575 Risikoverhalten von Freiern. Neue Praxis Jg. 21 H. 5/6, 407-415 1991 n=354. Kleiber/Velten
576 verwenden den gleichen Prozentsatz. Sie schätzten die Anzahl von Kundenkontakten pro
577 Kunde und Jahr jedoch geringer ein (15), sowie die Kunden pro Woche (21). Sie erhöhen aber
578 die Altersspanne (20 bis 59 Jahre deckt nur 90,8 % der Nachfrage ab) und geben die Anzahl
579 der Sexarbeiterinnen mit 57.505 deswegen höher an.
580
581 [13] SRF Rundschau „Weiblicher Sex-Tourismus“ vom 18.5.2011.
582
583 [14] <http://www.stuff.co.nz/national/5163241/Pam-Corkery-gets-cold-feet-over-male-brothel>.
584
585 [15] Umfrage „Sexcheck06“ an der jedes siebte Mitglied der deutschsprachigen
586 Internetgemeinde planetromeo.com mitmachte. Auf der Nachfrageseite gaben 7 % an im letzten
587 12 Monaten Sexdienstleistungen in Anspruch genommen zu haben. Allerdings ist die Nachfrage
588 unter homosexuellen Männern weit stärker stigmatisiert als das Angebot.
589
590 [16] Epertise Sexuelle Assistenz für Frauen und Männer mit Behinderungen 2005, pro familia,
591 Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V.
592

593 [17]Eine Stichprobe in der IAFD ergab das 62 % der Erotikdarstellerinnen analsex praktizieren
594 und 39 % DP. <http://jonmillward.com/blog/studies/deep-inside-a-study-of-10000-porn-stars/>.
595

596 [18] Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der
597 Rechtsverhältnisse der Prostituierten- Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut der
598 Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung der Evangelischen Fachhochschule (SoFFI
599 K.)2007:22-25 n=305.
600

601 [19]ebenda:26-27.
602

603 [20] Bundestagsdrucksache 15/2020 Seite 185-88. Wobei unklar ist wie hoch der Umsatz in der
604 Branche ist. So fallen nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2008 etwa Begleitdienste
605 unter WZ96.09 „Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen“,
606 während Bordelle häufig unter WZ68.2 „Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleaste
607 Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen“ eingeordnet werden.
608

609 [21] Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art
610 vom 14. Dezember 2007 sowie Vergnügungssteuersatzung der Stadt Dortmund für die
611 Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen
612
613 und das Angebot sexueller Handlungen vom 02.09.2010.
614

615 [22]Artikel 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels und
616 Überwachung von Prostitutionsstätten Bundestagsdrucksache 17/13706.
617

618 [23] „Eckpunkte zur Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel“ der CDU/CSU
619 Bundestagsfraktion vom 8.4.2014 und Final Report of the International Comparative Study of
620 Prostitution Policy: Austria and the Netherlands Wagenaar, Hendrik; Altink, Sietske;
621 Amesberger, Helga 2013
622 http://kks.verdus.nl/upload/documents/P31_prostitution_policy_report.pdf.
623

624 [24]Spiegel Titelgeschichte „Bordell Deutschland-Wie der Staat Frauenhandel und Prostitution
625 fördert“ Nr. 22/27.5.2013, ARD/BR „Verkaufte Kinderseelen- Zwangsprostitution in unserer
626 Nachbarschaft“ 22.7.2013, ZDF „Menschenhandel in Europa- Billig Nachschub für deutsche
627 Puffs“ 25.4.2012.
628

629 [25]BKA Bundeslagebild Menschenhandel 2012.
630

631 [26] Bundeslagebild Rotlichtkriminalität 2012 Unternehmerverband Erotikgewerbe Deutschland
632 e.V.
633

634 [27] Jochen Thielmann, Die Grenze des Opferschutzes. Anmerkungen zur Tätigkeit der
635 Opferschutzorganisation Solwodi in: Der Strafverteidiger, 2006:41-51.
636

637 [28][http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-](http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-bricht-zusammen.pdf)
638 [bricht-zusammen.pdf](http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-bricht-zusammen.pdf).
639

640 [29]Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90 die Grünen zum Entwurf eines Gesetzes zur
641 Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten
642 Bundestagsdrucksache 17/14227 vom 26.6.2013 sowie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und
643 SPD 2013-17.
644

645 [30] Helfferich, Cornelia; Kavemann, Barbara; Rabe, Heike Determinanten der
646 Aussagebereitschaft von Opfern des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung. Eine
647 qualitative Opferbefragung. Polizei + Forschung, Bd. 41, BKA2010:245-47 n=53.
648
649
650
651
652
653

Titel Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!

- 1 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Umso wichtiger ist es
- 2 daher, dass wir die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten und Krippen sozial und gerecht
- 3 mitbegleiten.
- 4
- 5 Wir fordern daher:
- 6
- 7 • Für die Ausbildung zur ErzieherIn muss eine Ausbildungsvergütung geleistet werden.
- 8 Darüber hinaus sollte die Ausbildung im dualen Berufsschulsystem oder im Rahmen eines
- 9 Studiums mit angemessenen Praxisanteil stattfinden.
- 10 • Alle müssen nach gerechten Tarifverträgen bezahlt werden. Es gilt: Gleicher Lohn für
- 11 gleiche Arbeit in der frühkindlichen Bildung!
- 12 • Jede Kindergartengruppe braucht eine Drittkraft, um stärker pädagogisch arbeiten zu
- 13 können und das vorhandene Personal zu entlasten.
- 14 • ErzieherInnen brauchen bessere, bezahlbare Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere
- 15 Aufstiegschancen.
- 16 • Durch die Schaffung unbefristeter Stellen soll die Jobsicherheit erhöht werden.
- 17 • Durch eine Image-Kampagne soll die Attraktivität des ErzieherInnen Berufes aufgezeigt
- 18 und im Zusammenwirken mit den vorangegangenen Maßnahmen weiter gesteigert
- 19 werden. Ziel muss es dabei sein, mehr Männer für diesen Beruf zu gewinnen. Außerdem
- 20 muss ein richtiges Bild vom Beruf der ErzieherInnen skizziert werden, Frühpädagogik ist
- 21 nicht einfach nur die Betreuung kleiner Kinder.
- 22 • Die Gründung von Betriebskindergärten und alternativen Versorgungsmodellen muss
- 23 gefördert werden. Ziel dabei ist insbesondere, Unternehmen an den Kosten für die
- 24 Kinderbetreuung zu beteiligen.
- 25 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes ist unumgänglich, damit Geld wirksam für die
- 26 frühkindliche Bildung ausgegeben werden kann.
- 27 • Ein Lebenslanges lernen vom Elementarbereich bis zur Erwachsenenbildung erfordert
- 28 funktionierende Schnittstellen. Es muss in diesem Zusammenhang gezielt an einer
- 29 verbesserten Zusammenarbeit von ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen gearbeitet
- 30 werden.
- 31 • Es braucht eine stärkere Beteiligung von Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder.
- 32 • Der Bund und die Länder werden dazu verpflichtet für die finanzielle Sicherheit der
- 33 Kommunen zu sorgen, damit gute, kostenlose frühkindliche Bildung unabhängig von der
- 34 kommunalen Finanzlage vor Ort möglich ist.

35
36
37
38
39
40
41
42
43

Titel Rassismus in der Medizin bekämpfen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Rassismus in der Medizin bekämpfen

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2

3

4

5 Rassismus ist im medizinischen Alltag ein unausgesprochenes Alltagsproblem. Die Jusos
6 fordern die SPD-Abgeordneten dazu auf, die Behandlung dieser Thematik im Rahmen von
7 verpflichtenden regelmäßigen MitarbeiterInnenschulungen (Diversity-Trainings usw.)
8 einzurichten und die Aufnahme einer konsequenten Rassismus- Prävention in das Curriculum
9 aller medizinischen Ausbildungen aufzunehmen.

10

11 Auch für MitarbeiterInnen sollte es, ähnlich wie Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte,
12 eine Ansprechperson geben, an die man sich (auch anonym) wenden kann und über die auch
13 rechtliche Schritte oder Unterstützung durch Personal-/Betriebsräte eingeleitet werden können.

14

15

16 *In der medizinischen Versorgung und der Beschäftigung im medizinischen Bereich werden*
17 *Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit nicht-deutschem Pass aufgrund*
18 *rassistischer Einstellungen schlechter behandelt. Aus unserer Sicht werden latent rassistische*

19

20 *Einstellungen besonders deutlich in diskriminierenden Begriffen wie „Morbus Bosporus“ oder*
21 *„anatolischer Ganzkörperschmerz“ und sind sprachliche Beispiele dafür, dass sich Vor- urteile,*
22 *Schmähungen und einer bestimmten Bevölkerungsgruppen entgegengebrachte Haltung schon*
23 *in der inoffiziellen medizinischen Terminologie niederschlagen. In diesem Fall explizit gegen*
24 *Menschen aus dem kleinasiatischen Raum.*

25

26 *Das führt sowohl zu Diskriminierungen als auch unweigerlich zu einer Ungleichbehandlung*
27 *dieser Personengruppen, die in der Medizin ganz besonders schlimme Folgen haben kann.*

28

29 *Um im Beispiel zu bleiben: Das Vorurteil, dass Menschen aus dem südlichen Europa und*
30 *angrenzenden Asien Schmerzen übertrieben beschreiben, führt im Einzelfall zu krassen*
31 *Fehleinschätzungen, die für Wohl und Wehe dieser Patienten entscheidend sind. Dahin- gestellt*
32 *sei ob Menschen aus bestimmten Kulturkreisen eine unterschiedliche Schmerzwahrnehmung*
33 *haben, diese Frage ist nicht hinreichend geklärt oder erforscht. Selbst wenn dem aber so wäre,*
34 *müssten solche PatientInnen generell eine erhöhte Schmerzmittelbehandlung bekommen und*
35 *nicht eine niedrigere oder gar die komplette Verweigerung. Denn oberste Richtlinie in der*
36 *Schmerzbewertung bleibt in jedem Fall die individuelle Auskunft des Patienten anhand der*
37 *bekannten Schmerz-Scores, zum Beispiel der visuellen Analogskala. Medizinisches Personal*
38 *muss dann auf beschriebene Symptomatik korrekt und objektiv reagieren und im Zuge dessen*
39 *die korrekte Diagnostik und Therapie in die Wege leiten. Insbesondere ist die korrekt geführte*
40 *Anamnese maßgeblich für den weiteren Verlauf aller medizinischen Maßnahmen. Dass hierbei*
41 *rassistische Vorur- teile Einfluss auf diesen Verlauf nehmen, verurteilen wir und fordern ein*
42 *Umdenken auf ganzer Linie.*

43

44 *Im medizinischen Umfeld ist die korrekte Weitergabe von PatientInnenvorgeschichten und*

45 aktuellen Geschehnissen eine der wichtigsten Schnittstellen, da Entscheidungen für das weitere
46 Prozedere oft in Konferenzen mit mehreren EntscheidungsträgerInnen getroffen werden, bzw.
47 sich verschiedene MitarbeiterInnengruppen miteinander im regen Austausch über die
48 PatientInnen befinden und hierbei ein höchstes Maß an Objektivität und Verlässlichkeit
49 erforderlich ist. In diesen Situationen passiert der häufigste Informationsverlust und hier ist einer
50 der größten Quellen für Fehler in der Behandlung zu suchen. Aus diesem Grund spielt die
51 korrekte Übergabe und Terminologie in der Ausbildung für alle medizinischen Berufe zurecht
52 eine sehr wichtige Rolle.

53

54 Informationen über den Zustand der PatientInnen werden aber unweigerlich auch von den
55 Vorurteilen der MitarbeiterInnen gegen- über den PatientInnen gefärbt, weshalb sie in diesem
56 Umfeld umso gefährlicher sind.

57

58 Ebenso betrifft die Diskriminierung im medizinischen Umfeld auch das Personal. Besonders in
59 der Pflege, aber zunehmend auch in der ärztlichen Versorgung, sind die PatientInnen in
60 Deutschland in Zukunft auf Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen. Sie sind schon
61 jetzt ein unverzichtbarer Teil der medizinischen Versorgung und brauchen des- halb eine/n
62 Beauftragte/n im Betrieb, der sich angesichts der stattfindenden Diskriminierung um ihre
63 Belange kümmert.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

Titel Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!

Antragsteller Perspektivprojekt Europa über Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!

1) Unser Europa

Für uns Jusos ist die europäische Integration eine wichtige Errungenschaft, um in Europa dauerhaft Frieden und einen Raum der gemeinsam anerkannten und verwirklichten Grundrechte und Grundwerte zu schaffen. Als bisher einmaliges Friedens- und Werteprojekt findet die Europäische Union kein historisches Vorbild. Gerade deshalb stellt sie und die gesamte bisherige europäische Integrationsgeschichte einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen dar, als ein Beitrag zur Befriedung der Staatenwelt durch demokratische Strukturen. Die europäische Einigung ist daher ein wichtiger (Teil-)Schritt zum Zusammenwachsen aller Menschen unter der Vorstellung von "Einer Welt". Deshalb stellt für uns die Europäische Union eben gerade auch einen wichtigen Schritt zu einer effektiven Problemlösung dar. Vor allem im Bereich der "Außen- und Sicherheitspolitik" und in der Auseinandersetzung mit dem kriselnden weltweiten Kapitalismus merken wir fortwährend, dass die Kleinstaaterei keine adäquaten Antworten auf drängende Fragen in der Welt des 21. Jahrhunderts liefern kann. Wir sind uns dabei durchaus bewusst, dass wir einige Aspekte in diesem Antrag auch aus einer sehr "deutschen" Brille sehen und verstehen unsere nachfolgenden Überlegungen deshalb ebenso als Auftrag, mit unseren europäischen aber auch außereuropäischen PartnerInnen in Zukunft noch stärker in einen gemeinsamen Austausch über unsere Visionen von Europa zu treten. Nur gemeinsam als JungsozialistInnen können wir erfolgreich für ein anderes, demokratischeres, sozialeres und besseres Europa kämpfen!

Freizügigkeit ist für uns dabei eine der größten Errungenschaften Europas. Dass wir heute innerhalb Europas keine militärisch bewachten Grenzen mehr kennen, um die in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen Kriege geführt wurden, ist ein Privileg, das es zu verteidigen gilt. Für uns JungsozialistInnen steht aber ganz explizit die Personenfreizügigkeit im Mittelpunkt. Es geht um ein Europa der Menschen, nicht des Kapitals und der Waren (oder des Konsums). Einschränkungen von Personenfreizügigkeit (wie zum Beispiel im Falle Kroatiens) können wir deshalb nicht akzeptieren! Wir wollen, dass die Menschen in Europa in einen Austausch kommen, sich kennen- und verstehen lernen, um gemeinsam an dem europäischen Projekt zu arbeiten. Europa dahingegen mit Stacheldraht und Marineboot nach "außen" zu verteidigen führt diese Vorstellungen jedoch ad absurdum und wir lehnen diese Praktiken klar ab. Für uns ist klar, dass Europa ein Vorbild sein muss, sowohl als Überwindung von Nationalstaatlichkeit im Inneren, wie auch als Friedensprojekt nach Außen. Eine "Festung Europa" ist nicht mit unserem Verständnis der Europäischen Union vereinbar.

Europa ist auch ein Wohlstandsversprechen und das Versprechen zur Steigerung der Lebensqualität überall in Europa. Für uns lässt sich Wohlstand allerdings nicht nur an wirtschaftlichen Wachstumszahlen ablesen. Für uns heißt ein europäisches Wohlfahrtsversprechen, dass die Politik sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht der Wirtschaft auszurichten hat. Das europäische Projekt kann nur erfolgreich fortschreiten, wenn wir es endlich schaffen die wirtschaftliche Integration durch eine stärkere politische und vor allem auch soziale Integration zu erweitern. Europa muss das Versprechen geben, dass alle Menschen in Europa vor den Auswüchsen des Kapitalismus geschützt werden. Europa darf kein

44 Handlanger des Kapitals sein, sondern muss noch stärker Anwältin der BürgerInnen werden.

45

46 Dabei ist eines klar: Europa ist divers und heterogen. Unser politischer Ansatz zielt dabei
47 allerdings nicht auf nationale Klischees und Vorurteile ab: Für uns gibt es in Europa keine
48 deutschen, französischen, polnischen oder ähnliche Interessen. Personenfreizügigkeit,
49 Wohlfahrtsversprechen und die Auseinandersetzung um unsere zukünftige Wirtschaftsweise
50 befördern andere Interessensgegensätze, die es auf europäischer Ebene auszutragen gilt. Wir
51 haben ein positives Bild von der europäischen Idee, erklären dabei aber keinesfalls die jetzige
52 Ausgestaltung. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist durch die europäische Einigung
53 nicht ausgehebelt, sondern nur verlagert, zum Teil sogar verstärkt worden. Europa ist (noch)
54 nicht das Paradies, das wir den Nationalstaaten überstülpen könnten. Wir müssen Europa die
55 richtige Richtung geben und hart hierfür arbeiten, wenn wir nicht erleben wollen, dass die
56 Europäische Union zu einer autoritären Akteurin wird, die die, in den blutigen
57 Demokratisierungs-, Emanzipations- und Sozialstaatskämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts
58 erreichten Errungenschaften, für Geschichte erklärt. Deshalb ist es wichtig, sich kritisch mit dem
59 bisherigen Integrationsstand auseinander zu setzen.

60

61 **2) Das neoliberale Spielfeld der Anderen**

62

63 In einer solchen Auseinandersetzung müssen wir leider konstatieren, dass der europäische
64 Integrationsprozess in vielen Bereichen zu einem neoliberalen Spielfeld geworden ist.
65 Wirtschaftsintegration war der Ausgangspunkt für alle weiteren Integrationsschritte, und die
66 wirtschaftliche Integration spielt leider heute noch eine hervorgehobene Rolle. Die politische und
67 soziale Integration konnten noch keine äquivalente Stellung erreichen.

68

69 Der Neoliberalismus konnte in der Europäischen Union eine hegemoniale Stellung einnehmen.
70 Ihm gelang es auch weite Teile der europäischen Sozialdemokratie in einen neoliberalen
71 Konsens und somit in seine Hegemoniestrukturen einzubinden. Eine sozialistische
72 Politikalternative war nur noch in Ansätzen sichtbar. Der Utopie-Verlust der europäischen
73 SozialistInnen und SozialdemokratInnen hat mit dazu beigetragen, dass selbst zu einem
74 Zeitpunkt, wo das neoliberale Hegemonieprojekt zu bröckeln begann (Stichwort sog. Euro-
75 Krise), keine kohärente sozialdemokratische Antwort sichtbar war, die von einer Mehrheit der
76 Menschen in Europa für glaubwürdig befunden wurde. Wir brauchen deshalb mehr als dringend
77 eine neue sozialistische Perspektive für die Europäische Union, die die Auseinandersetzung mit
78 dem Neoliberalismus suchen muss und in einer solchen Auseinandersetzung eben auch
79 mehrheitsfähig wird.

80

81 Wir Jusos versuchen diesem Anspruch gerecht zu werden und verstehen uns dabei als
82 progressive PartnerInnen für eine solche neue Diskussion um eine „sozialistische Europa-
83 Vision“, dem wir mit diesem Antrag ebenfalls Rechnung tragen wollen. Dabei sind wir davon
84 überzeugt, dass sich eine solche Utopie sich an der Schnittstelle zu einem „Mehr“ an
85 europäischer Staatlichkeit verorten muss.

86

87 **3) Europa braucht mehr Staatlichkeit!**

88

89 Die Europäische Union ist für uns ein Beitrag zur Überwindung der Nationalstaatlichkeit. Der
90 Auseinandersetzung um Staat und Nation setzen wir allerdings unsere Vorstellung einer
91 sozialistischen Internationalen entgegen, die sich nicht in solchen konstruierten Semantiken wie
92 Nation oder Volk verliert. Wir verwehren uns deshalb auch der einfachen Formel die
93 europäische Politikebene lediglich mit bzw. nach dem Konzept eines bürgerlichen Staates
94 auszugestalten. Die Herausforderung europäischer Staatlichkeit ist die Weiterentwicklung und
95 Neudefinition von Staatlichkeit als notwendige Organisation des gesellschaftlichen
96 Zusammenlebens in einem pluralen und diversen Gemeinwesen. Nach unserem Verständnis
97 muss Staatlichkeit demokratische Beteiligung garantieren, als Regulationsinstanz für Schutz vor
98 einem ungezügelter Kapitalismus sorgen und durch seine Institutionen Grundrechte, Freiheit
99 und besonders auch soziale Rechte sichern.

100

101 In den folgenden drei Abschnitten wollen wir deshalb kurz Hinweise und fortwährend
102 weiterzuentwickelnde Ansätze für ein jungsozialistisches europäisches Staatsverständnis
103 skizzieren und uns dabei auch kritisch mit Subsidiarität als eine mögliche „Integrationsmethode“
104 befassen, bevor wir in den weiteren Punkten dieses Antrages erste „konkrete Utopien“

105 vorstellen wollen. anhand der Utopien wollen wir erste „konkrete Schritte“ vorschlagen, um
106 damit die Europäische Union in Richtung unserer Vision beginnend zu verändern.

107

108 a) Demokratische Staatsprinzipien

109 Die Politik der EU ist derzeit in Teilen zu sehr von Intransparenz und dem Wettbewerb der
110 Nationalstaaten geprägt. Für uns ist klar, so kann es nicht bleiben! Die EU muss mehr sein, als
111 ein Zusammenschluss einzelner Staaten. Dies bedeutet für uns, dass die Europäische Union
112 weiter demokratisiert werden muss. Die Europäische Union ist für uns nur als ein
113 supranationales demokratisches Gemeinwesen denkbar. Hierbei verwehren wir uns allerdings
114 der Umdeutung demokratischer Prinzipien, wie wir sie bspw. in manchen wissenschaftlichen
115 Governance-Ansätzen finden. Für uns heißt Demokratie Beteiligung der Menschen innerhalb
116 des politischen Prozesses. Nichts ist unpolitischer und undemokratischer, als politische
117 Prozesse lediglich anhand ihres generierten Outputs zu bemessen, egal wie dieser zustande
118 gekommen ist. In einer demokratischen Union müssen politische Standpunkte und Interessen
119 offen formuliert werden, bevor sie in die politischen Strukturen eingespeist werden. Eine
120 demokratische Europäische Union muss daher dafür Sorge tragen, dass ihre Strukturen sich so
121 verändern, dass die Menschen in Europa wieder zum Bezugspunkt werden, die über Wahlen
122 und andere Beteiligungsformate der Politik eine Richtung geben. In diesem Sinne sind wir
123 zudem sehr besorgt darüber, welche Demokratie-feindlichen Mechanismen sich in Zeiten der
124 „Krise“ noch verstärken konnten: Nicht nur die Stärkung der mitgliedersstaatlichen Regierungen,
125 die im Rahmen der so genannten Euro-Rettung immer stärker in den Mittelpunkt der
126 europäischen Politikebene gerückt sind, sondern insbesondere auch die Etablierung neuer, von
127 demokratischer Legitimation losgelöster, Politik-Strukturen, wie der Troika, haben die
128 europäische Demokratie nachhaltig erschüttert. Auch die über die letzten Jahrzehnte etablierten
129 Agentur-Strukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen, obwohl sie als
130 handlungsmächtige Akteure innerhalb der Europäischen Union wirken (siehe bspw. Frontex),
131 entspricht nicht unserer Vorstellung einer demokratisch-ausgestalteten Union. Eine solche EU
132 ist nicht unsere EU. Wir kämpfen dafür, dass die Europäische Union nicht zu einem
133 „postdemokratischen“ Politikgebilde „eigener Art“ wird. Für uns gilt, dass die demokratischen
134 Errungenschaften, die in Europa über Jahrhunderte erkämpft werden mussten, auch auf
135 supranationaler Ebene fortgeführt werden müssen! Die Europäische Union braucht kein neues
136 „Demokratiekonzept“ á la Governance oder Exekutivföderalismus, sondern solche Strukturen,
137 die den bisherigen Demokratisierungserrungen in den Mitgliedstaaten Rechnung trägt.

138

139 b) Sozialstaatlichkeit als europäisches Staatsprinzip

140 Seit jeher stellen wir SozialistInnen dem Kapitalismus und seinen Entwicklungen eine Idee
141 entgegen, deren Ziel es nicht ist, Kapital zu mehren, sondern allen Menschen ein gutes Leben
142 zu ermöglichen. Als eine wesentliche Ursache sozialer Ungleichheit, Spaltung und Abgrenzung
143 erkennen wir den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit: Dieser entsteht in den
144 Wertschöpfungsprozessen, an denen ArbeitnehmerInnen zwar durch ihre Arbeitskraft beteiligt ,
145 in die sie jedoch nicht durch Anteile an Produktionsmitteln oder demokratische Partizipation
146 eingebunden werden. Während also im Rahmen der so genannten „Wettbewerbsfähigkeit“
147 Rationalisierungen an Arbeitsprozessen beschlossen werden, sinken die Löhne,
148 ArbeitnehmerInnen haben kaum Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Dieser Widerspruch
149 zwischen der geleisteten Arbeit und dem Kapital kennzeichnet alle kapitalistischen Systeme und
150 äußert sich in unserer Gesellschaft ganz konkret in prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen.
151 Dies betrifft alle europäischen Staaten - deshalb kann die Antwort auf den Kapitalismus nur
152 sein, die Stimmen der Arbeitenden zu vereinen und gemeinsam für ein besseres Leben
153 einzustehen. Denn die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen, sie verläuft zwischen den
154 Klassen und eint die SozialistInnen aller europäischen Länder in ihrem Ziel, den Kapitalismus zu
155 überwinden.

156

157 Sozialer Ungleichheit stellen wir das Prinzip der Sozialstaatlichkeit entgegen. Wir stellen uns die
158 Frage nach Sozialstaatlichkeit und antworten angetrieben von unserer Idee von Europa: Die
159 wichtigste Aufgabe des Sozialstaates ist die Grundsicherung aller Menschen, die in Europa
160 leben. Der Ausgangspunkt eines Sozialstaates muss die soziale Gleichheit sein - gerade in
161 Zeiten, in denen sich der Widerspruch zwischen Vermögenden und prekär Beschäftigten,
162 working poors und - oft weibliche - im Alter Verarmenden verstärkt. Gerade mit Blick auf die
163 enormen Unterschiede zwischen Nord und Süd, West und Ost und auf das, was die Krise
164 hinterlassen hat, muss ein erster Schritt sein, durch europäische, staatliche Daseinsvorsorge
165 und BürgerInnenversicherungen für gleiche Standards in allen europäischen Staaten zu sorgen.

167 Diejenigen, die die Hoheit über Wirtschaftsprozesse und explizite Wertschöpfungsprozesse
 168 haben, schlagen daraus ihren Profit - in keinem Fall werden sie diese Vorgänge also von sich
 169 aus ändern. Jedoch kann der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital nur durch neue Abläufe
 170 und eine neue Maxime des Wirtschaftens erreicht werden. Dies führt uns zu der Forderung
 171 nach der Demokratisierung ökonomischer Abläufe und der Partizipation der ArbeitnehmerInnen.
 172 Erst, wenn die Arbeitenden mitentscheiden können, werden sich die Standards in Betrieben und
 173 auf dem Arbeitsmarkt verbessern, statt Humankapital wird wieder die soziale Gerechtigkeit im
 174 Mittelpunkt stehen.

175

176 c) **Subsidiarität als „kritische“ Integrationsmethode**

177 In der politischen Diskussion um die europäische Integration stellt das Subsidiaritätsprinzip als
 178 einer der zentralen Grundsätze der Europäischen Verträge einen entscheidenden
 179 Kristallisationspunkt dar, an dem die Auseinandersetzung um die Ausübung von Kompetenzen
 180 auf Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten die verschiedenen Verständnisse
 181 von Staatlichkeit zu Tage fördert. Grundsätzlich soll durch das Subsidiaritätsprinzip in den
 182 Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fallen, der
 183 Vorrang der Mitgliedstaaten sichergestellt werden. Ein Tätigwerden der Union ist nur dann
 184 legitim, wenn die Ziele einer Maßnahme von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend verwirklicht
 185 werden können und sie „wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen“ von der Europäischen
 186 Union „besser“ erreicht werden können. Nach der reinen Definition kann somit – je nach
 187 Interpretation – sowohl „mehr“ als auch „weniger“ Europa durch die Einhaltung des
 188 Subsidiaritätsgedanken möglich sein.

189

190 Hinter der Auseinandersetzung um das Subsidiaritätsprinzip verbirgt sich derzeit allzu oft ein
 191 Abwehrkampf gegen eine vertiefte Integration und eine Vergemeinschaftung weiterer
 192 Politikfelder durch Europa-KritikerInnen. Die Beharrungskräfte, die allenfalls am status quo
 193 festhalten wollen, sind dabei sehr wirkmächtig. Unter dem Deckmantel des lediglich ordnenden
 194 Prinzips wird eine Aufgabenverteilung nach den Prinzipien der Selbstbestimmung und
 195 Selbstverantwortung vorgenommen. Im Vordergrund steht dabei die Selbstverantwortung, ein
 196 Kriterium dessen Diktum vor allem in der kapitalistischen Gesellschaft dazu benutzt wird, die
 197 Bewältigung der Folgen bestehender gesellschaftlicher Ungleichheiten der/dem Einzelnen zu
 198 überbelassen. Übertragen auf die Europäische Union bedeutet dies, dass die Mitgliedsstaaten
 199 nach der hier beschriebenen Lesart des Begriffs der Subsidiarität vor allem daran erinnert
 200 werden sollen, ihre Probleme selbstständig zu lösen. Eine Lesart, die spätestens dann einen
 201 Widerspruch erzeugt, wenn Anspruch und Anforderung an die Selbstverantwortung dazu
 202 führen, dass Selbstbestimmung auf zentraler Ebene zwar gebilligt wird, allerdings das Erreichen
 203 extern gesetzter Ziele als Erfolg selbstverantwortlicher politischer Steuerung verstanden wird
 204 (wie z.B. die Maßnahmen im Rahmen der Bewältigung der Krise in Europa und deren
 205 Überwachung durch Troika/EU-Kommission). Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen.

206

207 Dem Prinzip der Subsidiarität wohnt nach unserer Auffassung im Kern ein weiteres Kriterium
 208 inne – die Solidarität. Subsidiarität setzt gegenseitige Unterstützung – als Befähigung zur
 209 Selbstverwaltung – sogar voraus. Solidarität verpflichtet den Staat zur Entwicklung eines
 210 sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Leistungssystems, das Menschen unterstützt und
 211 einen strukturellen Ausgleich zwischen den Ebenen herstellt. Dies bedeutet dann aber auch,
 212 dass ihm hierzu die notwendigen Grundlagen zur Verfügung stehen müssen. Staat kann und
 213 muss mehr als einen Beitrag zur Verfestigung der bürgerlichen Klasse und der bestehenden
 214 Verhältnisse leisten. Im Zentrum unseres Verständnisses von Staatlichkeit steht die dadurch
 215 vermittelte Möglichkeit einer politischen und sozialen Emanzipation der Menschen, die diesen
 216 Staat tragen. Vor allem mit einem starken, demokratischen und handlungsfähigen Staat, können
 217 wir Vermögen zugunsten der sozial Schwachen umverteilen, für die Zukunft investieren und
 218 gemeinsame Lebensgrundlagen schaffen. Übertragen auf die Europäische Union führt dies
 219 dazu, dass das gesellschaftliche Leben, das gesamte Gemeinwesen nicht immer stärker von
 220 der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bzw. der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen
 221 Mitgliedstaates abhängen darf. Die Europäische Union ist für uns nicht nur ein Beitrag zur
 222 Überwindung der Nationalstaatlichkeit. Sie ist vor allem auch Vehikel, um eine politische und
 223 soziale Gleichheit der Menschen zu verwirklichen, die in ihr leben.

224

225 Diese nach unserem Verständnis dem Subsidiaritätsbegriff zugrundeliegenden Komponenten
 226 der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, vor allem aber der Solidarität, stellen zentrale

227 Elemente eines kooperativen Föderalismus dar, durch den soziale und politische Teilhabe sowie
228 demokratische Einflussmöglichkeiten entstehen, der aber andererseits unterschiedliche Wege
229 der politischen Aufgabenerfüllung ermöglicht. In diesem Sinne kann das Prinzip der
230 Subsidiarität als politische Praxis eine Grundlage für einen europäischen Föderalismus in einem
231 zukünftigen Bundesstaat darstellen.

232

233 Ausgehend von unserer Analyse der bisherigen Integrationsleistungen und mit Blick auf unsere
234 Anforderungen an europäische Staatlichkeit, wollen wir nun unsere Vision einer Europäischen
235 Union, die sich den demokratischen, sozialstaatlichen und föderal-subsidiären Staatsprinzipien
236 verschreibt, weiter konkretisieren.

237

238 **4) Es lebe die europäische Republik**

239

240 Vereinigt in unserem Streben nach einem Europa aller Menschen, die auf diesem Kontinent
241 leben, definieren wir fünf Säulen, die als Grundprinzipien das europäische Haus tragen sollen.

242

243 Alle Macht geht von hier lebenden Menschen aus. Die Menschen Europas bestimmen in
244 Wahlen und Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip die Organe der Europäischen Union
245 und deren Gesetzgebung. Unser Europa ist ein demokratisch organisierter Staat.

246

247 Europa steht solidarisch mit allen, die der Hilfe bedürfen. Dieses kommt nur zu Stande, wenn
248 alle Menschen Hand in Hand miteinander leben und arbeiten und füreinander eintreten. Es gilt
249 das Prinzip, dass sich jede Person auch nach ihren/seinen materiellen Bedürfnissen frei
250 entfalten kann. Unser Europa ist ein sozialer Staat.

251

252 Jede Ebene der Demokratie und Verwaltung muss die Aufgaben übernehmen, in der sie die
253 meiste Kompetenz aufweist. In einem Gemeinwesen wie dem europäischen kann und darf es
254 weder zu einer Machtkonzentration auf ein Zentrum kommen, noch darf es zu einem kompletten
255 Hinabrollen der Kompetenzen auf die einzelnen Mitgliedstaaten und/oder ihrer
256 Untergliederungen kommen. Wir stehen für ein Europa der Selbst- und Mitbestimmung seiner
257 Menschen. Nichtsdestotrotz sind staatliche Kompetenzen auch in einem europäischen Zentrum
258 zu bündeln. Um dieses Institutions- und Kompetenzequilibrium nachhaltig zu sichern, kann die
259 Antwort nur im Föderalismus liegen. Daher sprechen wir uns für ein föderal organisiertes
260 Europa aus.

261

262 Um die friedliche Koexistenz in einem Gemeinwesen zu sichern, ist die Wahrung von Freiheiten
263 institutionell zu gewährleisten. Europa hat die Grund- und Menschenrechte zu achten und zu
264 verteidigen. Die Union garantiert und sichert das ungehinderte Funktionieren horizontaler wie
265 vertikaler Gewaltenteilung. Europa ist ein Rechtsstaat.

266

267 Aus der Tradition des Kampfes gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Tyrannei aus der
268 Zwischenkriegszeit, des zweiten Weltkriegs und seiner ideologischen NachfolgerInnen und
269 MitstreiterInnen steht Europa für uns vereint im Kampf gegen rechten Radikalismus,
270 Menschenfeindlichkeit und Verhetzung. Europa fußt daher auf dem Fundament des
271 Antifaschismus.

272

273 Aus der Definition der fünf Säulen unseres Selbstverständnisses heraus wollen wir Jusos die
274 Verfasstheit Europas nach folgenden Prämissen definieren:

275

276 **a) Politisches System/Institutionen**

277

278 **Verfassung**

279

280 Wir fordern einen Verfassungskonvent, in dem gewählte RepräsentantInnen der
281 Mitgliedsstaaten sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft organisiert sind, um über die
282 zukünftige demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union zu diskutieren.

283

284 **Legislative**

285

286 Ohne veritable Legislative ist kein funktionierendes Staatsgebilde zu formieren. Daher muss das
287 Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament mit allen parlamentarischen Rechten

288 aufgewertet werden. Insbesondere das Gesetzesinitiativ- und Haushaltsrecht sind für eine
289 Volksvertretung, die den Namen verdient, unerlässlich. Ein effektives und aktives Parlament,
290 das sich für die Interessen seiner BürgerInnen einsetzt, kann neues Vertrauen in das
291 Europäische Projekt herstellen.

292

293 Diese zweite Kammer wird den bisherigen MinisterInnenrat und den Europäischen Rat
294 ersetzen. Die 2. Kammer soll aus demokratisch legitimierten RepräsentantInnen bestehen. Beide
295 legislativen Kammern müssen in ihren Rechten und Pflichten gleichwertig sein. Gesetzesakte
296 dürfen nicht allein durch die Länderkammer beschlossen werden können. Entscheidungen mit
297 qualifizierter Mehrheit sind gegenüber dem Einstimmigkeitsprinzip auszuweiten.

298

299 Zusätzlich soll das direktdemokratische Element der europäischen BürgerInneninitiative
300 deutlicher definiert und als verbindliches Instrument gestärkt werden.

301

302 Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen bleiben als beratende
303 Gremien erhalten. Letzterer bekommt ein aufschiebendes Vetorecht bei Gesetzesentwürfen, die
304 speziell die Regionalpolitik betreffen. (*Konkretisierung des WSA und Einbau Kritik am AdR*)

305

306 **Exekutive**

307

308 Wir brauchen zukünftig eine vollwertige Exekutive in der Europäischen Union, der das
309 Parlament als institutioneller Gegenspieler gegenüber gestellt und die von ihm kontrolliert wird.
310 Wir wollen dabei die Exekutive so ausgestalten, dass sie nicht mehr als verlängerter Arm
311 nationaler Regierungen fungiert und eingesetzt wird, sondern über demokratischere Wege
312 gebildet wird. Der Prozess dahin muss demokratisch und transparent verlaufen und braucht
313 seine Zeit.

314

315 **Judikative**

316

317 Gleichzeitig ist eine Weiterentwicklung des europäischen Gerichtswesen notwendig. Das
318 Europäische Gericht muss gestärkt und der Europäische Gerichtshof zu einem
319 Verfassungsgericht ausgebaut werden. Einer vollwertigen Exekutive und Legislative ist eine
320 starke und funktionierende Judikative entgegenzustellen und mit dem Schutz von Demokratie,
321 Föderalismus, Sozialstaat, Rechtsstaat und antifaschistischem Selbstverständnis zu betrauen.
322 Auch hier muss der Prozess demokratisch und transparent verlaufen.

323

324 **b) Föderalismus**

325

326 Unser Europa soll föderal organisiert sein. Wesentliche Entscheidungsbefugnisse sollen an das
327 Parlament und die Regierung übertragen werden, um eine Politik zu ermöglichen, welche sich
328 für die Interessen aller EuropäerInnen einsetzt. Das Mitspracherecht der Länder wird über eine
329 zweite Kammer mit VertreterInnen der Mitgliedsstaaten ermöglicht. Des Weiteren sollen
330 Kompetenzen auf Ebene der Mitgliedsstaaten dort verbleiben, wo sie der Stärkung der
331 Demokratie und der Interessen der BürgerInnen am besten nutzen. Analog ist dies auf
332 kommunaler Ebene anzuwenden. Als Richtwert hierfür ziehen wir unser Verständnis des
333 Subsidiaritätsgedankens heran, da wir davon überzeugt sind, dass Föderalismus und
334 Subsidiarität sich wechselseitig bedingen

335

336 **c) Demokratie**

337

338 Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Das institutionelle Konstrukt der Union und
339 seiner Mitgliedsstaaten muss so gestaltet sein, dass Demokratie erlebbar auf allen Ebenen ist
340 und bleibt. Dies bedeutet neben der Organisation in Nichtstaatlichen Organisationen, sowie
341 Parteien und Gewerkschaften auf kommunaler, regionaler wie nationaler Ebene auch ein
342 funktionierendes, gerechtes europäisches Wahlrecht, sowie ein funktionierendes
343 Parteiensystem.

344

345 **d) Wahlrecht**

346

347 Wir fordern europaweite einheitliche Listen der Parteien für die Wahl des Europäischen
348 Parlaments. Somit wird in Zukunft jede Stimme das gleiche Gewicht haben. Gleichzeitig muss

349 Deutschland als bislang größter Mitgliedsstaat der EU dafür Sorge tragen, dass kleinere
350 Mitgliedsstaaten und deren Angehörige weiter angemessen auf allen europäischen
351 Entscheidungsebenen repräsentiert sind. Um dem regionalen und föderalen Element bei
352 Wahlen Rechnung zu tragen, setzen wir uns auf Basis der Gleichgewichtung aller Stimmen für
353 eine Weiterentwicklung des Wahlsystems im europäischen Sinne zur Überwindung des
354 Nationalwahlgedankens ein. Ein möglicher Ansatz mag die Einrichtung transnationaler,
355 regionaler Mehrpersonenwahlkreise sein. Ebenso fordern wir die Abkoppelung des Wahlrechts
356 auf mitgliedstaatlicher und europäischer Ebene von Staatsbürgerschaft. Wir wollen, dass alle
357 Menschen, die sich mindestens seit drei Monaten dauerhaft an einem Wohnsitz innerhalb der
358 EU aufhalten und die die entsprechenden Wahlalter erreicht haben, in der Europäischen Union
359 das Wahlrecht zugesprochen bekommen. Grundlage jeder Diskussion über Partizipation in
360 Europa und die Aufwertung des europäischen Parlaments muss damit eine Vereinheitlichung
361 des Wahlrechts in Europa sein, die zum gleichen Gewicht jeder europäischen Stimme führt,
362 ganz gleich aus welcher Nation oder für welche Partei sie abgegeben wird.

363

364 Beim Wahlalter wollen wir eine möglichst große Partizipation der Menschen in Europa und
365 fordern daher ein aktives und passives Wahlalter ab 16 Jahren.

366

367 **e) Öffentlichkeit**

368

369 Europa braucht eine europäische Öffentlichkeit. Um diese zu schaffen, braucht es im politischen
370 Raum klarere und verständlichere Botschaften. Diese müssen sich in der Zukunft weniger um
371 die Frage drehen, welche Interessen eines Staates gegen die Interessen eines anderen Staates
372 stehen. Es bedarf deshalb unterschiedlicher Politikentwürfe, die dem*der Bürger*in klar
373 kommuniziert werden müssen.

374

375 Eine europäische Öffentlichkeit trägt zur Identitätsfindung bei, bringt die Menschen in einem
376 solidarischen Verständnis näher zueinander und trägt zur Überwindung nationalstaatlicher
377 Identitäten, als Grundprämisse für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, bei.

378

379 Um dem Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union entgegen zu wirken, müssen
380 Entscheidungen transparenter werden, dafür brauchen wir europäische Leitmedien, denn nur so
381 kann ein Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen legitimiert werden. Durch
382 öffentliche Diskussionen können das Europäische Parlament und auch die Europäische
383 Regierung stärker politisiert werden.

384

385 Auf Seiten der Printmedien ist trotz des in ganz Europa umspannenden „Zeitungssterben“ eine
386 zunehmende Monopolisierung der Verlage zu beobachten. Ein Prozess, der sich gegenseitig
387 bedingt. Aber eine ungezügelter Konzentration könnte die Meinungsvielfalt stark einschränken.
388 Bildungsmöglichkeiten über politische Themen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Aus
389 der Vernetzung nationaler Fernsehstationen entstand kein permanenter europäischer Sender.
390 Die zunehmende Verbreitung und Erstellung von Nachrichten im Internet und auf sozialen
391 Medien können dazu dienen, eine europäische Öffentlichkeit zu befördern, da in Echtzeit alle
392 EuropäerInnen die bereitgestellten Informationen produzieren, konsumieren und teilen können.
393 Diese Potentiale gilt es stärker zu nutzen, ohne dabei die Risiken zu missachten.

394

395 **f) Sprachliche Vielfalt in Europa nutzen**

396

397 Europa zeichnet sich durch eine Vielfalt an Kulturen und Sprachen aus, die es zu erhalten und
398 fördern gilt. Sie machen für viele Menschen einen Teil ihrer Identität aus. Dementsprechend
399 begrüßen wir zum einen die 1992 verabschiedete Europäische Charta der Regional- und
400 Minderheitensprachen und fordern die Ratifizierung und Umsetzung in allen europäischen
401 Staaten. Zum anderen halten wir an der Sprachpolitik der EU fest, die die Dreisprachigkeit aller
402 EuropäerInnen durch Sprachunterricht ab früher Kindheit nach der Formel „Muttersprache+2“
403 fördert. Wir sind überzeugt, dass der Fremdsprachenunterricht mit Eintritt in die Grundschule
404 beginnen sollte. Wir halten das Ziel einer Dreisprachigkeit für richtig, um die Kommunikation
405 aller EuropäerInnen miteinander zu fördern. Zudem müssen flächendeckend kostenlose
406 Sprachkurse angeboten werden, um den Menschen auch nach der Schulzeit das nachträgliche
407 Erlernen weiterer Sprache zu ermöglichen. Zur sprachlichen Vielfalt gehört auch, dass sich
408 diese unter anderem in der Verfügbarkeit von offiziellen Dokumenten in verschiedenen
409 Sprachen der Europäischen Union niederschlägt. Langfristig soll eine Diskussion über eine

410 Verkehrssprache für die Europäische Union angestoßen werden. Das Primärziel liegt hierbei auf
411 der Spracherlernung, damit die Verständigung in den kommenden Generationen verbessert
412 werden kann. Zudem fordern wir die Etablierung einer gemeinsamen europäischen
413 Gebärdensprache.
414 Gleichzeitig müssen offizielle Dokumente der EU weiterhin in allen Sprachen, die innerhalb der
415 EU gesprochen werden, zur Verfügung gestellt werden.

416

417 **g) Jugendvertretung**

418

419 Wir Jusos wollen eine Politik, die jungen Menschen barrierefreie Partizipationsmöglichkeiten auf
420 allen Ebenen bietet. Dazu gehören Vernetzung und Austausch sowie Förderung und
421 Unterstützung der konkreten Arbeit von Jugendorganisationen in ganz Europa. Das Forum
422 hierfür ist das Europäische Jugendforum, in dem wir Jusos und der Ring politischer Jugenden
423 (RPJ) durch das Deutsche Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit vertreten sind.
424 Aufgabe dieses Forums ist die Förderung demokratischer Jugendstrukturen, politischer Bildung
425 sowie die Vernetzung aller europäischen Jugendverbände. Wir Jusos werden uns verstärkt in
426 diesen Gremien engagieren und uns mit den VertreterInnen aller Jugendorganisationen der
427 Parteien aus allen Ländern Europas koordinieren. Genauso ist hier eine Vernetzung der
428 Gewerkschaftsjugenden und anderer politisch motivierter Jugendorganisationen herzustellen.
429 Das gemeinsam gesetzte Ziel soll sein, sich im Europäischen Jugendforum, der EU
430 Kommission für Jugend, für Fördermöglichkeiten speziell für die politischen Jugendverbände
431 einzusetzen. Außerdem soll weiter daran gearbeitet werden dass das Forum– anders als oft
432 umgesetzt – nicht nur einen Symbolcharakter erfüllt: Diese Jugendvertretung soll auch in
433 Abstimmungen des Europäischen Parlaments Gewichtung bekommen, sodass Kinder und
434 Jugendliche tatsächlich in politische Prozesse eingebunden und gehört werden.

435

436 **5) Europa verändern- hier und jetzt.**

437

438 Wir wollen ein demokratisches Europa, ein Europa der Menschen, ein Europa der Teilhabe und
439 der sozialen Sicherheit. Wie dieses aussehen soll haben wir gerade beschrieben. Wir wissen
440 aber auch, dass der Weg dorthin nicht einfach sein wird. Derzeit herrscht vieler Orts
441 Resignation oder gar Ablehnung gegenüber der Idee der europäischen Integration. Mit ersten
442 Veränderungen soll nun die Akzeptanz für Europa vergrößert und der Weg zu unserer Vision
443 von Europa beschritten werden. Unsere Vision wird nicht sofort Wirklichkeit werden. Zögern ist
444 hier der falsche Ansatz. Europa muss jetzt gelebt werden!

445

446 **a) Europäisches Parteiengesetz und –system**

447

448 Wir stehen für eine konsequente Demokratisierung des europäischen politischen Systems.
449 Daher setzen wir uns für einen gesetzlichen Rahmen ein, der die politischen Dachparteien aus
450 ihrem Status als eingetragene Vereine im luxemburgischen Vereinsregister zu anerkannten
451 politischen Akteuren auf supranationaler Ebene transformiert.

452

453 Es muss der rechtliche Rahmen geschaffen werden, damit sich Mitglieder der Parteien auch
454 außerhalb der Mandatsebene auf europäischem Niveau stärker engagieren können. Hierfür ist
455 Verbindlichkeit und die finanzielle Absicherung notwendig. Es muss sichergestellt werden, dass
456 politische Parteien auch auf kontinentaler Ebene ihren politischen Bildungs- und
457 Meinungsbildungsauftrag erfüllen können. Hierzu ist die Schaffung einer europäischen
458 Parteienmitgliedschaft aus unserer Sicht unabdingbar. Diese soll zunächst zusätzlich zur
459 nationalen Parteienmitgliedschaft eingeführt werden. Langfristig sollen allerdings Bedingungen
460 geschaffen werden, die letztere Mitgliedschaft zur Gänze ersetzt.

461

462 Im Rahmen eines europäischen Parteienregulierungsgesetzesvorhabens fordern wir folgerichtig
463 eine kontinentale Parteienfinanzierung, respektive einen europäischen Ring politischer Jugend
464 zur weitergehenden Finanzierung politischer Jugendbildungsarbeit und einem
465 institutionalisierten Dialog der beteiligten Parteienjugenden. Beides ist mit angemessenen
466 Mitteln auszustatten. Die Schaffung eines europäischen politischen Bewusstseins scheitert im
467 Moment auch an der unterdimensionierten finanziellen Ausstattung.

468

469 Ohne einen rechtlich abgesicherten Rahmen zur politische Beteiligung, sowie einer
470 angemessenen finanziellen Ausstattung, ist politische Mitbestimmung in Europa an sich

471 bestenfalls eingeschränkt möglich. Wie zentral für die Demokratisierung Europas die
472 Mitbestimmung der BürgerInnen ist, zeigten nicht zuletzt Initiativen wie Right2Water. Europa
473 wird in Zukunft stärker von seinen BürgerInnen gestaltet werden.

474
475 Auch auf betrieblicher Ebene müssen konkrete Schritte unternommen werden.

476 477 **b) Europäische Mitbestimmung**

478
479 Neben der Dimension des Parteiensystems, ist die gleichwertige Entwicklung der
480 Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sicherzustellen. Während Lobby und Vernetzung
481 der ArbeitgeberInnenseite auf europäischer Ebene weit vorangeschritten ist, stecken die
482 Strukturen der ArbeitnehmerInnen vergleichsweise noch in den Kinderschuhen. Dieses
483 Ungleichgewicht in der Vertretung von Arbeit und Kapital in Europa gilt es zu beseitigen. Es ist
484 nötig, die Gewerkschaftsbewegung auch auf europäischer Ebene so zu stärken, dass sie den
485 Kampf für soziale Standards und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mittragen
486 können. Internationalen Betrieben müssen VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen
487 entgegenstehen, die Interessen der Belegschaften auch auf internationaler Ebene verteidigen
488 können. Die Bedingungen für gute Arbeit und guten Lohn dürfen nicht länger an nationalen
489 Grenzen halt machen. In bester Tradition der internationalen ArbeiterInnenbewegung stehen wir
490 uns für die Stärkung der organisierten ArbeiterInnen auch im 21. Jahrhundert auf internationaler
491 Ebene ein. Diese Strategie der einseitigen Stärkung der europäischen Gewerkschaften muss
492 durch konsequente Transparenz- und Anti-Korruptions-Maßnahmen auf europäischer Ebene
493 flankiert werden. Deswegen fordern wir die Einrichtung eines europäischen Lobbyregisters.

494
495 Daher fordern wir Jusos eine weiterführende Integration der europäischen
496 Gewerkschaftsbewegung auch als ersten logischen Schritt zur stärkeren Vernetzung und
497 Integration der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Bedingung dafür zu schaffen ist
498 Aufgabe sozialistischer und sozialdemokratischer Politik. Wir fordern ein europäisches
499 Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedsstaaten. Die gleichberechtigte
500 Beteiligung europäischer BetriebsrätInnen am politischen Prozess zu ermöglichen ist
501 Zielsetzung unseres politischen Handelns. An europäischen Verhandlungstischen sind
502 Gewerkschaften als einer der maßgeblichen gesellschaftlichen AkteurInnen mindestens
503 gleichberechtigt mit den anderen PartnerInnen zu beteiligen. Um dieses sicherzustellen, ist ein
504 europäischer gesetzlicher Rahmen zu schaffen.

505
506 Neben unserer langfristigen Vision zur Wahl und Zusammensetzung des Parlaments muss das
507 Europäische Parlament auch kurzfristig gestärkt werden. Auch unabhängig von Änderungen der
508 Verträge müssen Maßnahmen zur stärkeren Politisierung des Europäischen Parlaments
509 ergriffen werden – etwa durch eine stärkere Bevorzugung von bei der Europawahl erfolgreichen
510 Parteien bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen und anderen Ämtern. Auch unabhängig
511 von Änderungen der Verträge müssen Maßnahmen zur stärkeren Politisierung des
512 Europäischen Parlaments ergriffen werden – etwa durch eine stärkere Bevorzugung von bei der
513 Europawahl erfolgreichen Parteien bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen und anderen
514 Ämtern. Ein großer Schritt zur Stärkung des Parlaments ist die Wahl von einem der
515 Spitzenkandidaten der Europawahl zum Präsidenten der Europäischen Kommission. Den
516 ParlamentarierInnen ist es gelungen, Angriffe der Mitgliedstaaten auf das Votum der
517 Europawahl abzuwehren und den Mechanismus der SpitzenkandidatInnen für die
518 Europawahlen fest zu installieren.

519 520 **c) Wirtschaftliche Teilhabe**

521
522 Politische Teilhabe und wirtschaftliche Teilhabe gehen für uns Hand in Hand. Wir wollen ein
523 europäisches Recht auf Arbeit und Qualifizierung und die Einrichtung eines öffentlichen
524 Beschäftigungssektors für gesellschaftlich nachgefragte, aber marktwirtschaftlich nicht
525 ausreichend angebotene Güter um eine breite Teilhabe an der Wertschöpfung zu ermöglichen.

526 527 **d) Kultur und Bildung**

528
529 Ein vereintes Europa benötigt ein gemeinsames Verständnis, eingebettet in eine europäische
530 Öffentlichkeit. Um dieses herauszubilden, gar eine gemeinsame europäische Identität zu
531 schaffen sind einerseits Kulturerhalt und Kulturförderung von Bedeutung. Dabei ist an die

532 derzeitige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) anzuknüpfen deren Zielvorstellungen
533 vom Europarat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst
534 formuliert werden. Ende 2014 endet der EU-Arbeitsplan für Kultur, der Prioritäten und Ziele der
535 AKBP festlegt. Wir fordern eine weiterführende ähnliche Konzeption für eine gemeinsame
536 europäische Kulturpolitik, in der explizit auch der Schwerpunkt Jugend und Bildung einbezogen
537 werden.

538

539

540 Hierbei müssen gesamteuropäische Phänomene wie beispielweise Nationalismus und
541 Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt gestellt werden. Andererseits muss festgehalten
542 werden, dass gerade kulturelle Angebote und Programme in ihrer Konzeption und Ausführung
543 dafür anfällig sein können, Stereotype und Vorurteile zu reproduzieren statt sie aufzulösen. Um
544 dieser Ambivalenz entgegenwirken zu können, muss die EU ihre Mitgliedsländer zukünftig
545 intensiver dazu anhalten einen kritischeren Umgang mit dem „eigenen“ kulturellen Erbe und der
546 nationalen Perspektive auf historische Ereignisse anzugehen. Denn dort liegen auch immer
547 Anknüpfungspunkte für europakritische, rechtspopulistische, rechtsradikale und nationalistische
548 Kräfte. Für eben diese notwendige Reflexion muss Europa stärker als bisher im Bildungsbereich
549 verankert werden, denn beispielsweise der Geschichtsunterricht unterliegt immer noch einer
550 nationalstaatlichen Ausrichtung. Die Schaffung einer gesamteuropäischen Bildung ist daher
551 wünschenswert. Dazu müssen Austausche angeregt werden, welche die unterschiedlichen
552 Bildungsträger*innen der einzelnen Mitgliedsländer zusammenbringen, um so die
553 unterschiedlichen Perspektiven und Problemzugänge gleichberechtigt in einem
554 gemeinschaftlichen Konzept zu verankern.

555

556 Eine europäische Identität kann sich nachhaltig nur im Rahmen einer gemeinsamen
557 europäischen Erinnerungskultur entwickeln. Diese muss dort ihren Anfang nehmen, wo auch
558 die Gründung der heutigen Europäischen Union einen ihrer Ursprünge besitzt: Im Holocaust
559 und im Zweiten Weltkrieg. Nationale Geschichtsschreibung muss zunehmend durch eine
560 gesamteuropäische ersetzt werden. Außerdem ist stets darauf zu achten, Europa auch immer in
561 einem globalen Kontext, gleichberechtigt mit anderen internationalen Akteur*innen zu denken.

562

563 Bildungspolitik muss auf der europäischen Agenda viel weiter nach oben rutschen. Wir wollen,
564 dass alle Bildungs- und Berufsabschlüsse, die in einem EU-Mitgliedsländern erreicht wurden, in
565 allen anderen anerkannt werden. Das ermöglicht echte Freizügigkeit. Es braucht große,
566 gemeinschaftliche Bildungsprogramme und Initiativen.

567

568 Wir wünschen uns eine frühe und umfassende Sprachförderung für alle Kinder und
569 Jugendlichen in Europa, welche gleichzeitig europäische Integration fördert. Des Weiteren
570 fordern das verbindliche Recht auf Vermittlung der Muttersprache (n)/Erstsprache (n) für alle in
571 Europa lebenden Menschen ein. Diese Europäische Integration kann besonders durch
572 Begegnung stattfinden. Wir fordern deshalb eine dauerhafte, ausgebaute und starke beworbene
573 Förderung von Projekten wie Europaschulen und Austauschprogrammen. Das gilt besonders für
574 alle Teile von ERASMUS+, das keinesfalls wieder in Frage gestellt oder gar gekürzt werden
575 darf. Wir wollen ein Europa, in dem die Teilnahme an einem europäischen Begegnungserlebnis
576 in allen Lebensphasen möglich ist!

577

578 Weiterhin bedarf es einheitlichen Konzepten, die dafür sorgen, dass schulpflichtige Flüchtlinge
579 inklusiv beschult werden, wobei der besondere Förderbedarf bedacht werden muss. So soll
580 jeder schulpflichtige Flüchtling einen Schulplatz an einer Regelschule erhalten und somit eine
581 gute Chance auf gute Bildung und einen Schulabschluss bekommen.

582

583 Wir wollen den Anteil der Jugendlichen, welche keinen Bildungsabschluss erreichen unter 10%
584 senken.

585 Wir begrüßen die sehr gute Arbeit des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnisch
586 Jugendwerks, die Jugendliche aus diesen drei Ländern zusammenbringen und unsere Vision
587 eines gemeinsamen europäischen Verständnisses fördern. Wir fordern daher, diese
588 Organisationen zu stärken, um noch mehr Jugendliche fördern zu können und vergleichbare
589 Initiativen zwischen anderen und mit anderen Ländern aufzubauen. Diese Jugendhilfswerke
590 können Vorbilder für die Einführung multilateraler Jugendwerke in Europa sein.

591

592 **e) Europäische Medien**

593

594 Berichterstattung zu europäischen Themen darf nicht länger ein Nischendasein in der
595 nationalen Funk- und Fernsehlandschaft führen. Gleichzeitig darf die Berichterstattung aber
596 nicht nur privaten Medienunternehmen überlassen werden, die teils zu sehr einseitiger
597 Berichterstattung neigen. Nur mit einem europäischen öffentlich-rechtlichen Funk- und
598 Fernsehsystem mit differenzierter und vielseitiger Berichterstattung kann die Öffentlichkeit
599 umfassend informiert werden.

600

601 Unsere Forderungen sind daher:

602

603 Ein mehrsprachiges und möglichst kulturell adaptiertes Angebot für ein breites europäisches
604 Publikum

605

606 Ein europäisches öffentlich-rechtliches Fernseh- und Rundfunksystem, welches von einem
607 Programmbeirat geleitet wird, der die in Ansätzen existierende europäische Zivilgesellschaft
608 abbildet. Zudem wird ein Bürger*innen-Beirat eingerichtet. Dieser Beirat berät das öffentlich-
609 rechtliche Fernseh- und Rundfunksystem aus Sicht der Endverbraucher*innen. Um eine breite
610 Vertretung von Interessen zu gewährleisten, wird dieser Beirat nicht nur quotiert besetzt,
611 sondern besteht auch aus Vertreter*innen aus allen Mitgliedsländern der europäischen Union.

612

613 Der Sender „EuroNews“ muss sein eigenen Aktivitäten ausweiten und sollte eigene
614 Vertretungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten betreiben.

615

616 Neben der Informations- und Dokumentationspflicht sollte der Unterhaltungssektor als
617 niederschwelliger Zugang für die Vermittlung europäischer Werte nicht unterschätzt werden.

618

619 Die Einrichtung eines Kontrollsystems gegen Medienkonzentration auf EU-Ebene.

620

621 Des Weiteren muss ein gemeinsamer Presse- und Meinungsfreiheitsrat gegründet werden, der
622 die einzelnen Mitgliedsstaaten beaufsichtigt und entsprechende Einschränkungen an gezielter
623 Stelle ahnden kann.

624

625 Da das Internet ein wichtiges Medium für den Zugang und die Verbreitung von Informationen ist,
626 die allen Europäer*innen offen stehen sollte, fordern wir den Ausbau von Glasfasernetzen in
627 allen Teilen Europas, um möglichst allen Menschen einen privaten Internetanschluss bieten zu
628 können. Wir verwahren uns gegen jeglichen Versuch, die Netzneutralität einzuschränken, den
629 Zugang zum oder die Nutzung des Internets zu besteuern oder Inhalte im Internet zu zensieren.

630

631 **f) Gleichstellung**

632

633 Gleichstellung muss sich auf europäischer Ebene durch alle Politik- und Lebensbereiche
634 ziehen. Die EU muss sich zur Kernaufgabe machen, Chancengleichheit und Gleichbehandlung
635 in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten und jedwede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht
636 oder Sexualität zu unterbinden.

637

638 Wir wollen, dass eine europäische Quote in Höhe von 40% eingeführt wird – nicht nur in den
639 Aufsichtsräten, sondern in den gesamten Führungsebenen von Unternehmen. Die politischen
640 Institutionen der Europäischen Union müssen hierbei als Vorbild voran gehen und sich zügig die
641 Umsetzung der Quote in ihren eigenen Einrichtungen umsetzen. Ein Nichteinhalten der Quote
642 wird nicht nur durch naming and shaming, sondern durch Bußgelder und den Entzug von
643 staatlichen und europäischen Subventionen geahndet. Mangelnde Frauenförderung und closed
644 shops sind kein Kavaliersdelikt. Eine zentrale Meldestelle soll Hinweise aus den Mitgliedstaaten
645 zu Quotenverstößen entgegennehmen, prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen einleiten
646 können.

647

648 Die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen, sowie Menschen, die sich diesen beiden
649 Geschlechterkategorien nicht zuordnen wollen, muss in allen EU-Ländern geschlossen werden.
650 Dabei darf die Schuld nicht bei Frauen* gesucht werden. Förderprogramme zur verstärkten
651 Erschließung neuer Berufsfelder sind wichtig – doch sie reichen nicht aus. Es bedarf einer
652 konsequenten Sichtbarmachung von Karrierehemmnissen, gläsernen Decken und weiteren
653 Ausschlussmechanismen, die Frauen* von vertikalen und horizontalen Ausschlüssen im

654 Berufsleben bewahren. Damit einher geht auch die europaweite Erhöhung der
655 Frauen*beschäftigungsquote um Abhängigkeiten zu verringern. Dies darf nicht weiterhin durch
656 den Ausbau von Niedriglohnsektoren und prekärer Beschäftigung erfolgen. Auch die
657 unterschiedlichen Zugänge zu Teil- und Vollzeitstellen müssen überwunden werden, zum
658 Beispiel indem die bestehende Teilzeitrichtlinie um ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit nach
659 einer familiär- oder krankheitsbedingten Reduzierung der Arbeitszeit erweitert wird und indem
660 auch in männlich geprägten Berufen eine Teilzeitkultur für alle Geschlechter gefördert wird. Wir
661 wollen in ganz Europa gute Arbeit unabhängig vom Geschlecht.

662
663 Regionale Projekte sind wichtige Unterstützer und Multiplikatoren der Gleichstellungspolitik.
664 Dies können Beratungsstellen für Opfer von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt, für
665 Sexarbeiter*innen, Unterstützung von sich selbstständig machenden Frauen*, Beratungsstellen
666 bei Trennung, Scheidung, Sorgerecht oder auch Frauen* und Mädchentreffs sein.

667
668 Sie benötigen Unterstützung, um ihre wichtigen Aufgaben in ihren Regionen durchzuführen.
669 Hier reichen bloße Worthülsen und Versprechungen nicht aus. Ein Europa, das Gleichstellung
670 ernst nimmt, muss mittels auskömmlicher finanzieller Förderung guten Projekten Vorschub
671 leisten.

672
673 Das am 01. August diesen Jahres in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur
674 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist ein wichtiger
675 Schritt, um Gleichstellung in den Verfassungen aller EU-Staaten umzusetzen und Hilfsangebote
676 einzurichten und zu verbessern. Nun kommt es darauf an, dass die Expertenkommission zur
677 Überwachung der Umsetzung nicht nur Best-Practice-Beispiele, sondern auch Missstände offen
678 kommuniziert.

679
680 Es geht Staaten und die EU nichts an, mit wem die Menschen ihr Leben oder ihr Bett teilen. Wir
681 wollen, dass die Ehe- und Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare europaweit
682 vereinheitlicht werden. Die EU darf auch hier kein legislativer Flickenteppich sein. Eine
683 gemeinsame Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare muss auch außerhalb einer Ehe für
684 gleichgeschlechtliche Paare erlaubt sein.

685 686 **g) Queeres Leben**

687
688 Die Debatte über LGBTIQ*-Rechte endet oft in der Forderung nach einer Ehe für alle.
689 Selbstverständlich fordern wir weiterhin eine Gleichstellung auf allen Ebenen – auch bei der
690 Institution Ehe. Dennoch sehen wir die Ehe nicht als eine erstrebenswerte Errungenschaft, die
691 das Leben aller Menschen beeinflusst. Das Argument der gleichgestellten Ehe wird oftmals
692 vorgeschoben. Vielmehr werden nicht-heteronormativ lebende Menschen im Alltag auf anderen
693 Ebenen diskriminiert, sind oft Bedrohung und Gewalt ausgesetzt und werden dennoch
694 unsichtbar gemacht.

695
696 Gerade deshalb gilt es, LGBTIQ*-Organisationen in Europa zu stärken und dort zu unterstützen,
697 wo die Kämpfe für Queer-Rechte auf Gewalt und Angsträume stoßen. Zur Sichtbarmachung der
698 täglichen Gewalt gegen Trans* und Inter* braucht es eine europäische Statistik, in der Übergriffe
699 aufgeführt werden, und über die Handlungsmöglichkeiten herausgefunden werden können.

700
701 Es gilt, den emanzipatorischen Kampf unterschiedlicher Gruppen, die unter patriarchaler
702 Unterdrückung leiden, zusammenzuführen, denn nur, wenn Solidarität uns eint, können wir für
703 uns alle die Freiheit erkämpfen. Freiheit bedeutet die absolute Gleichheit vor dem Gesetz und
704 gleiche Chancen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt – Freiheit bedeutet aber auch,
705 sich ohne Angst zu bewegen und ohne Angst queer zu leben.

706
707 Unsere Aufgabe ist es hier vor allem, die Forderungen der LGBTIQ*-Community ernst zu
708 nehmen und zu unterstützen, unseren politischen Einfluss zu nutzen und auf allen Ebenen für
709 eine Gleichstellung jenseits der Ehe und anderer bürgerlicher Kategorien einzustehen.

710 711 **h) Asyl- und Einwanderungspolitik**

712
713 Wir wollen keine Festung Europa! Die europäische Asylpolitik bedarf einer grundlegenden
714 Reform. Die Industriestaaten Europas dürfen sich ihrer humanitären Verantwortung nicht länger

715 entziehen.

716

717 Im aktuellen Sprachgebrauch der EU-Ebenen werden Asylsuchende als explizites
718 Sicherheitsrisiko eingestuft und Abwehrmaßnahmen im selben Maße priorisiert, wie
719 weggesehen wird, wenn Asylsuchende beim Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben
720 verlieren. Eine ungeheure humanitäre Katastrophe, der Tod und das Leid Tausender im
721 Mittelmeerraum wird vor der Illusion angeblicher Sicherheitspolitik hingegenommen.

722

723 Die europäische Union muss endlich den Leitsatz der Abschottung als notwendige
724 Sicherheitspolitik überwinden und beginnen Chancen und Ursachen von Migration zu erkennen.

725

726 Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der
727 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, (FRONTEX) muss zerschlagen werden und ihre
728 Verbrechen von einer unabhängigen Kommission strafrechtlich untersucht werden. Darüber
729 hinaus muss es endlich ein europaweit einheitliches Asylsystem geben. Die Voraussetzungen
730 zur Erlangung von Asyl dürfen nicht länger von den Mitgliedstaaten bestimmt werden und sich
731 innerhalb der Europäischen Union unterscheiden. Bei der Antragsstellung darf es keinen
732 Unterschied machen, in welchem Land die Menschen zum ersten Mal europäischen Boden
733 betreten.

734

735 Eine solche Agentur darf nicht die Rolle einer Grenzpolizei einnehmen. Wir fordern stattdessen
736 eine neue Institution, deren Hauptaufgabe der humanitäre Flüchtlingsschutz, bspw. durch
737 Seenotrettung, darstellt. Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das
738 Recht, einen Asylantrag zu stellen. Die sichere Ankunft in Europa muss gewährleistet werden.
739 Diese neue Institution kann in Organisationseinheit mit dem Europäischen Unterstützungsbüro
740 für Asylfragen agieren und als Erstanlaufstelle für Asylsuchende auf europäischen Boden
741 dienen sowie Unterstützung beim Einstieg ins Asylverfahren liefern. Sie muss ein komplett
742 öffentlicher Dienst, unter der Kontrolle des Europäischen Parlamentes und der Kommission
743 sein, transparent arbeiten und demokratisch legitimiert sein.

744

745 Die bestehende Drittstaatenregelung in der gegenwärtigen Form muss abgeschafft werden.
746 Insbesondere die Zuständigkeitsregelung im Art. 13, Abs. 1 in der Verordnung Nr.604/2013 des
747 europäischen Parlamentes und des Rates (Dublin III Verordnung) ist fern jeglicher solidarischer
748 Grundsätze der Europäischen Union. Nach diesem fällt die Zuständigkeit für einen
749 Drittstaatsangehörigen, welcher einen Antrag auf internationalen Schutz stellt, jedoch die
750 Grenze des Mitgliedstaates bei der Einreise in die EU irregulär überschritten hat, in die
751 Zuständigkeit des jeweiligen Mitgliedsstaates. Daher müssen Staaten an den Außengrenzen
752 der Europäischen Union, wie Griechenland, Malta, Italien oder Spanien, die in räumlicher Nähe
753 zu Krisengebieten liegen und durch ihre Grenzlage von Flüchtlingen als erste europäische
754 Staaten betreten werden, die Hauptzuständigkeit für die AntragstellerInnen übernehmen.
755 Staaten ohne EU-Außengrenzen, wie Deutschland, fallen fast nie unter diese Regelung.

756

757 Eine Neuregelung/Reform des europäischen Asylrechts muss komplette Freizügigkeit der
758 AsylantragstellerInnen in alle EU-Staaten enthalten, unabhängig davon, welche Staatsgrenze
759 sie zuerst überschritten haben. Geflüchtete und Asylbewerber*innen können mit Eintritt in die
760 EU den europäischen Nah- und Fernverkehr frei und kostenlos nutzen, um in das von ihnen
761 selbstgewählte Land zu gelangen.

762

763 Die Mitgliedsstaaten müssen regelmäßig Kontingente für die dauerhafte Neuansiedlung von
764 Flüchtlingen bereitstellen („Resettlement“).

765

766 Die Rettung von Personen aus humanitären Krisensituationen durch die Ermöglichung der
767 irregulären Einreise in einen EU-Staat dürfen nicht länger als kriminell klassifiziert werden.

768

769 Die irreguläre Einreise muss straffrei werden und die momentan bereits in der Europäischen
770 Union lebenden MigrantInnen müssen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten.

771

772 Es müssen sichere Wege der Einreise von Geflüchteten z.B. zu Verwandten oder Bekannten in
773 EU-Staaten geschaffen werden.

774

775 **i) Die Festung einreißen**

776

777 Nicht nur direkte körperliche Gewalt im Herkunftsland, sondern auch rassistische oder
778 homophobe Diskriminierung und Ausgrenzung aus Institutionen oder einem Teil der
779 Bevölkerung heraus, können Gründe einer Flucht bzw. eines Asylanspruchs sein. Dies gilt es bei
780 einer Überarbeitung zu berücksichtigen.

781

782 Die Praxis der „sicheren Herkunftsstaaten“ gehört abgeschafft. Jeder Mensch, der in einen
783 europäischen Staat kommt, hat ein Recht darauf, dass sein Recht auf Asyl angemessen
784 überprüft wird. Veränderungen im Aufenthalts- und Asylrecht sind politisch hochbrisante
785 Themen. Ein hastiges Durchwinken durch den Bundestag –wie es bei der Einstufung von
786 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten der Fall war- ist
787 ein politisch inakzeptables Verhalten, auch in der SPD-Bundestagsfraktion.

788

789 Vor diesem Hintergrund ist auch die Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-
790 Herzegowinas als sichere Herkunftsstaaten zurückzunehmen. Dort sind die Ausmaße
791 rassistischer Ausgrenzung, vor allem gegenüber Roma-Minderheiten, und homophober
792 Ausgrenzung und Diskriminierung erheblich und können lebens- sowie existenzgefährdend
793 sein.

794

795 **j) Einwanderungsprogramme**

796

797 Aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg, Hunger, Armut, Klimawandel, Diskriminierung u.a. in der
798 gesamten Welt werden weiterhin viele Menschen nach Europa einwandern. Indem mehrere
799 europäische Länder in anderen Regionen Krieg führen, provozieren sie die Flucht aus anderen
800 Kontinenten. Die Öffnung besserer Möglichkeiten der Einwanderung ist Europas politische
801 Verpflichtung. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Die europäischen Staaten müssen
802 diesen Umstand endlich anerkennen. Bereits aus ihrer weltpolitischen und ökonomischen
803 Situation heraus dürfen sie sich ihrer Verantwortung bezüglich Einwanderung nicht entziehen.
804 Uns geht es heute besser, weil es einigen Milliarden Menschen weltweit schlechter ging und
805 geht. Aus diesem Umstand erwächst eine Verantwortung zur Aufnahme derer, die aus
806 unhaltbaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nach Europa fliehen. Die Aufnahme
807 dieser ersetzt selbstverständlich nicht Maßnahmen zur Beseitigung der hoffnungslosen Lage in
808 Afrika, der arabischen Welt, Asien und Lateinamerika. Zum Beispiel brauchen Menschen, die
809 Opfer von Menschenhandel wurden, mit Blick auf die Gefährdungen im Herkunftsland
810 dauerhaftes Bleiberecht, unabhängig von der Bereitschaft vor Gericht auszusagen. Nicht nur
811 Studierende und Hochqualifizierte dürfen Möglichkeiten zur legalen Einwanderung nach Europa
812 erhalten, solche müssen breiteren Personengruppen zugänglich gemacht werden. Dabei dürfen
813 demografische und ökonomische Erwägungen Europas keine Rolle spielen. Wir bekennen uns
814 zum globalen Recht auf Migration!

815

816 **k) Minderheitenschutz**

817

818 Die Europäische Union verfolgt bereits gute Ansätze in zum Minderheitenschutz in Europa. Wir
819 wollen jedoch darüber hinaus sowohl umfangreiche und effektive Antidiskriminierungsstrategien
820 für jede Minderheit in Europa, als auch echte Integration in alle gesellschaftlichen Teilbereichen.
821 Niemand soll auf Grund seiner Herkunft von gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichen
822 Chancen ausgeschlossen sein! Wir glauben, dass Antidiskriminierung langfristig auch durch
823 kulturelle Förderung und Schutz von Kulturgütern europäischer Minderheiten eingedämmt
824 werden kann.

825

826 Minderheitenschutz braucht grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Daher fordern wir ein
827 europäisches Konzept zum Schutz von Minderheiten. Rassistische Gesetze in den
828 Mitgliedstaaten müssen aufgehoben werden. Ebenso ist konsequentes Sanktionieren von
829 Staaten notwendig, welche die Einführung und den Erhalt rassistischer Gesetze forcieren und
830 nichts gegen offensichtliche Diskriminierung von Minderheiten in ihrem Land unternehmen.
831 Über die Abschaffung diskriminierender Gesetze und Vorschriften hinaus ist es nötig, EU-weite
832 Vorgaben zu entwickeln, die zu einer härteren Bestrafung so genannter hate crimes führen.

833

834 Minderheiten bereichern die Vielfalt der Europäischen Union ungemein, sie brauchen unsere
835 kräftige und uneingeschränkte Unterstützung.

836

837 l) **VerbraucherInnenschutz**

838

839 Der VerbraucherInnenschutz stellt die Gesundheit und die Interessen der Menschen gegenüber
840 Unternehmen, aber auch gegenüber dem Staat in den Vordergrund. Er ist Baustein für ein
841 soziales Europa. Wir räumen der Lebensmittel- und Produktsicherheit einen besonders hohen
842 Stellenwert ein. Dabei bekennen wir uns zu gentechnikfreien Regionen und kämpfen gegen die
843 Produktion und Vermarktung von Fleisch, das von geklonten Tieren und ihren Nachkommen
844 stammt. Insbesondere die Monopolstellung einzelner Unternehmen wie z.B. Monsanto, die ihren
845 Gewinn durch Patentierung und Verkauf von Saat- Erbgut erzielen, sehen wir mit Besorgnis.
846 Denn dieses schadet nicht nur der Preisregulierung und den Ertragsflächen, sondern auch uns
847 – den Konsumenten. VerbraucherInnenschutz beschränkt sich aber nicht nur auf die
848 Gesundheit. Er dient auch zum Schutz vor der Übermacht und Willkür von Unternehmen und
849 staatlichen Einrichtungen. Seien es Fahrgastrechte, Gewährleistungsrechte oder der Zugang
850 zu Informationen. Eine Vereinheitlichung in ganz Europa schützt die Menschen überall
851 gleichermaßen.

852

853 Dabei sind ein Höchstmaß an Transparenz und ein ungehinderter Zugang zu allen
854 Produktinformationen für uns oberste Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische
855 Union mehrsprachige Internetportale anbietet, auf denen interessierte VerbraucherInnen
856 umfassende Informationen über Produkte erhalten.

857

858 m) **Youth Guarantee**

859

860 Die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas, insbesondere die hohe
861 Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern erzeugt Perspektivlosigkeit in einem
862 bisher ungekannten Ausmaß und untergräbt jegliche soziale und finanzielle Sicherheit der
863 jungen Generation. Sie kann der Europäischen Union dauerhaft schaden.

864

865 Die Empfehlung des Europäischen Rates an die EU-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der
866 Jugendgarantie ist ein erster Schritt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

867

868 Die reine Empfehlung ist aber keine verbindliche Leitlinie und lässt den EU-Staaten großen
869 Interpretationsspielraum bei der Ausgestaltung. Dadurch wird sowohl die dringende Umsetzung
870 der Jugendgarantie verzögert als auch keinerlei Mindeststandards der Qualität festgelegt.

871

872 Wir fordern einen verbindlichen EU-Beschluss zur Umsetzung der Jugendgarantie in allen
873 Staaten Europas. Dieser muss qualitative Mindeststandards enthalten. Diese Mindeststandards
874 dürfen nicht hinter einer allgemeinen europäischen Ausbildungsgarantie zurückbleiben.

875

876 Bei der Umsetzung der Youth Guarantee in den Mitgliedsstaaten ist eine Einbeziehung der
877 gesellschaftlichen Jugendverbände und SozialpartnerInnen dringend geboten, um einen
878 ausreichenden Einfluss auf die Ausgestaltung sicherzustellen.

879

880 Gleichsam muss diese auch eine Ausweitung der Jugendgarantie bis zum 30. Lebensjahr
881 enthalten und bereits nach zwei statt wie bisher vier Monaten greifen. Die Lebensumstände und
882 beruflichen Orientierungsphasen bewirken, dass viele junge Menschen ihr Studium oder ihre
883 Ausbildung erst nach der Vollendung des 25. Lebensjahres abschließen. Diese jungen
884 Menschen haben die gleiche Unterstützung verdient, wie sie nach bisherigen Richtlinien unter
885 25 Jährigen zusteht.

886

887 Um eine flächendeckende hochwertige Jugendgarantie zu finanzieren, sind zudem die
888 bisherigen Mittel von 6 Milliarden Euro völlig unzureichend. Um eine angemessene
889 Finanzierung sicherzustellen sollte ein eigener europäischer Fond für die Jugendgarantie
890 geschaffen werden, welcher Mittel in angemessener Höhe langfristig sicherstellt.

891

892 Eine so ausgeweitete flächendeckende europäische Jugendgarantie würde die
893 Jugendarbeitslosigkeit in Europa effektiv langfristig bekämpfen und eindämmen.

894

895 n) **Europäischer Mindestlohn**

896

897 Ein europäischer Mindestlohn ist notwendig um Europa zu einer sozialen Union zu entwickeln,

898 in welcher faire Arbeit und gute Löhne herrschen.

899

900 Unser Ziel ist ein einheitlicher Mindestlohn für ganz Europa. Zum Erreichen dieses Ziels ist eine
901 Annäherung der Lebensstandards und Wirtschaftsniveaus in Europa notwendig.

902

903 Gegenwärtig verhindern die ökonomischen Unterschiede zwischen den verschiedenen
904 Regionen Europas und der nicht vorhandene politische Wille einen einheitlichen Mindestlohn.

905

906 Aufgrund dessen, wollen wir ein europäisches Mindestlohnsystem schaffen. Dafür sind
907 Mindestlöhne in allen Staaten Europas notwendig. Deshalb muss ein europäischer Mindestlohn
908 eingeführt werden, der einmalig auf 66% des jeweiligen Durchschnittslohns gesetzt wird. Der
909 Mindestlohn soll dann jährlich um die Summe der gesamtwirtschaftlichen
910 Produktivitätssteigerung (Produktivitätszuwachs) und die Preissteigerungsrate (Inflationsrate)
911 angepasst werden.

912

913 Die Umsetzung und Koordinierung des Mindestlohnsystems kann nur mit und über den
914 europäischen Gewerkschaftsverbund geschehen. Solange dieser ein autonomer
915 Zusammenschluss nationaler Gewerkschaften ist, bleibt nur die Möglichkeit einer offenen und
916 freiwilligen Koordination.

917

918 Am Ziel eines einheitlichen Mindestlohns müssen sich die neuen Tarife der Gewerkschaften,
919 sowie die europäische Wirtschaftspolitik orientieren. Nur dann kann Lohnentwicklung in die
920 richtige Richtung stattfinden.

921

922 **o) Angleichung der Lebensverhältnisse**

923

924 Auf lange Sicht kann ein politisches Zusammenwachsen unseres Kontinents nur dann
925 erfolgreich und irreversibel sein, wenn auch die tatsächlichen Lebensverhältnisse nach und
926 nach angeglichen werden. Eine Union, in der wir uns um die Umweltverträglichkeit unserer
927 Heizungen sorgen, während in Griechenland und Portugal offene Holzfeuer im Winter
928 unerhörten Luxus darstellen, ist keine Union, sondern die Ausbeutung der Schwachen durch die
929 Starken, der Wohlstand einiger durch die Armut der Vielen. Deswegen brauchen wir nicht erst
930 langfristige Strukturen, die den Technologie- und Wissenstransfer zwischen Mitgliedsstaaten in
931 Schlüsselbereichen öffentlicher Daseinsvorsorge erlauben. Dazu gehören z.B.
932 Energieversorgung, Mobilität und Ressourceneffizienz, aber auch die digitale und
933 Bildungsinfrastruktur. Ziel muss eine wirkliche Union sein, in der kaum noch umverteilt werden
934 muss, weil realer Wohlstand etwa gleichverteilt erwirtschaftet wird.

935

936 **6) Unser Europa ist besser.**

937

938 Mit diesem Antrag haben wir die intensiven Diskussionen der vergangenen Monate und Jahre
939 innerhalb des Juso-Bundesverbandes zusammengeführt und unsere Visionen eines besseren,
940 sozialeren und gerechteren Europas beschrieben. Ein besseres Europa erreichen wir aber nicht
941 nur durchs Diskutieren und das Drehen kleiner Schrauben - es verlangt unserer aller Einsatz
942 auf allen Ebenen. Das betrifft die europäische Staatlichkeit genauso wie das konkrete Umsetzen
943 kurzfristiger Maßnahmen. Europa ist überall. Ohne Europa ist alles nichts. Wir haben unsere
944 Visionen beschrieben, wir sind uns aber bewusst, dass wir hier noch nicht in allen Bereichen
945 eine abschließende Antwort haben, diese gilt es im weiteren Prozess zu finden. Denn auch das
946 ist Europa: Europa ist im steten Wandel, wirft neue Fragen auf und verlangt Antworten, die wir
947 immer wieder neu finden müssen. Auch haben wir konkrete Maßnahmen beschrieben, die jetzt
948 umgesetzt werden müssen um Europa nach unseren sozialistischen Idealen zu gestalten.
949 Packen wir es an und machen Europa noch besser!

950

951 EuropäerInnen aller Länder, vereinigt Euch!

952

953

954

955

956

Titel Für eine linke Friedenspolitik

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Für eine linke Friedenspolitik

1 I. Neue Verantwortung links denken

2

3 Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 appellierten der Bundespräsident, die
4 Verteidigungsministerin und der Außenminister für mehr Verantwortung Deutschlands in der
5 Welt. Bereits zuvor kündigte Frank-Walter Steinmeier mit seinem Amtsantritt als Außenminister
6 eine „kritische Selbstprüfung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an. Institutioneller
7 Anknüpfungspunkt dieser Überprüfung ist der Prozess "Review 2014 – Außenpolitik Weiter
8 Denken" des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Krisenherde Grenzen der
9 diplomatischen Friedenspolitik auf. Das Schicksal von Millionen Vertriebenen und der Kampf
10 einzelner Volksgruppen gegen die Übermacht religiöser Fanatisten sind ein dominierendes
11 Thema der Berichterstattung. Eine Verbesserung der Situation muss das Ziel jeglicher
12 politischer Bemühungen sein; doch schon die Verhinderung einer weiteren Eskalation scheint
13 derzeit außer Reichweite zu liegen. Die weitestgehend unkoordinierten diplomatischen und
14 militärischen Aktionen einzelner Nationen haben zu keinen Verbesserung geführt. Verstärkt ist
15 die Forderung nach einem konkreten, koordinierten und fokussierten Engagement gegen den
16 radikal unmenschlich agierenden IS zu vernehmen. Der Satz „Deutschland ist eigentlich zu
17 groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“ von Frank-Walter Steinmeier
18 zeigt außenpolitische Herausforderungen auf, auf die wir Jusos Antworten finden müssen. Wer
19 für Frieden und Demokratie in der Welt eintreten will, muss entsprechende Verantwortung
20 übernehmen.

21

22 Auch wenn mitunter an die Stelle von „deutschen Interessen“, die man durchsetzen wolle,
23 „europäische Interessen“ treten, geht es im Kern häufig um das militärische Durchsetzen
24 vornehmlich wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen.

25

26 Die neue Perspektive im Vergleich zu früheren Debatten vermag man jedoch erst auf den
27 zweiten Blick zu erkennen. Einige Beteiligte sind ersichtlich weniger darum bemüht, die
28 Grundlage der Forderung nach einem verstärkten globalen Engagement in der Beschreibung
29 einer sicherheitspolitischen Bedrohungslage zu suchen. Es ist zum Teil offen die Rede von den
30 Chancen, die Einsätze zur Stabilisierung ganzer Regionen für die deutsche Exportwirtschaft
31 böten. Mit großer Selbstverständlichkeit wird verkündet, dass Deutschland als
32 ressourcenarmes, exportorientiertes Land Rohstoffe, Märkte und Transportwege sichern und
33 seiner ambitionierten Rolle in der Welt gerecht werden müsse. Dem stellen wir uns entschieden
34 entgegen.

35

36 Wir Jusos sehen es als unsere Aufgabe, linke Antworten auf die Frage nach neuer
37 Verantwortung zu formulieren. Im Mittelpunkt steht für uns die einfache, aber nicht immer
38 selbstverständliche Feststellung, dass Außenpolitik im Kern Friedenspolitik sein muss. Zugleich
39 ist Außenpolitik immer auch Gesellschaftspolitik. Verantwortung heißt dabei für uns, den
40 Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als eine Grundlage für eine nachhaltige
41 Entwicklung und den Frieden nicht zu vernachlässigen. Gerade in der Außenpolitik müssen
42 Verhandlung, Zusammenarbeit und Diplomatie im Vordergrund stehen. Die Bedürfnisse der
43 Menschen sind dabei maßgebend. Frieden ist ohne ein gerechtes Wirtschafts- und
44 Finanzsystem, soziale Sicherung, der Gleichstellung der Geschlechter, gerechte

45 Arbeitsbeziehungen, umfassende Armutsüberwindung, Freiheit und Schutz der Umwelt nicht
46 denkbar. Denn Verantwortung bedeutet für uns vor allem, dass Entwicklungszusammenarbeit,
47 zivile Konfliktprävention und -ursachenbekämpfung die zentralen Instrumente der Außenpolitik
48 darstellen. Hiervon ausgehend entwickeln wir Grundsätze, Ziele und Mittel deutscher
49 Außenpolitik im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union. Hierbei
50 verstehen wir uns als antimilitaristischer Verband und wollen zugleich die Debatte um die
51 zukünftige außenpolitische Standortbestimmung der Sozialdemokratie vorantreiben.

52

53 Der Wille zur Übernahme von Verantwortung in der deutschen Außenpolitik ist in den
54 vergangenen zwei Jahrzehnten aller-dings nicht in dem Maße gewachsen, wie sich das
55 weltpolitische Gewicht Deutschlands gesteigert hat. Noch immer wird das Handeln im
56 internationalen Rahmen von einer Zurückhaltung geprägt. Die Geschichte hat gezeigt, dass
57 Passivität in Krisenzeiten nicht immer die richtige Antwort auf die Probleme ist. Dem Eigreifen
58 der Alliierten ist es zu verdanken, dass Europa heute ein Kontinent ist, der die längste
59 Friedensperiode seiner Geschichte erlebt.

60

61 **II. Friedenspolitische Krisen und Herausforderungen**

62

63 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda sind an
64 vielen Orten der Welt Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung oder Vernichtung ausgesetzt.
65 Hierbei stellen ZivilistInnen einen Großteil der Opfer dar. Häufig ist heute die Rede von einer
66 aus den Fugen geratenen Welt.

67

68 Wenige Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings herrscht Bürgerkrieg in Syrien, dem Irak
69 und anderen Teilen der Region. Insbesondere das Vordringen der Terrororganisation
70 sogenannter Islamischer Staat bedroht die Existenz etlicher Menschen in der Region.

71

72 Der sogenannte Islamische Staat ist zu einem Herrschaftsverband erwachsen, der derzeit je
73 etwa ein Drittel Syriens und des Irak kontrolliert. Über die dort lebenden etwa 8 Millionen
74 Menschen übt der IS quasistaatliche Funktionen aus.

75 Zusätzlich leiden die Syrer_innen unter dem systematischen und unmenschlichen Kampf des
76 Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung.

77

78 Es hatte sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet, dass im Irak das Potential für neue
79 Gewaltkonflikte besteht. Jetzt ist der Bürgerkrieg neu ausgebrochen und mit dem in Syrien
80 verknüpft, der eigentlich vermeidbar gewesen wäre.

81

82 Auch jetzt, da sich der Konflikt aktuell entlädt, zeigt sich am Beispiel der Diskussion über
83 Luftschläge und Waffenlieferungen, dass die Linke keine einheitlichen Antworten auf diese
84 Situation hat. Die Frage von Krieg und Frieden ist damit relevanter denn je.

85

86 **III. Grundsätze linker Friedenspolitik**

87

88 **1. Friedenspolitisches Grundverständnis der Jusos:**

89

90 **a. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

91

92 Wir Jusos verstehen uns in der Tradition der sozialistischen internationalen Jugendbewegung
93 als antimilitaristischer Verband. Unser Ziel bleibt eine Welt, in der nationalstaatliche Armeen
94 nicht notwendig sind. Für uns ist daher ein Abrüstungsprozess erforderlich, der Bedrohung
95 durch Waffen aller Art weltweit minimiert und die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet.

96

97 Militarismus war einer der Grundpfeiler des deutschen Faschismus. Er hat Millionen von
98 Menschenleben gekostet und Europa in eine unvorstellbare Katastrophe gestürzt. Der Kern
99 unseres Selbstverständnisses lässt sich daher mit der Lehre zusammenfassen, die die
100 ArbeiterInnenbewegung aus der Katastrophe des 1. Weltkrieges zog und erneuert durch den
101 Buchenwaldschwur, den linken Grundkonsens nach dem Sieg über den deutschen Faschismus
102 1945 bildete: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ – und zwar genau in dieser
103 Reihenfolge.

104

105 **b. Wandel durch Annäherung**

106

107 Willy Brandt hat mit seiner Ostpolitik die Formel "*Wandel durch Annäherung*" geprägt.
108 Ausgehend hiervon setzen wir auf eine Außenpolitik, die auf wechselseitige Anerkennung und
109 die Schaffung einer umfassenden Friedensordnung gerichtet ist. In dieser Tradition sehen wir
110 unser Engagement im Willy Brandt Center Jerusalem gemeinsam mit unseren PartnerInnen
111 aus Israel und Palästina.

112

113 **c. Frieden kennt keine Grenzen**

114

115 Sozialistische Friedensbewegung darf nie an nationalstaatlichen Grenzen enden.
116 Unterdrückung, Ausbeutung und Armut müssen weltweit überwunden werden, denn Frieden
117 bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet immer die Durchsetzung und
118 Verwirklichung der Menschenrechte. Diese sind festgeschrieben durch die Allgemeine Erklärung
119 der Menschenrechte von 1948. Für uns Jusos sind politisch-individuelle und soziale
120 Menschenrechte gleichwertig und setzen einander voraus. Dabei müssen Widersprüche
121 überwunden werden. Freiheit darf nicht zur Freiheit auf Kosten der anderen werden und
122 Gleichheit nicht die freie Entfaltung der Verschiedenartigkeit von Menschen einschränken. Wer
123 Menschenrechte gegeneinander stellt, verantwortet Unterdrückung und Gewalt. Der Weg des
124 demokratischen Sozialismus im Sinne der Demokratisierung aller Lebensbereiche ist für Jusos
125 also zugleich immer auch der Weg zur Einlösung und Durchsetzung von Menschenrechten. Wir
126 wollen sie zu individuellen globalen sozialen Rechten entwickeln. Menschenrechte in diesem
127 Sinne stehen immer auch im Kontrast zur kapitalistischen Ordnung. Damit setzt ein mehr an
128 Menschenrechten immer auch ein weniger an Kapitalismus voraus.

129

130

131 **2. Friedenspolitik in der internationalen Gemeinschaft**

132

133 **a) Stärkung des Völkerrechts**

134

135 Wir wollen die Stärkung des Völkerrechts. Das Recht des Stärkeren muss durch die Stärke des
136 Rechts ersetzt werden. Unrecht muss dem Recht weichen. Hierbei sehen wir die Vereinten
137 Nationen (UN) als wesentliche Handlungsebene. Ihr kommt eine Schlüsselrolle für globale
138 Konfliktlösung zu.

139

140 Hierzu müssen die Strukturen der UN allerdings reformiert werden. Zum einen muss die
141 Handlungsfähigkeit ausgebaut werden und zum anderen ist eine Demokratisierung erforderlich.
142 Die UN-Vollversammlung muss als zentrales Organ für politische Entscheidungen mit
143 Bindungswirkung für die ganze Welt ausgebaut werden und auch in seinem Verhältnis zum
144 Sicherheitsrat gestärkt werden.

145

146

147

148 Auch der Sicherheitsrat bedarf einer dringenden Reform. Das derzeitige System des Vetorechts
149 ist undemokratisch und erlaubt es einem einzigen Staat, meist aus nationalen Interessen
150 heraus, das Handeln der gesamten Staatengemeinschaft zu blockieren und sie so zu lähmen.
151 Hier muss eine sinnvolle Neuregelung gefunden werden, die zum einen darauf abzielt, dass die
152 Entscheidungen des Sicherheitsrates von einer möglichst großen Anzahl an Staaten getragen
153 werden und zum anderen aber auch verhindert, dass ein Handeln der UNO durch einen
154 einzigen Staat unterbunden wird. Ob dies auf Basis von Abstimmungsmehrheiten,
155 Sperrminoritäten, Proporzentscheidungen oder anderen Systemen geschieht ist weiterhin
156 Gegenstand der Debatte.

157

158

159

160 Wählbar sind nur Länder, in denen laut Bericht der UN-Menschenrechtskommission in den letzten
161 10 Jahren keine groben Menschenrechtsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit
162 von Regierungsmitgliedern stattgefunden haben oder Regierungsmitglieder durch den ICC
163 verurteilt wurden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass diese Gerichtsbarkeit gegenüber allen
164 Staaten ausgeübt werden kann. Diese Einschränkung kann somit nur zum Tragen kommen,
165 wenn alle Staaten den ICC anerkennen haben.
166 Weiterhin müssen verbindliche Entscheidungen des Sicherheitsrates und solche der

167 Generalversammlung effektiver durchgesetzt werden. Die Umsetzung in den einzelnen Staaten
168 muss kontrollierbar und gegebenenfalls auch sanktionierbar sein. Hierzu bedarf es allerdings
169 auch einer Stärkung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen
170 Strafgerichtshofs (IStGH). Insbesondere muss hier eine unterschiedliche Behandlung der
171 Länder aufhören. Dass sich insbesondere Staaten wie die USA, Russland und China weigern
172 das Rom-Statut zu ratifizieren, hilft nicht bei der Schaffung eines international einheitlichen
173 Rechts.

174

175 Die Finanzierung der UN muss stets sichergestellt sein, um deren Unabhängigkeit zu wahren.
176 Hier sind insbesondere wirtschaftsstarke Mitgliedsstaaten in der Pflicht, ihre Finanzzusagen
177 zuverlässig und situationsunabhängig sicherzustellen.

178

179 *aa) Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung*

180

181 Die Schaffung einer internationalen Friedensordnung kann nicht ohne die Erämpfung globaler
182 sozialer Rechte erwirkt werden. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er ist nicht
183 denkbar ohne die Überwindung von Hunger und Armut. Deshalb ist Aufgabe der internationalen
184 Gemeinschaft die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung unter Überwindung von
185 Ausbeutung, Unterdrückung und Armut.

186

187 Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden bis 2015 überwiegend nicht
188 erreicht werden. Umso wichtiger ist es, den weltweiten Einsatz für Gerechtigkeit zu verstärken.
189 Hierbei müssen internationale Handelsabkommen grundlegend revidiert werden und
190 Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der internationale Währungsfonds (IWF)
191 und die Weltbank reformiert und auf soziale und ökologische Ziele, sowie die Stärkung der
192 Menschenrechte verpflichtet werden. Die Kompetenzen der internationalen Arbeitsorganisation
193 (ILO) müssen ausgebaut werden, um bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Die
194 ILO muss mit Sanktionsinstrumenten ausgestattet werden, die Handelsbeschränkungen
195 beinhalten können

196

197 Wir stellen dem neoliberalen Ansatz in Globalisierungsfragen, der auf Deregulierung und
198 Privatisierung setzt, einen solidarischen Gegenentwurf offensiv entgegen.

199

200 *bb) Abrüstung jetzt!*

201

202 Es muss Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, Abrüstung voranzutreiben. Die
203 weltweite Verbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen sind eine Bedrohung für
204 die Sicherheit und das Leben der Menschheit. Bestehende Abrüstungsabkommen sind
205 anzuwenden, zu stärken und auszubauen. Hierbei müssen Kontrollmechanismen und
206 Untersuchungsbefugnisse durch Behörden auf UN-Ebene ausgebaut werden.

207

208 Wir müssen eine Welt ohne Atomwaffen schaffen. Hierzu muss der Atomwaffensperrvertrag
209 endlich umgesetzt werden. Es muss ein klarer Zeitplan zur Abrüstung aller Atomwaffen
210 vereinbart werden. Gleiches gilt für andere Massenvernichtungswaffen. Das
211 Biowaffenabkommen der UN ist um Kontroll- und Sanktionsmechanismen zu erweitern und das
212 Chemiewaffenübereinkommen durchzusetzen.

213

214 Abrüstung muss den Abbau sowohl von Massenvernichtungs- als auch von konventionellen
215 Waffen zum Ziel haben. Insbesondere Klein- und Leichtwaffen stellen eine besondere
216 Bedrohung für zivile Bevölkerungen dar. Ihre Verbreitung muss begrenzt werden und die
217 Kennzeichnung und Nachverfolgbarkeit ist sicherzustellen. Auch weitere völkerrechtliche
218 Abkommen wie das VN-Waffenübereinkommen mit dem Ziel, den Einsatz bestimmter
219 konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen, zu beschränken und das 2010 in
220 Kraft getretene Übereinkommen über Streumunition, sowie das Ottawa-Übereinkommen zur
221 Ächtung von Antipersonenminen sind zu stärken.

222

223 Die Weltweite Verbreitung von Waffen bleibt eine Bedrohung für den Frieden. Sowohl die
224 Nichtverbreitung und Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, als auch die die Begrenzung
225 des mit großen wirtschaftlichen Interessen verbundenen Handels mit Kleinwaffen bleiben
226 drängende Aufgabe. Unser langfristiges Ziel ist eine Welt ohne Waffen. Daneben müssen alle
227 Gewaltformen, die Menschenrechtsverletzungen darstellen, wie der Einsatz von Kindersoldaten,

228 sexualisierter Gewalt, Menschenhandel und Zwangsarbeit weltweit bekämpft werden.

229

230 **b) Internationale Schutzverantwortung**

231

232 *aa) Hintergrund*

233

234 1994 starben durch den Völkermord in Ruanda in wenigen Wochen mehr als 800.000

235 Menschen. 1995 starben tausende Menschen beim Massaker von Srebrenica. In beiden Fällen

236 bot die internationale Gemeinschaft den Betroffenen keinen Schutz.

237

238 Als Konsequenz arbeitete auf Initiative Kofi Anans die International Commission on Intervention

239 and State Sovereignty (ICISS) ein Konzept zum Umgang mit schwersten

240 Menschenrechtsverletzungen aus. Diese einigte sich auf das Prinzip der 'Responsibility to

241 Protect' – kurz R2P – der Schutzverantwortung, welches 2001 vorgestellt wurde und welchem

242 sich der UNO-Weltgipfel 2005 in geänderter Fassung verpflichtete. Den Kern bildet das

243 Problem, wann zum Schutze der Menschen von außen in einen Staat eingegriffen werden

244 sollte.

245

246 Die Wurzel der Legitimationsfigur R2P liegt jedoch bereits in einer Debatte der Zeit nach dem

247 Ende des Ost-West-Konflikts. Hier war es erstmals möglich, dem Friedensrecht der UN-Charta

248 wirkliche Geltung zu verschaffen und darüber hinaus eine stärker auf den Einzelnen gerichtete

249 Schutzordnung einzurichten.

250

251 Dazu wurde vor allem die "humanitäre Intervention", ein Vorläufer des R2P-Konzept, als eine

252 Begründung für eine Intervention in einen souveränen Staat herangezogen. Unter der

253 "humanitären Intervention" werden klassischerweise Schutzaktionen zugunsten des Lebens und

254 der Gesundheit der BürgerInnen eines Staates verstanden, der nicht in der Lage ist, seine

255 BürgerInnen selber zu schützen bzw. selbst massive Menschenrechtsverletzungen begeht.

256 Dieser Begriff wurde für die Bombardierung des Iraks 1992 und 1998 als Legitimation

257 herangezogen, obgleich die dazugehörige UN-Resolution solche militärische Gewalt nicht

258 vorsah.

259

260 Die "humanitäre Intervention" war somit auch ein Mittel um einen möglichen

261 völkerrechtswidrigen Bruch der Souveränität des Staats und die Anwendung von militärischer

262 Gewalt zu rechtfertigen. Dies hatte zur Folge, dass das Gewaltverbot der UN und der UN

263 Charta unterhöhlt wurde.

264

265 Auch diese Unzulänglichkeit war Grund für die Ablösung des Konzepts der "humanitären

266 Intervention" durch das Konzept der Schutzverantwortung und die Einschränkung

267 Interventionsmöglichkeiten auf extremen und außergewöhnlichen Fälle.

268

269 In seiner Resolution 1973 zu Libyen autorisierte der UN-Sicherheitsrat erstmals mittels R2P

270 einen militärischen Einsatz. Die Resolution 1973 wurde von dem UN-Generalsekretär Ban Ki-

271 Moon als "historic decision" bezeichnet. Libyen kann als Präzedenzfall für die Anwendung von

272 militärischer Gewalt über die Legitimationsfigur der R2P gesehen werden.

273

274 *bb) Inhalt des Konzepts*

275

276 Die Schutzverantwortung ruht auf drei Säulen. Die erste Säule beinhaltet die Verantwortung der

277 Staaten für die in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen. Sie sind verpflichtet Maßnahmen zu

278 treffen, die Massengewalttaten bereits vor ihrer Entstehung verhindern sollen. Hierunter fallen

279 Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische

280 Säuberungen.

281

282 In der zweiten Säule geht es um die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die

283 Unterstützung der Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Schutzverantwortung durch in der Regel

284 zivile Maßnahmen.

285

286 Die dritte Säule ermöglicht im Falle eines Scheiterns aller anderen Bemühungen das Einsetzen

287 von Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen, wenn Staaten ihre Schutzverantwortung nicht erfüllen.

288 Dabei ist eine militärische Intervention als letztes Mittel auf die Verhinderung und Beendigung

289 von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die
290 Menschlichkeit begrenzt. Hier erwächst nun eine Verantwortung der internationalen
291 Staatengemeinschaft. Das Prinzip der staatlichen Souveränität muss in diesen Fällen dem
292 neuen Prinzip der Verantwortung weichen. Die Nichteinhaltung der staatlichen Schutzpflicht
293 führt insoweit zu einem Verlust eigenstaatlicher Souveränität. Die Entscheidung über ein
294 Eingreifen obliegt jedoch dem Sicherheitsrat, dessen permanente Mitglieder angehalten sind im
295 Falle der Schutzverantwortung auf ihr Vetorecht zu verzichten.

296

297 Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der weiteren
298 Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierte Implementierung. Dabei gilt es vor allem
299 die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken. Wir JUSOS setzen uns
300 deshalb ausdrücklich dafür ein, diesen Prozess zu befördern und zu unterstützen. In diesem
301 Sinne begreifen wir die Bundesrepublik als eine aktive Gestalterin internationaler Politik.
302 Deutsche Außenpolitik darf kein Selbstzweck sein. Deutschland muss Verantwortung
303 übernehmen, um die Welt friedlicher, sicherer, gerechter und solidarischer zu gestalten.

304

305 *cc) Solidarität heißt, Verantwortung füreinander zu übernehmen*

306

307 Diese Verantwortung muss vor allem als diplomatische Verantwortung verstanden werden. Wir
308 begreifen Diplomatie aber auch als Medium der Kritik und Bekundung von Interessen. Das
309 heißt, dass unser Verständnis von Außenpolitik ein wertgeleitetes ist; wir wollen uns auf der
310 ganzen Welt für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzen. Es bedeutet für uns
311 jedoch nicht, dass wir Staaten unser Gesellschaftsmodell aufdrängen wollen. Wir wollen
312 stattdessen aktiv werben: Für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Allerdings kann
313 es sein, dass bei massiven Verletzungen von Menschenrechten und dem Bruch internationaler
314 Verträge und Abkommen die Diplomatie nicht ausreicht, um unseren Ansprüchen gerecht zu
315 werden. Wir stehen daher auch dafür ein, dass sich Deutschland in solchen Fällen an
316 politischen und wirtschaftlichen Sanktionen beteiligt, um Druck auf solche Staaten auszuüben.

317

318 Gewalt und militärische Mittel sind für uns die Ultima Ratio. Aber obwohl wir versuchen, je- dem
319 Konflikt zuallererst friedlich zu begegnen, müssen wir die Existenz von Situationen an-
320 erkennen, in denen zivile Mittel der Krisenbewältigung an ihre Grenzen stoßen. Verbrechen
321 gegen die Menschlichkeit können Situationen sein, in denen diese letzte Möglichkeit in Betracht
322 gezogen werden muss. Ein militärischer Einsatz kann jedoch nie der Ersatz für politische
323 Konzepte zur Lösung von Konflikten sein. Er muss immer kritisch begleitet werden. Eine aktive
324 Sicherheits- und Außenpolitik schließt also den Einsatz von Streitkräften nicht grundsätzlich
325 aus. Wir wollen den Einsatz militärischer Mittel weder herbeisehnen, noch ihn im Ernstfall
326 ablehnen. Das Konzept der „Responsibility to Protect“, welches durch die Vereinten Nationen
327 erarbeitet wurde, sehen wir durch seine Vielschichtigkeit geeignet, ein Grundpfeiler deutscher
328 Außen-politik zu werden. Es ist in unseren Augen richtig, Staaten zuallererst selbst für ihre
329 Stabilität sorgen zu lassen, und erst im zweiten Schritt die internationale Gemeinschaft zum
330 Akteur zu machen. Die drei Pfeiler

331

332 • Responsibility to Prevent

333

334 • Responsibility to React und

335

336 • Responsibility to Rebuild

337

338 bilden eine verbindliche Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit Interventionen
339 jeglicher Art.

340

341 *dd) Für uns gilt: Vorrang für Zivil*

342

343 R2P beinhaltet die grundlegenden Pfeiler Prävention, Reaktion und Wiederaufbau. Das heißt,
344 dass die internationale Gemeinschaft in diesen drei Punkten Verantwortung übernehmen soll.

345

346 Das Konzept wird in der aktuellen politischen Debatte fast ausschließlich als
347 Begründungszusammenhang für Militäreinsätze als letztes Mittel zur Erfüllung der
348 Schutzverpflichtung gesehen. Aus Sicht der JUSOS greift dieser Ansatz viel zu kurz. Im Gegenteil
349 wird gerade durch die Fokussierung auf militärische Einsätze die ungleich wichtigere Forderung

350 nach Prävention von Konflikten in den Hintergrund gedrängt.

351

352 Dort, wo Konflikte nicht durch Prävention vermieden werden, setzen wir als oberstes Ziel auf
353 eine Lösung durch Verhandlungen und Konflikttransformation. Es muss der Vorrang von
354 Diplomatie, (wirtschafts-) Sanktionen, Spannungsabbau, Gewaltverzicht und humanitärer Hilfe
355 gelten.

356

357 *ee) Kein Freibrief für Invasionen - Klare Bedingungen festlegen*

358

359 Besonders da innerhalb des R2P-Konzepts der Einsatz militärischer Mittel gegen souveräne
360 Staaten als ultima ratio legitimiert werden soll, bedarf die Festlegung der entsprechenden
361 Kriterien einer kritischen Überprüfung. Wir sehen die Gefahr, dass eine willkürliche
362 Entscheidung über das Vorliegen dieser Kriterien zu einem Freibrief für militärische
363 Interventionen aus anderen Motiven missbraucht werden könnte, etwa zur Sicherung von
364 Ressourcen und Handelswegen.

365

366 Wir schlagen daher eine spezielle, unabhängige Kommission unter dem Dach der Vereinten
367 Nationen vor, welche Informationen zu Konflikten sammelt und Berichte über das Vorliegen der
368 Voraussetzungen für die Schutzverantwortung vorlegt. Hierzu müssen spezifische Indikatoren
369 durch Strukturen der Vereinten Nationen entwickelt werden.

370

371 Die Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratieförderung als beispielhafte präventive
372 Maßnahmen der Friedenssicherung sind vor Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Eine
373 umfangreiche und mehrdimensionale Folgenabschätzung vor dem Ergreifen von
374 Zwangsmaßnahmen ist dabei zwingende Voraussetzung. Primär sind nicht-militärische
375 Zwangsmaßnahmen, wie Kontosperrungen oder Reiseverbote anzuwenden. Zwangsmaßnahmen,
376 die von der internationalen Staatengemeinschaft durchgeführt werden, um staatliche Akteure an
377 ihre Schutzpflicht zu binden müssen grundsätzlich immer zuerst nicht-militärischer Art zu sein.

378

379 Der Einsatz militärischer Mittel muss als letztes Mittel eine Einzelfallentscheidung im engen
380 Rahmen zur Verhinderung gravierendster Menschenrechtsverletzungen darstellen.

381

382 Wir sind davon überzeugt, dass Militäreinsätze allein keinen Frieden schaffen können.
383 Nachhaltiger Frieden kann nur durch präventive konfliktverhindernde Maßnahmen und die zivile
384 Aufarbeitung von entstandenen Konflikten geschaffen werden.

385

386 Auch bei der gewaltsamen Eskalation eines Konfliktes müssen im Sinne der R2P der Schutz
387 der Zivilbevölkerung und die Deeskalation des Konflikts oberstes Ziel einer jeden Intervention
388 sein. Zivile Peacekeeping Maßnahmen und polizeiliche Interventionen zum Schutz der
389 Bevölkerung sind dabei militärischen Einsätzen vorzuziehen.

390

391 *ff) Klare Entscheidungskompetenzen schaffen – nationale Alleingänge verhindern!*

392

393 Jedwedes militärische Eingreifen in bewaffnete Konflikte in einen souveränen Staat bedarf aus
394 Sicht der Juros eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen nationale Alleingänge oder
395 "Koalitionen der Willigen" sich unter dem Label der R2P ein moralisches Recht zur Intervention
396 konstruieren. Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem
397 Oberbefehl der Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der
398 internationalen Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der
399 internationalen Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen
400 Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat.

401

402 Dies gilt aus unserer Sicht auch explizit für den Fall einer Blockade im UN Sicherheitsrat: R2P
403 muss hier streng als eine Erweiterung des Völkerrechts und eine Stärkung der Vereinten
404 Nationen interpretiert werden, und darf nicht dazu genutzt werden, das Konzept der
405 gegenseitigen Sicherheit mit dem Hinweis auf überlegene moralische Rechte der einen oder
406 anderen Nation auszuhebeln. Gerade der ausdrückliche Verzicht auf militärische Mittel im Falle
407 eines fehlenden UN Mandats stärkt den Aufbau ziviler Konfliktpräventions- und
408 Lösungskapazitäten. Erst wenn der einseitige Militärschlag ausgeschlossen wird, wird die
409 eigentlich viel wichtigere Verantwortung dieser Staaten für die zivile Friedenssicherung
410 nachhaltig vorangetrieben werden.

411
412 Zivile Aufgaben der Schutzverantwortung sollten auch von regionalen Organisationen wie EU,
413 AL oder AU für ihre Mitglieds- und Nachbarstaaten übernommen werden können. Das
414 militärische Primat verbleibt jedoch bei der UNO. Eine Umsetzungsmöglichkeit wäre ein
415 Verfahren, in dem regionale Organisationen der UNO einen Einsatzplan vorlegen, der ihrer
416 Zustimmung bedarf.

417
418 Anstelle der Beteiligung nationaler Streitkräfte an UN Blauhelmissionen sollte zudem die
419 Möglichkeit in Betracht gezogen werden, eine solche Eingreiftruppe direkt unter UN
420 Verantwortung aufzustellen. Hierbei wäre besonders auf die Ausbildung in polizeilichen Taktiken
421 zu achten, sprich solcher, die den Schutz von Menschenleben als oberstes Ziel haben - anstelle
422 der derzeitigen überwiegend militärischen Eingreiftruppen, welche zwar die Ausschaltung des
423 Gegners, aber eben nicht den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel haben. Eine demokratische
424 Legitimierung eines Einsatzes muss in jedem Fall gewährleistet sein.

425
426 *gg) Verantwortung heißt auch Wiederaufbau*

427
428 Neben Prävention und Konflikttransformation sieht das R2P Konzept ausdrücklich die
429 Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau und die langfristige
430 Friedensförderung vor. Der begrenzte Erfolg bisheriger Peacekeeping-Operationen macht
431 umfassende und kontinuierliche Evaluierungen und Verbesserungen der verwendeten
432 Strategien notwendig. Die Jusos unterstützen diesen Anspruch der internationalen
433 Schutzverantwortung: Nur durch das langfristige, zivile Engagement für wirtschaftlichen
434 Wiederaufbau und die Schaffung stabiler öffentlicher Institutionen kann ein nachhaltiger Beitrag
435 der internationalen Gemeinschaft zur Lösung gewalttätiger Konflikte gewährleistet werden.

436
437 Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass mit kurzfristigen militärischen Interventionen bestenfalls
438 kurzfristige Waffenstillstände zu erreichen sind, niemals aber eine dauerhafte Friedenslösung.
439 Nur wenn - unterstützt durch die internationale Gemeinschaft - gerechte und gleichwertige
440 Lebensbedingungen und stabile, demokratische staatliche -, sowie zivile Institutionen in Konflikt-
441 und Krisenregionen geschaffen werden, kann ein Übergang von ruhenden Konflikten hin zu
442 einem friedlichen Zusammenleben aller beteiligten Konfliktparteien gelingen.

443
444 *hh) Friedenspolitik statt Invasionsmacht*

445
446 Aus Sicht der Jusos kann das Konzept der Schutzverantwortung der internationalen
447 Gemeinschaft eine sinnvolle Grundlage bieten, um das friedlich Zusammenleben der Völker
448 über die reine Abwesenheit von Krieg zwischen Nationalstaaten hinaus zu gewährleisten. Wir
449 bekennen uns daher ausdrücklich zur internationalen Verantwortung für die Geltung der
450 Menschenrechte und die Verhinderung von Völkermorden und Verbrechen gegen die
451 Menschlichkeit.

452
453 Allerdings greift aus unserer Sicht die reine Fokussierung der R2P auf das militärische
454 Eingreifen im Notfall zu kurz: Nur durch das langfristige, zivile Engagement in Konfliktregionen
455 und die Schaffung entsprechender Kapazitäten zur Konfliktmoderation und Deeskalation kann
456 die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen nachhaltig gewährleistet werden.

457
458 Wir sind uns bewusst, dass auch das Konzept der R2P in einigen Entscheidungssituationen an
459 seine Grenzen stößt – etwa im Fall von Blockaden im UN-Sicherheitsrat.. Wir Jusos wollen uns
460 daher auch in Zukunft mit der Entwicklung von völkerrechtlichen Konzepten auseinandersetzen.

461
462 **3. Europäische Friedenspolitik**

463
464 Europa kommt dabei eine besondere Rolle zu. Das hat sich in den vergangenen Wochen und
465 Monaten immer wieder gezeigt. Die europäische Gemeinschaft muss geschlossen handeln und
466 gemeinsam für Lösungen eintreten. Krisen betreffen alle Mitgliedstaaten der EU
467 gleichermaßen. Besonders wichtig ist dabei, dass Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale
468 Gerechtigkeit als Leitbild europäischer Außen- und Friedenspolitik etabliert sind. Deshalb
469 setzen wir uns auch dafür ein, dass die Rolle der EU in Friedensprozessen gestärkt wird.
470 Darüber hinaus unterstützen wir die Europäische Nachbarschaftspolitik zu den Staaten in
471 Osteuropa und des Mittelmeerraums.

472

473 Wir fordern eine kohärente europäische Außenpolitik, die nicht von einzelstaatlichen Interessen
474 dominiert wird, sondern die mit einer Stimme agiert und stets für Freiheit, Demokratie und
475 Menschenrechte einsteht.

476

477 Zu konsequenter Friedenspolitik in Europa gehört auch eine konsequente (Ab)rüstungspolitik. Die
478 europäischen Rüstungskonzerne EADS und BAE gehören zu den größten der Welt, noch immer
479 macht Rüstung mehr als 1 % des BIP von Deutschland, UK, Italien oder Frankreich aus.

480

481 Zwar stehen wir weiterhin für die Schaffung einer europäischen Friedenstruppe ein, jedoch ist
482 dieses nicht mit ausufernden Rüstungsexporten aus der EU in die Welt hinein zu vereinbaren.

483 Auch darf eine europäische Friedenstruppe nicht zur einer Militarisierung der EU führen - im
484 Gegenteil! Die Militarisierung Europas muss gestoppt werden.

485

486 Natürlich wird für bspw. friedenssichernde polizeiliche Einsätze unter UNO-Mandat ein gewisses
487 Maß an Bewaffnung benötigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass künftige
488 Rüstungsproduktion auf den Eigenbedarf der EU-Mitglieder beschränkt werden.

489

490 Rüstungsbetriebe in Europa sind deswegen unter Aufsicht und in gemeinsamen Besitz der
491 europäischen Staaten zu bringen. So kann der "Eigenbedarf" der europäischen Friedenstruppen
492 gesichert werden.

493

494 **4. Außenpolitik als Friedenspolitik**

495

496 Außenpolitik muss sich an Werten und friedenspolitischen Grundsätzen orientieren. Nationale
497 wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Ansprüche können nicht Handlungsgrundlage
498 sein. Auch außenpolitisch müssen die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität im
499 Mittelpunkt stehen. Ziel muss die Gewährleistung von universellen Menschenrechten sein.

500

501 **a) Zivile Konfliktprävention statt militärische Intervention**

502

503 Nach unserer Überzeugung kann die Teilnahme an Militärinterventionen nur das letzte Mittel zur
504 Verhinderung gravierender Menschenrechtsverletzungen im Sinne des Prinzips der
505 Schutzverantwortung darstellen. Dies kann nur erfolgen, wenn sie durch ein völkerrechtlich
506 bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Deutsche Bundestag zustimmt
507 und sie mit einem umfassenden politischen Konzept der humanitären Hilfe und des
508 Wiederaufbaus verbunden sind. Konflikte und ihre Ursachen lassen sich militärisch nicht lösen.

509

510 Primäre Aufgaben sind die Bekämpfung von Konfliktursachen und die zivile
511 Konflikttransformation. Friedenspolitische Instrumente müssen hierbei in der Konfliktbearbeitung
512 präventiv, Frieden schaffend und nachsorgend eingesetzt werden. Durch den verstärkten
513 Einsatz ziviler Friedensbildungsmaßnahmen können Konflikte frühzeitig erkannt und bereits vor
514 einer gewalttätigen Eskalation moderiert werden. Hierzu ist dringend eine Stärkung des Zivilen
515 Friedensdienstes (ZFD) und des Zentrums für Internationale Konfliktforschung (ZIF) notwendig.
516 Die Gesamtförderung des Zivilen Friedensdienstes im Rahmen des Entwicklungsetats im
517 Zeitraum von 1999 bis 2013 betrug rund 256,6 Millionen Euro. Dies entspricht weniger als
518 einem Prozent des Verteidigungsetats allein des Jahres 2014. Die rund 214 Fachkräfte des
519 Zivilen Friedensdienstes in 34 Ländern bilden nur einen Bruchteil der sich zugleich im
520 Auslandseinsatz befindlichen SoldatInnen. Eine Prioritätensetzung auf zivile Konfliktprävention
521 muss zukünftig auch an Haushaltsmitteln und Personal erkennbar sein. Ziel muss das
522 langfristige und nachhaltige Engagement vor Ort sein, denn nur durch eine genaue Kenntnis der
523 örtlichen Gegebenheiten und der beteiligten Konfliktparteien ist eine sinnvolle Konfliktprävention
524 möglich. Darüber hinaus können so auch eine ständige Rückmeldung und eine umfassende
525 Information über die jeweilige Lage im Konfliktgebiet stattfinden. Als kritisch sehen wir
526 insbesondere auch die bisherige Finanzierungspraxis ziviler Friedensmaßnahmen an, welche
527 größtenteils über projektgebundene Mittel erfolgt.

528

529 Die dadurch entstehende Fokussierung der zivilen Friedensarbeit auf kurz- bis mittelfristige,
530 förderfähige Projekte widerspricht dem Ziel eines langfristigen Engagements vor Ort. Wir
531 fordern daher die verstärkte dauerhafte Förderung ziviler Friedensdienste. Zudem müssen auch
532 die Mittel der "klassischen Diplomatie", sprich der Botschaften und des Auswärtigen Amtes,

533 deutlich ausgebaut werden, um eine umfangreiche und frühzeitige Information über etwaige
534 Konflikte sicher zu stellen. Nur durch die langfristige Einbindung vor Ort und die nachhaltige
535 Pflege von Kontakten zu allen Konfliktparteien schon vor dem Ausbruch gewaltsamer
536 Auseinandersetzungen ist im Notfall eine umfassende Informationsbasis für etwaige
537 Entscheidungen zu gewährleisten. So kann eine frühzeitige Analyse und Bearbeitung von
538 Konflikten durch die Bundesregierung in Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag
539 gewährleistet werden.

540

541 **b) Entwicklungszusammenarbeit ist Konfliktprävention**

542

543 Entwicklungszusammenarbeit muss gemeinsam mit zivilen Friedensmaßnahmen stets im
544 Mittelpunkt der Friedenspolitik stehen. Sie kann ein Instrument zum Ausgleich sozialer
545 Ungerechtigkeiten. Entwicklungszusammenarbeit ist Prävention gegen Kriege und Konflikte. Im
546 Sinne des Empowerment Konzepts müssen beispielsweise soziale, ökonomische, rechtliche
547 und politische Institutionen in den Partnerländern unterstützt werden. Zu oft beruhen Ansätze
548 der Entwicklungszusammenarbeit bislang auf paternalistischen und eurozentristischen
549 Annahmen. Qualitative Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit lokalen Netzwerken
550 muss finanziell sichergestellt werden. Bisher erfüllt Deutschland seine internationale
551 Verpflichtung nicht, bis 2015 0,7% des BIP in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre
552 Hilfe zu investieren (sog. ODA-Quote). Im Jahr 2013 lag der Anteil bei nur 0,38%. Das Ziel
553 muss umgehend erfüllt werden.

554

555 **c) Kein Geld für Menschenrechtsverletzungen**

556

557 Noch stärker als bisher muss eine konsequente Außenhandelspolitik Teil der
558 Schutzverantwortung sein. Handel und Kooperation mit Diktaturen und autoritären Regimen, die
559 Menschenrechtsverletzungen begehen müssen eingeschränkt und gegebenenfalls gänzlich
560 unterlassen werden. Auch wenn Staaten oder nicht-staatliche Organisationen nachweislich
561 Terrororganisationen finanzieren und unterstützen müssen diese Grundsätze gelten.

562

563 Klare Anforderung an Einhaltung und Schutz der Menschenrechte müssen Bestandteil und
564 Bedingung vor Verhandlungen und in Freihandelsabkommen sein.

565

566 **c) Abrüstung bei uns umsetzen!**

567

568 Deutsche Rüstungsexportpolitik hat einen wesentlichen Anteil an der weltweiten Verbreitung
569 von Waffen. Die Rüstungsindustrie stellt einen starken Wirtschaftsfaktor dar. Im Jahr 2013 war
570 Deutschland nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. In den
571 vergangenen Jahren wurden immer wieder Exporte von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete
572 wie Katar und Saudi Arabien genehmigt.

573

574 Hierin liegt ein Verstoß gegen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung, wo "keine
575 Lieferung in Spannungsgebiete" erfolgt.

576

577 Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Staaten ohne demokratische Regierungsinstitutionen
578 oder in denen die Wahrung der Menschenrechte nicht gewährleistet ist, sind sofort zu beenden.
579 Dies gilt auch für Dual-Use-Güter, insbesondere auch für chemische Kampfstoffe & Technologie
580 im Bereich der IT- und Telekommunikationsüberwachung.

581

582 Die Lieferung von Waffen an nichtstaatliche Organisationen zur Abwendung von
583 Menschenrechtsverletzungen kann nur als ultima ratio und eingebunden in einen breiten
584 Zusammenhang humanitärer Maßnahmen erfolgen. Hierzu ist ein abgestimmtes Vorgehen auf
585 Ebene der Vereinten Nationen erforderlich. Die bloße Lieferung von Waffen, ohne vorherige und
586 begleitende zivile Strategien, wird der Anforderung an internationale Schutzverantwortung nicht
587 gerecht.

588

589 Ziel der Waffenexportkontrolle muss der schrittweise Abbau von Rüstungsexporten sein.

590 Konkret fordern wir:

591

- 592 • Die Transparenz und demokratische Kontrolle über deutsche Rüstungsexporte ist
593 auszubauen. Hierzu muss die Geheimhaltung der Beschlüsse des Bundessicherheitsrates

- 594 aufgehoben werden. Dessen Beschlüsse sind im Konsens zu entscheiden, um zu
595 verhindern, dass menschenrechtliche Erwägungen durch industriepolitische Interessen
596 überstimmt werden.
- 597 • Die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung sind in ein verbindliches
598 Rüstungsexportgesetz zu überführen. Außerdem ist eine sanktionsbewehrte
599 Endverbleibskontrolle für exportierte Rüstungsgüter vorzuschreiben. Dieses
600 Rüstungsexportgesetz soll folgende Regelungen enthalten:
- 601
- 602 1. Die Lieferung von Rüstungsgütern und -lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung
603 des Deutschen Bundestages gebunden.
- 604 2. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen
605 Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen
606 bewaffnete Auseinandersetzungen drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu
607 beitragen kann, bestehende Konflikte zu verschärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt
608 im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung trifft der Deutsche Bundestag.
- 609 • Der Bundestag muss seine Kontrollfunktion frühzeitiger und vollumfänglich durch
610 Informationen vor der Genehmigungserteilung wahrnehmen können. Der
611 Rüstungsexportbericht der Bundesregierung muss detaillierter gestaltet werden.
612 Informationen über Lizenzvergabe, Hermes-Bürgschaften und die spezifische
613 Empfängerin der Güter (z.B. Streitkräfte, Polizei, etc.) sind fortan darin aufzuführen.
614 Einzelne Exporte sollen außerdem (sicherheits-)politisch begründet werden.
- 615 • Die Entscheidung über Waffenexporte muss umgehend von der Regierung vollständig auf
616 das Parlament übertragen werden.
- 617 • Jegliche Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften (= Bürgschaften
618 der BRD an Private, die in Krisenregionen investieren wollen) ist sofort zu beenden.
- 619 • Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und
620 Rüstungsexporte zu vermeiden, müssen auch die Verträge über den Munitions- und
621 Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge
622 dürfen ohne Zustimmung des Bundestages nicht verlängert werden. Langfristig muss jede
623 Form der Waffenproduktion verboten werden. Die SPD muss sich konkret dem
624 strategischen Ziel der Transformation der Rüstungsindustrie widmen. Diese kann nur
625 Schritt für Schritt erfolgen. Auf dem Weg zu einem völligen Verbot der Rüstungsexporte,
626 muss die restriktive Handhabung der Exporte durchgesetzt werden. Langfristig muss das
627 Ziel sein, die Rüstungsindustrie vollständig zu überwinden. Höchste Priorität hat für uns,
628 dass im Zuge der Transformation weder Berufsperspektiven der ArbeitnehmerInnen noch
629 (betriebliche) soziale Errungenschaften zur Disposition stehen.
- 630 • Hiermit einhergehend muss die Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen auf
631 einen verbindlichen Zeitplan der weltweiten Abrüstungsstufen hinwirken.
- 632 • Mittel des Verteidigungshaushalts müssen schrittweise in Ausgaben für
633 Entwicklungszusammenarbeit umgewandelt werden.
- 634 • Zivilklauseln sollten von wissenschaftlichen Einrichtungen flächendeckend eingeführt und
635 konsequent umgesetzt werden.
- 636
- 637
- 638

639 **d) Asyl ist Menschenrecht!**

640

641 In besonderer Weise von Konflikten betroffen sind Menschen, die sich auf der Flucht befinden.
642 Diese müssen bei uns Schutz finden. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen
643 als in der Genfer Flüchtlingskonvention verankertes Grundprinzip des humanitären Völkerrechts
644 muss umgesetzt werden. Dies kann nur hinreichend gewährleistet werden, wenn
645 Einschränkungen des Asylrechts, die seit dem Asylkompromiss von 1993 vorgenommen
646 wurden, wie die Regelungen zu sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, aufgehoben werden.

647

648 **IV. Das ist unsere Friedenspolitik**

649

650 Jungsozialistische sowie auch Sozialdemokratische Außenpolitik bedeutet für uns immer
651 Friedenspolitik - sowohl aus einer deutschen, als auch aus einer europäischen Perspektive.
652 Friedenspolitik ist aber kein Zweck an sich, sie muss mit Leben gefüllt sein.

653

654 Sie mit Leben zu füllen bedeutet mehr als reine, ideologiebefreite Diplomatie, wie sie aktuell in

655 Deutschland und Europa vorherrschend ist. Die zu erkennenden Ansätze einer
656 sozialdemokratischen Friedenspolitik müssen stärker hervorgehoben und weiter ausgeprägt
657 werden. Wir treten für eine linke Friedenspolitik ein, die auf den Grundsätzen der Freiheit,
658 Gerechtigkeit und Solidarität fußt und stets eine internationalistische Perspektive einnimmt.
659 Hierbei fühlen wir uns der zivilen Konfliktprävention verpflichtet

660

661 Friedenspolitik bedeutet auch nicht nur das Reagieren auf entstehende oder bereits lothdernde
662 Konflikte. Vielmehr muss sie präventiv wirken. Sie bedeutet für uns, Verantwortung
663 wahrzunehmen. Unsere Verantwortung ist es für eine gerechte Weltordnung, für gleichen
664 Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit, gute Arbeit und Zugang für Nahrung zu kämpfen,
665 unabhängig davon, ob Frieden und Wohlstand in Europa oder ausserhalb bedroht sind.

666

667 Wir tun dies als internationalistischer Jugend- und Richtungsverband solidarisch zusammen mit
668 unseren PartnerInnen in YES und IUSY.

669

670 Hoch die internationale Solidarität!

671

672

673

674

675

676

677

678

679

680

681

682

683

684

685

686

687

688

689

690

691

692

693

694

695

696

697

698

699

700

701

702

703

704

705

706

707

708

709

710

711

712

713

714

715

Titel Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende
sowie Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo-
und bisexuellen Männern

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende sowie Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo- und bisexuellen Männern

- 1 Alle Männer, gleich welcher sexuellen Orientierung, sind zur Blut- und Blutplasmaspende sowie
- 2 der Knochenmark- und Organspende zuzulassen. Die nur von Männern zu beantwortenden
- 3 Fragen nach einem gleichgeschlechtlichen Sexualkontakt sowie nach einem
- 4 Gefängnisaufenthalt müssen ersatzlos gestrichen werden. Auch die zurzeit diskutierte
- 5 Alternative, wie der Verzicht auf jeglichen Sexualverkehr innerhalb eines Jahres, ist abzulehnen.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und
Entschädigung so genannter „175er“

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion

Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und Entschädigung so genannter „175er“

1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiative zu ergreifen zur gesetzlichen
2 Rehabilitierung, Entschädigung und Unterstützung von Verurteilten wegen einvernehmlicher
3 homosexueller Handlungen nach 1945 in beiden deutschen Staaten. Diejenigen, die Gefängnis-
4 oder Zuchthausstrafen zu verbüßen hatten, sind finanziell zu entschädigen. Dies gilt für Urteile
5 in beiden deutschen Staaten. Es darf außerdem nicht ignoriert werden, dass der besagte
6 Paragraph schon seit 1871 in unterschiedlicher Form existiert und er in der NS-Zeit nur
7 verschärft wurde. Auch den Reformen von 1969 und 1973 in der BRD und der Reform der 50er
8 Jahre in der DDR lag die Annahme zugrunde, dass Homosexualität eine Straftat sei. Daher
9 fordern wir eine umfassende Aufarbeitung des §175 und der gesprochenen Urteile.

10

11

12 In der Bundesrepublik Deutschland galt die von den Nationalsozialisten 1935 verschärfte
13 Gesetzgebung zur strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Handlungen (§ 175 und § 175a
14 StGB) bis zur Strafrechtsreform von 1969 weiterhin fort. Demnach waren sämtliche sexuelle
15 Handlungen, einschließlich erotisch interpretierbarer Annäherungen, unter Männern strafbar.

16

17 Bis zur endgültigen Abschaffung des § 175 StGB am 31. Mai 1994 bestanden unterschiedliche
18 strafrechtliche Schutzaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen. Dies mussten in
19 beiden Teilen Deutschlands tausende von Männern erfahren, die aufgrund ihrer Homosexualität
20 verurteilt worden sind: In der Bundesrepublik Deutschland lag die Zahl der Verurteilungen bis
21 zur Strafrechtsreform 1969 bei ca. 50.000. Die damalige DDR setzte – nach unsäglichen
22 homophoben Kampagnen zu Beginn der 1950er Jahre - die Strafverfolgung 1957 faktisch aus
23 und reformierte die Norm 1968 (durch Einführung von Schutzaltersgrenzen) und 1988/1989
24 (durch Abschaffung derselben). Während der Zeit des Nationalsozialismus saßen mindestens
25 10.000 mit einem „Rosa Winkel“ stigmatisierte Männer in Konzentrationslagern. Mehr als 5.000
26 von ihnen überlebten die so genannte Vorbeugehaft nicht.

27

28 Die Männer, die in der Zeit des Nationalsozialismus gemäß § 175 verurteilt worden sind, sind
29 gemäß NS-AufhGÄndG von 2002 rehabilitiert worden und haben Anspruch auf Entschädigung
30 aufgrund der verbüßten Strafe. Wurde die gleiche Person wegen der exakt gleichen „Tat“,
31 jedoch in den 1950er und/oder 1960er Jahren – oft als Folge von übler Nachrede, Denunziation
32 oder polizeilicher Repression (mittels gestellter Fallen) - bestraft, hat sie keinen Anspruch auf
33 Entschädigung. Diese Ungleichbehandlung muss, im Anschluss an die über den Bundesrat seit
34 Jahren in die Wege geleiteten Initiativen, endlich vom Tisch – so lange die Betroffenen noch
35 leben. Dies muss auch für alle gelten, die nach 1945 ihre Konzentrationslagerstrafen in
36 Zuchthäusern oder Gefängnissen weiter absitzen mussten. Das konservative Argument, Urteile
37 eines Rechtsstaates könnten nicht im Nachhinein für nichtig erklärt werden, überzeugt in keiner
38 Weise: Bei den Urteilen nach § 175 handelt es sich um Rechtsprechung, die a) an von den
39 Nationalsozialisten verschärftes Recht anknüpft und b) den reaktionären Moralvorstellungen der
40 Mehrheit der Bevölkerung in der jungen Bundesrepublik entsprechen mochte, aber nicht im
41 Einklang mit dem Geist des Grundgesetzes und den Menschenrechten steht.

Titel UMSTRUKTURIERUNG DER
NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

1

2

3 Nach der Selbstenttarnung des neonazistischen Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer
4 Untergrund“ (NSU) im November 2011 wurde offenkundig, dass diese Gruppierung mutmaßlich
5 zwischen 2000 und 2006 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und 2007 eine
6 Polizistin ermordet hat sowie 1999 einen Sprengstoffanschlag in Nürnberg, 2001 einen
7 Sprengstoffanschlag in Köln, 2004 ein Nagelbomben-Attentat und zahlreiche Banküberfälle
8 begangen hat. Trotz zahlreicher Hinweise und rund 40 V-Leuten im Umfeld der Gruppierung ist
9 es den Sicherheitsbehörden und insbesondere den Verfassungsschutzämtern in Bund und
10 Ländern nicht gelungen einen neonazistischen Hintergrund bei den Taten festzustellen. Dies ist
11 nur der Gipfel einer lang anhaltenden Serie von Fehleinschätzungen und -entscheidungen, die
12 wohl nur noch als Versagen bezeichnet werden können. Eine umfassende Reform und
13 Neustrukturierung des deutschen Nachrichtendienstwesens ist daher angezeigt und
14 unausweichlich.

15

16 Wir bekräftigen unsere Beschlusslage aus dem Jahr 2013 und ersuchen den Jusos-
17 Bundesvorstand im folgenden Arbeitsjahr eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der sich
18 ExpertInnen aus den Landes- und Bezirksverbänden gezielt mit der Zukunft und Neuordnung
19 der Sicherheitsarchitektur in Bund und Ländern beschäftigen sollen. Mögliche Konsequenzen
20 aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden sollen angedacht und in den politischen Prozess
21 eingespeist werden.

22

23 Langfristig halten wir an der Forderung der Abschaffung der Verfassungsschutzämter in Bund
24 und Ländern fest. Weiterhin soll innerhalb der Arbeitsgruppe eine mögliche Fusion von MAD
25 (Militärischem Abschirmdienst) und BND (Bundesnachrichtendienst) geprüft und diskutiert
26 werden.

27

28 Kurzfristig fordern wir insbesondere:

29

30 **Abschaffung der Verdachtsberichterstattung in den Verfassungsschutzberichten**

31

32 Die bisherige Praxis der sogenannten Verfassungsschutzberichte, die durch die
33 Innenministerien erstellt werden, muss unverzüglich geändert werden. In dieser Form stellen sie
34 lediglich ein politisches Kampfinstrument der Regierung dar.

35 Aktuell ist es gängige Praxis in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auch
36 Parteien und Organisationen zu erwähnen, gegen die lediglich der Verdacht der
37 Verfassungswidrigkeit besteht. Für Leserinnen und Leser ist oft nur schwer ersichtlich, dass es
38 sich nur um einen bloßen Verdacht handelt; in den Medien findet eine Differenzierung in der
39 Regel gar nicht statt. Diese Stigmatisierung stellt eine schwere faktische Sanktion dar, da die
40 Erwähnung im Bericht mit dem Aufruf gleichzusetzen ist, die erwähnte Partei oder Organisation
41 zu meiden. Insbesondere eine zu Unrecht erfolgte Erwähnung schränkt das Recht auf
42 Mitwirkung an politischer Willensbildung stark ein, zumal politische und gesellschaftliche
43 Isolierung quasi erwartet wird und gerade auf der Ebene der Bündnisarbeit nicht selten erfolgt.

44 Der Verfassungsschutzbericht kommt hiermit nicht seiner Aufgabe als Verfassungs-schutz durch
45 Aufklärung nach sondern verkommt zu einem modernen Pranger. Diese Praxis ist nicht länger
46 hinzunehmen. Wir fordern daher ein Verbot der Verdachtsberichterstattung.

47

48 **Kontrolle ermöglichen**

49

50 Bisher ist ein individueller Auskunftsanspruch gegen den Verfassungsschutz nur zulässig, wenn
51 ein Hinweis auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an der Auskunft
52 gegeben sind und keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Faktisch ist es somit
53 unmöglich zu erfahren, ob man zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet wird und aus welchen
54 Gründen. Auch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beobachtung kann nur äußerst selten
55 und wenn überhaupt im Nachhinein fest-gestellt werden. Der oder die Beobachtete hat somit
56 keinerlei Möglichkeit sich den Vorwürfen zu stellen oder sich gar zu wehren, gegen
57 Maßnahmen, die ohne richterlichen Beschluss gegen ihn ergangen sind. Er wird somit
58 schlechter gestellt als jemand, gegen den wegen einer Straftat ermittelt wird.

59

60 Dies ist nicht tragbar und widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Daher ist
61 zu-nächst für Maßnahmen wie Bild- und Tonaufzeichnungen, Online-Durchsuchungen, Brief-
62 ,Post- und Telefonüberwachung und den Einsatz geheimer MitarbeiterInnen sowie ähnlich tief
63 eingreifender Maßnahmen die Genehmigung eines Richters einzuholen.

64

65 Des Weiteren ist der oder die Beobachtete unverzüglich über die Maßnahmen zu informieren,
66 sobald die Beobachtung beendet ist und keine Gefahr für die FDGO besteht. Will die
67 beobachtete Person die Rechtswidrigkeit der Maßnahme feststellen lassen, ist ihr und ihrem
68 Rechtsbeistand sowie dem Gericht umfassende Akteneinsicht zu gewähren. Auch dürfen
69 Geheimhaltungsinteressen nicht prinzipiell Vorrang gegenüber dem Strafverfahren haben,
70 dürfen vor allem ein faires und gerechtes Verfahren nicht unmöglich machen.
71 Weiterhin sind wir der Überzeugung, dass in einer demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit
72 bestehen muss, auch im Nachhinein die Arbeit der Geheimdienste in vollem Umfang zu
73 überprüfen. Daher fordern wir die vollständige Offenlegung der Akten der Inlandsgeheimdienste
74 nach 30 Jahren.

75

76 **Einstellung der gängigen V-Leute-Praxis**

77

78 Nach Angaben des Verfassungsschutzes erhält der Nachrichtendienst nur einen geringen Anteil
79 ihrer Informationen von geheimen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählen auch die
80 sogenannten V-Leute.

81

82 Nicht nur die Geschehnisse rund um die Zwickauer Zelle haben gezeigt, dass diese Art der
83 geheimen Mitarbeiter rechtsstaatlich nicht länger tragbar ist und nie tragbar war.

84

85 Wenn V-Leute Bomben liefern und zu Straftaten anstiften, wenn mit dem vom
86 Verfassungsschutz gezahlten Geld rechtsextremistische Gruppen unterstützt werden, wenn ein
87 V-Mann ermordet wird und ein ordnungsgemäßer Strafprozess nicht möglich ist, da der
88 Verfassungsschutz Aussagegenehmigungen verweigert, Anwälte beobachten lässt und
89 Tatwaffen verschwinden lässt und wenn ein Verbot der NPD an den V-Leuten gescheitert ist,
90 sollte offenkundig sein, dass diese Methode nicht länger geduldet werden kann.

91

92 Den bisherigen V-Leuten ist daher kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zuzugestehen,
93 insofern sie als Zeuge während eines Strafverfahrens vernommen werden. Der
94 Verfassungsschutz darf eine Aussagegenehmigung nur in Fällen verweigern, in denen die
95 FDGO oder der Bestand von Bund und Ländern gefährdet sind. Wird eine Genehmigung nicht
96 erteilt, ist dies zu begründen.

97

98 Der Einsatz von V-Personen muss daher gesetzlich geregelt und streng rechtsstaatlich
99 reglementiert sein. Als V-Leute werden in der Regel diejenigen Personen ausgewählt, die bereit
100 sind ihr engeres soziales Umfeld für die Zahlung nicht geringer Geldmittel zu verraten, erwartet
101 aber im gleichen Maße von diesen die Wahrheit zu erfahren. Die Vorstellung verlässliche
102 Informationen aus derlei Quellen zu erhalten, ist als utopisch zu bezeichnen.

103

104 Der Einsatz von V-Personen ist daher langfristig kritisch zu überprüfen und abzustellen.

105

106 **Umfassende Aufarbeitung der Geschichte des Amtes**

107

108 Die Geschichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern macht mitunter fassungslos.
109 Trotz zahlreicher Affären und Pannen, die bereits mit der Entführung des ersten Präsidenten
110 des Bundesamtes Otto John begonnen haben, hat bisher keine umfassende kritische
111 Aufarbeitung der eigenen Geschichte stattgefunden. Das Bundesamt sowie die Landesämter
112 sollen daher einer umfassenden Nach-forschung unterzogen werden, in der sowohl die
113 Rekrutierung von ehemaligen SS- und SD-Angehörigen bis hin in die 70er Jahre als auch die
114 restliche Geschichte der Behörden untersucht und aufgearbeitet werden. Dies ist für eine
115 Neuordnung und zum Verständnis der bisher gemachten Fehler unabdingbar. Die Ergebnisse
116 sind außerdem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um die Aufklärung zu gewährleisten.

117

118 **Ziel: Auflösung**

119

120 All dies können jedoch nur Teilschritte sein. Der Verfassungsschutz hat in seiner Geschichte
121 selbst bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
122 schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die Verfassung
123 vor dem Verfassungsschutz schützt. Ziel kann es daher nur sein, den Verfassungsschutz
124 langfristig abzuschaffen, da-mit auch ein personeller Neuanfang gewährleistet sein kann.

125

126

127

128

129

130

131

132 [1] <http://verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder>

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Racial Profiling stoppen!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Racial Profiling stoppen!

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Die Jusos verurteilen die polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ scharf. Die rechtliche
4 Grundlage der Vorgehensweise in §22 Abs. 1a BPolG ist abzuändern: Die Passage „oder
5 grenzpolizeilicher Erfahrung“ ist zu streichen. Die Personenkontrolle soll künftig nur noch dann
6 zulässig sein, wenn konkrete Lageerkenntnisse die- se rechtfertigen. Weiter fordern wir die
7 Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf, aktiv in den eigenen Organisationsstrukturen gegen die
8 polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ vorzugehen.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Änderung des § 177 Strafgesetzbuch -
Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja
Vorraussetzung ist

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion

Änderung des § 177 Strafgesetzbuch - Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja Vorraussetzung ist

1 Wir Jusos fordern den Gesetzgeber auf, Betroffene von sexualisierter Gewalt durch einen
2 Rechtsanspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung während des Gerichtsverfahrens besser
3 als bisher zu schützen. Darüber hinaus fordern wir eine Reform des §177 StGB, denn jede nicht
4 einvernehmlich stattgefundene sexuelle Handlung muss strafbar sein. "No mean no" und nichts
5 anderes.

6
7 Der Umgang mit Betroffenen muss verbessert werden:

- 8
- 9 • Wesentlich dafür ist ein Rechtsanspruch für Betroffene auf psychosoziale
10 Prozessbegleitung, damit sie während des oft langwierigen Verfahrens Unterstützung
11 erhalten.
 - 12 • Der/ Die Richter*in ist verpflichtet das Opfer vor dem ersten Verhandlungstag auf die
13 Möglichkeiten der Vernehmung nach §§58a, b StPO hinzuweisen und ist an die
14 diesbezügliche Entscheidung gebunden. Die relevanten Paragraphen werden
15 entsprechend reformiert um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten.
 - 16 • Auf Wunsch der Betroffenen sollte der Ausschluss der Öffentlichkeit aus dem Verfahren
17 immer möglich sein. Daher soll § 171b II GVG folgendermaßen geändert werden:
18
19 (2) Die Öffentlichkeit soll bei Verfahren wegen Straftaten gegen die die sexuelle
20 Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184g des Strafgesetzbuchs) ausgeschlossen werden.
21 Darüber hinaus auch soweit in Verfahren wegen Straftaten gegen das Leben (§§ 211 bis
22 222 des Strafgesetzbuchs), wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 des
23 Strafgesetzbuchs) oder wegen Straftaten gegen die persönliche Freiheit nach den §§ 232
24 bis 233a des Strafgesetzbuchs ein Zeuge unter 18 Jahren vernommen wird. Absatz 1
25 Satz 3 gilt entsprechend.
 - 26 • Die freie Wahl eines/einer staatlich anerkannten Dolmetschers/Dolmetscherin für
27 Betroffene.
 - 28 • Verpflichtende Fortbildungen für Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen bei
29 dem Umgang mit möglichen Opfern nach §177StGB.
 - 30 • Eine professionelle Prozessbegleitung für mögliche Opfer nach §177StGB von Anfang bis
31 Ende des Verfahrens.
- 32

33 Wir fordern weiter auf den § 177 StGB so zu reformieren:

- 34
- 35 • dass zukünftig die Person bestraft wird, die ohne Einverständnis der anderen Person
36 sexuelle Handlungen an ihr vornimmt. Ein bloßes "Nein heißt nein" hat sich in der Praxis
37 als ungenügend erwiesen. Oftmals können Betroffene keine Ablehnung formulieren oder
38 das Ausbleiben einer Ablehnung wird als Zustimmung gedeutet. Deshalb fordern wir die
39 Ablösung dieser Praxis durch konsensuelle sexuelle Handlungen, was mehr bedeutet als
40 die Abwesenheit einer Ablehnung. "Ja heißt ja" sollte die alte "Nein heißt nein" Praxis
41 ersetzen.

42

43 Weiter fordern wir auf Seiten der Opfer die flächendeckende Einrichtung von Möglichkeiten der
44 Anonymen Spurensicherung im Rahmen einer rechtsmedizinischen Ambulanz.

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD

Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz

1 Wir fordern, dass der Paragraph 16a des Jugendgerichtsgesetzes „Jugendarrest neben
2 Jugendstrafe“ abgeschafft wird.

3

4 **Begründung:**

5 Am 14. Juni 2012 führte der Deutsche Bundestag eine „Erweiterung der jugendgerichtlichen
6 Handlungsmöglichkeiten“ ein. Im neu eingeführten Paragraph 16a des JGG heißt es: „Wird die
7 Verhängung oder die Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt, so kann
8 abweichend von §13 Absatz 1 daneben Jugendarrest verhängt werden“.

9

10 Schon im Vorfeld der Bundestagsdebatte zu diesem Gesetzentwurf gingen zahlreiche
11 angesehene Pädagogen, Wissenschaftler und Juristen auf die Barrikaden. Aus juristischer Sicht
12 kam u.a. von Dr. Benjamin Krenberger starke Kritik vor allem im Hinblick auf eine äußerst vage
13 Gesetzesbegründung und fragwürdige Zielvorgaben. Zur Begründung und zu den Zielen des
14 Gesetzes heißt es im §16a: „1. dies unter Berücksichtigung der Belehrung über die
15 Bedeutung der Aussetzung zur Bewährung und unter Berücksichtigung der Möglichkeit
16 von Weisungen

17

18 und Auflagen geboten ist, um dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das
19 begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen,

20

21 2. dies geboten ist, um den Jugendlichen zunächst für eine begrenzte Zeit aus einem
22 Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen und durch die Behandlung im
23 Vollzug des Jugendarrests auf die Bewährungszeit vorzubereiten, oder

24

25 3. dies geboten ist, um im Vollzug des Jugendarrests eine nachdrücklichere
26 erzieherische Einwirkung auf

27

28 den Jugendlichen zu erreichen oder um dadurch bessere Erfolgsaussichten für eine
29 erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit zu schaffen.“

30

31 Es wird hieraus ebenfalls deutlich, dass Jugendarrest eine sogenannte „Kann-Vorschrift“ ist. Die
32 Entscheidung wie lange der Jugendarrest dauert liegt in der Hand des zuständigen Richters.
33 Jugendarrest kann neben einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe zwischen 1 und 4
34 Wochen dauern.

35

36 Auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Rückfallquote nach mehrwöchigem
37 Jugendarrest beträgt laut Dr. Holger Nielhaus vom Landgericht Düsseldorf ca. 70%. Das
38 bedeutet, dass Bund und Länder jährlich Millionen dafür ausgeben um Jugendliche mittels des
39 „Warnschussarrest“ einzusperren, jedoch 7 von 10 Jugendlichen nach dem Arrest wieder
40 straffällig werden. Eine erfolgreiche Resozialisierung sieht wohl anders aus. Es ist und bleibt
41 aus unserer Sicht der falsche Weg, Jugendliche welche mit dem Gesetz in Konflikt kommen
42 einfach hinter Gitter zu setzen. Es gilt auch bei dieser Problematik, wie bei vielen anderen, die
43 Ursachen zu erkennen und bei ihnen anzusetzen. Gewaltverbrechen, Drogendelikte und
44 Diebstahl sind keine Taten aus purer Bosheit oder Dummheit. Es sind die natürlichen Folgen

45 aus Kinder- und Jugendarmut, Jugendarbeitslosigkeit und in vielen Städten auch an fehlendem
46 Verständnis und fehlenden Mitteln für erfolgreiche Integration. Diese Probleme müssen
47 behoben werden bevor über mehr Möglichkeiten im Jugendstrafrecht nachgedacht werden
48 kann. Die Mittel, welche die Länder aktuell in JVA's stecken, sind bei mehr Jugendsozialarbeit,
49 Aufklärungsstellen und Streetworkern aus unserer Sicht deutlich besser angelegt.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

Titel Aktive Wohnungsmarktpolitik: Mehr als
Mietpreisbremse

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

Aktive Wohnungsmarktpolitik: Mehr als Mietpreisbremse

1 Attraktive Städte - steigende Mieten

2

3 In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus der
4 Kernstadt in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit ist
5 allerdings auch ein gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Großstädte
6 haben aufgrund der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im
7 Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität
8 gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus umliegenden Bezirken oder
9 Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit vermeiden lassen und
10 das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in
11 zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden Mieten.

12

13 Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im Gegenteil
14 sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer
15 zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel
16 spiegelt sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits
17 bekannten Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen
18 Jahren spürbar zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt,
19 um den Bedarf zu decken. Besonders eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der
20 Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen in Zentrumsnähe besonders hoch ist.

21

22 Beispielhaft für dieses bundesweite Phänomen ist die Wohnraumlage in der Stadt
23 Braunschweig. Zwar sind die Bestandsmieten, also die Mietpreise bestehender Mietverträge, im
24 Durchschnitt relativ niedrig. Auf der anderen Seite steigen die Angebotsmieten hingegen stark
25 an. Zusätzlich dazu werden in erster Linie Wohnviertel geschaffen, die besonders für
26 BesserverdienerInnen geeignet sind und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in bester Lage
27 locken (Luxusghettoisierung).

28

29 Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen

30

31 Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisniveau
32 befördern die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies
33 weniger häufig bei einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert
34 und die vorhandene Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft
35 feststellen, dass die Angebotsmieten erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro
36 Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im heimischen Viertel keine bezahlbare
37 Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen wird, die gewohnte Umgebung und damit
38 auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein schleichender Prozess ein, während
39 dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer Zusammensetzung, in dem auch Menschen
40 mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung finden konnten, zu einem Quartier mit
41 nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird.

42

43 Für eine Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick

44 ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem
45 Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die
46 Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn
47 steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden Ballungsräumen und Großstädten dazu führen,
48 dass finanzschwache Menschen von den Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und
49 kultureller Sicht solcher Regionen ausgeschlossen werden. Auch wer dadurch nicht die
50 Möglichkeit hat, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Hochschule zu leben und zum Pendeln
51 gezwungen ist, wird wertvoller Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten beraubt.

52

53 **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

54

55 Mit der Mietpreisbremse – so der Vorsatz – soll eine ähnliche Begrenzung von Angebotsmieten
56 erreicht werden, wie es sie bei Bestandsmieten schon gibt. Das Ansinnen ist vollkommen richtig
57 und kann den Anstieg des allgemeinen Mietpreinsniveaus bremsen. Eine Verdrängung von
58 Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung im Fall eines Wohnungswechsels kann sie aber
59 nicht unbedingt verhindern. Wenn es für eine Wohnung mehrere Interessenten gibt, haben
60 Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten oder mit unsicheren Arbeitsverhältnissen in
61 aller Regel das Nachsehen gegenüber finanzkräftigeren, wirtschaftlich abgesicherten
62 BewerberInnen. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt
63 lässt sich mit einer Mietpreisbremse nicht auflösen.

64

65 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde immerhin signalisiert, dass man der
66 zunehmend angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und
67 Ballungsräume nicht tatenlos gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine
68 vorbeugende Wirkung haben soll, darf sie nicht bloß dort angewendet werden, wo
69 überproportionale Mietpreissteigerungen bereits stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende
70 Verdrängung finanzschwacher MieterInnen und die resultierende soziale Entmischung lassen
71 sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine Mietpreisbremse, die
72 ihren Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

73

74 Gleichzeitig müssen wir unser Augenmerk auf das wenig beachtete Phänomen der fehlerhaften
75 Wohnflächenangaben in Mietverträgen richten, welche nach Schätzungen des Deutschen
76 Mieterbundes etwa 2/3 aller Mietverträge betreffen. Dadurch werden auf der einen Seite die zu
77 zahlenden Kaltmieten beeinträchtigt, aber auch die flächenabhängigen Nebenkosten und
78 Mieterhöhungen, welche sich immer auf die im Vertrag angegebene Fläche beziehen. Es ist
79 also davon auszugehen, dass Millionen Mieterinnen und Mieter mehr für ihren Wohn- oder
80 Gewerberaum zahlen als dieser wert ist. Um die Rechte dieser Mieter*innen zu
81 stärken, fordern wir eine bundesweit einheitliche gesetzliche Grundlage zur Ermittlung von
82 Flächenangaben für Wohn- und Gewerberäume. Des Weiteren soll gesetzlich festgelegt
83 werden, dass die in den Mietverträgen angegebenen Flächenangaben nur um $2\% \leq 3\text{m}^2$ von
84 der Gesamtfläche abweichen dürfen. Andernfalls sollen die Mieter*innen einen Anspruch auf
85 Mietminderung, Rückzahlung eventuell zu viel gezahlter Mieten und eine Neuermittlung der
86 Wohnnebenkosten auf Grundlage der tatsächlich ermittelten Wohnfläche erhalten.

87

88 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so sind
89 sie doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Gestaltung des
90 Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische Leitbilder
91 entwickeln, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, die auf
92 bezahlbaren und angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem muss auch die
93 veränderte Zusammensetzung und Lebensweise der Bevölkerung Berücksichtigung finden.
94 Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung von Quartieren weitgehend jenen Akteuren
95 überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen müssen, kann nicht im Interesse sozial
96 durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter Städte sein. Die planungspolitischen
97 Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet müssen zur Umsetzung einer sozialen Stadtplanung
98 offensiv angewendet werden.

99

100 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen
101 Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die
102 Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des
103 letzten Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brauchen eine
104 verstärkte Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Bestand zu sichern,

105 vorhandenen Wohnraum an veränderte Bedürfnisse anzupassen und zusätzliches Angebot zu
106 schaffen.

107

108 Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann allerdings nicht allein Aufgabe der öffentlichen
109 Hand sein. Die soziale Wohnraumförderung ermöglicht die Festlegung von Miet- und
110 Belegungsbindungen auch für Wohnungsbauprojekte in privater Trägerschaft. Die Tatsache,
111 dass die Zahl der sog. „gebundenen“ Wohnungen pro Jahr um etwa 100.000 zurückgeht, lässt
112 erkennen, dass dieser Bereich in den vergangenen Jahren zu sehr vernachlässigt wurde. Wir
113 setzen uns für eine Stärkung der sozialen Wohnraumförderung insbesondere im
114 Geschosswohnungsbau ein. Hierzu ist die Fortschreibung der Finanzmittel des Bundes an die
115 Länder nach dem Entflechtungsgesetz auch über das Jahr 2019 hinaus zwingend erforderlich.
116 Zudem dürfen diese Mittel keinesfalls zweckentfremdet werden. Eine Aufweichung der
117 Bestimmung solcher Finanzmittel zu investiven Zwecken beliebiger Art lehnen wir ab. Wir
118 fordern daher die Zweckbindung der Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der
119 Infrastruktur und des kommunalen Verkehrs umgehend wieder festzuschreiben. Insbesondere
120 müssen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften von der
121 anstehenden Neuausrichtung der Mittelzuweisungen durch den Bund profitieren. Darüber
122 hinaus bedarf es einer Aufstockung der Städtebauförderung durch den Bund, um die finanzielle
123 Lage der Kommunen auf eine stabilere Basis zu stellen.

124

125 Als weiterer Baustein für ein bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbarem Wohnraum
126 insbesondere in Hochschulstädten fungieren die Studierendenwerke. Bund und Länder müssen
127 dafür Sorge tragen, die finanzielle Mittelausstattung der Studierendenwerke für die Schaffung
128 zusätzlichen Wohnraums für Studierende zu verbessern.

129

130 Nur eine Politik, die Mietsteigerungen gesetzliche Grenzen setzt, den Willen zur Gestaltung der
131 städtischen Wohnungslandschaft aufbringt und die finanziellen Möglichkeit zur Schaffung
132 zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums schafft, kann sicherstellen, dass auch finanzschwächere
133 Bevölkerungsschichten von den kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und dem
134 Bildungsangebot der Großstädte und Ballungszentren profitieren können und einer
135 schleichenden sozialen Entmischung und somit Entsolidarisierung vorgebeugt wird.

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Das Morgen schon Heute bewahren!

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Das Morgen schon Heute bewahren!

1 Der erste Bundeshaushalt der Großen Koalition zeigt deutlich, dass die Interessen junger
2 Menschen und zukünftiger Generationen nie so stark durch finanzpolitische Entscheidungen
3 betroffen waren wie heute. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und eine gleichberechtigte
4 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben werden dem Interesse der Bundesregierung an einer
5 „schwarzen Null“[1] - als angeblich historisches Ereignis - untergeordnet.

6
7 Politik in Zeiten hoch verschuldeter Staatshaushalte und scheinbar wenig Möglichkeiten zur
8 Einflussnahme auf Ausgabepositionen kann sich nicht einfach am ökonomisch Sinnvollen oder
9 programmatisch Gewünschten orientieren. Politik muss nach dem politisch Machbaren
10 schauen. Das ist verstanden. Betrachten wir aber die zukünftigen wirtschafts- und
11 gesellschaftspolitischen Herausforderungen, so wird schnell klar, dass die Politik in Zukunft
12 mehr denn je vor großen Aufgaben stehen wird. Wir Jusos in Nordrhein-Westfalen treten mit
13 den Erfahrungen aus dem Schwerpunkt Generationengerechte Daseinsvorsorge dafür an, die
14 Interessen unserer und zukünftiger Generationen in der Landespolitik einzubringen und
15 durchzusetzen.

16 17 **Daseinsvorsorge - Unser Verständnis**

18
19 Wenn über Daseinsvorsorge gesprochen wird, ist es meistens nur ein Ausschnitt über den
20 diskutiert wird. Oft sind es die alltäglichen und gewohnten Dinge, die viele mit Daseinsvorsorge
21 verbinden, wie etwa die Versorgung mit Trinkwasser oder Strom. Selten wird über Kindergärten,
22 Bibliotheken, den öffentlichen Nahverkehr oder Beratungsstellen diskutiert. Manchmal rückt die
23 kulturelle Daseinsvorsorge in den Vordergrund, eher aber in Debatten über die Schließung von
24 Theatern oder Museen. Dies sind Bausteine, die exemplarisch für uns Jusos den Begriff der
25 Daseinsvorsorge beschreiben. Der Kerngedanke dahinter ist, dass alle notwendigen
26 öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern
27 und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung
28 vorhanden sind und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

29
30 Die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen konkret vom Staat
31 bereitgestellt werden müssen, ist durchaus umstritten und unterliegt – wie damit auch die
32 Definition des Begriffes „Daseinsvorsorge“ selbst – dem gesellschaftlichen Wandel. Im Zuge der
33 Privatisierungswelle der neoliberal geprägten vergangenen Jahrzehnte, gehörten als Bestandteil
34 der Daseinsvorsorge immer mehr auch private Güter, die - zumindest prima facie - ohne
35 weiteres über den Markt bereitgestellt werden konnten, zum Gegenstand der Daseinsvorsorge.
36 Auch heute noch gibt es viele Bereiche der Daseinsvorsorge, in denen der Staat diese Güter
37 und Dienstleistungen nicht selbst produziert oder anbietet, sondern dafür sorgt, dass sie
38 verbilligt oder gar kostenlos abgegeben werden und der Staat die Differenz zwischen Kosten
39 und Erlös durch Steuermittel finanziert. Die Jusos lehnen ein solches Verständnis der
40 Daseinsvorsorge ab und nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und Gemeinden
41 immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren.
42 Nicht zuletzt die Erfahrungen in Berlin mit der Privatisierung der Winter- und Räumdienste
43 waren mahnende Beispiele des Scheiterns von Privatisierungsvorhaben. Davon ausgenommen
44 sind Freie Träger (z.B. Kirchen, ASB, AWO) und nicht-kommerzielle kulturelle Einrichtungen.

45

46 Daseinsvorsorge umfasst nach unserem Verständnis aber nicht nur eine politisch definierte
47 Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, die für alle
48 Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität
49 und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen, sondern umschreibt auch die
50 staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten
51 Güter und Dienstleistungen als Grundversorgung. In diesem Verständnis beschreibt letztlich
52 auch das Grundgesetz das Ziel der Gleichheit der Lebensverhältnisse in unserem Land.

53

54 Als wesentliche Inhalte der Daseinsvorsorge gelten neben den „klassischen“ Bereichen“ für uns
55 unter anderem auch die Versorgung mit

56

57 - Internet und Telekommunikationsdienstleistungen,

58

59 - Informationen durch unabhängige Medien,

60

61 - Mobilität und Erreichbarkeit,

62

63 - nahen Pflege-, Kranken- und Rettungsdiensten,

64

65 - Familien-, Jugend-, Sozial und Suchtberatung,

66

67 - Wohnungsbau,

68

69 - behinderten- und altengereichte Wohnheime,

70

71 - Frauenhäuser, Jugendheime und betreutes Wohnen,

72

73 - Studenten- und Auszubildendenwohnheime,

74

75 - Wohnheime zur Aufnahme von Asylsuchenden in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft,

76

77 - Bildungseinrichtungen im Ganzttag für alle Altersstufen und

78

79 - Kultur-, Sport, Erinnerungs- und Gedenkstätten.

80

81 Im 21. Jahrhundert muss Daseinsvorsorge bedeuten, für die künftigen Generationen
82 lebenswerte Bedingungen in den Kommunen zu gestalten und zu erhalten. Nachhaltigkeit muss
83 zum entscheidenden Kriterium für die Gestaltung der Daseinsvorsorge von Morgen werden. Die
84 Sparpolitik der heutigen Zeit darf letztlich nicht dazu führen, dass die Generation von heute von
85 der Substanz und dem Abbau der Infrastruktur zehrt und nachfolgende Generationen zwar
86 schuldenfrei jedoch ohne diese Infrastruktur sind und für Infrastruktur und Investitionen der
87 Vergangenheit, auf die sie später keinen Zugriff mehr haben, dennoch die Zinsdienste leisten
88 müssen.

89

90 **Schuldenbremse, Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit**

91

92 Die Sparpolitik, wie die der Schuldenbremse, ist abzulehnen. Mit der Preisgabe einer
93 eigenständigen Positionierung verzichtete die politische Elite auf ein notwendiges
94 Alleinstellungsmerkmal und flüchtet sich hinter große Begriffe, wie Generationenvertrag,
95 Generationengerechtigkeit und Ähnlichem. Eine derartige Politikkonzeption läuft Gefahr,
96 lediglich als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit wahrgenommen zu werden, wo
97 konkret bestehende Handlungsspielräume nicht genutzt werden. Diese bestehen aber und
98 müssen genutzt werden. Die Jusos fordern weiterhin die stärkere Besteuerung hoher Vermögen
99 und Einkommen zur Herstellung eines gerechten Lastenausgleichs.

100

101 In der Wachstumskrise der europäischen Staaten entbrennt nach der Bankenkrise nun eine
102 lebhafte Debatte über die Frage, wie Wachstum konkret gestaltet werden kann. Vertreten die
103 einen noch, dass die Krisenstaaten durch Reformen mit harten Einschnitten in soziale
104 Sicherungssysteme und staatliche Leistungen die Grundlagen für Wachstum schaffen müssen,
105 fordern immer mehr Experten die Abkehr von Stabilitätsvorgaben und dem Fiskalpakt, um durch

106 dann mögliche Investitionen Wachstum zu generieren. Für uns Jusos steht fest: Die Kommunen
107 haben im Rahmen der Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer nur eingeschränkte direkte
108 Einflussmöglichkeiten auf ihre Einnahmensituation, immer mehr sind sie auf Zuweisungen von
109 Land und Bund angewiesen. Zudem ist die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der
110 Kommunen hoch volatil, da sie starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist. Daher
111 fordern wir im Sinne des Erhalts einer eigenständigen Finanzausstattung der Kommunen die
112 Verstetigung und Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation durch die Erhöhung des
113 kommunalen Einkommensteueranteils sowie die Berücksichtigung der Lohnsumme bei der
114 Berechnung der Gewerbesteuer und somit die Schaffung einer echten kommunalen
115 Wertschöpfungsabgabe. Die von der Bundesregierung auferlegten Konjunkturprogramme I und
116 II haben gezeigt, dass es Situationen gibt, wo es sehr wohl sinnvoll ist Schulden aufzunehmen.
117 Für eine funktionierende Volkswirtschaft muss der Staat eine gute Infrastruktur zur Verfügung
118 stellen, aber auch die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge müssen gewährleisten
119 werden. Denn nicht die absolute Verschuldung des Staates ist letztlich ausschlaggebend,
120 sondern das Verhältnis dieser zum Wirtschaftswachstum und dem geschaffenen Vermögen.

121
122 Eine weitere zentrale Kernfrage war es, wie wir in unserem Land mit der strukturellen
123 Veränderung in unserem Wirtschaftssystem umgehen wollen. Eine funktionierende Wirtschaft ist
124 die Voraussetzung für einen funktionierenden Staat. Ein Leben gelingt nur dann, wenn alle
125 notwendigen Güter vorhanden sind und der Mensch in angemessenem Wohlstand lebt. Für uns
126 hat Wirtschaft deshalb eine dienende Funktion: Sie dient dem Staat im Haushalt. Sie dient der
127 Gemeinschaft zur Güterverteilung und sie dient den Menschen als Weg in den Wohlstand.
128 Zentrale Voraussetzung ist für uns die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen
129 Wohlstand. Wir möchten mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik unseren Zielen der
130 Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und guter Arbeitsbedingungen für alle Menschen
131 näher kommen. Dabei setzen wir auf eine moderne Kombination aus Dienstleistungs-, Industrie-
132 und Landwirtschaftspolitik.

133
134 Als Teil unserer Gesellschaft ist die Wirtschaft aber auch deren Werten verpflichtet. Aus diesem
135 Grund betonen wir, dass nur eine soziale Form der Marktwirtschaft die größtmögliche Teilhabe
136 des Einzelnen am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Wir sehen hier den Staat in der
137 Pflicht. Er muss Grenzen ziehen und durch Ordnungspolitik ein Wirtschaftsleben gestalten, das
138 von den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt
139 wird. Insbesondere die Verantwortung und Verpflichtung der Unternehmen für und auf das
140 Allgemeinwohl muss Gegenstand eines kritischen Dialogs zur Unternehmensbesteuerung
141 werden. Steuersparmodelle durch Auslandsbeteiligungen von (Groß)Konzernen – ja sogar dem
142 VW-Konzern – dürfen nicht zum Sargnagel der Gewerbesteuereinnahmen von Städten und
143 Gemeinden werden. Wir fordern die SPD auf, hier für eine europäische Initiative zur europaweit
144 einheitlichen Unternehmensbesteuerung zu Gunsten der Kommunen zu sorgen. Hinzu kommen
145 problematische Regelungen im Bundesrecht, die es Unternehmen erlaubt, vorausbezahlte
146 Gewerbesteuern bis zu 5 Jahre zurückzufordern und zwar um 6% verzinst. Im gesamten
147 Bundesgebiet gibt es Kommunen, bei denen z.T. Rückzahlungen in Millionenhöhe anstehen.
148 Wir fordern eine Reform der gesetzlichen Regelungen, um Kommunen vor diesen finanziellen
149 Risiken zu schützen.

150 151 **Daseinsvorsorge konkret – Stadtentwicklung und Landesentwicklungsplan**

152
153 Eine der Kernfragen wird in den kommenden Jahren die Art und die Zielgerichtetheit von
154 Investitionen sein. Die heterogene Ausgestaltung der demografischen Entwicklung bedarf einer
155 Neujustierung der Investitionspolitik, insbesondere im Hinblick auf die soziale Infrastruktur und
156 die Stadtentwicklung. Festzuhalten ist, dass die Innenstadtlagen in den Städten und Gemeinden
157 in der Vergangenheit immer stärker unter Druck geraten sind. Durch Wegzug von
158 Einwohnerinnen und Einwohnern verursachte Kaufkraft-, Steuer- und Zuweisungsverluste
159 haben vereinzelt zu massiven Wohnungsleerständen und flächendeckend zu einem „trading
160 down“ des Einzelhandels in den Innenstadtlagen geführt. Zur Sicherung der Versorgung mit
161 Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum müssen
162 Genossenschaftsmodelle besonders gefördert werden.

163 164 **Stärkungspakt Stadtfinanzen 2.0**

165
166 Wir Jusos stellen uns der Debatte um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wir Jusos

167 sind weiterhin der Auffassung, dass die Schuldenbremse dafür nicht das richtige Instrument ist.
168 Konkret muss sich die Debatte um die Ausgestaltung über Mehreinnahmen oder Einsparungen
169 im Sinne des präventiven Sozialstaats, nachhaltiger Bildungsinvestitionen und einer
170 auskömmlichen Finanzierung der Kommunen drehen. Den Solidaritätszuschlag in die
171 Gemeinschaftssteuern zu integrieren hätte zur Folge, die Kommunen an den Einnahmen des
172 Bundes über die Beteiligung an der Einkommenssteuer mit zusätzlichen Finanzmitteln
173 auszustatten. Damit ist letztlich aber noch nicht gewährleistet, dass bis zum Jahr 2019, die stark
174 vom Strukturwandel und Finanznöten betroffenen Kommunen weitere Hilfestellungen erhalten.
175 Die Übernahme der kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für
176 uns weiterhin eine zentrale Forderung. Die Solidarität der kommunalen Familie muss letztlich
177 soweit gehen, dass die Städte und Gemeinden nach Bedürftigkeit gefördert werden und nicht
178 ausgehend von ihrer geographischen Lage im Bundesgebiet.

179

180 Eine freie und gerechte Wirtschaft ist der Gemeinschaft verpflichtet. Damit aber jeder von der
181 Wirtschaft profitiert, darf ökonomischer Erfolg kein Selbstzweck sein. Nicht die Bereicherung
182 Einzelner, sondern die Befähigung Aller zu einem nachhaltigen Wohlstand auch der
183 kommenden Generationen ist für uns Sinn und Zweck allen wirtschaftlichen Handelns.

184

185 In unseren Augen ist dies ein Ausdruck ökonomischer Solidarität: Ein nachhaltiges Wirtschaften,
186 das auch ökologische und soziale Langzeitfolgen gemeinschaftsorientiert kalkuliert. So müssen
187 die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, nachhaltige wirtschaftliche und fiskalische
188 Erfolge in die Konsolidierungsbemühungen einrechnen zu dürfen. Wir Jusos fordern dazu die
189 Anpassung der landesgesetzlichen Vorgaben.

190

191 Zur Gewährleistung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge müssen die Kommunen dazu in
192 die Lage versetzt werden. Keine Partei stand als kommunale Partei mehr an der Seite der
193 Kommunen als die SPD. An diese Tradition und dieses Verständnis erinnern wir und erneuern
194 unsere Forderung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung der Städte und
195 Gemeinden. Das Konnexitätsprinzip ist in aller Konsequenz herzustellen und anzuwenden. Am
196 Beispiel der für uns unverzichtbaren Schulsozialarbeit zeigt sich, wie elementar eine
197 Abstimmung zwischen Land und Kommunen in dieser Frage ist.

198

199 Die Kommunen müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, in wichtige
200 Kommunalentwicklungs- und Stadtregionalprojekte investieren zu können. "Stärken stärken"
201 heißt für uns Jusos primär "Kommunen stärken" und "Vorrang für die Kommunen" bedeutet,
202 dass vor allem die Infrastrukturpolitik auf eine Stärkung der Kommunen auszurichten ist. In
203 unserem Verständnis des Begriffs Daseinsvorsorge schließt der Begriff Infrastruktur
204 Bildungsinfrastruktur, soziale und medizinische Infrastruktur, kulturelle Infrastruktur, Sport- und
205 Freizeitinfrastruktur ausdrücklich mit ein.

206

207

208

209 [1] Gemeint ist nicht der Bundesfinanzminister

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

Titel Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!

- 1 Mehr als drei Viertel der EinwohnerInnen Deutschlands nutzten 2013 das Internet. In den
- 2 Altersgruppen bis 40 Jahre werden durchgängig NutzerInnenanteile von über 95% erreicht.
- 3 Damit ist klar, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) massive
- 4 Auswirkungen auf unser individuelles Leben und gesellschaftliches Zusammenleben haben. In
- 5 einigen Bereichen haben bereits tiefgreifende Umwälzungen stattgefunden und schreiten weiter
- 6 voran. Zuvorderst ist dies in der Telekommunikations- und Informationsbranche selbst spürbar.
- 7 Die Verbreitung des Mobilfunks und des Internets hat unsere Art und Weise zu kommunizieren
- 8 grundlegend verändert, zuletzt mit neuer Dynamik durch die Verbreitung von mobilen
- 9 internetfähigen Geräten und mobilem Onlinezugang. Kaum minder schwer sind die
- 10 Auswirkungen auf Informationsverbreitung und -aneignung sowie die Bereitstellung von Wissen
- 11 und kulturellen Gütern. In anderen Branchen und Bereichen erleben wir gerade den Beginn
- 12 einer zunehmenden Digitalisierung, so z.B. im Handel, wo Onlineversandhandel und
- 13 computergestützter Börsenhandel bereits für starke Umwälzungen sorgen, während große
- 14 Bereiche des klassischen Einzelhandels noch mit den neuen Herausforderungen der
- 15 Digitalisierung kämpfen. In wieder anderen Bereichen hält die Digitalisierung erst schleichend
- 16 Einzug und wir können bisher kaum ermessen, welche Veränderungen zukünftig auf uns
- 17 zukommen.
- 18
- 19 Fest steht, dass immer weitere gesellschaftliche Bereiche von der Digitalisierung erfasst und
- 20 verändert werden. Ziel jungsozialistischer Politik muss es sein, diese Veränderungen politisch
- 21 und gesellschaftlich zu gestalten. Das heißt zum einen, die Spielregeln und den politischen
- 22 Rahmen für das Netz selbst zu setzen und die Rolle von staatlichen und privaten Akteuren in
- 23 ihm zu definieren. Zum anderen geht es darum, die Auswirkungen der Digitalisierung auf
- 24 sämtliche Lebensbereiche umfassend zu betrachten: Wie ändert sich unsere Art zu Arbeiten
- 25 und Wirtschaften? Welche Auswirkungen ergeben sich für Bildung und Teilhabe, für den Staat
- 26 selbst und für nichtstaatliche Organisationen? Was bedeutet die Digitalisierung für Kultur und
- 27 Medien und die Struktur der demokratischen Öffentlichkeit? Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik in
- 28 einem umfassenden Sinn. Die politische Gestaltung des Netzes selbst ist ein wichtiger
- 29 Teilaspekt davon.
- 30
- 31 Wir Jusos stellen uns der Aufgabe der politischen Gestaltung der digitalen Welt. Wie gut es
- 32 gelingt, der Digitalisierung einen politischen Rahmen zu geben und ihre Potentiale zum
- 33 gesamtgesellschaftlichen Nutzen auszugestalten, wird maßgeblich darüber entscheiden, wie wir
- 34 in Zukunft leben. Deshalb haben wir die digitale Gesellschaft als zentralen Bestandteil in
- 35 unserer Kampagne #linksleben verankert. Gemeinsam werden wir in der Breite des Verbandes
- 36 diskutieren und Antworten geben, wie wir in 20 Jahren leben wollen und wie gesellschaftliche
- 37 und technische Veränderungen unseren Gesellschaftsentwurf beeinflussen. Die Wirkung der
- 38 Digitalisierung auf unsere Gesellschaft und unser Leben ist eine der zentralsten Leitfragen
- 39 unserer Kampagne, die wir intensiv diskutieren und deutlich sichtbar nach außen darstellen
- 40 werden. Es ist gut, dass sich auch die SPD den neuen Herausforderung in einem umfassenden
- 41 Programmprozess #digitalleben stellt. Unsere Generation ist die erste, die mit dem Internet
- 42 aufgewachsen ist, sie hat es maßgeblich mitgeprägt. Wir Jusos werden uns deshalb mit
- 43 unseren Positionen und Perspektiven intensiv in den SPD-Programmprozess einbringen.

44

45 **Ein offenes und freies Netz**

46

47 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft, die Fortschritt schafft und Teilhabe für alle
48 ermöglicht, ist ein offenes und freies Netz. Grund- und Bürgerrechte müssen im Internet
49 genauso selbstverständlich geschützt und durchgesetzt werden, wie in der analogen Welt.
50 Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Interessen von Unternehmen und
51 Sicherheitsbehörden zu vertreten. Mehr noch, gewinnen einige Grundrechte eklatant an
52 Bedeutung und müssen daher besonders geschützt und an die Gegebenheiten der digitalen
53 Gesellschaft angepasst werden. Angesichts der exorbitant steigenden Anzahl und Vielfalt
54 verfügbarer personenbezogener Daten erlangt das Grundrecht auf Informationelle
55 Selbstbestimmung einen nie gekannten Stellenwert, gleiches gilt für das noch junge Grundrecht
56 auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

57

58 Technisch wird mit der Verbreitung internetfähiger mobiler Endgeräte eine nahezu lückenlose
59 ständige Überwachung jedes und jeder Einzelnen möglich. Umso wichtiger ist es, die
60 Unschuldsvermutung konsequent durchzusetzen. Wir stellen uns deshalb weiter gegen die
61 Vorratsdatenspeicherung, welche die Unschuldsvermutung aushebelt und einen
62 Generalverdacht des Staates gegenüber seinen BürgerInnen erhebt. Auch das Post- und
63 Fernmeldegeheimnis muss in der Praxis neu ausbuchstabiert werden, wenn statt des Öffnens
64 eines Briefes das Filtern von Mails reicht, um in privateste Lebenssphären vorzudringen. Die im
65 Zuge der Snowden-Enthüllungen offenbar gewordene Überwachung durch in- und ausländische
66 Geheimdienste ist nicht hinnehmbar und erschüttert die Demokratie in ihren Grundfesten. Wir
67 wollen keinen Staat, der seine BürgerInnen kontrolliert, sondern einen durch seine BürgerInnen
68 kontrollierten Staat. Die Aufklärung über die zur Anwendung gekommenen und noch
69 kommenden Geheimdienstpraktiken muss fortgesetzt und intensiviert werden. Es liegt im
70 Verantwortungsbereich des Staates, seine BürgerInnen gegen die Ausspähung durch
71 ausländische Dienste zu schützen. Auch die deutschen Geheimdienste haben sich als nach
72 demokratischen Standards nicht zu kontrollieren erwiesen. In ihrer jetzigen Struktur und
73 Befugnisfülle können sie nicht bestehen bleiben. Unverzüglich muss sichergestellt werden, dass
74 sie sich nicht am Ringtausch von Daten zur Umgehung nationaler Schutzrechte beteiligen und
75 dem Parlamentarischen Kontrollgremium durch eine Ausweitung seiner Kompetenzen und
76 organisatorischen Ressourcen eine umfassende Kontrolle ermöglicht wird.

77

78 Zu einem freien und offenen Netz gehört aber nicht nur die Freiheit von ausufernder
79 Überwachung, sondern auch die Freiheit von Zensur. Netzsperrern lehnen wir ab und bekennen
80 uns weiterhin zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, welches bei strafrechtlicher Relevanz von
81 Inhalten zum Einsatz kommen soll. Um das Anbieten freier WLANs zu erleichtern, setzen wir
82 uns für die Abschaffung der Störerhaftung für Betreiber von WLAN-Hotspots ein. Die
83 Einrichtung öffentlicher und frei zugänglicher WLAN-Hotspots ist nötig, um jeder bzw. jedem
84 einen freien Zugang zum Internet zu ermöglichen.

85

86 Die Netzneutralität wollen wir gesetzlich festschreiben und auf europäischer Ebene verankern.
87 Wir verstehen darunter die Gleichbehandlung aller Daten, welche auch die Aufteilung in
88 Diensteklassen ausschließt. Die Datenanalyse mittels deep-package-inspection durch Provider
89 soll ebenfalls ausgeschlossen werden. Damit wäre nicht nur die Durchleuchtung von Kunden
90 durch ihren Internetdienstanbieter unterbunden, sondern vor allem ein diskriminierungsfreier
91 Datentransport nach dem Best-Effort-Prinzip gewährleistet. Alle Sender, Empfänger,
92 Onlinedienste und Anwendungen sollen gleichberechtigten Zugang zu
93 Datenübertragungskapazitäten haben.

94

95 **Datenschutz stärken!**

96

97 Vielfältige neue Onlinedienste und -anwendungen helfen unseren Alltag zu strukturieren, über
98 große Entfernungen in Kontakt zu bleiben, bieten neue Zugänge zu Musik und Kultur und vieles
99 mehr. Oft kostenfrei oder zu Preisen, die deutlich unter denen vergleichbarer klassischer Offline-
100 Software liegen. Diese Entwicklung bietet große Chancen für die Verbeitung des
101 NutzerInnenkreises und ganz neue Dienste mit bisher ungekannten Funktionen. Gleichzeitig
102 geht damit die Ausweitung privater Datensammlungen einher. Dies wirft Fragen mit Blick auf die
103 Privatsphäre der NutzerInnen auf, die durch die Aggregation von Daten und Big Data noch
104 verstärkt werden. Die Analyse großer, anonymisierter Datenmengen bietet nicht nur neue

105 Chancen für die Wirtschaft, sondern kann auch Mehrwert im gesamtgesellschaftlichen Interesse
106 generieren. Gleichzeitig bergen z.B. Scoringverfahren das Risiko, gesetzlich verbotene Formen
107 der Diskriminierung durch die Hintertür wieder einzuführen, wenn u.a. über Wohnort, soziales
108 Netzwerk und bekannte Interessen statistisch auf einen Migrationshintergrund geschlossen
109 wird. Dies gilt es zu verhindern.
110
111 Wir wollen, dass die Privatsphäre der NutzerInnen auch im Netz geschützt bleibt. Dazu müssen
112 wir sicherstellen, dass NutzerInnen einfach und transparent einen Überblick darüber erlangen
113 können, welche Daten sie preisgeben und wie diese verarbeitet werden. Dazu gehört auch der
114 Umgang mit den Daten Dritter durch BürgerInnen und insbesondere Unternehmen. Wer trägt
115 dafür Sorge, dass diese Daten nicht missbraucht werden und wem gehören diese Daten
116 überhaupt? Auch technische Geräte vernetzen sich immer mehr. Fernseher, Kühlschränke,
117 Autos oder Glühbirnen werden mit einem Netzzugang ausgestattet. Smart Homes, Smart Meter
118 und vieles mehr werden zukünftig eine große Vielfalt neuer Möglichkeiten eröffnen. Aber wer
119 kümmert sich eigentlich darum, dass die Daten dieses "Internet der Dinge" nicht in falsche
120 Hände geraten oder gar manipuliert und missbraucht werden?
121
122 Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen lehnen wir im Grundsatz ab. Doch auch private
123 Videoüberwachung muss in Zukunft neu geregelt werden – nicht zuletzt weil private
124 videobasierte Aufnahmen mit dem Fortschreiten der Technik immer häufiger einen rechtlich
125 wirksamen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellen werden.
126
127 Die Souveränität über die eigenen Daten gehört in die Hände der BürgerInnen. Das heißt auch,
128 dass staatliche Institutionen BürgerInnen darüber informieren müssen, wie sie
129 personenbezogene Daten nutzen und beinhaltet auch ein Verbot der Weitergabe von
130 personenbezogenen Daten der Einwohnermeldeämter. Für private AnbieterInnen wollen wir
131 klare Regeln zur Datenerhebung und -verarbeitung, die sie auf Datensparsamkeit und
132 Datenvermeidung verpflichten. Dazu müssen wir auch diskutieren, welche Formen von
133 Datenschutz noch zeitgemäß und wie bestehende Regelungen zu überarbeiten sind.
134 Datenschutzregulierung wird allein auf nationaler Ebene nicht durchsetzbar sein. Die geplante
135 EU-Datenschutz-Grundverordnung muss deshalb hohe Schutzstandards gewährleisten und
136 zügig in Kraft gesetzt werden. Durch eine Verpflichtung auf das Marktortprinzip wollen wir
137 Datenschutzstandards auch gegenüber internationalen Anbietern durchsetzen. Klar ist deshalb
138 auch, dass internationale Abkommen, z.B. im Bereich des Freihandels wie TTIP und CETA,
139 europäischer Datenschutzstandards nicht umgehen oder unterminieren dürfen. Die Ratifizierung
140 muss u.a. davon abhängig gemacht werden, ob dieses Kriterium erfüllt ist.
141 Die SPD soll sich zudem dafür einsetzen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des Chaos
142 Computer Club eingeführt wird.
143 Bei Datenschutz ist es wichtig, dass wir Jusos als linker Richtungsverband mit gutem Beispiel
144 voran gehen. Der Umgang mit personenbezogenen Daten muss transparent sein und den
145 Gesetzen des Datenschutzes entsprechen. Unsere Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes
146 auf allen Ebenen dürfen wir nicht mithilfe datenschutzrechtliche fragwürdiger Dienste wie
147 Doodle, Google, Facebook, Whatsapp und Co. gestalten. Stattdessen müssen wir dem Verband
148 und seinen Gliederungen datenschutzrechtlich sichere Kommunikations- und
149 Kollaborationskanäle anbieten und diese auch nutzen. Dabei wollen wir uns nicht der sozialen
150 Medien als Mittel des Outreach verschließen, sondern uns besonders bei der verbandsinternen
151 Kommunikation und Kollaboration auf die Prinzipien des Datenschutzes berufen.
152
153 **Teilhabe für Alle!**
154
155 Das Internet schafft neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation.
156 Für viele, gerade junge Menschen, sind dies bereits heute gelebte Selbstverständlichkeiten.
157 Wir wollen daraus gesellschaftlichen Fortschritt generieren, der allen zugutekommt. Mit der
158 Verlagerung immer weiterer Teile des gesellschaftlichen und politischen Lebens ins Netz
159 entstehen aber auch neue Formen des Ausschlusses für all jene, die das Internet aus
160 verschiedensten Gründen kaum oder gar nicht nutzen können. Wir beobachten, dass
161 bestehende Formen von Ausgrenzung und gesellschaftliche Konfliktlinien durch das Netz nicht
162 automatisch nivelliert werden, sondern sich aus der analogen in die digitale Welt übertragen.
163 Wir werden deshalb die soziale Frage auch im Netz stellen. Wir wollen das Internet als
164 Instrument für mehr gesellschaftliche Teilhabe nutzen. Dazu muss die Teilhabe am Netz
165 sichergestellt und die digitale Kluft geschlossen werden.

166

167 Ohne Glasfaseranschluss ist die Teilhabe an der digitalen Welt schon heute nur sehr
168 eingeschränkt möglich. Dies wird sich weiter verschärfen. Ein Glasfaseranschluss wird zu einer
169 entscheidenden Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Dies wollen wir über ein Recht auf
170 einen Glasfaseranschluss absichern und verstehen die Versorgung mit einem
171 Glasfaseranschluss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche erschwingliche Preise
172 gewährleisten muss. Die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse,
173 auch zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, lässt sich in der digitalen Gesellschaft nur
174 über die staatliche Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung wahren.
175 Massive staatliche Investitionen in den Netzausbau sind dazu nötig. Dadurch stellen wir
176 Wettbewerbsfähigkeit und Teilhabe auch in Zukunft sicher. Dabei spielt auch die Frage eine
177 Rolle, wie zentral oder dezentral diese Infrastruktur gestaltet sein soll. Mit zunehmender
178 Digitalisierung steigt auch die individuelle Abhängigkeit von verfügbarem Internet. Deswegen
179 müssen wir für die Wichtigkeit von Netzstabilität sensibilisiert sein und uns damit
180 auseinandersetzen, wie wir diese auch zu Spitzenzeiten sichern und Totalausfälle gänzlich
181 vermieden werden können.

182

183 Ein Netzanschluss allein gewährleistet aber noch keine Teilhabe an der digitalen Welt. Die
184 erforderlichen Endgeräte zur Interaktion im Netz werden ebenso benötigt. Gerade für
185 EmpfängerInnen von Transfereinkommen müssen die entsprechenden Anschaffungen möglich
186 sein. Es ist offensichtlich, dass der festgesetzte Regelbedarf zur „Nachrichtenübermittlung“ von
187 unter 35€ keine Teilhabe im umfassenden Sinn ermöglicht. Wir müssen Antworten darauf
188 finden, wie wir die notwendigen materiellen Voraussetzungen zur Teilhabe an der digitalen
189 Gesellschaft schaffen. Insbesondere Haushalten mit Kindern, die von staatlichen
190 Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts abhängig sind, muss die
191 Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur Nutzung des
192 Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu ersetzen. Nur
193 so kann die gesellschaftliche Exklusion von EmpfängerInnen von staatlichen
194 Unterstützungsleistungen gestoppt werden, die massiv vom Zugang zu Informationen abhängt.

195

196 Teilhabe im Netz entscheidet sich auch an technischen Standards und der Zugänglichkeit von
197 Daten und Informationen. Technische Geräte müssen für die VerbraucherInnen vollumfänglich
198 nutzbar sein. Das heißt sowohl, dass Software der HerstellerInnen rückstandsfrei deinstalliert
199 werden kann, als auch, dass alternative Software auf dem eigenen Gerät installiert werden
200 kann, ohne dass die Garantie erlischt. Einschränkungen sowie sogenannte
201 Kontrollmöglichkeiten seitens der HerstellerInnen müssen für die VerbraucherInnen klar
202 erkennbar sein. Aber es muss auch überprüfbar sein, welche Daten eine Software nutzt und
203 weiterleitet. Wir setzen uns für offene Standards ein, welche die Interoperabilität von Daten
204 sicherstellen und damit auch künstliche Monopole, Abhängigkeiten und unnötige
205 Lizenzgebühren vermeiden. Open-Source-Software wollen wir fördern und ihre Verbreitung
206 durch den gezielten Einsatz in öffentlichen Behörden erweitern. Um in Zukunft einen sicheren
207 Umgang der ArbeitnehmerInnen und der privaten NutzerInnen mit Open-Source-Software zu
208 gewährleisten, müssen diese auch in Schulen und Hochschulen verpflichtend zum Einsatz
209 kommen. Öffentliche Daten wollen wir nach den Kriterien von Open Data zugänglich machen
210 und den Zugang zu öffentlich finanzierter Forschung nach Open-Access-Standards generell
211 ermöglichen. Wir müssen aber auch Wege finden, den alltäglichen Kontakt zwischen
212 BürgerInnen und Verwaltung über BürgerInnen-Online-Dienste und Webangebote zu
213 vereinfachen und über Open Government mehr Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Es gilt
214 darüber hinaus, die Frage zu beantworten, welche zusätzlichen Instrumente wir neben offenen
215 Standards brauchen, um die Marktmacht weniger privater AnbieterInnen zu begrenzen,
216 insbesondere in klassischen „winner-takes-all“-Märkten.

217

218 Auch innerhalb unseres Verbands wollen wir uns dieser Frage stellen und werden daher prüfen,
219 inwiefern wir eigene Dienste mit hohen Datenschutz-Standards für die Verbandsarbeit anbieten
220 können.

221

222 **Bildung für die digitale Welt**

223

224 Wir geben uns nicht der Illusion hin, gleiche Teilhabe im Netz ließe sich allein über technische
225 Maßnahmen oder die Angebotssteuerung verwirklichen. Insbesondere viele Ältere fühlen sich
226 für den Umgang mit Computern und Internet nicht ausreichend gerüstet. Angebote zur

227 Kompetenzvermittlung in der Fort- und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung müssen
228 deshalb ausgeweitet werden. Trotz schrittweiser Angleichung in den letzten Jahren differiert die
229 NutzerInnenbasis aber nicht nur nach Alter, sondern auch nach Geschlecht, formaler Bildung
230 und sozioökonomischem Status nach wie vor erheblich. Noch eklatanter fallen die Unterschiede
231 mit Blick auf Nutzungsdauer, Nutzungsintensität und Nutzungsart aus. Aufgabe von Bildung in
232 der digitalen Welt ist es aber, allen BürgerInnen die notwendigen Kompetenzen zur souveränen
233 Nutzung digitaler Angebote und Werkzeuge zu vermitteln, unabhängig vom Elternhaus,
234 sozialem Umfeld, besuchter Schulform oder erlangtem formalen Bildungsgrad. Dies wollen wir
235 verwirklichen.

236

237 Gleichzeitig müssen wir diskutieren, wie sich die Inhalte von Bildung unter den Bedingungen
238 des digitalen Wandels verändern sollen. Stellen wir die Wissensvermittlung weiter klar in den
239 Vordergrund, oder legen wir einen verstärkten Fokus auf das Auffinden, Filtern und kritische
240 Bewerten zur Verfügung stehender Informationen? Sollen Programmiersprachen als zweite
241 Fremdsprache angeboten werden? Wie können die dafür erforderlichen Kompetenzen im
242 Rahmen der bereits bestehenden Fächer ausgestaltet und vermittelt werden? Wie integrieren
243 wir das Erlernen digitaler Kompetenzen in die bestehenden Bildungsangebote an Kindergärten,
244 Schulen, Hochschulen und in der Berufsausbildung?

245

246 Auch die Bildungslandschaft selbst steht erst am Beginn eines Digitalisierungsprozesses, der
247 politisch gestaltet werden muss. Digitalisierung kann zur Öffnung der Hochschulen beitragen.
248 Weltweit können Menschen von eLearning-Angeboten profitieren, für die die Entfernung zur
249 nächsten Hochschule zu groß ist, die aufgrund finanzieller Hürden kein Studium aufnehmen
250 können oder die zeitlichen Einschränkungen unterliegen, z.B. aufgrund von Kindererziehung
251 oder beruflichen Verpflichtungen. Aber wie verhindern wir dabei, dass die digitale Lehre zur
252 Vereinheitlichung und Standardisierung von Lehrinhalten führt und Ökonomisierungstendenzen
253 Vorschub leistet? Sollen Online-Kurse bestehende Lehrformen ersetzen, oder eine Ergänzung
254 zu Präsenzstudium und klassischen Lehrangeboten sein? Wir wollen Bildung durch den Einsatz
255 von Open Educational Resources demokratisieren und leichter zugänglich machen. Projekte zur
256 Förderung und Erstellung von Open Educational Resources sollen unterstützt werden. Dafür gilt
257 es, den notwendigen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Investitionen in den Aufbau der
258 notwendigen digitalen Infrastruktur an Schulen und Hochschulen müssen auch finanziell
259 ermöglicht und abgesichert werden. Ebenso brauchen ErzieherInnen, LehrerInnen und
260 HochschullehrerInnen Angebote, um sich die notwendige Medienkompetenz anzueignen,
261 Fähigkeiten zu ihrer Vermittlung zu erlernen und neue pädagogische Konzepte zu nutzen, die
262 sich durch die Digitalisierung eröffnen. Auch hierfür müssen notwendige Veränderungen
263 beschrieben werden. Unter Berücksichtigung des heutigen Wissenstandes auf diesem
264 Forschungsgebiet soll ein zeitlicher Rahmen auch in die Planung der frühkindlichen Förderung
265 in Kindergärten miteinbezogen werden. Gewonnen praktische Erfahrungen sollen
266 wissenschaftlich begleitet werden und für die Zukunft eine studienbasierte Anpassung dieser
267 Medienkompetenzstärkung vorgenommen werden.

268

269 **Digitale Arbeitswelt**

270

271 Bereits heute ist in vielen Berufsfeldern ein Arbeiten ohne PC und Internetanschluss nicht mehr
272 vorstellbar. Unterschiedliche Tätigkeiten sind davon bisher unterschiedlich stark betroffen, die
273 fortschreitende Computerisierung und Automatisierung zeichnet sich jedoch in fast allen
274 Arbeitsbereichen deutlich ab. Sie bringt neue Chancen aber auch Herausforderungen mit sich,
275 auf die jungsozialistische und sozialdemokratische Politik Antworten finden muss. Homeoffice
276 und örtliche Flexibilität ermöglichen mehr Zeitsouveränität und die bessere Integration
277 beruflicher Pflichten in den Alltag und das Familienleben. Gleichzeitig befördern sie die
278 Entgrenzung der Arbeitswelt und verursachen Stress durch ständige Erreichbarkeit. Wir wollen,
279 dass ArbeitnehmerInnen die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen wahrnehmen können
280 ohne den Schutz vor Eingriffen des Arbeitgebers in ihr Privatleben zu verlieren. Es ist Aufgabe
281 von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, hierfür gemeinsam geeignete Instrumente und
282 Maßnahmen aufzuzeigen. An ArbeitnehmerInnen werden aber auch am Arbeitsplatz neue
283 Anforderungen gestellt. Als Jusos legen wir einen Schwerpunkt auf die Frage, wie sich Aus- und
284 Weiterbildung in der digitalen Welt verändern müssen.

285

286 Mit der Digitalisierung erleben wir das Entstehen neuer Berufszweige und die Entwicklung neuer
287 Arbeitsformen. Formen der Soloselbstständigkeit und Mischung von selbstständiger Arbeit und

288 abhängiger Beschäftigung nehmen zu. Wir wollen ermöglichen, dass Berufstätige diese neuen
289 vor allem sozial abgesicherte Arbeitsformen selbstbestimmt und sozial abgesichert wahrnehmen
290 können, wenn sie das möchten. Neue Formen von Prekarität gilt es dabei, auch durch staatliche
291 Regulierung, zu vermeiden. Dafür müssen wir die politischen Voraussetzungen am Arbeitsmarkt
292 und in der Sozialversicherung schaffen. Viele ArbeitnehmerInnen entscheiden sich aber nach
293 wie vor aus guten Gründen für ein Normalarbeitsverhältnis, wenn sie die Chance dazu haben.
294 Wir müssen daher auch beantworten, wie wir klassische Arbeitsverhältnisse schützen und
295 verhindern, dass diese weiter unter Druck geraten. In einer zunehmend kleinteiligeren
296 Wirtschaft stehen wir zudem vor der Herausforderung, wie wir betriebliche Mitbestimmung und
297 Interessenvertretung außerhalb großer Unternehmen gewährleisten. Die Digitalisierung stellt
298 darüber hinaus neue Anforderungen an den Arbeitnehmerdatenschutz, denen wir auch politisch
299 gerecht werden müssen.

300

301 Neben neuen Berufsfeldern entstehen auch neue Produkte in Form von immateriellen Gütern
302 und digitalen Dienstleistungen. Auch dafür will der Rahmen politisch gestaltet werden. Den
303 Zugang zu und die Aneignung von kulturellen und anderer immateriellen Güter wollen wir über
304 angemessene Regelungen, die sich an Fair Use orientieren, absichern. Zugangsbeschränkende
305 Sonderregelungen wie das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir ab. Statt der
306 Stärkung von VerwerterInnen gilt es, faire Verdienstmöglichkeiten und gute Arbeit für
307 ErzeugerInnen immaterieller Werte abzusichern. Wir wollen deshalb neue Wege für das
308 Urheberrecht und die damit verbundenen Nutzungs- und Verwertungsrechte suchen, die einen
309 fairen Interessenausgleich zwischen NutzerInnen und ProduzentInnen ermöglichen und die
310 UrheberInnen gegenüber den VertreiberInnen (Verlage, Musiklabels, Filmstudios) stärken.
311 Rechtliche Regelungen, welche zur Existenzgrundlage einer überbordenden Abmahnindustrie
312 geworden sind, gilt es dagegen zu reformieren. Sie bieten keinen gesellschaftlichen Nutzen und
313 behindern Teilhabe im Netz.

314

315 **Voran, voran! Das digitale Leben gestalten.**

316

317 Wir Jusos wollen die digitale Gesellschaft frei und solidarisch gestalten. Wir wissen um die
318 enormen Chancen und wollen sie ergreifen. Schließlich nutzen viele von uns und in unserer
319 Generation bereits täglich die Möglichkeiten der digitalen Vernetzung privat, beruflich, politisch
320 und in der Bildung. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen vor den bestehenden Risiken
321 und bevorstehenden Herausforderungen. Sie sind für uns ein noch größerer Ansporn, die
322 Digitalisierung politisch zu gestalten, statt einfach geschehen zu lassen. Deshalb werden wir
323 uns nach Kräften in den laufenden Programmprozess in der SPD einbringen und die benannten
324 Schwerpunkte im Verband vertiefend diskutieren.

325

326 Mit der Verbandsdebatte in Hamburg und mehreren Workshops zum Linkskongress in Erfurt
327 haben wir den Startschuss für eine weitere Vertiefung der Diskussion um die Digitalisierung bei
328 den Jusos gegeben. Im Rahmen der Zukunftswerkstätten zur Kampagne #linksleben werden wir
329 den mit der Digitalisierung verbunden Themen breiten Raum geben. Damit bieten wir allen
330 interessierten Jusos ein Forum, um die verschiedensten Aspekte der Digitalisierung und ihre
331 Auswirkungen in unterschiedlichsten Lebensbereichen intensiv zu erörtern und zu diskutieren
332 und sich gemeinsam auf die Suche nach neuen Antworten zu begeben. Mit Workshops beim
333 Sommercamp werden wir die Diskussion gemeinsam mit weiteren PartnerInnen fortsetzen. In
334 unserer Öffentlichkeitsarbeit und unseren Verbandspublikationen wird die digitale Gesellschaft
335 einer der Schwerpunkte sein. Unter anderem wollen wir mit einer Schwerpunktausgabe der
336 „Argumente“ die inhaltliche Auseinandersetzung bei den Jusos forcieren und vertiefen. In
337 unseren Perspektivprojekten stellen wir weiter Verbindungen zur Digitalisierung her und machen
338 uns an die gezielte Bearbeitung wichtiger Einzelaspekte, wo immer sich Zusammenhänge
339 zwischen den Projektschwerpunkten und den Herausforderungen der Digitalisierung ergeben.

340

341 Wir wollen das SPD-Programm für die digitale Gesellschaft wirksam mitgestalten. Deshalb
342 bringen wir unsere Perspektiven im Programmbeirat zur Digitalen Agenda ein und vertreten dort
343 die Sichtweisen und Positionen der Jusos. Veranstaltungen und andere
344 Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des Programmprozesses wollen wir dafür nutzen, dass
345 sich so viele Jusos wie möglich in die Debatte einbringen können. Dazu wirken wir u.a. am
346 Barcamp #digitalleben intensiv mit. Mit einem thematischen Schwerpunktantrag werden wir uns
347 nach Abschluss der Diskussionen im Verband auf dem kommenden Bundeskongress für den
348 darauf folgenden Bundesparteitag positionieren, welcher das SPD-Programm für die digitale

349 Gesellschaft beschließen soll. Auch dort werden wir für jungsozialistische Positionen eintreten
350 und die Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen unserer Generation vertreten.

351

352

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

Titel Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

Antragsteller Thüringen, Sachsen

Zur Weiterleitung an

Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

1 Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

2

3 Die Alternative für Deutschland (AfD) erlebt seit der Bundestagswahl 2013 einen ungeahnten
4 Aufstieg. Seit dem Einzug in das Europaparlament zu Beginn dieses Jahres handelt sich die
5 Partei von Erfolg zu Erfolg und konnte sich in den Landesparlamenten in Brandenburg, Sachsen
6 und Thüringen teilweise an zweistelligen Ergebnissen berauschen. Dieser Trend macht sich
7 auch auf Bundesebene bemerkbar und zeigt wiederum, dass es sich um einen
8 ernstzunehmenden politischen Gegner handelt, der nicht einfach ignoriert werden kann.
9 Vielmehr bedarf es einer klaren Auseinandersetzung mit ebenjener.

10

11 In den Wahlprogrammen der AfD vermischen sich diskriminierende und menschenverachtende
12 Aussagen mit vermeintlich konservativen und liberalen Positionen. Keine klare Trennung gibt es
13 zwischen Parteiprogrammatik – soweit man davon schon sprechen kann – und Aussagen von
14 Spitzenfunktionär*innen. Umso schwerer ist eine eindeutige inhaltliche Auseinandersetzung.
15 Klar ist jedoch, dass Ignoranz keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD sein kann.
16 Gerade die SPD, die als Partei seit mehr als 150 Jahren für Werte wie Freiheit und Gleichheit
17 kämpft, braucht für den Umgang mit dieser Partei einen klaren Weg.

18

19 Rechtspopulistische Wölfe im bürgerlichen Schafspelz

20

21 Wurde die AfD anfangs vor allem durch ihren rigorosen wirtschaftspolitischen Kurs auf
22 europäischer Ebene wahrgenommen, änderte sich dies vor allem Dank der Besetzung weiterer
23 Themen. Mittlerweile wird die Partei von anerkannten Politikwissenschaftler*innen im
24 demokratischen Spektrum rechts von der CDU verortet – Die AfD ist zurzeit von massiven
25 Machtkämpfen verschiedener Interessensgruppen gezeichnet. Grob lassen sich drei Flügel
26 ausmachen: ein nationalliberal-marktextremistischer, ein nationalkonservativer sowie ein
27 neurechter-evangelikaler Flügel. Der neurechte Flügel ist seit dem Frühjahr stark im Aufwind. Er
28 ist hervorragend vernetzt mit der antifeministischen Kreisen und inhaltlich zum Teil
29 anschlussfähig in das neonazistische Milieu. Die Partei ist insgesamt von einem Eliten
30 absichernden Wohlstandschauvinismus geprägt.

31

32 Ohne Zweifel handelt es sich bei der AfD um eine Sammlung von Liberalen, Christ*innen,
33 Rechtspopulist*innen oder Ewiggestrigen. Erste Parteiaustritte, die der AfD genau dieses zu
34 lasten legen, untermauern die Vorwürfe ebenso, wie die Äußerung des stellvertretenden
35 Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel, dass es in der Tat Rechtsaußen innerhalb der Partei gebe.
36 Analysen zufolge bestehe die AfD nicht nur aus ehemaligen Mitgliedern der Union, die sich
37 unzufrieden gegenüber der Sozialdemokratisierung der Partei zeigen und ihr konservatives
38 Wertverständnis verloren sehen; vielmehr scheint es auch als Sammelbecken ehemaliger
39 Mitglieder von Rechtsaußen-Parteien wie NDP, Republikaner oder der Pro-Parteien. Aber auch
40 ehemalige Mitglieder unserer Partei und anderer linker Parteien sind zur AfD gewechselt.

41

42 Hinzu kommt, dass die AfD trotz ihres scheinbar gemäßigt bürgerlichen Auftretens klar mit
43 rechten Äußerungen in der Öffentlichkeit auffällt. Sei es bei der Bekämpfung linker Positionen –

44 hier wird gerne diffamierend vom Gutmenschen gesprochen -, einer offensichtlichen
45 reaktionären Meinung zur gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft oder die Ablehnung der
46 Abtreibungsmöglichkeit für Frauen. Des Weiteren zieht die Partei eine diskriminierende Linie
47 zwischen guten und schlechten Einwanderer*innen – von der Europa-Politik ganz zu
48 schweigen.

49
50 Deutliche Unterschiede gab es zwischen den Wahlen zum deutschen Bundestag, dem
51 europäischen Parlament und den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und
52 Thüringen. Die AfD versuchte hier eine differenzierte Wähler*innenklientel zu erreichen. Mit der
53 Forderung nach Volksabstimmungen zum Bau von Moscheen, Debatten um vermeintlichen
54 Asylmissbrauch oder Ausländer*innenkriminalität wurden damit vor allem Themen
55 angesprochen, die sonst von der NPD besetzt wurden.

56
57 Allerdings – und das ist zentral – muss der Erfolg der AfD zweifelsohne anerkannt werden. Die
58 Partei schaffte es innerhalb kürzester Zeit, ein diffuses Wähler*innenbild für sich zu gewinnen.
59 Dabei geht sie ähnlich wie die NPD vor. Eine einfache binäre Weltanschauung mit klaren
60 Feind*innen und ein Schüren von Ängsten innerhalb der Bevölkerung mit eindeutigen
61 xenophoben Tendenzen.

62
63 Anders als es allerdings zunächst den Anschein macht und in den Medien zunächst dargestellt
64 wurde, ist die AfD nicht nur ein Problem der CDU. Dies lässt sich anhand der
65 Wähler*innenwanderungen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen nachzeichnen. Die nicht zu
66 unterschätzenden Zahlen sind ein Beleg dafür, dass der Erfolg der AfD alle Parteien des
67 demokratischen Spektrums betrifft. 19% der Wähler*innen, die beispielsweise mit ihrer
68 Erststimme in Thüringen eine*n Kandidat*in der Linkspartei stimmten, gaben ihre Zweitstimme
69 der AfD.

70
71 Gerade die Mischung aus Protestwähler*innentum und verfestigten rechtspopulistischen und
72 neokonservativen Einstellungen erfordert eine deutliche Auseinandersetzung mit der AfD.

73 74 **Klare Positionierung gegenüber der AfD - Von Sachsen lernen?**

75
76 Auch im Umgang mit der NPD taten sich die demokratischen Parteien lange schwer. Versuchten
77 es die Parteien nach dem relativen Erfolg der NPD auf Landes- und Kommunalebene mit
78 völliger Ignoranz, mussten sie sich eingestehen, dass ein solches Vorgehen kontraproduktiv
79 war. Angesichts dessen bildete sich im sächsischen Landtag eine Allianz des demokratischen
80 Spektrums, die es sich zum Ziel setzte, die Wähler*innenschaft der Partei ernst zu nehmen,
81 ohne die Partei aufzuwerten.

82
83 Diesen Weg sehen wir als unumgänglich an, denn insbesondere als Sozialdemokrat*innen sind
84 wir in der Verantwortung, die Ängste und Forderungen der Bevölkerung ernst zu nehmen und
85 rechtspopulistische Meinungsführer*innen als das zu demaskieren was sie sind:
86 menschenverachtende Demagog*innen.

87
88 Notwendig ist eine Mischung unterschiedlicher Maßnahmen und Aktivitäten. Deshalb fordern
89 wird:

90
91 Den Anstoß einer überparteilichen Allianz zum (parlamentarischen) Umgang mit der AfD. Dabei
92 wollen wir engagierte Initiativen und Verbände einbeziehen und auch solche Gruppen, die
93 negativ von den Äußerungen der AfD betroffen sind. Vom Erfolg der AfD profitiert keiner, am
94 wenigsten die Demokratie. Wir fordern deshalb alle Parteien auf, sich an dem Beispiel Sachsen
95 zu orientieren. Demokratie braucht keinen Populismus.

96
97 · Wir müssen konsequent auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen
98 hinweisen und im konsequenten Widerspruch dazu stehen. Banalisierung oder „Totschweigen“
99 sind keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD.

100
101 Wir müssen aufklären sowie Forderungen und Parolen der AfD decodieren und die
102 rassistischen und sozialdarwinistischen Implikationen deutlich machen.

103
104 · Wir müssen die Sorgen und Ängste der Bürger*innen, die sich von der AfD angesprochen

105 fühlen, ernst nehmen, rechte Parolen dadurch aber nicht salonfähig machen, sondern neue
106 Lösungen aufzeigen. Wir brauchen eine konsequente Abgrenzung zu rechtspopulistischen
107 Forderungen.

108

109 Wir SozialistInnen müssen flächendeckend präsent sein, gerade dort, wo Menschen besonders
110 vom Abbau sozialstaatlicher Leistungen und von ökonomischer sowie sozialer Ausgrenzung
111 betroffen sind. Wir wollen Aktionen zur Förderung von Toleranz und demokratischem
112 Engagement unterstützen. Gerade in einigen ostdeutschen Bundesländern ist die SPD nach wie
113 vor nicht ausreichend etabliert.

114

115 · Die AfD nicht aufwerten. Die AfD lebt derzeit von ihrer Opferrolle, in der sie sich wie auch
116 die NPD wohlfühlt. Sie vermittelt ihren Wähler*innen, dass die etablierten Parteien sich nicht
117 mehr für die einfachen Probleme interessieren, sondern lediglich eigenen Interessen
118 nachgingen. Sie lässt außen vor, dass Politik ein komplexes System ist, das auch unpopuläre
119 Entscheidungen nach sich zieht. Widerlegen wir dieses einfache Bild der Politik. Die AfD muss
120 nun selbst Farbe bekennen und durch ihre Parlamentszugehörigkeit am politischen Betrieb
121 teilnehmen. Nehmen wir das als Chance sie inhaltlich zu demaskieren - für ein tolerantes und
122 weltoffenes Deutschland.

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden

- 1 Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals
- 2 in der Geschichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im
- 3 Rahmen dieses Mitgliederentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser
- 4 Mitgliederentscheid kann somit durchaus als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie und
- 5 für die Beteiligung der Basis gesehen werden.
- 6 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde vom
- 7 SPD-Parteivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen
- 8 Koalition gefahren. Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem
- 9 vorhanden. Tagtäglich wurde vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den
- 10 vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem
- 11 Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Artikel, die für die Zustimmung zur
- 12 Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Redebeiträge auf dem
- 13 Podium von Parteivertreter*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des
- 14 Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen
- 15 Springer-Presse geschaltet. Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den
- 16 Abstimmungsunterlagen nochmals ein Werbeschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde,
- 17 dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. Somit wurde mit der ganzen Wucht des
- 18 Parteiparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kritische Stimmen konnte man auf
- 19 den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.
- 20 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an der
- 21 Basis sein, die jedem Mitglied ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung oder
- 22 Ablehnung abzuwägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der Partei
- 23 eine offene Diskussion zu führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie gezeigt,
- 24 aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich und es gab nur die offizielle Linie der Parteiführung.
- 25 Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide klare Regeln, die garantieren, dass neben der
- 26 Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung ebenfalls in gleicher Weise ihre
- 27 Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.
- 28 Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des
- 29 Mitgliederentscheides folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:
- 30
- 31 1. Der Versand von Informationsmaterialien, sei es per Mail oder Brief, erfolgt über die
- 32 hauptamtlichen Einrichtungen der SPD. Hierbei ist eine ausgewogene Darstellung, also gleicher
- 33 Anteil für die Pro- und Kontra-Seite, einzuhalten.
- 34
- 35 2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden
- 36 Seiten einzuräumen
- 37
- 38 3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter*innen und Gegner*innen auf
- 39 dem Podium in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein. Die weiteren
- 40 Redebeiträge sollen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.
- 41
- 42 4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht,
- 43 jenseits der Parteimedien ist nicht zulässig.

44

45 5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein
46 Abstimmungsverhalten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben
47 müssen neutral gehalten sein.

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress

Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!

1 Frauen haben ein Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes. Das geht aber nicht ohne
2 freiberufliche Hebammen.

3

4 Mit ihrer Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Schwangerschaftsvorsorge. Sie sind aber
5 vor allem bei der Betreuung im Wochenbett und bei Rückbildungskursen für die Mütter da. Und
6 das in vielen Fällen freiberuflich neben ihrer Anstellung in Krankenhäusern. Das dürften sie bald
7 nicht mehr. Die Zukunft der Hebammen ist gefährdet. Die Beiträge zur Versicherung sind schon
8 jetzt kaum noch zu bezahlen. Und diese Versicherung wird in Zukunft nicht mehr angeboten.

9 Eine kleine Berufsgruppe, die es schon seit Jahrhunderten gibt bangt um ihre Existenz. Und die
10 Solidaritätsbekundungen wirken angesichts der vorgelegten Pläne wie hohle Phrasen.

11

12 Die Hebammen brauchen unsere Unterstützung. Helfen wir Ihnen, ihre Forderungen
13 durchzusetzen.

14

15 **Forderungen**

16

17 - Um die Probleme der Hebammen langfristig zu lösen und ihren Berufsstand zu sichern
18 müssen wir die Geburtshilfe zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen.

19

20 - Wir brauchen einen aus Steuermitteln, aus reduzierten Versicherungsbeiträgen der
21 Hebammen und aus Geldern der Krankenkassen finanzierten Fond für die berufliche
22 Haftpflichtversicherung der Hebammen, der ab Sommer 2016 private Versicherungsträger
23 ersetzt. Hierzu soll eine Haftpflichtversicherung geschaffen werden, welche eine Haftobergrenze
24 definiert. Darüber hinausgehende Schäden sollen durch einen staatlichen Haftungsfond
25 beglichen werden. Diese Maßnahme würde eine Prämienspirale nach oben durchbrechen. Das
26 aktuelle Umlagesystem der Haftpflichtkosten ist an Leistungspositionen geknüpft, d.h. die
27 Kosten werden pauschal pro Geburt umgelegt. Infolgedessen erhalten Hebammen, die weniger
28 Frauen entbinden als der Durchschnitt, keine ausreichende Kompensierung. Deshalb fordern
29 wir eine gesetzliche Grundlage für ein Umlagesystem der Haftpflichtkosten außerhalb der
30 Leistungspositionen.

31

32 - Beim sogenannten Regressverzicht ist die Hebammen nicht mehr für Zahlungen der
33 Renten- und Pflegeversicherung verantwortlich, wenn ihnen ein folgenschwerer Fehler
34 unterläuft; es sei denn sie handelt grob fahrlässig. Im Hinblick auf andere Berufsgruppen sehen
35 wir das kritisch und fordern stattdessen eine genauere Überprüfung der
36 Schadensersatzforderungen auf ihre Rechtmäßigkeit, Höhe und Verantwortlichkeit.

37

38 - Wir brauchen Maßnahmen zur Sicherstellung der Hebammen-Versorgungen im ländlichen
39 Raum (zum Beispiel finanzielle Anreize) und für einen erleichterten Berufseinstieg für junge,
40 freiberufliche Hebammen.

41

42 - Außerdem brauchen die Hebammen eine deutliche Verbesserung ihrer Vergütung. Egal
43 ob viele oder wenige Geburten, die sie begleiten; Hebammen mit Geburten, die sie abbrechen
44 und ins Krankenhaus begleiten müssen, sollen von ihrer Arbeit leben können. Hier wollen wir
45 eine deutliche Erhöhung von Pauschalen für Geburten selbst sowie ausreichende Erstattung
46 von Material, angemessene Zuschläge für Dienstleistungen wie 24h-Rufbereitschaft und einen
47 besseren Stundenlohn für alle Vor- und Nachsorgeleistungen.
48 Neben Vor-, Nachbereitung und Durchführung der Geburt übernehmen Hebammen auch eine
49 wichtige Rolle bei der Übermittlung von Wissen rund um die Erziehung von Babys. Da sich
50 ersteres an die Mutter richtet, wird leider auch das Wissen häufig in erster Line an die Mütter
51 vermittelt. Das drängt die Mutter schon von Anfang an in die Rolle der hauptverantwortlichen
52 Kindererzieherin. Wir Jusos sehen dieses Automatismus sehr kritisch und fordern alle
53 Hebammen auf, klar zu unterscheiden zwischen geburtsrelevanten Dingen und
54 erziehungsrelevanten Dingen. Erziehungsrelevante Dinge müssen sich gleichermaßen an alle
55 gesetzlichen Eltern richten, damit niemand aufgrund seines Geschlechts (bzw. der Rolle bei der
56 Zeugung) in eine spezifische Rolle gedrängt wird.

57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102

Titel Für eine progressive Drogenpolitik

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an

Für eine progressive Drogenpolitik

1 Die Prohibition von Drogen ist gescheitert. Der illegale Konsum entzieht sich staatlicher,
2 medizinischer und sozialer Kontrolle. Anstatt KonsumentInnen von Drogen ein selbstbestimmtes
3 Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen, werden diese kriminalisiert und werden
4 durch Verelendung der Betroffenen aufgrund der die entstehenden hohen Kosten zur
5 Beschaffung des Suchtstoffes an den sozialen Rand unserer Gesellschaft gedrängt. Durch eine
6 Legalisierung sinkt die Armutsgefahr durch Abhängigkeit und die Anzahl von Eigentumsdelikten
7 durch Beschaffungskriminalität. Auch wird der Schwarzmarkt zu großen Teilen trockengelegt
8 und der organisierten Kriminalität eine beträchtliche Einnahmequelle genommen. Von daher
9 fordern wir Jusos die Legalisierung sämtlicher Drogen.

10

11 Dabei muss insbesondere Cannabis frei zu erhalten sein. Der Verkauf muss jedoch staatlich
12 kontrolliert werden. Verkaufsbeschränkungen, wie eine Altersbeschränkung sollten beachtet
13 werden.

14

15 Die Freigabe weiterer Drogen muss ebenfalls staatlich kontrolliert erfolgen. Hierbei müssen
16 jedoch zunächst weitergehende Regulierungen als bei Cannabis zur Abgabe eingeführt werden.
17 Zur Umsetzung einer Legalisierung gibt es viele Konzepte, ein fertiges Konzept, wie eine
18 Legalisierung im Einzelnen umgesetzt werden kann, muss im Rahmen der Erstellung der
19 rechtlichen Grundlagen erfolgen. Eine wissenschaftliche Begleitung für die Erstellung eines
20 Konzeptes sowie der Umsetzung ist dabei unerlässlich. Insbesondere können hier Konzepte mit
21 Apotheken –oder rezeptpflichtige Abgaben in Betracht gezogen werden.

22

23 Zentrale Bestandteile einer angemessenen Drogenpolitik sind außerdem Aufklärung und
24 Prävention. Aus diesem Grund gilt es das Therapie- und Drogenberatungssystem auszubauen.
25 Denn nur ein finanziell solides System ist im Stande, effektiv und nachhaltig Suchterkrankten zu
26 helfen, Menschen vollumfassend über Drogen aufzuklären und ein kritisches Konsummuster
27 bereits frühzeitig vorzubeugen. Um die finanzielle Grundlage dafür zu schaffen, wollen wir
28 zweckgebundene Steuern auf alle staatlich veräußerten Drogen-Produkte erheben. So ist zu
29 gewährleisten, dass Aufklärungs- und Therapieangebote fortlaufend finanziert werden können.
30 Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die Steuern keinen Profit erbringen, sondern lediglich
31 kostendeckend sind.

32

33 Der Bundesvorstand wird beauftragt im kommenden Jahr den Rahmen für die Erarbeitung eines
34 geeigneten Konzepts zu schaffen und dessen Erstellung zu begleiten.

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteikonvent, SPD Bundestagsfraktion

Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik

1 Der Juso Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern die Einführung und staatliche Förderung von Drug-Checking Angeboten in Städten,
4 Suchthilfeeinrichtungen, Diskotheken und auf Veranstaltungen wie Festivals, Open-Airs etc. in
5 Verbindung mit einem Umfassenden niedrigschwelligen Beratungsangebot und der
6 wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung dieser Projekte (Monitoring).

7

8 Wir fordern die Entkriminalisierung akzeptierender Drogenarbeit durch die Änderung des BtmG
9 § 29 sowie auf Länderebene die Zulassung von Drug-Checking durch Duldung der zuständigen
10 Staatsanwaltschaften oder betäubungsrechtliche Ausnahmeregelung durch das Bundesamt für
11 Arzneimittel u. Medizinprodukte um Apotheken Tests durchführen zu lassen, die keine Erlaubnis
12 nach BtMG benötigen.

13

14 Durch Akzeptanz, Niedrigschwelligkeit der Beratungsangebote und Suchtbegleitung soll ein
15 neuer Weg in der Drogenpolitik gegangen werden, der die Sicherung der Gesundheit der
16 Konsumenten und die Förderung der Drogenmündigkeit und die Entkriminalisierung der
17 Konsumenten im Fokus hat.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende

Antragsteller Perspektivprojekt „Transformation der Wirtschaftsweise“ über Juso-Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende

1 Die Energiewende ist ein zivilisatorisches Jahrhundertprojekt. Unser Anspruch ist ein kompletter
2 Wandel vom nuklear-fossilen in ein erneuerbares Energiezeitalter. Dieser Wandel ist eine
3 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Unser Ziel bleibt, die Energieversorgung als zentraler Teil der
4 öffentliche Daseinsvorsorge wieder in staatliche Kontrolle zu überführen. Dabei wollen wir
5 Möglichkeiten erhalten, dass bei der Stromgewinnung auch Genossenschaften, Privathaushalte
6 und beschränkt auch kleinere Privatunternehmen eingebunden werden. Die Energiewende
7 bietet daher die Chance für eine Transformation unserer Wirtschaftsweise.

8
9 Für uns ist klar: Energiewende ist mehr als Stromversorgung. Wir wollen eine ganzheitliche
10 Energiewende, die alle Sektoren von Strom, über Wärme und Verkehr bis hin zur notwendigen
11 Infrastruktur in den Fokus nimmt und zusammendenkt. Dabei ist der Zugang zu Energie in allen
12 Bereichen auch eine soziale Frage: Wir wollen bezahlbare Energie und Mobilität für alle
13 Menschen. Klassenunterschiede dürfen durch die Energiewende und die Auswirkungen der
14 Klimaveränderungen nicht weiter verschärft werden.

15
16 Die Folgen des Klimawandels und die Verknappung von Ressourcen machen die Energiewende
17 zu einer politischen Notwendigkeit um Menschen und Tiere vor unabsehbaren Folgen zu
18 schützen. Dabei sind Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch: Wenn wir beides zusammen
19 denken, können wir langfristig das Klima schützen, intakte Ökosysteme sichern und
20 Produktions- und Industriestandorte erhalten und ausbauen.

21
22 *Um dies zu erreichen, wollen wir:*

- 23
24 • *deutschlandweit eine 50 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis zum*
25 *Jahr 2020.*
26 • *deutschlandweit eine 100 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis*
27 *zum Jahr 2035.*
28 • *weltweit eine 100 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr*
29 *2050.*
30 • *den deutschlandweiten Gebäudebestand bis 2050 nahezu klimaneutral ertüchtigen –*
31 *unter Beachtung der Auswirkungen auf die Mieten und den Neubau von Wohnungen –*
32 *und dafür die Sanierungsquote der energetischen Erneuerung deutlich (min.*
33 *2,5%/jährlich) erhöhen.*
34 • *Güterverkehr durch lokale Produktionskreisläufe möglichst vermeiden, den Anteil des*
35 *Güterverkehrs auf der Schiene am Gesamtgüterverkehr bis 2050 verdoppeln und den*
36 *Gütertransport auf Binnenschiffen um 20 Prozent steigern.*
37 • *die Emissionen von Treibhausgasen in Industrieländern um 80-95% bis 2050 senken.*

38
39
40
41 **Notwendigkeiten für eine ganzheitliche Energiewende**

42

43 Die Energiewende ist eine ökonomische und ökologische Notwendigkeit. Der vom Mensch
44 verursachte Klimawandel wird in vielen Regionen der Erde zu einer Verknappung von
45 Nahrungsmitteln und Wasser führen, die Ausbreitung von Seuchen und lebensgefährlichen
46 Krankheiten ermöglichen und bei weiter steigenden Meeresspiegel zu noch nie dagewesenen
47 Flüchtlingsbewegungen führen. Wichtige Ökosysteme für Tiere und Pflanzen stehen vor einem
48 Wandel, der nicht nur zum Aussterben vieler Tierarten führen kann, sondern auch die
49 Photosynthese von Kohlenstoffdioxid zu Sauerstoff einschränkt.

50

51 Gerade beim Klimawandel ist nationalstaatliches Denken dringend zu überwinden. Wir
52 bekennen uns zu dem Anspruch einer internationalistischen Klimapolitik. Das Kyoto-Protokoll
53 von 1997 hat wichtige Impulse und Instrumente für den weltweiten Klimaschutz aufgezeigt. Wir
54 fordern einen ambitionierten und weitreichenden Nachfolgevertrag bei der UN-Klimakonferenz
55 2015 in Paris. Dieser neuen Klimarahmenkonvention, die 2020 nach Ablauf des Kyoto-
56 Protokolls in Kraft treten wird, müssen sich alle 194 Mitgliedsstaaten anschließen. Klimaschutz
57 ist für uns dabei auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Um diese zu gewährleisten muss die
58 neue Konvention der Tatsache Rechnung tragen, dass die Staaten des globalen Nordens einen
59 Großteil der Emissionen verursacht haben, während die Länder des globalen Südens, die
60 bereits jetzt unter den Folgen der globalen Erwärmung leiden, am wenigsten dafür
61 verantwortlich sind.

62

63 Die Last der Verantwortung liegt vor allem auf den Industrieländern. Wir stehen zu dem Prinzip
64 gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung, die das Handeln einzelner Ländern
65 nach ihren Fähigkeiten differenziert. Im Gegensatz zu den Industrieländern muss es den
66 Entwicklungs- und Schwellenländern zustehen zunächst die Grundbedürfnisse der Bevölkerung
67 zu erfüllen. Dabei müssen gewisse Emissionen in Kauf genommen werden. Dass dies auf einen
68 möglichst emissionsarmen Weg passiert, erfordert die volle finanzielle und technologische
69 Unterstützung der Industrieländer. Ein gerechtes Abkommen muss die Industrieländer in die
70 Pflicht nehmen, neben diesen finanziellen und technologischen Transferleistungen auch für eine
71 Unterstützung zur Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels zu
72 sorgen.

73

74 *Ziel jedes Abkommens muss es letztendlich sein, die Erderwärmung auf maximal 2°C*
75 *gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen.*

76

77 Dieses Zwei-Grad-Ziel ist dabei keine politische Standortbestimmung. Werden diese 2°C
78 überschritten, drohen katastrophale, unbeherrschbare Folgen für die gesamte Weltbevölkerung.
79 Die Zahl der Menschen, die von Trinkwasserknappheit betroffen sind, würde von derzeit ca.
80 300 Millionen auf 1-3 Milliarden ansteigen. Ungefähr der Hälfte der Menschheit würde ein
81 Mangel an sauberem Wasser drohen, während das Verbreitungsrisiko für Krankheiten
82 dramatisch ansteigen würde. Es ist davon auszugehen, dass ca. 150 -350 Millionen Menschen
83 dem ständigen Risiko von Malaria ausgesetzt sein würden.

84

85 Insbesondere fehlendes Trinkwasser und fehlende Nahrungsmittel stellen, zusätzlich zu
86 Flüchtlingsbewegungen durch einen Anstieg der Weltmeere, für die Zukunft die größte Gefahr
87 für gewaltsame Konflikte, Krisen und Kriege dar. Da die derzeitige Erderwärmung seit Beginn
88 der Industrialisierung (ca. 1850) um ca. 0,9° angestiegen ist und mit einem exponentiellen
89 weiteren Anstieg zu rechnen ist, bedarf es sofortigen Handelns.

90

91 *Wir wollen die Emission von Treibhausgasen in den Industrieländern bis 2050 um bis zu 80-*
92 *95% reduzieren. Weltweit muss die Treibhausgasemission um 50% gesenkt werden.*

93

94 Die grundsätzliche Notwendigkeit, für die Reduzierung des Klimawandels eine weltweite
95 Vereinbarung zu finden bedeutet aber nicht, dass nationalstaatliches Handeln oder Handeln
96 innerhalb regionaler Organisationen wie der EU unterbleiben sollte. Zumindest bis eine
97 weltweite Vereinbarung gefunden ist muss dezentral gehandelt werden. Auch deshalb ist die
98 Energiewende in Deutschland und möglichst auch in der EU für uns ein zentrales Projekt. Eine
99 Umsetzung kann nicht auf supranationale Vereinbarungen warten.

100

101 Die Energiewende ist auch zwingend notwendig, weil Rohstoffe, insbesondere Öl, zunehmend
102 knapp werden. Diese für die Energiegewinnung zu verfeuern vernichtet Werte, die für andere

103 Zwecke sinnvoller eingesetzt werden können. Daher ist es zwingend, den Rohstoffverbrauch für
104 die Energiegewinnung drastisch zu reduzieren, auch um eine dramatische Verteuerung bei den
105 Rohstoffen zu verhindern. Erneuerte Verfahren zur Rohstoffgewinnung wie die Nutzung von
106 Ölsänden oder chemisches Fracking zur Gewinnung von Erdgas sind mit erheblichen
107 Umweltrisiken verbunden und dürfen daher nicht verwendet werden, um die Verfügbarkeit der
108 Rohstoffe zu verlängern. Eine frühzeitige Umstellung auf eine ressourcenschonende
109 Energiegewinnung, Produktion und Nutzung wird Arbeitsplätze und Industriestandorte sichern.
110 Eine politische Aufgabe ist es daher, Bewusstsein für Einsparmöglichkeiten und Anreize für
111 Veränderungen im Energiekonsumverhalten zu schaffen. Unser Verständnis von Energiewende
112 verfolgt dient jedoch nicht einseitig dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.
113 Die Energiewende ist und bleibt ganzheitliches Leuchtturmprojekt für den sozial-ökologischen
114 Umbau der Gesellschaft, das soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und
115 wirtschaftliche Entwicklung verbindet. Gute Arbeit in der Region, Verteilung des Wohlstands
116 durch den Dezentalisierungsaspekt und die Schaffung nachhaltigen Wachstums sind nicht
117 Nebeneffekte der Energiewende, sondern müssen gerade in Abgrenzung zur Partei "Die
118 Grünen" oberstes Ziel einer sozialdemokratischen Energiewende sein. Der Umbau unserer
119 Volkswirtschaft hin zu einer Ökonomie, die gemeinwohlorientiert und im Interesse der
120 Gesamtgesellschaft unter Rücksichtnahme auf künftige Generationen produziert sind Ziele die
121 durch eine dezentralisierte Energiewende nach dem Vorbild Hermann Scheers erreicht werden
122 können.

123
124 *Der Erfolg der Energiewende hängt maßgeblich von einer gerechten Verteilung des*
125 *ökonomischen Wachstums und finanzieller Einsparpotentiale ab. Die Rahmenbedingungen und*
126 *Handlungskorridore müssen so geschaffen sein, dass staatliche und genossInnen- schaftliche*
127 *Akteure von der Transformation des Energiesektors profitieren. Die Energiewende darf nicht zu*
128 *weiterer Kapitalakkumulation für einzelne oligopol-agierende StromproduzentInnen und -*
129 *anbieterInnen führen.*

130
131 Neben der technischen Umsetzung der Energiewende bedarf es auch einem soziokulturellen
132 Paradigmenwechsel im Umgang. Fortschritt gelingt ausschließlich durch innovative Ideen, neue
133 Technologien und ausgiebige Forschung. Diese ist für die Energiewende von besonderer
134 Bedeutung und muss deshalb von Bund und Ländern unterstützt werden. Neben der
135 Grundlagenforschung müssen Innovationen der Industrie und den Endverbraucherinnen und
136 Endverbraucher nutzbar gemacht werden. Denn ohne Forschung keine Zukunft. Und keine
137 Forschung ohne die praktische Anwendung der Ergebnisse. Für uns ist klar, dass es einer
138 intensiven Auseinandersetzung im Bildungs- und Forschungsbereich bedarf. In der Jugend- und
139 Erwachsenenbildung soll das Thema Energie als Querschnittsthema behandelt werden. Im
140 Bildungsbereich stehen für uns vor allem das Wissen um den sparsamen Umgang mit Energie,
141 der Ressourcenschonung und der drohenden Folgen im Vordergrund. Wir unterstützen dabei
142 auch autarke Projekte, wie sie beispielsweise durch die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige
143 Entwicklung“ in den vergangenen Jahren schon angestoßen wurden.

144
145 Die stark wachsenden Studierendenzahlen in energietechnischen und –wirtschaftlichen
146 Studiengängen zeigen zudem, dass bereits heute großes Interesse an diesem Thema besteht
147 und vielerorts intensive Forschung betrieben wird. Diese gilt es weiter zu fördern und die
148 Kapazitäten auszubauen. Im Fokus sollen dabei vor allem Speichertechnologien, effiziente
149 Energiegewinnung auf regenerativer Grundlage, sowie sämtliche Bereiche liegen, die eine
150 energie- und ressourcenschonende Gestaltung der Wirtschaft und der beruflichen und privaten
151 Lebensführung ermöglichen.

152
153 Die Energiewende bewegt sich in Spannungslinien und Zielkonflikten, die nicht ignoriert werden
154 dürfen. Dazu gehört z.B., dass nicht jede Maßnahme, mit der Individuen ihren eigenen
155 Energiesaldo minimieren, auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist: So stehen sorgen z.B.
156 Passivhaussiedlungen unter Umständen zu einem insgesamt höheren Energieverbrauch als
157 eine Siedlung knapp über Passivhausstandard, bei der die benötigte restliche Energie durch ein
158 gemeinsames Blockheizkraftwerk mit Nahwärmeversorgung gewonnen wird. Eine extrem
159 dezentrale Stromproduktion z.B. durch Photovoltaikanlagen sorgt für hohen Steuerungsbedarf
160 in den Stromverteilnetzen und damit auch zu erheblichen Kosten und teilweise auch
161 Energieverlusten, die am Ende sogar zu einem höheren Energieverbrauch führen können.

162
163 Auch die soziale Dimension gilt es zu berücksichtigen: Steigende Energiepreise haben eine

164 negative Verteilungswirkung; ähnliches gilt, wenn durch energetische Optimierung zwar der
165 Energieverbrauch von Häusern gesenkt wird, die zusätzlichen Investitionskosten aber auf die
166 Miete umgelegt werden können (und teilweise auch müssen), was ebenfalls
167 Einkommensschwächere benachteiligt.

168
169 Und nicht zuletzt steht energetische Optimierung von Siedlungen auch im Widerspruch zu
170 anderen städtebaulichen Zielen: Eine strikte Ausrichtung von Gebäuden auf die Sonne, die
171 strikte Vorgaben mit Blick auf die Gebäudehöhen und Dachformen, der Verzicht auf hohe
172 Bäume etc. können zu wenig lebenswerten baulichen Monostrukturen führen.

173
174 Die Energiewende muss mit diesen und weiteren Zielkonflikten umgehen. Zielsetzung muss es
175 dabei sein, die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energiequellen
176 und die dafür sinnvolle Energieeinsparung so auszugestalten, dass negative Folgewirkungen
177 vermieden werden. Das kann auch an einigen Stellen Abstriche z.B. bei den Zielsetzungen der
178 Energieeinsparung bedeuten.

179
180 Zusätzlich bietet die Veränderung des Energiesektors die Möglichkeit diesen Wirtschaftsbereich
181 geschlechtergerecht umzuwandeln. In den meisten Industrieländern liegt der Frauenanteil in der
182 traditionellen Energiewirtschaft bei etwa 20% aller Beschäftigten, wobei ihr Anteil in
183 Managementpositionen unter 5% liegt. Wir wollen daher u.a. dafür Sorge tragen, dass in den
184 Vorständen, Aufsichtsräten und auch Belegschaften von Energieunternehmen, Stadtwerken und
185 Genossenschaften Frauen und Männer gleich vertreten sind.

186
187 Auch aufgrund der Einkommensunterschiede von Frauen und Männern kann das
188 gesellschaftliche Geschlechterverhältnis Folgen für die möglichen Beiträge von Frauen und
189 Männern zu einer nachhaltigen und erneuerbaren Energieversorgung haben. Dies bedeutet
190 besonders, dass bei finanziellen Instrumenten die unterschiedliche Verfügbarkeit von Geld
191 berücksichtigt werden muss. Die Forderung nach bezahlbarer und ökologischer Energie für alle
192 ist daher nicht nur eine Forderung sozialer Gerechtigkeit, sondern für uns auch eine
193 feministische Positionierung.

194
195 **Das EEG: Eine Weiterentwicklung ist nötig**

196
197 Unser Ziel, die Energieversorgung wieder in staatliche Verantwortung zu überführen hat eine
198 langfristige Perspektive. Da die Liberalisierung des Energiesektors EU-Recht ist, wird es lange
199 brauchen, eine Veränderung herbeizuführen. Die kurzfristige Umsetzungsstrategie der
200 Energiewende muss daher die privatwirtschaftliche Organisation des Energiebereichs
201 akzeptieren. Dabei wollen wir sie aber gleichzeitig so ausgestalten, dass bestehende Oligopole
202 beseitigt werden und die Entwicklung des Energiemarktes einer künftigen Verstaatlichung nicht
203 im Wege steht. Dazu setzen wir insbesondere auf Stadtwerke und Genossenschaften.

204
205 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Einstieg in die Transformation der
206 Energielandschaft in Deutschland ermöglicht. Es löste im Jahr 2000 das
207 Stromeinspeisungsgesetz ab und garantierte erstmalig verlässliche planerische
208 Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Diese
209 Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: zum einen auf der festen Einspeisevergütung
210 für einen festgelegten Zeitraum, sowie kalkulierbarer Degression und zum anderen auf der
211 Abnahmegarantie, der vorrangigen Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien. Durch
212 dieses Anreizsystem wurden MarktteilnehmerInnen dazu motiviert, in erhöhtem Maße in
213 erneuerbare Energien zu investieren, wodurch privates Kapital mobilisiert und an den oligopolen
214 Verhältnissen im deutschen Energiesektor gerüttelt wurde.

215
216 Dies führte zu einer steigenden Nachfrage an Technologien, welche Strom aus
217 erneuerbaren Energien produzierten, als auch in Folge der steigenden Nachfrage zu
218 technischen Weiterentwicklungen und Effizienzsteigerungen der energieproduzierenden
219 Anlagen.

220
221 Wir begrüßen die Intention, energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb von
222 der EEG-Umlage zu befreien. Diese Entwicklung bildete die Grundlage für den massiven
223 Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der
224 Branche, deren Unternehmen im Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten und diese

225 MitarbeiterInnenzahl bis zum Jahr 2011 auf über 380.000 stiegen. In Folge politischer
226 Entscheidungen der früheren schwarz-gelben Bundesregierung, aber auch durch
227 unternehmerische Fehlentscheidungen insbesondere in der Solarbranche sank die Zahl der
228 Arbeitsplätze bis 2013 auf 371.400.

229

230 Infolge des starken Ausbaus haben die Erneuerbaren Energien mittlerweile einen Marktanteil
231 erreicht, der die Marktstrukturen stark verändert hat und die technische Leistungsfähigkeit der
232 bestehenden Stromversorgung ausreizt. Daher war es notwendig, den bisher weitgehend
233 unregelmäßigen Ausbau erneuerbarer Energien stärker auf die Marktintegration zu orientieren und
234 insbesondere Anreize dafür zu setzen, Investitionsentscheidungen unter Beachtung technischer
235 Restriktionen zu treffen. Gleichzeitig muss es auch eine Veränderung der Funktionsweise des
236 Strommarktes geben, der diese Anreize ebenfalls setzen muss.

237

238

239

240 Spätestens bei einer Stromerzeugung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien funktioniert
241 das Grenzkostenmodell des bestehenden Strommarktes nicht mehr; schon jetzt setzt es die
242 falschen Investitionsanreize. Die meisten EE-Anlagen weisen Grenzkosten von Null oder nahe
243 Null auf. Sie führen dadurch derzeit zu einem sinkenden und perspektivisch zu einem
244 Großhandelsstrompreis von Null. Investitionskosten sind dann nicht mehr refinanzierbar. Dieses
245 Problem stellt sich durch die stark gesunkenen Großhandelspreise bereits heute beim
246 bevorstehenden Erneuerungsprozess des deutschen Kraftwerksparks, wo nicht in die für eine
247 künftige regenerative Stromerzeugung verwendbaren Gaskraftwerke (power-to-gas, schnelle
248 An- und Abfahrtsfähigkeit) investiert wird, sondern in unflexible und kaum auf erneuerbare
249 Energien umzurüstende Kohlekraftwerke. Hinzu kommt, dass Standortentscheidungen nicht nach
250 Notwendigkeiten im Stromnetz und Nähe zum Stromverbrauch, sondern fast ausschließlich
251 nach Brennstoffverfügbarkeit und -transportkosten getroffen wird.

252

253

254

255 Diese Entwicklungen treiben gemeinsam mit einer zu geringen Degression der Vergütungssätze
256 die Strompreise für private Haushalte und teilweise auch die Industrie in die Höhe: Die
257 zunehmende Differenz zwischen EEG-Vergütung und Großhandelspreis treibt die EEG-Umlage,
258 die sich aus dieser Differenz berechnet. Die fehlenden Standortanreize und die fehlenden
259 Anreize zur Investition in Technologien, die sich flexibel an den Lastverlauf anpassen können
260 führen zu einem großen Bedarf an Netzaus- und -umbau, der mit erheblichen Kosten verbunden
261 ist, sowie zu einem steigenden Bedarf an Regel- und Ausgleichsenergie. All diese
262 Entwicklungen verursachen hohe Kosten, die auf die EndkundInnen überwälzt werden – ob
263 über die EEG-Umlage, die Netznutzungsgebühren oder auch die tatsächlichen Strompreise.

264

265

266

267 Daher ist es zwingend notwendig, den Strommarkt umzugestalten. Dies bedeutet auch eine
268 Umgestaltung der EEG-Förderung. Grundsätzlich müssen Strommarktdesign und EEG so
269 gestaltet werden, dass sinnvolle Investitionsanreize (örtlich und bei der Orientierung am
270 Lastprofil) gesetzt werden, dass in Speichertechnologien und in für eine hundertprozentige EE-
271 Stromversorgung geeignete Technologien investiert wird und dass die teilweise bestehenden
272 erheblichen Überrenditen bei der EEG-Förderung beseitigt werden. Diese Überrenditen haben
273 dazu geführt, dass das EEG ungewollt auch zu einer Umverteilung von den privaten
274 StromverbraucherInnen hin zu Vermögenden geführt hat, die sich Investitionen in eigene
275 Stromerzeugungsanlagen oder Genossenschaften leisten können.

276

277 Wir fordern, Markttransparenzstellen auszubauen, sowie unsere Kartellbehörden mit
278 weitreichenderen Kompetenzen auszustatten, um die Entwicklung des Wettbewerbs auf den
279 Prüfstand zu stellen. So muss es Kartellbehörden möglich sein, gegenteilige Entwicklungen der
280 Endverbraucherpreise und der Preisentwicklung an der Strompreisbörse EEX in Leipzig zu
281 ahnden und wettbewerbsschädigenden, sittenwidrigen Entwicklungen entgegenzuwirken.

282

283 *Somit wirkt die EEG-Umlage als Umverteilungsmechanismus von Unten nach Oben. Die reine*
284 *Finanzierung der Energiewende über den Strompreis lehnen wir daher ab. Stattdessen wollen*
285 *wir die Einspeisevergütungen möglichst gering halten und wo notwendig durch -über den*

286 *progressiven Steuersatz finanzierte -Investitionsprämien ergänzen, um für eine gleichmäßigere*
287 *und solidarische Lastenverteilung der Energiewende zu sorgen.*

288

289 Eine Weiterentwicklung des EEG ist daher erforderlich. Diese darf jedoch nicht zu einer
290 Verlangsamung der Energiewende führen. Die Ziele der Energiewende und ihre Meilensteine
291 stehen für uns nicht zur Disposition.

292

293 **Unsere Kritik an der EEG-Novelle 2014 (EEG 2.0):**

294

295 Mit der EEG-Novelle hat die große Koalition unter Verantwortung von Sigmar Gabriel
296 grundsätzlich zurecht versucht, die beschriebenen Probleme anzugehen. Die Novelle leidet
297 aber unter zwei wesentlichen Problemen: Zum einen ist sie bisher nicht verbunden mit einer
298 Reform des Strommarktdesigns; nur beides zusammen kann aber tatsächlich zu einer
299 bezahlbareren und zuverlässigen Energieversorgung bei weiterem Ausbau der Erneuerbaren
300 führen. Zum zweiten überzieht die EEG-Novelle den Ansatz einer stärkeren Marktintegration der
301 Erneuerbaren und führt so zu Investitionsunsicherheiten, die den Ausbau der Erneuerbaren
302 hemmen können.

303

304 Dies gilt zum Beispiel für die Pflicht zur Direktvermarktung. Es ist grundsätzlich richtig,
305 BetreiberInnen großer EE-Anlagen in den Strommarkt zu integrieren und dazu zu zwingen,
306 ihren Strom selbst zu verkaufen, statt ihn gegen eine feste Vergütung an die
307 StromnetzbetreiberInnen abzugeben. Die Marktintegration setzt einen Anreiz, bei steuerbaren
308 Anlagen die Produktion vermehrt am Strombedarf auszurichten und so Überproduktion in
309 Schwachlaststunden zu vermeiden; ein ähnlicher Anreiz besteht, wenn (z.B. bei Wind)
310 technische Optimierungen möglich sind, die das nicht steuerbare Produktionsprofil näher an das
311 Lastprofil heranführen; bei regional differenzierten Strommärkten entstünde zusätzlich auch
312 noch ein Anreiz, EE-Anlagen dort zuzubauen, wo auch die Stromnachfrage hoch ist. Auch
313 besteht durch die Direktvermarktung eine bessere Planbarkeit der Stromproduktion, was den
314 Bedarf an Regel- und Ausgleichsenergie reduziert und damit die Kosten für die EndkundInnen
315 senkt.

316

317 Die EE-Novelle hat aber die Grenze, ab der die Pflicht zur Direktvermarktung besteht, viel zu
318 niedrig angesetzt. Sie zwingt damit auch AnlagenbetreiberInnen in die Direktvermarktung, die
319 zur Marktteilnahme kaum fähig sind bzw. für die das gemessen an ihren Umsätzen erhebliche
320 Mehrkosten und Risiken bedeutet. Für diese kleinen AnlagenbetreiberInnen (z.B.
321 BürgerInnengemeinschaften, kleine Stadtwerke) werden damit Investitionen hoch riskant und
322 wahrscheinlich unterbleiben. Ein wesentlicher Treiber der Energiewende wird so ausgeschaltet.
323 Die neue Ausgestaltung des EEG setzt einen Trend hin zu großen AnlagenbetreiberInnen, der
324 die durch den Erfolg des „alten“ EEG ausgelöste Entwicklung zu einer kleinteiligeren
325 Produktionsstruktur und zum Aufbrechen der Oligopole im Strommarkt konterkariert.

326

327 Ähnliches gilt für den sogenannten „atmenden Deckel“, die Festlegung fester Ausbaukorridore.
328 Grundsätzlich ist die Erkenntnis richtig, dass ein stark zunehmender Ausbau bei einer EE-
329 Technologie auf eine Überförderung hindeutet und damit eine Reduzierung der EE-Vergütung
330 für diese Technologie wahrscheinlich sinnvoll ist. Die konkrete Ausgestaltung des „atmenden
331 Deckels“ mit sehr schnell sinkender Vergütung bei Überschreitung des Ausbaukorridors sorgt
332 aber wiederum für eine erhebliche Investitionsunsicherheit, die vor allem für kleinere
333 InvestorInnen kaum zu tragen ist. Auch hier wird daher ein Trend zu größeren EE-Unternehmen
334 gesetzt.

335 Wir sprechen uns daher dafür aus, den „atmenden Deckel“ der Solarenergie jährlich
336 anzupassen und eine Anpassung der Gesamtfördersumme nicht an die produzierte Menge zu
337 koppeln, sondern auch die Produktionskosten zu berücksichtigen. Die Deckelung des Ausbaus
338 von Windenergie on-shore darf nicht dazu führen, dass ein Ausbau von Standorten, die zwar
339 wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig zu küstennahen Standorten sind, aber dennoch
340 kosteneffizient arbeiten, nicht mehr gefördert werden. Wir fordern daher, ein
341 Referenzertragsmodell so auszugestalten, dass die Förderung für weniger wirtschaftliche, aber
342 immer noch effiziente Standorte besser gestellt wird. Wir begrüßen ausdrücklich, dass künftig
343 die Erneuerung alter Windanlagen nicht als Zubau angerechnet wird und fordern diese
344 Regelung langfristig beizubehalten, um einen Anreiz für Investitionen in Effizienzsteigerungen
345 bestehender Anlagen zu schaffen.

346

347 Die EEG-Novelle beinhaltet, nicht zuletzt auf Druck der EU-Kommission, eine Erprobung von
348 Ausschreibungsmodellen. Solche Modelle haben sich bereits in anderen Staaten (u.a. dem
349 Vereinigten Königreich) als untauglich erwiesen, einen Ausbau Erneuerbarer Energien
350 herbeizuführen. Wir lehnen es daher ab, diese Erprobung tatsächlich umzusetzen und fordern
351 stattdessen, auf eine Abkehr der EU-Kommission von den Ausschreibungsmodellen
352 hinzuwirken.

353

354 Seit der Novelle des EEG werden auch Wirtschaftsbetriebe, die sich mit selbst produziertem
355 Strom versorgen (aus konventioneller wie aus erneuerbarer Produktion) mit einer (teilweisen)
356 EEG-Umlage belastet. Dieser Einbezug ist für große Anlagen, insbesondere bei konventioneller
357 Produktion sinnvoll, um Anreize zu vermeiden, bisher dem Netz zur Verfügung stehende
358 Anlagen zum Eigenverbrauch (insbesondere in der Industrie) umzuwidmen, um so die EEG-
359 Umlage zu sparen; dies würde zu einer erheblichen Ungleichbehandlung zwischen
360 Unternehmen mit und ohne eigene Anlagen führen. Die Bagatellgrenze, unterhalb der keine
361 EEG-Umlage verrechnet wird, ist aber viel zu niedrig angesetzt; sie sollte mindestens
362 verdoppelt werden. Damit besteht für Kleinanlagen (in der Regel Erneuerbare) weiter ein
363 sinnvoller Anreiz, nicht die EEG-Vergütung zu beziehen, sondern den produzierten Strom selbst
364 zu verbrauchen; für die EEG-Umlage ist dies mindestens neutral, wenn nicht sogar leicht
365 senkend.

366

367 Die Bereitstellung von Energie ist für uns ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie
368 darf nicht den kapitalistischen Marktmechanismen unterliegen, sondern muss gesellschaftlich
369 undsolidarisch organisiert sein. Mit der Einführung der Umlage für erneuerbare Energien hat die
370 rot grüne Bundesregierung gezeigt, wie wichtig staatliches Handeln für eine erfolgreiche
371 Wirtschaftspolitik ist. Sie hat einen Boom der ökologischen Energieerzeugung ausgelöst.
372 Dadurch hat sich der Strommarkt grundlegend geändert und ermöglicht so die Transformation
373 des gesamten Energiesektors.

374

375 Wir wollen die Oligopole in der Energiewirtschaft aufbrechen, die Öl- und Gaskartelle
376 zerschlagen und eine neue Strommarktordnung etablieren. Unser Anspruch ist eine dezentral
377 und lokale Energieversorgung, in denen regionale Strukturen den nötigen Strombedarf decken
378 und durchintelligente Netze Haushalte und Unternehmen bei Energieproduktion und -verbrauch
379 vernetzt und koordiniert werden. Eine derartige flächendeckende Energieproduktion macht eine
380 zentrale Steuerung und Planung durch einen einzelnen (staatlichen) Akteur kaum möglich bzw.
381 in erster Linie unnötig. Viel mehr brauchen wir eine Marktordnung, die die dezentrale
382 Stromproduktion reguliert, koordiniert und ermöglicht, sowie die nötige Infrastruktur bereitstellt
383 und Anreize für Energieeinsparungen setzt. Die zentralen Strukturen des Energiesektors,
384 insbesondere die Netzinfrastruktur, müssen in staatliche Hand.

385

386 *Unsere Anforderungen sind dabei folgende:*

387

- 388 • *Strom bleibt für Unternehmen und Haushalte bezahlbar. Die Kosten der Energiewende*
389 *werden solidarisch verteilt und Einsparungen in der Stromproduktion an die*
390 *EndkundInnen weitergegeben.*
- 391 • *Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet und große Industrie- und Produktions-*
392 *standorte sind gesichert.*
- 393 • *Die Energieversorgung soll weitestgehend durch die öffentliche Hand erfolgen. Lokale*
394 *Stadtwerke sind für uns die HauptstromanbieterInnen und Contracting-PartnerInnen für*
395 *Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen.*
- 396 • *GenossInnenschaften, BürgerInnenprojekte und kleine PrivatinvestorInnen unterstützen*
397 *mit der Bereitstellung privaten Kapitals den dezentralen Ausbau und die Produktion*
398 *erneuerbarer Energien.*
- 399 • *Investitionen in erneuerbare Energien, Speicher, Netze und regelbare Energie werden*
400 *gestärkt. Die Refinanzierung dieser Anlagen ist sichergestellt.*
- 401 • *Die Förderung von fossilen und nuklearen Kraftwerken ist ausgeschlossen.*

402

403 **Die Strommarktordnung der Zukunft**

404

405 Solange die Stromversorgung privatwirtschaftlich organisiert ist, bewegt sie sich mit
406 Fortschreiten der Energiewende auf ein Dilemma zu: Auf Seite der EndverbraucherInnen ist
407 eine Berechnung je ‚verbrauchter‘ Stromeinheit sinnvoll, um einen Anreiz zu setzen, möglichst

408 wenig Strom zu verbrauchen. Auf der ProduzentInnenseite jedoch ist der Spot- und Terminmarkt
409 nach Grenzkostenprinzip dazu nicht mehr in der Lage: Da die Erneuerbaren in der Regel
410 Grenzkosten von Null aufweisen, stellen sich sehr niedrige Strompreise – langfristig sogar
411 Preise bei Null – ein. Die Investitionen in Produktionsstätten sind so nicht mehr zu refinanzieren,
412 Preissignale gibt es (kaum) noch. Eine Preisbildung in einem reinen Strom-Spotmarkt ist daher
413 nicht mehr möglich, es müssen zusätzliche Instrumente geschaffen werden. Diese werden
414 bereits für den jetzigen Übergangsprozess benötigt, auch um ausreichende Investitionssignale
415 in Speicherkapazitäten zu setzen.

416

417 **Struktur des Strommarktes**

418

419 Wir schlagen einen zweigeteilten Großhandelsmarkt für Strom vor: Einerseits soll es den
420 bisherigen Spot- und Terminmarkt weiterhin geben. Wie bisher auch wird über diesen die
421 gesamte benötigte Energiemenge gehandelt, entweder direkt (Direktvermarktung
422 konventioneller Energieträger oder über das EEG) oder indirekt (Weiterverkauf von EE-Strom
423 über die abnahmeverpflichteten NetzbetreiberInnen). Dieser Markt wird tendenziell an
424 Bedeutung verlieren.

425

426 Neben den bisherigen Großhandelsmarkt soll ein Kapazitätsmarkt treten. In diesem müssen die
427 StromlieferantInnen bzw. EnergieverbraucherInnen, die ihren Strom direkt aus dem Großhandel
428 beziehen, die zur Deckung der Nachfrage vorzuhaltende Kapazität ankaufen (wahrscheinlich
429 getrennt nach Grund-, Mittel- und Spitzenlastbedarf); dabei müssen möglich Produktionsausfälle
430 berücksichtigt werden. Der Kapazitätsmarkt schafft einen zuverlässigen Zahlungsstrom, mit
431 dem InvestorInnen in Stromproduktion oder Speichertechnologien ihre Investitionskosten
432 refinanzieren können. Zu prüfen ist, ob der Regelenenergiemarkt in diesen Kapazitätsmarkt
433 integriert wird oder als eigenständiger dritter Marktbestandteil bestehen bleibt.

434

435 Zu prüfen ist auch, ob zum Setzen von Investitionsanreizen dafür, die Produktion und Verbrauch
436 räumlich enger zusammenzuführen und damit Netzausbau zu vermeiden, der
437 Großhandelsmarkt und der Kapazitätsmarkt in regionale Teilmärkte aufgesplittet werden, die
438 über Market Coupling verbunden sind (und möglichst auch mit den Strommärkten angrenzender
439 Staaten über Market-Coupling verbunden werden, wie dies bereits mit Frankreich der Fall ist
440 und sich vor allem für Nordpool anbietet).

441

442 **Eigentumsverhältnisse**

443

444 Die vier großen Energiekonzerne (RWE, E-On, Vattenfall und EnBW) werden mittelfristig
445 durch den Ausstieg aus Kohle- und Ölverstromung (ähnlich dem Atomausstieg) ihre aktuelle
446 Geschäftsgrundlage verlieren und drängen schon jetzt in die Strukturen eines dezentralen
447 Strommarktes. Wir fordern die Bevorzugung von staatlichen und genoss*innenschaftlichen
448 Modellen. Eine staatliche Übernahme der Kosten für Altlasten, insbesondere beim Atommüll,
449 lehnen wir ab.

450

451 *Für die zentralen Strukturen des Energiesektors drängen wir auf eine stärkere Rolle des*
452 *Staates. Wir wollen die Stromnetze verstaatlichen. Kapitalintensive Investitionen in*
453 *erneuerbare Energien, Speichermöglichkeiten und neue Gasturbinenkraftwerke sollen aus*
454 *staatlicher Hand getätigt bzw. unterstützt werden. Das staatliche Eigentum soll von einem*
455 *staatlichen Unternehmen gebündelt betrieben und instand gehalten werden. Auch die*
456 *Vermittlung zwischen Stromerzeugung und -abnahme wird von einem separaten staatlichen*
457 *Unternehmen übernommen.*

458

459 Jedoch kann und sollte die Energiewende flächendeckend nicht zentral von einem staatlichen
460 Großunternehmen umgesetzt werden. Deshalb muss weiter an der festen Einspeisevergütung
461 von regenerativem Strom für Stadtwerke, BürgerInnenprojekte und PrivatinvestorInnen
462 festgehalten werden. Damit werden das Investitionsrisiko kalkulierbar und eine dezentrale
463 Investition in erneuerbare Energien ermöglicht und gefördert.

464

465 Die Energieversorgung soll weitestgehend aus öffentlicher Hand, durch Stadtwerke und
466 öffentliche Konsortien geschehen. Die Kontrolle und Steuerung liegt bei demokratisch
467 gewählten Gremien und VertreterInnen. Den nötigen Finanzierungsspielraum für Stadtwerke
468 und Kommunen sehen wir in einem Rekommunalisierungsfond und einem bundesweiten Fond

469 zum Ausbau erneuerbarer Projekte und energetischer Sanierungen. Den großen vier
470 Energieoligopolisten muss es hingegen untersagt werden, sich an Stadtwerken zu beteiligen.
471

472 Da die Mitbestimmung bei Energiegenossenschaften und BürgerInnenprojekten an
473 finanzielle Beteiligungen gebunden ist, bleibt ein Großteil der Bevölkerung von ihnen
474 ausgeschlossen. Gleichzeitig bieten sie aber die Chance dezentral und lokal privates Kapital
475 bereitzustellen und alternatives Wirtschaften zu ermöglichen. Hierbei gilt es zu beachten, dass
476 eine solche finanzielle Bürgerinnen- und Bürger-Beteiligung nicht zur Bereicherung
477 finanzstarker Bevölkerungsschichten auf Kosten der finanziell benachteiligten führt. Dies ist
478 unserem Anliegen der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende nicht dienlich.
479 Für eine sozialdemokratische Energiepolitik gilt auch, dass durch diese die Erträge aus der
480 Energieversorgung gerecht verteilt werden. Daher sehen wir in einer Mindestbeteiligung von
481 Kommunen in Höhe einer Sperrminorität eine Möglichkeit, Anschubkapital zu garantieren, die
482 Gründung neuer Genossenschaften und Projekten zu fördern und gleichzeitig die
483 Durchsetzung von Einzelinteressen zu verhindern.

484 485 **Preisstruktur und Netzentgelte** 486

487 Bei den Preisen für Strom-EndverbraucherInnen (und auch für andere Energieformen) soll es
488 grundsätzlich bei der Abrechnung nach Verbrauchseinheiten bleiben. Pauschaltarife setzen
489 keine ausreichenden Anreize, den Energieverbrauch zu minimieren. Es ist aber vorstellbar,
490 Tarife einzuführen, bei denen mit zunehmendem Verbrauch der Preis je Einheit steigt oder bei
491 denen bei Unterschreitung des Vorjahres-Energieverbrauchs (oder anderer Kennwerte) ein Teil
492 der Energiekosten zurückerstattet wird (Bonusmodelle). Dabei ist aber darauf zu achten, dass
493 die unterschiedlichen finanziellen wie technischen Möglichkeiten, den eigenen Stromverbrauch
494 zu reduzieren, berücksichtigt werden (z.B. Abhängigkeit von der Wohnsituation, vom
495 Einkommen abhängige Möglichkeiten zur Beschaffung energieeffizienterer Geräte etc.), so dass
496 keine sozial regressiven Folgewirkungen entstehen.

497
498 Für PrivatkonsumentInnen lehnen wir Tarife, die sich im Tagesverlauf an den Großhandelspreis
499 anpassen, ab. Wir wollen die Vertragsmodalitäten für StromkundInnen neu regeln. Momentan
500 können beispielsweise Haushalte mit geringem Einkommen und ALGII-Bezieherinnen und
501 Bezieher nicht wirksam am Preiswettbewerb der Energieproduzenten teilnehmen, da deren
502 Bonitätsprüfungen zumeist negativ ausfallen. Wir fordern, diese Prüfungen im Strommarkt bei
503 Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen auszusetzen und ggf. Garantien über die
504 Sozialleistungsträger auszugeben. Für einen solchen Tarif müssten umfangreich
505 Verbrauchsdaten erhoben werden, die Rückschlüsse auf den persönlichen Lebensstil zulassen,
506 was unter dem Aspekt des Datenschutzes höchst bedenklich ist. Dagegen zeigen Studien, dass
507 die Energieeinsparung und die Glättung der Lastkurve durch solche Tarife bei Privathaushalten
508 nur gering ausfallen. Für Unternehmen dagegen können solche Tarife einen sinnvollen Anreiz
509 setzen, betriebliche Produktionsprozesse an die Situation des Strommarktes anzupassen.

510
511 Die Entgelte für die Netznutzung, die die StromlieferantInnen oder DirektnutzerInnen für die
512 Nutzung der Infrastruktur bezahlen, werden grundsätzlich beibehalten. Derzeit gibt es allerdings
513 erhebliche regionale Unterschiede bei den Netznutzungsgebühren, die durch die
514 unterschiedliche Versorgungsdichte und den Investitionsbedarf zustande kommen. Wir fordern
515 daher einen Ausgleichsmechanismus, bei dem die von den NetzbetreiberInnen nicht zu
516 beeinflussenden Faktoren ausgeglichen werden, um annähernd einheitliche
517 Netznutzungsentgelte in Deutschland zu schaffen. Weiterhin sind die Netznutzungsentgelte so
518 zu gestalten, dass sie Betrieb, Instandhaltung, Effizienzsteigerung und den weiteren Ausbau der
519 Netze finanzieren. Dabei ist die Preisfestsetzung so vorzunehmen, dass kein Anreiz besteht,
520 durch Vernachlässigung von Instandhaltung Gewinne zu erzielen und die Kosten der
521 unterlassenen Instandhaltung später über höhere Netznutzungsentgelte auf die
522 EndverbraucherInnen zu überwälzen.

523 524 **Energieinfrastruktur zusammen denken** 525

526 Wesentlicher Grundpfeiler für den Erfolg der Energiewende ist eine Infrastruktur, welche die
527 Veränderungen des Energiesektors ermöglicht und unterstützt. Dabei dürfen die
528 unterschiedlichen Energiebedürfnisse wie Strom, Wärme und Mobilität nicht einzeln betrachtet,
529 sondern zusammengedacht werden.

530

531 *Unsere Ziele für eine funktionierende Energieinfrastruktur sind dabei folgende:*

532

533 • *Flächendeckend wollen wir die Versorgung von Haushalten, öffentlichen Einrichtungen,*
534 *kleinen und mittelständischen Betrieben aus erneuerbaren Energien dezentral*
535 *sicherstellen. Intelligente Netze sind dabei ein wesentlicher Bestandteil zur Koordinierung*
536 *und Effizienzsteigerung des Energiebedarfs.*

537 • *Der beste Mix aus erneuerbaren Energien bedenkt die regionalen und ökologischen*
538 *Umstände der Energiegewinnung, des Energietransports und -verbrauchs.*

539 • *Für Industriestandorte und energieintensive Unternehmen müssen die hohen*
540 *Strommengen weiterhin zur Verfügung stehen. Dafür sind Anreize notwendig, in*
541 *zusätzliche Produktionskapazität an Standorten mit hohem Energiebedarf zu investieren.*
542 *Daneben sind – in gegenüber den bisherigen Planungen reduziertem Umfang – auch*
543 *Offshore-Windparks und ein Netzausbau, auch durch Höchstspannungs-*
544 *Gleichstromübertragung („Stromtrassen“), notwendig.*

545 • *Jede eingesparte Energie ist die günstigste und ökologischste Energie: Wir wollen den*
546 *Fokus viel stärker auf Effizienzsteigerungen, energetische Sanierung und Erneuerung*
547 *sowie kurze Netzdistanzen legen.*

548 • *Die Schwankungen in der (lokalen) Stromproduktion und -nachfrage sind durch eine*
549 *sinnvolle Mischung aus flexibler Netzsteuerung und Stromspeicherung auszugleichen.*

550 • *Wir wollen die Vernetzung der europäischen Stromnetze vorantreiben. Damit soll nicht*
551 *ermöglicht werden, vermehrt konventionellen Strom nach Deutschland zu importieren.*

552 *Vielmehr wollen wir damit den Ausgleich zwischen Lastprofilen und Produktionsprofilen*
553 *der Erneuerbaren besser sicherstellen. Das europäische Stromnetz soll bis spätestens*
554 *2050 Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien transportieren.*

555

556 **Intelligente Netze**

557

558 *Der Wandel von zentraler Energieerzeugung hin zu dezentraler Energieproduktion durch*
559 *kleinere Anlagen, erfordert eine deutlich komplexere Struktur. So speisen kleinere*
560 *Erzeugeranlagen im Gegensatz zu großen Kraftwerken auch direkt in das Niederspannungs-*
561 *und Mittelspannungsnetz ein. Zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität, der Laststeuerung und*
562 *der Spannungshaltung wollen wir daher intelligente Netze massiv ausbauen.*

563

564 *Die Energiewende zieht ihre Kraft aus der bestmöglichen Nutzung regionaler Potentiale. Wir*
565 *fordern, sich dabei an der Nachfrage und den wirklichen NutzerInnenbedürfnissen zu*
566 *orientieren, um den effizientesten Weg zur Energieerzeugung, Netzschonung, der Vermeidung*
567 *von Speicheraufwand und des tatsächlich gebrauchten Angebots an Strom und Wärme zu*
568 *beschreiten. Wir wollen regionale Klimaschutzagenturen etablieren, in den beratende und*
569 *beteiligte Fachleute ohne wirtschaftliche Eigeninteressen die dezentralen Technologien in*
570 *intelligenten Netzen empfehlen und mitentwickeln. Auch BürgerInnen- initiativen, wie*
571 *„Bioenergiedörfer“ können Hilfestellung und Unterstützung bei der regionalen Umsetzung*
572 *bieten.*

573

574 *Das Konzept eines intelligenten Stromnetzes, das sogenannte 'Smart Grid', beinhaltet die*
575 *Chance, durch die Analyse und (in)direkte Steuerung des Stromverbrauches über das Internet,*
576 *die Energiewende maßgeblich voranzutreiben. Das Smart Grid ermöglicht es den*
577 *Stromverbrauch teilweise zu verschieben, dadurch können Stromproduktionsspitzen von Wind*
578 *und Solarenergie aufgefangen, somit das Potential der Erneuerbaren Energien voll*
579 *ausgeschöpft und der Bedarf an Reservekraftwerken gesenkt werden. Darüber hinaus ergibt*
580 *sich über die Analyse der Stromverbrauchsdaten die Möglichkeit, energieineffiziente Geräte und*
581 *Vorgänge zu identifizieren und zu ersetzen, sowohl bei der Industrie, als auch bei den*
582 *Verbraucherinnen und Verbrauchern. Damit die Energiewende zum Erfolg wird, darf die*
583 *Unterstützung von Bund und Ländern für 'Smart Grid'-Projekte nicht abreißen, sondern muss*
584 *weiter ausgebaut werden! Des Weiteren macht die Steuerung und Analyse der*
585 *Stromverbrauchsdaten über das Internet einen flächendeckenden Internetausbau, sowie den*
586 *Einsatz intelligenter Stromzähler, sogenannter 'Smart Meter', notwendig. Wir wollen, dass Bund*
587 *und Länder die VerbraucherInnen und Kommunen in diesem Bereich umfassend unterstützen.*
588 *Das Sammeln und Weiterleiten der Stromverbrauchsdaten beinhaltet allerdings erhebliche*
589 *Datenschutzrisiken: Je nach Messgenauigkeit lassen solche Daten nicht nur detaillierte*
590 *Rückschlüsse auf die verwendeten elektronische Geräte, sondern auch auf das Verhalten der*

591 Personen im jeweiligen Haushalt zu. Um einen Missbrauch dieser Daten zu verhindern müssen
592 die aktuellen Datenschutzgesetze auf ihre Wirksamkeit in diesen Bereichen geprüft, sowie
593 verbindliche Datenschutzstandards für das Smart Grid entwickelt und EU-weit umgesetzt
594 werden. Gleichzeitig fordern wir höchste Priorität für Datensicherheit, damit die durch Smart
595 Grids und Smart Home entstehenden Mengen an personenbezogenen Daten nicht in unbefugte
596 Hände gelangen. Die Forschung in diesem Bereich muss weiter unterstützt und ausgebaut
597 werden, auch damit das Smart Grid von der Bevölkerung als Teil der Energiewende akzeptiert
598 und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird.

599

600 Darüber hinaus können energieintensive Unternehmen mit flexibler Produktion (bspw.
601 Aluminiumhütten) ihren Verbrauch an die aktuelle Verfügbarkeit von Strom anpassen. Bei
602 Stromspitzen wird die Produktion gesteigert und bei Stromknappheit gedrosselt. Diese
603 Dienstleistung der Möglichkeit zum Demand-Side-Management (Lastensteuerung) für
604 EnergieversorgerInnen wird entsprechend vergütet.

605

606 **Netzausbau**

607

608 Die Umstellung von der konventionellen auf regenerative Stromerzeugung sorgt für eine
609 veränderte Lokalisierung der Stromproduktion, die wiederum die Netztopographie verändert und
610 damit Investitionen in das Stromnetz zwingend notwendig macht. Unser Ziel, Investitionsanreize
611 so zu setzen, dass möglichst viel der EE-Produktionskapazität an den
612 Verbrauchsschwerpunkten entsteht, wird diesen Netzausbau zwar reduzieren, aber nicht
613 überflüssig machen: Die erheblichen Kostenvorteile, die z.B. die Windproduktion in Nord-
614 gegenüber Süddeutschland aufweist, sollten auch genutzt werden, um die Strompreise
615 bezahlbar zu halten. Daneben können nur eng vermaschte Netze den schnellen Ausgleich der
616 künftig stärker schwankenden Stromproduktion gewährleisten.

617

618 Wir unterstützen daher den deutschland-internen wie auch den europaweiten Ausbau der
619 Stromnetze, auch durch Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung. Dabei ist der Ausbau so
620 zu gestalten, dass die Eingriffe in die Natur möglichst begrenzt bleiben. Daher sprechen wir uns
621 dafür aus, die zusätzlichen ‚Stromtrassen‘ möglichst entlang bestehender Verkehrsstrassen zu
622 führen.

623

624 Die notwendigen Investitionen sollen grundsätzlich über die (künftig staatlichen)
625 NetzbetreiberInnen und damit die Netznutzungsentgelte refinanziert werden. Zusätzlich müssen
626 staatliche Mittel in den Netzausbau fließen, wenn eine Refinanzierung über die
627 Netznutzungsentgelte zu einem zu großen Anstieg der Energiepreise und damit zu
628 unerwünschten sozialen Folgewirkungen führen würde. Dafür ist auch ein europäischer Fonds
629 für die Investition in den transeuropäischen Netzausbau vorzusehen. Die Finanzierung des
630 Netzausbaus über öffentlich-private Partnerschaften oder vergleichbare
631 Finanzierungsstrukturen lehnen wir ab.

632

633 In der Europäischen Kommission gibt es Überlegungen zum Aufbau einer CO₂-
634 Transportinfrastruktur. Strategien der CO₂-Speicherung und des CO₂-Transports tragen jedoch
635 Gefahren von schwer kalkulierbaren Diffusionseffekten in sich, bei denen CO₂ aus den
636 abgeschlossenen Systemen in die Umwelt entweicht. Außerdem bedeutet ein Abfluss
637 finanzieller Mittel zugunsten von Projekten der CO₂-Speicherung und des CO₂-Transports eine
638 direkte Konkurrenz zu Projekten der Energiewende. Eine weitere Förderung der Pläne für eine
639 CO₂-Transportinfrastruktur lehnen wir daher ab. Ziel muss die CO₂-Vermeidung, nicht der CO₂-
640 Abschluss und/oder CO₂-Transport sein.

641

642 **Speichertechnologien**

643

644 Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien ist deutlich volatiler und schwieriger
645 voraussagbar als die bisherige Stromproduktion aus konventionellen Energieträgern. Neben
646 ‚intelligenten‘ Stromnetzen muss daher mit Energiespeichern eine Möglichkeit geschaffen
647 werden, Überschüsse in der Stromproduktion zu speichern und bei einem Nachfrageüberschuss
648 wieder abzugeben. Damit wird die Versorgungssicherheit notwendige Produktionskapazität
649 erheblich reduziert, was Kosten minimiert.

650

651 Als Speicher werden derzeit vor allem Pumpspeicherkraftwerke genutzt, die als einzige

652 Technologie für den Masseneinsatz entwickelt ist. Daneben gibt es andere
653 Speichertechnologien wie Gas-Kompressions-Speicher. Diese bestehenden Technologien sind
654 allerdings mit erheblichen Problemen, bei Pumpspeicherkraftwerken insbesondere mit
655 umfangreichen Eingriffen in die Natur, verbunden. Daher können sie nur in begrenztem Umfang
656 ausgebaut werden. Andererseits bilden Pumpspeicherkraftwerke mit Wirkungsgraden von bis zu
657 80 Prozent und der Fähigkeit zur Schwarzstarttechnik (Anlauf ohne externe Stromzufuhr) einen
658 wichtigen Baustein für die Energiewende und die Versorgungssicherheit. Wir fordern daher, die
659 noch bestehenden, ökologisch verträglichen Möglichkeiten für Pumpspeicherkraftwerke zu
660 nutzen und auch neue Gestaltungsformen (z.B. unterirdische Pumpspeicherkraftwerke in
661 ehemaligen Bergwerken) zu entwickeln.

662

663 Großes Potential sehen wir in der Power-to-Gas-Technologie, bei der mit überschüssigem
664 Strom synthetisches Methan produziert wird, welches später wieder in Strom rückverwandelt
665 werden kann; auch eine Nutzung als Brennstoff für andere Verwendungszwecke
666 (Kraftfahrzeuge, Wärmegewinnung) ist möglich. Ein großer Vorteil von Power-to-gas liegt dabei
667 darin, dass die bestehende Infrastruktur des Gasnetzes für den Transport des synthetischen
668 Gases genutzt werden kann; Power-to-gas bietet daher eine der wenigen Technologien, bei
669 denen ein Transport der gespeicherten Energie zu geringen Kosten möglich ist. Auch die
670 bestehenden Gaskraftwerke können für die Rückverstromung (möglichst unter Einsatz von
671 KWK) genutzt werden.

672

673 **Energieeffizienz und energetische Erneuerung**

674

675 Eine gesparte Kilowattstunde ist die günstigste: Wir wollen Energieeffizienz und
676 Energieeinsparungen unterstützen und fördern. Bis 2020 können so deutschlandweit durch eine
677 Vielzahl von Effizienzmaßnahmen bis zu 68,3 Milliarden Kilowattstunden jährlich
678 eingespart werden, was die jährliche Leistung von ca. 10 Kernkraftwerken entspricht. Weltweit
679 kann bis 2050 laut der Internationalen Energieagentur der Energiebedarf der Welt durch
680 Effizienzsteigerungen bei Transport, Gebäuden und Produktionsverfahren um bis zu 33%
681 gesenkt werden.

682

683 *Wir wollen bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand unter Beachtung der*
684 *Auswirkungen auf die Mieten und den Neubau von Wohnungen. Dazu muss insbesondere der*
685 *Energieverbrauch in den Gebäuden gesenkt werden. Eine Verknüpfung des Strom- mit dem*
686 *Wärmemarkt sorgt für Synergien bei der Nutzung erneuerbarer Energien und*
687 *Effizienzpotentiale anheben.*

688

689 Wir wollen daher regelmäßig die Standards evaluieren und Sparpotentiale im Sinne von
690 Suffizienz (geringer Rohstoff- und Energieverbrauch) nutzen. Dies muss jedoch ganzheitlich
691 gedacht werden und Life-Cycle-Belastungen (Umweltauswirkungen während des gesamten
692 Produktions-, Nutzungs- und Entsorgungsprozesses von Produkten) berücksichtigen. Die
693 bisherige Förderpolitik bewirkt derzeit massive Fehlsteuerungen. Wir fordern diese zu beenden
694 und ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln. Dabei müssen dementsprechend vor allem
695 Produktionsprozesse in der Industrie sowie Heizungssysteme im Vordergrund stehen und dabei
696 auf verpflichtende Wärmeverbrauchsmessgeräte umgerüstet werden. Die Möglichkeit für
697 Privatpersonen, ihren Energieverbrauch zu reduzieren, wird wesentlich von ihrem Einkommen
698 bestimmt: Der Ersatz von Geräten mit hohem Stromverbrauch setzt entsprechendes
699 Einkommen oder Vermögen voraus. Wir wollen daher Möglichkeiten und Zuschussysteme
700 schaffen, die auch BezieherInnen niedriger Einkommen und insbesondere BezieherInnen von
701 Sozialleistungen die Beschaffung energieeffizienterer Geräte ermöglicht. Dies ist so zu
702 gestalten, dass auch unter einer Life-Cycle-Betrachtung die Geräteerneuerung eine
703 Energieeinsparung bedeutet..

704

705 Mit der energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden kann ein wesentlicher
706 Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden. Die derzeitige Sanierungsquote von 1-2
707 Prozent ist dabei jedoch viel zu gering.

708

709 *Zur energetischen Sanierung durch Dämmungen, Erneuerungen technischer Geräte,*
710 *Solarthermie- und Lüftungsanlagen von privaten Gebäuden fordern wir deutliche*
711 *Unterstützung über steuerlich-finanzierte Zuschüsse und günstige öffentliche Darlehen (bspw.*
712 *KfW-Programme). Wir wollen eine jährliche Sanierungsquote von mindestens 2,5% erreichen.*

713 *Der Mietpreis von Wohnungen darf bei einer energetischen Sanierung dabei nicht zu einem*
714 *Anstieg der Bruttomiete führen, um Umverteilungseffekte zu verhindern. Zur Sanierung*
715 *öffentlicher Gebäude soll neben einem Fond für Kommunen auch BürgerInnen Energiespar-*
716 *Contracting-Modelle unterstützt werden.*

717

718 Durch BürgerInnen und kommunal finanzierte Energieeffizienzmaßnahmen im öffentlichen
719 Gebäudebestand können die Energiekosten nachhaltig reduziert, der Gebäudestandard
720 verbessert und finanzielle Mittel für andere wichtige Investitionen liquidiert werden. Damit
721 können Kommunen auch einen Vorbildcharakter zur energetischen Erneuerung einnehmen.

722

723 Die Energiekosten binden in vielen Kommunen einen großen Teil der Haushaltsmittel, die
724 in anderen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Projekten fehlen. Um die Energiekosten
725 nachhaltig zu reduzieren, ist eine energetische Sanierung der öffentlichen Bestandsgebäude
726 notwendig. Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass durch den Einsatz relativ geringer
727 Investitionen hohe Einsparungen erzielt werden können.

728

729 Als eine Art der Finanzierung der Sanierungsinvestitionen schlagen wir ein BürgerInnen-
730 Energiespar-Contracting nach dem Wuppertaler-Modell vor. Hierbei beteiligen sich die
731 BürgerInnen vor Ort mit geringen Summen (ab 50 Euro) an den Aufwendungen für die
732 Sanierung. Die Differenz aus den bisherigen Kosten für Energie und den neuen, reduzierten
733 Energiekosten stellen den Gewinn des Contracting-Modells dar. Dieser Gewinn wird zwischen
734 den BürgerInneninvestorInnen und der Kommune geteilt, indem die Kommune einen etwas
735 höheren Energiepreis als den tatsächlichen an die BürgerInneninvestorInnen zahlt. Der neue
736 Energiepreis ist geringer als der bisherige Energiepreis. Nach Ende der Vertragslaufzeit (z.B.
737 zehn Jahre) gehen alle Anlagen in den Besitz der Kommune.

738

739 Aufklärung über den tatsächlichen Energieverbrauch und über Einsparmöglichkeiten ist ein
740 wichtiger Weg, um den Energieverbrauch zu senken. Wir fordern deshalb, dass Kommunen
741 kostenfreie Energiesparberatungen zur Energiekostensenkung und damit zur
742 Energieeinsparung anbieten und bewerben. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Projekt
743 „Stadt mit Energieeffizienz Stuttgart“.

744

745 Die Steigerung der Energieeffizienz ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die
746 staatlich deutlich stärker unterstützt werden muss und alle Bereiche von Unternehmen, Mobilität,
747 Haushalten und öffentlichen Gebäuden in den Fokus nehmen muss.

748

749 Die Reduzierung des Energieverbrauchs im Gebäudebestand bewegt sich vor allem bei den
750 Wohnungen in Zielkonflikten: Einerseits bieten die Sanierungen ein hohes Potential, den
751 Energieverbrauch von Gebäuden zu reduzieren und damit Energiekosten einzusparen;
752 Investitionen können darüber in vielen Fällen refinanziert werden. Bei Wohnungen setzt dies
753 allerdings ein Umlegen der Investitionskosten auf die Kaltmiete voraus; dem stehen zwar
754 sinkende Nebenkosten gegenüber, je nach vorherigem Energieverbrauch und Fähigkeiten, die
755 neuen technischen Möglichkeiten zur Energieeinsparung auch zu nutzen, können MieterInnen
756 trotzdem stärker belastet werden; dies betrifft vor allem BezieherInnen niedriger Einkommen
757 und von Sozialleistungen (hier insbesondere je nach Umgang mit den Kosten der Unterkunft).
758 Aus diesem Grund müssen die Umlagemöglichkeiten von Modernisierungskosten auf die Miete,
759 die derzeit mit dauerhaft 11 Prozent die MieterInnen belasten, gesenkt und zeitlich begrenzt
760 werden. Staatliche Fördermöglichkeiten können stattdessen beispielsweise über die
761 Wiedereinführung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten erfolgen. Darüber hinaus binden die
762 Investitionen in Energieeinsparungen erhebliche Finanzmittel, die nicht für andere Investitionen
763 – insbesondere auch in den dringend notwendigen Bau neuer Wohnungen – zur Verfügung
764 stehen.

765

766 **Energieträger**

767

768 Nachhaltige Versorgungssicherheit sowie bezahlbare und saubere Energien können langfristig
769 nur auf Grundlage regenerativer Energien garantiert werden. Maßgeblich sind dabei Wind- und
770 Sonnenkraftwerke. Einspar- und Effizienzpotentiale können auf dem Weg zu 100%
771 erneuerbarer Energie zwar in großem Umfang entlastend wirken. Die Notwendigkeit eines
772 Umstiegs auf erneuerbare Energien und ein auf ihre Eigenschaften zugeschnittenes
773 Versorgungssystem bleibt allerdings auch für den Fall erfolgreicher Energieeffizienz- und

774 Einsparmaßnahmen bestehen.

775

776 Photovoltaik & Solarthermie

777 Die auf der Erdoberfläche auftreffende Sonnenenergiemenge ist zehntausendmal höher als der
778 Energiebedarf der gesamten Menschheit. Hier sind die größten Wachstumspotentiale für
779 erneuerbare Energien.

780

781 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Photovoltaik insbesondere bei der Nutzung in und
782 an Gebäuden ein. Für den Einsatz der Photovoltaik in kommunalen Unternehmen und
783 Einrichtungen ist über die Bauleitplanung eine geeignete Ausrichtung und Nutzbarkeit von
784 Dachflächen sicherzustellen, soweit dies nicht erheblich mit anderen städtebaulichen Zielen
785 (z.B. Regulierung des Mikroklimas durch Bäume) kollidiert oder die Stabilität des örtlichen
786 Stromnetzes gefährdet. Der Einsatz von PV-Anlagen auf Freiflächen ist dagegen wegen
787 erheblicher Umwelteingriffe und verhältnismäßig geringer Kosteneffizienz derzeit nicht in
788 großem Umfang sinnvoll.

789

790 Zur Erzeugung von Wärme bilden Solarthermieanlagen auf Dachflächen eine flächendeckende
791 Möglichkeit zur Energie- und Kosteneinsparung im Wärmesektor.

792

793 Windenergie

794 Wir setzen uns insbesondere für den Ausbau der Windkraft an Land ein. Dazu brauchen die
795 einzelnen Kommunen mehr Freiheit bei der Freigabe von Flächen. Die Eingriffe für Menschen
796 (z.B. Schattenwurf) und Tiere (insbesondere von Vögeln) müssen dabei bedacht werden. Über
797 Windkraftanlagen kann die dringend notwendige Dezentralität erreicht werden.
798 Regionale Wertschöpfungsketten sorgen dafür, dass die positive Wirkung der Energiewende vor
799 Ort deutlich wird und schaffen Akzeptanz. Dabei ist es notwendig, durch Landes- und
800 Regionalplanung im Dialog mit den Kommunen die Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen,
801 ohne dass dies dann nachträglich durch die kommunale Planungshoheit unterlaufen werden
802 kann.

803

804 Offshore-Windenergie ist ein überregional bedeutsamer Wachstumsmarkt für Industrie und
805 Forschung geworden, der gleichzeitig die Möglichkeit bietet, große Mengen an Strom zu
806 erzeugen und so einen veritablen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Gerade Industrie- und
807 Produktionsstandorte sind auf diese zusätzliche erneuerbare Energie im Hochspannungsnetz
808 angewiesen. Dafür ist auch der Ausbau von Nord-Süd-Stromtrassen notwendig. Um die
809 Entstehung von Quasi-Oligopolen in der Offshore-Windenergie durch den hohen Innovations-
810 und Finanzierungsbedarf zu verhindern, müssen Konsortien aus dezentralen kommunalen
811 StromanbieterInnen unterstützt werden und die Verteilung von Windparkflächen rigoros
812 gesteuert werden.

813

814 Uns ist bewusst, dass Stromerzeugung immer mit einer Veränderung in die Umwelt einhergeht.
815 Es gilt jedoch, diesen möglichst zu minimieren, um größeren Schaden zu verhindern. Daher
816 muss besonders bei der Planung von Offshore-Windenergieanlagen darauf geachtet werden,
817 dass ein möglichst geringer Einfluss auf die lokale Tierwelt und speziell auf geschützte Tierarten
818 ausgeübt wird.

819

820 Wasserkraft

821 Wasserkraft bleibt gerade in Gebirgs- und Mittelgebirgsregionen eine wichtige Form
822 erneuerbarer Energien, dabei hat für uns die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser aus
823 Talsperren Vorrang vor der Energiegewinnung.

824

825 Wir sprechen uns gegen die Errichtung neuer Staustufen zur Energiegewinnung aus.

826 Kraftwerke an Fließgewässern müssen umweltverträglich sein. An den Küsten der Nordsee
827 ließe sich die Energie der Gezeiten nutzen, doch zurzeit steht dies im Konflikt mit dem Schutz
828 des Weltnaturerbes Wattenmeer. Investitionen in entsprechende Forschung und Entwicklung
829 versprechen jedoch eingriffsarme, naturverträgliche Kraftwerke.

830

831 Biomasse

832 Wir unterstützen die vollständige Ausschöpfung verschleißbarer Rest- und Abfallstoffe (z.B.
833 kleine Gülleanlagen, Abfallvergärungsanlagen) für die Biogasproduktion. Wir legen den Fokus
834 dabei auf die Verwendung von Abfallprodukten, die der Kreislaufwirtschaft nicht auf andere,

835 ressourcenschonende Weise wieder zugeführt werden können. Der Anbau von Biomasse ist
836 naturfreundlich zu gestalten und muss den Nachhaltigkeitsgrundsätzen entsprechen. Die
837 Chancen der Biogasproduktion zur Bereicherung der Agrarlandschaft sollten genutzt werden.
838 Dazu soll bei der Förderung von Biomasse ein weiterer Ausbau des Maisanbaus vermieden und
839 der Zubau auf Reststoffverwertung und naturverträgliche Substrate ausgerichtet werden.
840

841 Wir lehnen eine Verdrängung von Nahrungsmittelanbau zugunsten von Biomasseerzeugung ab.
842 Der Anteil einer Fruchtart soll auf maximal 30% begrenzt werden. Wie fordern,
843 Grünlandumbruch und Gentechnik auszuschließen. In der Zukunft können Biokraftstoffe der 2.
844 und 3. Generation, deren Erzeugung nicht mehr in Konkurrenz zur menschlichen Ernährung
845 steht, eine belastbare Energiequelle werden. Solche können zum Beispiel in schnell
846 wachsenden Algenkulturen oder auch in Wildblumenmischungen liegen, die selbst bei wasser-
847 und nährstoffarmen Böden einen relativ hohen Energieertrag versprechen.
848

849 Zudem dürfen die Energieträger nicht aufgrund monokulturellem Anbaus auf andere Weise
850 negativ in das Ökosystem eingreifen. Dazu sind jedoch weitere Investitionen in die Forschung
851 von Nöten. Wir sind uns bewusst, dass Anbauflächen für Biomasse und Agrarkraftstoffe in den
852 globalen Verteilungskampf um Nahrungsmittel eingreifen. Daher sprechen wir uns für eine
853 globale Begrenzung der Anbauflächen zur Energiegewinnung aus, um die Spirale der
854 Hungersnöte weltweit nicht weiter nach oben zu treiben. Regionale und dezentrale
855 Agrarstoffnetzwerke können in ertragreichen Gebieten, in denen keine Konkurrenz zur
856 Nahrungsmittelproduktion besteht, jedoch vor Ort zur einer unabhängigen Energieversorgung
857 und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.
858

859 Für Biomasse ist ein sektorübergreifendes Instrument zu schaffen, etwa in Form eines
860 Biomasse-Einspeisegesetzes. Hierdurch könnte Bioenergie als begrenzter Energieträger
861 optimiert vornehmlich in dem Sektor verwendet werden, in dem es keine oder kaum Alternativen
862 zu konventionellen Energieträgern gibt. Altanlagen sollen Anreize zur Flexibilisierung und zur
863 Verringerung des Maisanteils erhalten. Neuanlagen sind von Anfang an auf den flexiblen Betrieb
864 auszurichten. Dazu dienen die Flexibilitätsprämien und Vollbenutzungsstundenkontingente.
865 Anderweitige Regelungen und Instrumente für Biomasse (im EEG, EEWärmeG, BiokraftQuG)
866 sind bei Schaffung eines Biomasse-Einspeisegesetzes für Neuanlagen zu streichen.
867

868 Geothermie

869 Wir fordern die Förderung der geothermischen Energiegewinnung sowohl in thermischer als
870 auch elektrischer Hinsicht. Zu unterscheiden sind dafür im Allgemeinen die oberflächennahe
871 und die Tiefengeothermie. Das EEG sollte finanzielle Anreize (bspw. Zuschusszahlung) bieten,
872 dass private ImmobilienbesitzerInnen oberflächennahe Geothermie zur Wärmebereitstellung
873 nutzen. Zudem fordern wir die Förderung von Heiz- und Kältesystem im gewerblichen
874 Bereich (bspw. über Steuerentlastungen oder Förderungen).
875

876 Gerade in der strombetriebenen, oberflächennahen geothermischen Energiebereitstellung
877 mittels Erdwärmesonden sehen wir Potentiale, um in Zeiten erhöhten Stromaufkommens die
878 Netze zu entlasten und günstigen Strom dafür zu nutzen, Wärme für die Haushalte
879 bereitzustellen und über entsprechende Speichereinrichtungen (bspw. isolierte Wassertanks) zu
880 Bedarfszeiten abrufbar zu halten.
881

882 Für den Ausbau der geothermischen Stromerzeugung müssen verlässliche planerische
883 Rahmenbedingungen hergestellt werden. Öffentliche Stellen sollten für die Bohrung und
884 Erprobung eingesetzt und vom Bund entsprechend finanziert werden. Dazu soll den bisher in
885 diesem Bereich privat tätigen Firmen ein Angebot zur Mitarbeit unterbreitet und so ihr Know-
886 How für staatliches Handeln nutzbar gemacht werden. Entsprechende Forschungseinrichtungen
887 wollen wir fördern.
888

889 Konventionelle Energieträger

890 Braun- und Steinkohle sind die Energieträger mit dem höchsten CO₂-Ausstoß und damit ein
891 wesentlicher Verursacher des Klimawandels. Wir lehnen daher die Kohleverstromung und
892 den großflächigen Abbau ab. Bis 2035 wollen wir den vollkommenen Ausstieg aus der
893 Kohleverstromung umsetzen, wobei ältere Kohlekraftwerke mit veralteter Filtertechnologie
894 und geringeren Wirkungsgraden frühzeitig vom Netz genommen werden müssen. Durch einen
895 Sockelbergbau wollen wir die sichere und umweltverträgliche Versorgung mit Koks- und Anthrazit zur

896 Stahlverhüttung, sowie Forschungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten. Kernkraftwerke sind
897 wegen der bisher ungelösten Frage der Endlagerung der Brennstäbe und der zahlreichen
898 Zwischenfälle keine Option für irgendeine Form der Energiewende. Daher sollen die Kraftwerke
899 in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Ausstieg 2022 abgeschaltet
900 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass europa- und weltweit kein Neubau von Kernkraftwerken
901 stattfindet. Erdöl und Erdgas sind nur begrenzt vorhanden und deshalb nur mittelfristig von
902 Nutzen (Peak Oil). Die Forschung an Erdgasspeichern für die Speichertechnologie power-to-gas
903 wollen wir fördern, um auch kurz- und mittelfristig Energiespeicher auszubauen. Die zusätzliche
904 Erdgasförderung durch unkonventionellen Zugang in Gesteinsschichten (Fracking) ist für uns
905 keine Option.

906

907

908 **Wärme konsequent mitdenken.**

909

910 Die Energiewende beschränkt sich nicht auf die Stromerzeugung. Auch die Wärmeengewinnung
911 muss eine zentrale Rolle spielen. Der Wärmebedarf in Deutschland ist, in Kilowattstunden
912 gemessen, doppelt so hoch wie der Strombedarf und benötigt ca. 40% des Energieverbrauchs.
913 1/3 der deutschlandweiten CO₂-Emissionen entstehen im Gebäudebereich. Doch auch hier gibt
914 es keine Standardlösung. Standortbezogen müssen die jeweiligen Lösungsmöglichkeiten nach
915 lokalen Gegebenheiten abgewogen und nach höchstmöglicher Effizienz realisiert werden.

916

917 *Wir fordern den Ausbau von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die sowohl kleinteilig,
918 in virtuellen Kraftwerken und in der Industrie den Strom- und Wärmebedarf bei deutlich
919 geringeren Schadstoffemissionen decken. Unser Ziel ist es einen möglichst geringen Anteil
920 herkömmlicher Energieträger zu nutzen. Öl- und Kohlenheizungen wollen wir mittelfristig
921 vermeiden.*

922

923 Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen haben ein enormes Potential, das genutzt werden
924 muss und zu einer massiven Steigerung der Nutzungsgrade führen wird. Dementsprechend
925 muss Schluss sein mit den Fehlanreizen, in denen EEG gegen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
926 ausgespielt wird. Der auf diesem Weg erzeugte Strom sollte möglichst auch lokal verbraucht
927 werden um Netzstrukturen zu schonen. KWK-Anlagen sind darüber hinaus in größeren
928 Maßstäben auch Fernwärme-gesegnet und in Form von Blockheizkraftwerken mittels Nahwärme
929 (bspw. Gas, Pellets) exakt bedarfsorientiert und steuerbar. KWK-Anlagen sollen dabei so
930 gestaltet werden, dass die gewonnene Wärme gespeichert werden kann, um diese Anlagen
931 auch stromgeführt betreiben zu können.

932 Der energieeffiziente Betrieb von KWK-Anlagen setzt eine Mindestabnahme der gewonnenen
933 Wärme voraus. Daher muss in der Bauleitplanung die Möglichkeit geschaffen werden,
934 Anschlusspflicht an eine angebotene Nahwärmeversorgung vorzusehen und in diesem Fall
935 auch den Einbau von Solarthermie-Anlagen oder nachträgliche Wärmedämmung
936 auszuschließen. Dies kollidiert zwar mit individuellen Vorstellungen von energiesparendem
937 Verhalten, ist aber mit Blick auf einen möglichst niedrigen Gesamtenergieverbrauch notwendig.

938

939 Wir befürworten KWK-Contracting Modelle, da durch diese die Vorteile effizienter, nachhaltig
940 gewonnener Energien direkt an die VerbraucherInnen gegeben wird. Zudem gewährleistet
941 Contracting, dass Teilhabe an den Gewinnen der Energiewende auch denen gewährt wird,
942 die nicht zu dem reichsten Teil der Gesellschaft gehören oder eine übermäßige Fachexpertise
943 auf dem Gebiet haben.

944

945 Um die Erzeugung in gasbetriebenen KWK-Anlagen nicht nur effizient und netzentlastend,
946 sondern auch nachhaltig zu gestalten, muss verstärkt biologischer Abfall als Rohstoff zur
947 Gaserzeugung genutzt werden. Dieser Prozess bietet vor allem die Möglichkeit zur Einbindung
948 kommunaler Ebenen in die Energiewende, die häufig an den lokalen Abfallwirtschaftsbetrieben
949 beteiligt sind.

950

951 Die steuerliche Benachteiligung von kleinen Erzeugungsanlagen, die Teil von virtuellen
952 Kraftwerken sind, gegenüber Kleinanlagen, die isoliert für sich betrieben werden, müssen
953 beendet werden. Das Gesamtziel sollte ein insgesamt bedarfsorientiertes intelligentes Netz sein,
954 in dem auch Wärme entsprechend berücksichtigt wird. Dafür müssen Anreize und zentrale
955 Steuerungen gegeben werden, die das Ausgleichspotential von KWK-Technologie nutzbar
956 machen. Der Anreiz muss dabei mindestens dem monetären Effizienzverlust entsprechen, der

957 durch nur partiellen Einsatz generiert wird.

958

959 Die Produktion von Wärme aus Strom außerhalb von Spitzenerzeugungszeiten lehnen wir ab.
960 Selbst bei erneuerbaren Stromerzeugungspotentialen muss eine Ressourceneffizienz und CO₂
961 Lifecycleanalyse den Ausschlag zur Ausbaumaßnahme liefern.

962

963 Neben KWK-Anlagen fordern wir mehr Unterstützung für Wärmepumpen, geothermischer
964 Energiegewinnung und thermische Solarkollektoren.

965

966 *Zur Förderung nachhaltiger Wärmeerzeugung fordern wir die konsequente Umsetzung des*
967 *Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes (EEWärmeG), welches den flächendeckenden Ausbau*
968 *von effizienten und umweltschonenden Anlagen massiv unterstützen soll. Dabei gilt es die*
969 *Unterstützung für energetische Erneuerung und Sanierung durchweg mitzudenken. Nur die*
970 *konsequente und gemeinsame Umsetzung von Sanierung und Förderung neuer Anlagen,*
971 *macht die Energiewende im Wärmesektor und einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand*
972 *bis 2050 möglich.*

973

974 **Klimafreundlicher und integrierter Verkehr**

975

976 Der Verkehrssektor verantwortet derzeit einen Anteil von 20% der energiebedingten
977 Treibhausgasemissionen. Im Vergleich zu anderen Sektoren wurden im Verkehrsbereich die
978 Emissionen nur unterdurchschnittlich verringert. So sank der Ausstoß zwischen 1990 und 2012
979 um lediglich 5,5%. Berücksichtigt man den von Deutschland aus beginnenden Luft- und
980 Seeverkehr in den Berechnungen, stiegen die Emissionen gar um 2,5%. Mit einem Anteil von
981 über 40% der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen sind PKW derzeit eine wesentliche
982 Emissionsquelle. Erzielte Effizienzsteigerungen bei den Antriebstechnologien der Fahrzeuge,
983 wurden in den vergangenen Jahren durch den Anstieg der Verkehrsleistungen (insbesondere
984 Güterverkehr), nahezu kompensiert. Es existiert im Verkehr eine vollständige Abhängigkeit von
985 fossilen klimaschädlichen Energieträgern (über 90%).

986

987 *Wir fordern die deutliche Steigerung von regenerativen Antrieben und die Ausschöpfung der*
988 *Potenziale der Verkehrsvermeidung. und die Stärkung des Umweltverbunds. Der*
989 *Verkehrssektor muss ganzheitlich in die Strukturen und Ziele der Energiewende eingebunden*
990 *werden. Neben den gesetzlichen Steuerungsmöglichkeiten fordern wir deutlich stärkere*
991 *Effizienzziele und Forschungsschwerpunkt bei den ProduzentInnen von Verkehrsträgern*
992 *insbesondere in der Automobilindustrie.*

993

994 **Paradigmenwechsel der deutschen Verkehrspolitik**

995

996 Im Jahre 2013 wurden 71% des Güterverkehrs und 80% des motorisierten Individualverkehrs
997 auf der Straße geleistet. Soll der Verkehrssektor zukünftig einen stärkeren Beitrag zur
998 Energiewende leisten, bedarf es hier eines Paradigmenwechsels hin zu umweltfreundlichen
999 Verkehrsträgern.

1000

1001 *Zur Implementierung eines innovativen und klimafreundlichen Verkehrssektors bedarf es vor*
1002 *allem eine Verlagerung auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Schiff. Unser*
1003 *Ziel ist ein Wechsel von mehrheitlichen Individual- zu einem öffentlichen Verkehr. Dabei ist die*
1004 *Bahn und der regionale ÖPNV elementarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.*
1005 *Privatisierungen der Bahn und/oder des Schienennetzes lehnen wir ab.*

1006

1007 Eine attraktive und soziale Bus- und Bahnpreisgestaltung, sowie ein flächendeckendes Angebot
1008 ist die Basis von Individualverkehrsvermeidung. Direkte Konkurrenz zur Bahn darf keine
1009 überproportional staatlichen Vorteile genießen. Daher fordern wir die Umsetzung einer
1010 Kerosinbesteuerung auf Flugreisen und das Ende der steuerlichen Absetzbarkeit von
1011 Fahrzeugen mit mehr als 120 g/km CO₂-Ausstoß. Dieser Wert muss dabei je nach
1012 technologischem Fortschritt in den kommenden Jahren weiter gesenkt werden.

1013

1014 Der massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radwegenetzes zur
1015 Stärkung des Umweltverbundes kann nicht alleine über die Kommunen finanziert werden. Wir
1016 fordern daher die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes über 2017/2019
1017 hinaus. Dabei müssen die Mittel deutlich erhöht, Erhaltungsinvestitionen mitaufgenommen und

1018 die Förderkriterien so angepasst werden, dass auch finanzschwächere Kommunen Investitionen
1019 in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur – vor allem auch schienengebunden – tragen können.
1020 Auch für den Ausbau des Radwegenetzes, auch zwischen Kommunen, sind ausreichende
1021 Fördermittel vorzusehen. Dagegen sollen die Fördermittel für Straßenbau außerhalb ländlicher
1022 Regionen und außer für Lärmschutzmaßnahmen zurückgeführt werden. Eine zukünftige
1023 Minderungsoption der CO₂-Emissionen von PKW liegt in der Elektrifizierung des Antriebs mit
1024 einem Einsatz von erneuerbaren Energien. Die Entwicklung von Carsharing-Modellen wollen wir
1025 weiter unterstützen.

1026
1027 Gleichzeitig soll die öffentliche Hand als „Early Adoptier“ für ausgereifte
1028 Nischentechnologien fungieren. Mit staatlicher Beschaffungspolitik kann der Einstieg von
1029 umweltfreundlichen Fahrzeugen (bspw. Wasserstoff-Brennstoffzellen-betriebene PKW) zur
1030 Marktdurchdringung bereitet werden. Rein batteriebasierte Elektrofahrzeuge haben zurzeit vor
1031 allem in der Kurzstreckenmobilität ein hohes Potential, dass jedoch auf Basis der Life Cycle
1032 Emissionen bewertet werden muss. Hier kommen sowohl die Stärken der Antriebstechnologie
1033 und die hohen CO₂-Einsparungen (bei Nutzung regenerativen Stroms) im Vergleich zu
1034 herkömmlichen Antrieben zur Geltung. Da 90% aller Fahrten kürzer als 50 km sind, besteht
1035 schon heute eine hohe NutzerInnenaffinität. Im begrenzten Rahmen können Elektrofahrzeuge
1036 mit der richtigen Batterietechnik einen Beitrag zum Demand-Side-Management leisten.

1037
1038 *Neben dem Personenverkehr legen wir den Fokus auf den Umstieg des Güterverkehrs zu*
1039 *Gunsten von Schiene und Schiff. Dabei wollen wir Güterverkehr durch lokale*
1040 *Produktionskreisläufe möglichst vermeiden und den Anteil der Schiene am Gütertransport bis*
1041 *2050 mindestens verdoppeln. Aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens treten wir dafür ein,*
1042 *die auf der Schiene abgewinkelte Transportleistung von aktuell 112 Mrd. Tkm um deutlich mehr*
1043 *als 100 Prozent zu steigern. In der Binnenschifffahrt sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts*
1044 *zudem Kapazitätssteigerungen von mehr als einem Viertel (verglichen mit dem heutigen Wert)*
1045 *erfolgen.*

1046
1047 Die zukünftigen Bundesverkehrswegepläne setzen diese formulierten Prioritäten durch
1048 gezielte Investitionserweiterungen um. Es gilt hierbei das Bestandsnetz vornehmlich zu fördern
1049 und eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

1050
1051 Die Wende hin zu einem klimafreundlichen Verkehrssektor bietet nicht nur mehr Lebensqualität
1052 in den Städten, weniger Emission und Lärm, sondern sie bietet außerdem die Chance, neue
1053 Technologiefelder zu erschließen. Ein Zögern, ein Verzögern oder eine stückhafte Umsetzung
1054 der Energiewende im Verkehrssektor gefährdet die erfolgreiche Umsetzung der
1055 ganzheitlichen Energiewende. Deutschlands Rolle unter den Vorreitern wäre bei einem
1056 halbherzigen Angehen bedroht und würde langfristig zum Verlust von Innovationskraft und
1057 Arbeitsplätzen führen.

1058
1059 **Zugang zur Natur - ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis**
1060

1061 Wir begreifen Natur und Gesellschaft nicht als stofflichen und begrifflichen Gegensatz, ihre
1062 Beziehung ist für uns ein gesellschaftliches Naturverhältnis. Die Natur existiert zwar als
1063 stoffliche Umwelt, wurde und wird aber durch den Menschen jeweils konkret-historisch
1064 angeeignet und umgestaltet, wobei Produktions- und Konsumprozesse diesen Prozess
1065 strukturieren und kollektivesoziale Wahrnehmungen ihn ausdeuten.

1066
1067 Wer darüber entscheidet wie, zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen Natur verbraucht
1068 und reproduziert wird, ist eine Frage von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und daher
1069 eine zentrale Machtfrage. Vor allem vor dem Hintergrund der Begrenztheit der Rohstoffe und
1070 "Deponien", welche den ökologischen Rahmen unserer Produktionsfähigkeit bilden, müssen
1071 diese Herrschaftsverhältnisse aufgebrochen werden. Der Verbrauch und die Mittel zur
1072 Reproduktion der Natur dürfen nicht mehr nur an das Gewinnstreben einiger Weniger gebunden
1073 sein.

1074
1075 Aktuell lässt sich eine zunehmende Verknappung zentraler fossiler Ressourcen beobachten. So
1076 ist zum Beispiel das Produktionsmaximum leicht verfügbaren Öls erreicht, was unsere fossil
1077 geprägte Gesellschaft massiv verändern wird. Die globalen und vor allem regionalen Engpässe
1078 werden zwangsläufig zu Preissteigerungen führen und globale sowie innergesellschaftliche

1079 Verteilungs- und Substitutionseffekte (Ersetzung durch andere Rohstoffe oder neue
1080 Technologien) erzeugen.

1081

1082 Wir müssen den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für alle gewährleisten und den
1083 kommenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen, um neben einer sauberen
1084 Umwelt auch genügend Rohstoffvorkommen zu hinterlassen, um Konflikte in der Zukunft zu
1085 vermeiden.

1086

1087 Doch um dies zu erreichen muss Wirtschaften neu definiert werden und in Gesellschaft und
1088 Natur eingebettet werden. Dazu bedarf es der Überwindung vom kapitalistischen
1089 Wirtschaftssystem.

1090

1091 **Fracking ist keine Lösung**

1092

1093 Will man kurzfristig negative Verteilungseffekte durch Rohstoffknappheit bremsen, so scheint
1094 erstmalig die Optionen der "unkonventionellen" Förderung dieser Rohstoffe eine Möglichkeit.
1095 Eine Technologie in diesem Zusammenhang ist das Hydraulic Fracturing. Dabei wird ein
1096 Gemisch aus Chemikalien und Wasser unter Hochdruck in Bohrlöcher gepresst um Erdgas zu
1097 fördern. Das Erdgestein wird zersetzt (gefrackt) und das Gas, welches sich unter diesem
1098 Gestein befindet, wird frei und zusammen mit dem mit Chemikalien versetzten Wasser
1099 abgepumpt. Da im Gestein weitere Risse entstehen, kann das Gas auch in das Grundwasser
1100 gelangen.

1101

1102 Weil die Mengen der Chemikalien unter der Grenze des Bergrechts liegen, ist in Deutschland
1103 keine Umweltverträglichkeitsprüfung für Fracking nötig. Grund dafür ist das veraltete
1104 Bergrecht, dessen Änderung längst überfällig ist. Gegenwärtig bleibt Fracking nur in
1105 Trinkwasserschutzgebieten verboten.

1106

1107 Auch das sogenannte „Clean Fracking“, bei welchem mehrheitlich wasserlösliche Stoffe mit
1108 dem Wasser vermischt werden und das Wasser anschließend recycelt werden soll, ist für uns
1109 keine Alternative um Erdgas zu fördern. Nach der Filterung bleiben beispielsweise
1110 Quecksilber, Radium-226 aber auch krebserregende Kohlenwasserstoffe und weitere
1111 gesundheitsgefährdende Chemikalien beim Herauspumpen auf der Bodenoberfläche. Der
1112 Boden und auch das Grundwasser werden kontaminiert und damit nachhaltig geschädigt.

1113

1114 *Wir wollen keine Investitionen in unkonventionelle Fördertechnologien zur kurzfristigen (10*
1115 *Jahre) nationalen Rohstoffunabhängigkeit, welche die Energiewende und Effizienzsteigerung*
1116 *hinauszögern. Wir fordern ein komplettes Verbot von Fracking zur Erdgasförderung.*

1117

1118 **Keine Verdrängung von Nahrungsmittelanbau**

1119

1120 Eine andere Möglichkeit negative Verteilungseffekte abzufedern stellt die Substitution durch
1121 andere fossile und nicht-fossile (Treib-)Stoffe dar. Durch den Anbau von Agrarkraftstoffen und
1122 deren Subvention wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst und
1123 verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich -zusätzlich zu den derzeitigen
1124 Spekulationen mit Nahrungsmitteln -der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich und trägt zu
1125 deren Verknappung bei.

1126

1127 Wenn nur noch auf Flächen angebaut werden darf, auf denen keine Nahrungsmittel oder
1128 bedrohte Pflanzenarten wachsen (bspw. Algen und Wildblumenmischungen) wird dieser
1129 Zusammenhang von Agrarkraftstoffanbau und Hungersnöten zerschlagen. So ließen sich
1130 dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den
1131 Treibstoffhaushalt sorgen. In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und
1132 Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

1133

1134 *Wir fordern ein Verbot des Anbaus von Nutzpflanzen für Agrarkraftstoffe an Standorten, wo*
1135 *Nahrungsmittel wachsen, bedrohte Pflanzenarten existieren und die regionale Flora und Fauna*
1136 *bedroht wird. Die Forschung an Biokraftstoffen der 2. und 3. Generation wollen wir weiter*
1137 *fördern.*

1138

1139 **Umwelt schützen**

1140
1141 Neben der Ressourcenverknappung liegt ein Hauptproblem in der Erschöpfung der
1142 Tragfähigkeit der natürlichen Senken (Atmosphäre, Böden, Ozeane). Der Klimawandel, der
1143 Verlust an Biodiversität, die Übersäuerung der Meere und Stickstoffüberschüsse der Böden
1144 gefährden die Erdsystemprozesse und verändern sie dauerhaft. Die Reproduktionsfähigkeit des
1145 Erdsystems ist in bestimmten Dimensionen bereits heute irreversibel geschädigt. Die
1146 Energiewende muss dieser weiteren Belastung der Umwelt so weit wie möglich
1147 entgegenwirken.

1148
1149 **Atommüll**
1150 Mit dem Endlagersuchgesetz wurde faktisch ein nationales Konzept der unumkehrbaren, nicht-
1151 rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle beschlossen, welches suggeriert, dass die
1152 Atommüllfrage gelöst sei und dass es einen sicheren Verwahrort für Atommüll gäbe. In
1153 Wirklichkeit geht es jedoch nur um die Frage, welcher Standort am wenigsten ungeeignet ist.

1154
1155
1156 *Die Endlagerung von Atommüll ist für uns keine Lösung. Vielmehr ergibt sich die Notwendigkeit*
1157 *eine Rückholung und Überwachung des Atommülls zukünftig zu gewährleisten.*

1158
1159 Nur so kann über die 40.000 Generationen, die von der Lagerung des Atommülls betroffen
1160 sein werden, dass Wissen über Atommüll und dessen Gefahren erhalten und Risiken (bspw.
1161 Wassereintrüben wie im Salzstollen ASSE II) vorgebeugt werden. Die Gefahr einer
1162 radioaktiven oder toxischen Verseuchung kann jedoch nie ganz ausgeschlossen werden,
1163 sodass immer berücksichtigt werden sollte, dass radioaktive oder toxische Abfälle mit dem
1164 Grundwasser in Berührung kommen könnten.

1165
1166 **CO₂-Abscheidung, Speicherung und Recycling**
1167 Alle Mechanismen, mit denen CO₂ recycelt werden kann, können nur kurzfristige Verbesserungen
1168 der Emissionsabgabe schaffen und dürfen nicht von der vorrangigen Aufgabe der Vermeidung
1169 ablenken.

1170
1171 *Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) lehnen wir ab. Sie trägt weder zur Reduzierung*
1172 *der Erzeugung von CO₂ bei, noch ist ein dauerhafter und sicherer Entzug aus der Atmosphäre*
1173 *gewährleistet.*

1174
1175 Auch rechtlich mögliche Forschungs- und Demonstrationsanlagen dürfen nicht errichtet oder
1176 gefördert werden. Auf europäischer Ebene soll auf ein entsprechendes Verbot und die
1177 Änderung des gegenwärtigen Kurses, der mit der RL 2009/31/EG über die geologische
1178 Speicherung von Kohlendioxid eingeschlagen wurde, hingewirkt werden. Die abgebrochenen
1179 Pilotprojekte (bspw. Schwarze Pumpe in Brandenburg) zeigen, dass in CCS kein sicheres,
1180 zukunftsfähiges (geschweige denn wirtschaftliches) Verfahren zu sehen ist.

1181
1182 Auch CCR, die Abscheidung und das Recycling von CO₂ (Wieder- und Weiterverwendung von
1183 Kohlenstoffdioxid) führt nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur
1184 Energiegewinnung, sondern verringert bestenfalls die Emission von CO₂ in die Atmosphäre und
1185 Verschleiern somit die Folgen fossiler Energieträger.

1186
1187 *Wir lehnen die Verwendung von CCR ab.*

1188
1189
1190 **Zertifikatshandel reformieren**
1191
1192 Statt Scheinlösungen zum Umgang mit CO₂ wollen wir Anreize zur Vermeidung von CO₂
1193 setzen und dazu auch marktorientierte Instrumente nutzen. Der Handel mit
1194 Emissionszertifikaten ist ein im Grunde funktionstüchtiges Mittel. Dies funktioniert jedoch nur,
1195 wenn die Zertifikate am Markt einengewissen Mindestpreis haben, Einsparbemühungen in der
1196 Vergangenheit nur zu einem bestimmten Teil und für einen bestimmten Zeitraum angerechnet
1197 werden und die Zertifikate angemessen verknappt werden. Nur auf diese Weise werden die
1198 Unternehmen dazu animiert, eigene Einsparbemühungen vorzunehmen die den CO₂-Ausstoß
1199 zu verringern.

1200

1201 Wir fordern einen CO2-Zertifikatehandel mit einer wirksamen Verknappung und Verteuerung
1202 der Zertifikate. Neben CO2 wollen wir europaweit und global auch weitere klimaschädliche
1203 Gase (z.B. Methan, Lachgas) in den Zertifikatshandel mit einbeziehen und den
1204 Anwendungsbereich auf weitere Bereiche (bspw. Güterverkehr) ausweiten.

1205

1206 Die ersten Schritte zur Einbeziehung des Flugverkehrs sind begrüßenswert und auszubauen.
1207 Zudem sollen die globalen Perspektiven des Emissionszertifikatehandels erweitert werden.
1208 Dabei wollen wir eine Ausweitung über die europäischen Grenzen hinweg und/oder
1209 Kooperationen mit anderen bereits bestehenden Handelssystemen (bspw. in China) anstreben.
1210 Die Bedeutung der etablierten flexiblen Mechanismen im Sinne des Kyoto-Protokolls,
1211 insbesondere der Clean Development Mechanisms (CDM) und Joint Implementations (JI) muss
1212 dabei hinsichtlich ihrer Bedeutung zur Förderung von Energieeffizienztechnologien und
1213 indirekter Hilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern betrachtet werden, und sollte deshalb
1214 ausgebaut und gestärkt werden.

1215

1216 **Energiewende endlich gestalten**

1217

1218 Der Klimawandel wird die größte weltweite Herausforderung unserer Generation. Wir wollen
1219 mit einer ambitionierten und zielgerichteten Energiewende dessen Auswirkungen auf Menschen,
1220 Tiere und Natur reduzieren. Dabei hängt der Erfolg des Einschreitens von einem solidarischen
1221 und abgestimmten globalen Vorgehen ab. Wir setzen uns mit unseren sozialistischen
1222 PartnerInnenorganisationen für eine stringente Klimarahmenkonvention bei der Klimakonferenz
1223 2015 in Paris und für verschiedene Programme zur Europa- und weltweiten Energiewende ein.

1224

1225 Wir wollen die Veränderungen im Energiesektor nutzen um eine Transformation des
1226 Wirtschaftens zu ermöglichen und die öffentliche Daseinsvorsorge zurück in öffentliche
1227 demokratische Hand zu führen. Eine sozial gerechte Energiewende werden wir nur schaffen,
1228 wenn wir die Energieversorgung von der Kapitalakkumulation und wirtschaftlichen
1229 Einzelinteressen trennen. Für ein gutes linkes Leben gehen bei uns der Schutz der Umwelt, die
1230 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und gesellschaftlicher Wohlstand Hand in Hand.
1231 Das ist unser Anspruch an eine sozialistische Energiewende.

1232

1233

1234

1235

1236

1237

1238

1239

1240

1241

1242

1243

1244

1245

1246

1247

1248

1249

1250

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

Titel Ein Ende des Plastikwahns

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Ein Ende des Plastikwahns

1 Durch die übermäßige Produktion von Plastik verschmutzen die Menschen nicht nur Ozeane
2 und Wälder. Zunehmend vergiften wir damit unseren eigenen Körper. Denn Studien zeigen,
3 dass Kleinstmengen sich im menschlichen Körper absetzen. Dies geschieht sehr schnell durch
4 den ständigen Kontakt mit Plastikerzeugnissen. Auch Lebensmittel und Getränke in PET-
5 Flaschen weisen schnell eine Belastung auf. Der Mensch kann momentan diese Menge an
6 Plastik im Organismus noch ertragen. Anders sieht es zum Beispiel bei Fischen aus, die daran
7 zu Tausenden verenden. Sie werden vergiftet durch die verseuchte Nahrung die sie zu sich
8 nehmen und durch das Wasser, in dem sie leben.

9
10 Das ist ein unhaltbarer Zustand dem endlich entschlossen entgegen gegangen werden muss.

11
12 Daher fordern wir:

13
14 1. Ein Verbot für Plastiktüten im Einzelhandel!

15 2. Ein Verbot von Einwegpfandflaschen! Wir müssen wieder Alternativen ins Auge fassen
16 und diese Ressourcen besser verwenden als von der Wasserflasche zum Textil.

17 3. Ein Verbot von doppelt und dreifach Verpackungen im Handel!

18
19 Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf zu prüfen, ob im Einzelhandel auf Plastik
20 komplett verzichtet werden kann.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP, CETA und TISA stoppen!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag und SPD-Abgeordnete in Bundestag und Europaparlament

Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP, CETA und TISA stoppen!

- 1 Mit den gerade stattfindenden Verhandlungen rund um eine Reihe neuer
- 2 Freihandelsabkommen, namentlich dem TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)
- 3 mit den USA, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada und dem
- 4 plurilateralen TISA (Trade in Service Agreement), rückt die Debatte um Freihandel, nach den
- 5 großen Diskussionen in den 90er und 2000er Jahren rund um das GATT- (General Agreement
- 6 on Tariffs and Trade) und das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services),
- 7 erneut auf die politische Tagesordnung.
- 8
- 9 Wir Jusos wollen eine Wirtschaftsordnung, die durch faire Handelsbedingungen einen Beitrag
- 10 zur Einhegung internationaler Konflikte leistet, Frieden und Freiheit befördert, soziale
- 11 Entwicklungen anstößt sowie das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Weltregionen
- 12 unterstützt und somit einen Beitrag zur Solidarisierung der Menschen leistet. Diesen
- 13 Anforderungen werden die jetzigen Verhandlungen von Freihandelsabkommen aber bei weitem
- 14 nicht gerecht! Vielmehr erleben wir derzeit eine neoliberale Freihandelspolitik nie gekannten
- 15 Ausmaßes. In einer solchen neoliberalen Ausrichtung wird Freihandel als Instrument zur
- 16 weiteren Restrukturierung staatlicher Politikfelder und des staatlichen Regulierungseinflusses in
- 17 Bezug auf den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen verstanden. Es ist also ein Programm, das im
- 18 Sinne der globalen KapitaleignerInnen den Primat des Kapitals mit seinen Prämissen der
- 19 Liberalisierung, Privatisierung, und Ökonomisierung fest in die Verfassungswirklichkeit der
- 20 beteiligten Volkswirtschaften und ihrer staatlichen Organisationen schreiben möchte. Die
- 21 Instrumentarien eines solchen politischen Programms umfassen dabei u.a. eine permanent-
- 22 fortschreitende Liberalisierungs- und Privatisierungsagenda, Schiedsgerichtsverfahren,
- 23 Stillstandsklauseln, Negativlisten und einiges mehr. Viele solcher Verfahren sind bereits in
- 24 Freihandelsabkommen verankert, die die Metropolen des Kapitalismus mit Staaten der
- 25 Peripherie abgeschlossen haben. Dies haben wir Jusos, anders als viele KritikerInnen, nicht
- 26 erst in dem Moment kritisiert, als solche Instrumente nun auch gegen die Metropolen selbst
- 27 angewendet werden sollen, sondern vielmehr schon an vielen Stellen deutlich gemacht, dass
- 28 ein solcher Freihandel nicht unseren Vorstellungen entspricht! Dabei muss Kritik an der
- 29 aktuellen Freihandelspolitik immer ein linkes, politisches Fundament haben und darf nicht durch
- 30 reine Panikmache getrieben werden. Um einen progressiven Beitrag zur demokratischen und
- 31 sozialen Gestaltung von Globalisierungsprozessen zu leisten, gilt es faire Handelsbeziehungen
- 32 zu initiieren, deren Erfolg sich nicht an scheinbar schier unendlichen Privatisierungsarien und
- 33 Gewinnbilanzen der großen Trans- und Multinationalen Konzerne misst, sondern den Maßstab
- 34 einer nachhaltigen Entwicklung in allen seinen Dimensionen (Soziales, Ökologie, Ökonomie,
- 35 politisch-gesellschaftliche Entwicklung) ansetzt. Von einer solchen Freihandelspolitik sind wir
- 36 derzeit mehr als weit entfernt. Die bisherigen Erkenntnisse aus den Verhandlungen von TTIP
- 37 (Verhandlungsmandat) und CETA (fertig verhandelter Vertragstext) lassen erkennen, dass in
- 38 intransparenten Verfahren eine Freihandelspolitik fokussiert wird, die unseren Ansprüchen nicht
- 39 genügen kann, sondern ganz im Gegenteil versucht unsere Demokratie noch stärker unter das
- 40 Joch des globalen Kapitalismus zu drängen. Leider wird die nötige Debatte um die
- 41 Handelsabkommen von einigen dazu genutzt Antiamerikanismus zu verbreiten. Wir Jusos

42 stellen uns entschieden gegen jeglichen Antiamerikanismus! Uns ist klar, dass unter den
43 Handelsabkommen die Schwachen in Amerika genauso leiden wie in Europa während die
44 Starken in Europa genauso profitieren werden wie die Starken in Amerika. Wie überall gilt auch
45 beim Welthandel: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Nationen sondern zwischen Arm
46 und Reich!

47

48 Für uns Jusos sind die Anforderungen an Freihandelsabkommen, egal ob TTIP, CETA oder
49 TISA, deshalb klar:

50

51 • Wir wollen keine automatisch-fortschreitende Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda.
52 Für uns Jusos ist klar, dass wir unsere Gesellschaften nicht noch stärker unter das Diktat
53 des Marktes stellen wollen. Öffentliche Daseinsfürsorge hat in den europäischen
54 Gesellschaften einen hohen Stellenwert, den es zu erhalten und zu schützen gilt. Wir
55 verwehren uns deshalb dem Ansatz alle öffentlichen Dienstleistungen unter
56 Privatisierungsdruck zu stellen!

57

58 • Es dürfen auch keine Stillstands- und Einrastklauseln beschlossen werden. Dies ist der
59 eigentliche Kern einer permanent fortschreitenden Privatisierungs- und
60 Liberalisierungsagenda. Stillstandsklauseln sollen dabei bisherige Privatisierungen und
61 Liberalisierungen absichern und Einrastklauseln definieren, dass zukünftig nur ein Mehr
62 an Privatisierungen und Liberalisierungen vertragskonform wäre. Solche Instrumentarien
63 wirken entsprechend in der Folge zu weiteren Liberalisierungsschritten und sollen zudem
64 sicherstellen, dass einmal dem Markt übereigneten Dienstleistungen nicht wieder dem
65 Staat zufallen dürfen, selbst wenn wir ein Marktversagen diagnostizieren. Wir wollen kein
66 Primat des Marktes, sondern des Staates!

67

68 • Um diese Privilegien der MarktakteurInnen und KapitaleignerInnen auch juristisch
69 abzusichern, sind in den Verhandlungen derzeit explizit Investitionsschutzkapitel
70 vorgesehen. Für uns sind solche Investitionsschutzkapitel nicht verhandelbar! Wir wollen
71 keine Schiedsgerichtsverfahren (sog. ISDS: Investor-to-State-Dispute-Settlements), bei
72 denen außerhalb unseres Rechtsstaates Staaten und die Europäische Union von
73 KapitaleignerInnen verklagt werden können. Wir wollen keine einseitige Bevorzugung der
74 Kapitalinteressen und verwehren uns deshalb solcher Verfahren. Recht wird in den
75 verfassten Rechtsstaaten durch die juristischen Institutionen gesprochen und nicht durch
76 private Anwaltskanzleien!

77

78 • Im Bereich des VerbraucherInnen-Schutzes stehen wir klar für die Beibehaltung des
79 Vorsorgeprinzips, welches eine lange Regulationstradition innerhalb der Europäischen
80 Union hat. Wir stehen dazu, dass vor Markteinführung ProduzentInnen nachweisen
81 müssen, dass ihre Produkte den KonsumentInnen nicht schaden. Solche
82 Marktzugangsregularien gilt es weiter als europäischen Standard zu definieren.

83

84 • Außerdem sehen wir die starke Fokussierung auf die Kapitalinteressen sehr kritisch. Wir
85 treten entschieden dafür ein, dass wenn wir Freihandelsabkommen verhandeln, der
86 ArbeitnehmerInnen-Seite ein mindestens genauso großes Gewicht eingeräumt wird! Dass
87 wir beim TTIP zwischen den USA und der EU dabei lediglich über ILO-Kernarbeitsnormen
88 reden, die für uns eine absolute Mindestanforderung darstellen, ist beschämend und für
89 uns nicht tragbar.

90

91 • Insgesamt halten wir die bisherige demokratische und gesellschaftliche Beteiligung in den
92 Verhandlungen ebenfalls für untragbar. Transparenz für die WirtschaftslobbyistInnen aber
93 nicht für die AkteurInnen der Zivilgesellschaft und der demokratisch gewählten
94 Parlamente? Wir halten die hervorsteckende Einbindung der Wirtschaft in den
95 Verhandlungen für undemokratisch. Für uns sind Verhandlungen nur dann sinnvoll und
96 transparent, wenn sie neben der Wirtschaft auch andere gesellschaftliche und politische
97 Organisationen und Institutionen mit einbindet. Wir wollen transparente
98 Verhandlungsverfahren.

99

100 • Auch sind wir alarmiert, dass in den Verhandlungen zudem Fragen zukünftiger
101 Regulierungen eine Rolle spielen sollen. Hierbei bleibt offen, wie sich solche Verfahren
102 genau ausgestalten können, aber der Anspruch der Verhandlungen ist nicht nur die

103 Angleichung von Regulierungen und Standards des Status quo, sondern auch die
104 Etablierung von Mechanismen für zukünftige Regulierungen und Standardsetzungen.
105 Eine verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Feld darf nicht heißen, dass demokratisch
106 gewählte Parlamente zukünftige Standardsetzungen und Regulierungen nur noch
107 „nachvollziehen“, die eigentlichen Aushandlungsprozesse allerdings in bi- oder plurilateral
108 vorgelagerten Abstimmungsrunden stattfinden, bei denen im extremsten Fall nicht einmal
109 ParlamentarierInnen beteiligt sind! Freihandelsabkommen dürfen keinen
110 Regulationsautomatismus schaffen, die unseren demokratischen Prinzipien unterlaufen!

111
112 • In einem solchen Sinne müssen geschlossene Abkommen auch ein Kapital über
113 Evaluationsmöglichkeiten getroffener Regelungen beinhalten, die die Möglichkeit bieten
114 Vertragsteile in Zukunft nachzubessern. Hierzu zählt für uns auch die Möglichkeit einer
115 Ausstiegsklausel. Wir wollen keine freihandelspolitischen Entscheidungen für die Ewigkeit
116 treffen, sondern sind davon überzeugt, dass wir in Zukunft auch zu anderen
117 Einschätzungen kommen können, denen solch getroffenen Abkommen dann im Wege
118 stehen könnten.

119
120 Da die geplanten Freihandelsabkommen unserer Meinung nach sowohl Kompetenzen der EU
121 als auch der Mitgliedstaaten berühren, somit gemischte Abkommen sind, fordern wir, dass für
122 eine Ratifizierung die Zustimmung aller nationalen Parlamente nötig ist. Außerdem muss die
123 Möglichkeit bestehen durch eine Europäische BürgerInneninitiative die Menschen in den
124 Prozess einzubeziehen.

125 Viele, bis annähernd alle, der hier aufgeführten Punkte finden in den derzeit laufenden
126 Verhandlungen keine ausreichende Berücksichtigung. Vor allem nachdem, als ein wichtiger
127 „Teilerfolg“ der bisherigen öffentlichen Diskussionen und Proteste, nun endlich das TTIP-
128 Verhandlungsmandat öffentlich zugänglich ist, sind wir umso mehr besorgt, dass die
129 Verhandlungen nicht in unserem politischen Sinne gestaltet werden.

130
131 *Wir fordern daher den Abbruch der Verhandlungen zum TTIP, die erst wieder neu*
132 *aufgenommen werden dürfen, wenn ein deutlich verändertes Verhandlungsmandat vorliegt, das*
133 *unsere Positionen berücksichtigt und wirklich einen progressiven Beitrag zur*
134 *Globalisierungsgestaltung leisten kann! In diesem Sinne ist auch das CETA-Abkommen in*
135 *seiner jetzigen Form abzulehnen und die TISA-Verhandlungen ebenfalls abzubrechen.*

136

137 **Begleitung der SPD**

138

139 Auch die SPD ist besorgt über die bisherigen Verhandlungen und stellt mit dem
140 Parteikonventsbeschluss ebenfalls Positionen auf, die bei den Verhandlungen zu
141 berücksichtigen sind. Anders als wir, glaubt die SPD allerdings, dass man diese Positionen
142 innerhalb der laufenden Verhandlungen oder in Form von Nachverhandlungen (CETA) auf
143 Grundlage der bisherigen Verhandlungsmandate durchsetzen kann. Wir halten dies für sehr
144 optimistisch und wünschen der SPD hierbei viel Erfolg. Wir gehen aber nicht davon aus, dass
145 dieser Weg zu vielen qualitativen Veränderungen beitragen kann, schließlich sind die
146 Verhandlungsmandate beschlossen und somit für die Verhandlungen konstitutiv! Es fehlt auf
147 Seiten der SPD die klare Positionierung, dass die Verhandlungen auch scheitern können, wenn
148 die Bedingungen nicht erfüllt sind. Zu einer konsequenten Position gehört aber auch diese
149 Möglichkeit! Für uns bleibt deshalb der Auftrag die SPD kritisch zu begleiten, damit am Ende
150 kein fauler Kompromiss geschlossen wird, zumal der Konventsbeschluss keine harte
151 Formulierung umfasst, was in dem Falle passiert, wenn nicht alle aufgestellten Forderungen
152 berücksichtigt werden. Für uns ist klar: Kein Freihandelsabkommen abzuschließen ist besser,
153 als ein fauler Kompromiss, der zwar einzelne Punkte berücksichtigt, in seiner grundsätzlichen
154 Ausrichtung allerdings weiter im neoliberalen Ansatz verhaftet bleibt!

155

156 **Innverbandliches Arbeitsprogramm**

157

158 Um auch innerhalb unseres Verbands die Verhandlungen weiter kritisch und mit ausreichend
159 Schlagkraft zu begleiten, werden wir im Rahmen des Europa-Projektes des Juso-
160 Bundesverbandes innerhalb des Schwerpunktes für das nächste Jahr (Europäische
161 Außenpolitik) einen dezidierten Teilschwerpunkt auf die Europäische Außenhandels- und
162 Außenwirtschaftspolitik legen. Dies ist umso notwendiger, da die europäische Handlungspolitik
163 seit dem Lissabon-Vertrag in einer ausschließlichen Zuständigkeit der Unionsebene befindet.

164 Wir erhoffen uns deshalb in der Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld auch weitere
165 Impulse für die Arbeit unserer europäischen Dachorganisation YES, die wir gemeinsam mit
166 unseren europäischen PartnerInnen diskutieren möchten, um so auch auf europäischer Ebene
167 sprach- und handlungsfähiger zu werden!

168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224

Titel Friede den Hütten, Steuern den Palästen! –
Für eine solidarische Steuerpolitik, die Arme entlastet,
Kriminelle bestraft und Reiche zur Erfüllung ihrer Pflichten
anhält

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Friede den Hütten, Steuern den Palästen! – Für eine solidarische
Steuerpolitik, die Arme entlastet, Kriminelle bestraft und Reiche
zur Erfüllung ihrer Pflichten anhält

1 **Einleitende Gedanken**

2

3 Für den Erhalt und den Ausbau eines gerechten Sozial- und Wohlfahrtsstaates, aber auch für
4 die Ausübung der übrigen staatlichen Kernaufgaben, ist die Erhebung von Steuern unerlässlich.
5 Es steht dabei außer Frage, dass eine Politik, die die steuerlichen Hauptlasten auf die Schultern
6 der schwächsten Glieder einer Gesellschaft überträgt, zutiefst ungerecht ist. Durch die
7 Einnahmen- und Ausgabenpolitik der vergangenen Jahrzehnte verfügten die öffentlichen
8 Haushalte nicht über ausreichend Mittel, um ihren breiten Aufgaben angemessen
9 nachzukommen, während große Vermögen und Spitzeneinkommen geschont und kleine und
10 mittlere Einkommen massiv belastet wurden. Deutschland leidet entgegen der medial und
11 öffentlich vorherrschenden Meinung nicht unter einem Ausgaben-, sondern einem gravierenden
12 Einnahmenproblem. Die Staatsausgaben beispielsweise sanken zwischen 1998 und 2008
13 preisbereinigt um durchschnittlich 0,2 Prozent im Jahr[1], die Beschäftigungszahlen des
14 öffentlichen Dienstes gehen beständig zurück[2] und der Investitionsbedarf wächst[3] (siehe
15 auch unten). Dagegen sind die kräftigen Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte mitschuldig
16 an der miserablen Haushaltssituation und der sehr ungleichen Verteilung von Vermögen in
17 Deutschland, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat.[4] Die Steuerbelastung der
18 reichsten Menschen unseres Landes wurde bereits zu Zeiten der "geistig-moralischen" Wende
19 unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) beständig verringert, ein Trend der sich unter den
20 Regierungen Schröder und Merkel fortsetzte.[5] Dafür wurden die kleinen und mittleren
21 Einkommen beispielsweise über steigende Konsumsteuern unter Druck gesetzt. Verbunden mit
22 den Reallohnverlusten der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die Lage für große Teile der
23 Bevölkerung spürbar verschlechtert, was massiv zu der schwachen Binnennachfrage beiträgt.
24 [6]

25

26 Besonders gut lässt sich diese Entwicklung an den jüngsten Zahlen zur Einkommens- und
27 Vermögensentwicklung nachvollziehen. Hierzulande gibt es ein betriebliches Vermögen von fünf
28 Billionen Euro und ein Privatvermögen von zehn Billionen Euro, was sich in den letzten Jahren
29 praktisch verdoppelt hat, wobei die Nutznießerinnen und Nutznießer in hohem Umfang die
30 obersten zehn Prozent waren. 1970 vereinte das oberste Dezil 44 % des Gesamtvermögens auf
31 sich, 2011 waren es 66 %. Ein Prozent der deutschen Bevölkerung vereint ein Viertel des
32 Privatvermögens auf sich, das heißt 800.000 Menschen besitzen 2,5 Billionen Euro. 60 % des
33 Privatvermögens sind ererbt. Im internationalen Vergleich besteuert Deutschland Erbschaften
34 und Vermögen gering bis sehr gering. Das durchschnittliche Vermögen lag 2007 bei 88.000
35 Euro, das Medianvermögen jedoch bei 15.000 Euro. Das liegt an der sehr ungleichen
36 Verteilung. Zwei Drittel der Bevölkerung besitzen gar kein oder nur ein geringes Vermögen. Es
37 ist also ein zunehmendes Auseinandergehen der Schere, nicht bloß zwischen Reich und Arm,
38 sondern zwischen Reich und dem Rest zu konstatieren.[7]

39

40 In der öffentlichen Debatte wird gerne auf die angeblich "sprudelnden Quellen" verwiesen, die in

41 den vergangenen Jahren immer neue Höchststände erreicht hätten und die erst einmal
42 vorrangig genutzt werden sollten, bevor man über "Reichensteuern" oder "Umverteilung"
43 nachdenke. "Der Staat" habe es ihrer Ansicht nach nicht vermocht, Schulden abzubauen und
44 den Haushalt ins Lot zu bringen. Fakt ist jedoch: Die Geschichte mit den sprudelnden
45 Steuerquellen gilt nur für die Betrachtung der *nominalen* Werte. Zieht man jedoch die
46 preisbereinigten Zahlen heran, ergibt sich, dass die gegenwärtigen Steuereinnahmen nur mäßig
47 über den Werten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts liegen. Preisbereinigt lagen die
48 Steuereinnahmen 2011 mit 393 Milliarden Euro lediglich knapp über den Einnahmen des Jahres
49 2000 (384 Milliarden Euro) und sogar unter den Werten des Krisenjahres 2008.[8] Wären die
50 Steuereinnahmen jedoch in gleichem Maße weitergewachsen wie noch in den Spitzenjahren
51 der 1990er, stünden heute unweigerlich größere Spielräume zur Verwirklichung dringend
52 benötigter Leistungen zur Verfügung. Das Gerede von "sprudelnden Steuerquellen" ist also
53 blanker Unsinn.

54

55 Verschärft wird die gegenwärtige Situation durch einen stetig wachsenden Kapitalstrom, der
56 teilweise illegal, allzu häufig aber legal durch Steuerschlupflöcher, an den Finanzämtern vorbei
57 in sogenannte "Steuerparadiese" fließt. Die Ausnutzung von Niedrigsteuerländern beruht im
58 Wesentlichen auf der Nutzung unterschiedlicher nationaler Steuergesetzgebungen (Stichwort:
59 "Double Irish with a Dutch Sandwich"[9]), während legale Steuerschlupflöcher oft durch Eingriffe
60 in das Steuersystem entstehen, von denen sich der Staat eine Lenkungswirkung erhofft,
61 beispielhaft genannt seien an dieser Stelle die Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern
62 nach der Wiedervereinigung. Das ist zwar grundsätzlich legal, aber gesellschaftlich nicht
63 zwangsläufig wünschenswert oder gar legitim und mindestens zweifelhaft, wenn Briefkasten-
64 oder Scheinfirmen eingesetzt werden, um Kapital zu verstecken.

65

66 Nicht nur Großkonzerne beschäftigen deshalb ganze Heere von Steuerexpertinnen und
67 Steuerexperten, die die Gesetze nach potenziellen Schlupflöchern durchkämmen. Oftmals
68 bietet der Staat auch zahlreiche Privilegien und Subventionen an. Zudem helfen Banken und
69 Finanzdienstleisterinnen und Finanzdienstleister bei Steuervermeidung und -hinterziehung.
70 Beispiele für legale Steuerschlupflöcher sind unter anderem:

71

72 - Interne Verrechnungen zwischen verschiedenen Landesgesellschaften und
73 Tochterfirmen in Niedrigsteuerländern oder horrenden Lizenzgebühren, die es Unternehmen
74 ermöglichen Erträge zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländer zu
75 verschieben. Bekannt hierfür sind unter anderem der US-Konzern Starbucks, aber auch
76 deutsche Vertreterinnen und Vertreter wie beispielsweise Fraport.[10]

77

78 - Verlustvortrag und -rücktrag: Unternehmen können frühere Verluste bei aktuellen und
79 zukünftigen Steuererklärungen angeben, um gegenwärtige Gewinne zu senken (Verlustvortrag)
80 und bei aktuellen Verlusten früher getätigte Steuerzahlungen zurückfordern (Verlustrücktrag).
81 Dies sind generell gute Möglichkeiten, gerade für mittelständische Betriebe in Krisenzeiten,
82 Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern, aber sie werden gerade von Großkonzernen zur
83 Steuervermeidung ausgenutzt.

84

85 - Abschreibungsmöglichkeiten auf bestimmte Investitionen: staatlich gefördert, aber oft zu
86 Fehlsteuerungen führend und ausgenutzt, wie beispielsweise im deutschen Schiffsbau
87 geschehen oder für Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern nach der
88 Wiedervereinigung.

89

90 - Die Möglichkeit zur Verlagerung des Wohn- oder Unternehmenssitzes, während
91 Lebensmittelpunkt oder Geschäftsaktivitäten oftmals nicht dort sind.

92

93 - Bargeldeinkünfte, die unverbucht kassiert werden und somit von der Steuer nicht zu
94 erfassen sind; sie stellen die Grenze zum und den Hauptbestandteil von Schwarzgeld und
95 Geldwäsche dar.

96

97 ***Wir Jusos finden: Eine solche Politik ist nicht tragbar!***

98

99 Öffentliche Leistungen wie Bildung, die Infrastruktur oder die sozialen Sicherungssysteme sind
100 für alle da. Dauerhaft kann das Gemeinwesen diese jedoch nur bereitstellen, wenn alle, die
101 davon profitieren - natürliche wie juristische Personen - ihren gerechten Anteil dazu leisten. Es

102 zerbricht, wenn Privatpersonen und Unternehmen große Teile ihrer Einkünfte an der Steuer
103 vorbeischieben. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network gehen
104 allein der Bundesrepublik **jährlich** bis zu **200 Milliarden Dollar (200.000.000.000 \$)** durch
105 Steuervermeidungsstrategien verloren. Ihren Schätzungen zufolge ruhen weltweit bis zu **32**
106 **Billionen Dollar (32.000.000.000.000 \$)** in Niedrigsteuerländern.[11] Hätte man vor, sämtliche
107 Staatsschulden der Euroländer und der Vereinigten Staaten über Nacht zu tilgen, könnte man
108 dieses Geld dazu verwenden und hätte noch einen Restbetrag übrig!

109

110 ***Wir Jusos finden: Wir müssen endlich handeln!***

111

112 Es gibt zahlreiche gute Gründe, für höhere Steuern auf hohe Einkommen, Gewinne und
113 Vermögen einzutreten und Steuerschlupflöcher hierzulande wie global zu schließen. So sehen
114 sich immer weniger Kommunen und Landkreise in der Lage, ihren Aufgaben nachzukommen
115 und notwendige Ausgaben zu tätigen. Es fehlt an Geld für kommunale Einrichtungen wie
116 Büchereien, Schwimmbäder und Theater, die Sanierung von Straßen und Gebäuden oder den
117 sozialen Wohnungsbau. Der Investitionsstau allein im Bereich des öffentlichen
118 Personennahverkehrs beläuft sich gegenwärtig auf mehr als hundert Milliarden Euro.[12] Rund
119 sechzig Milliarden Euro an Mehrausgaben wären notwendig, um den Notstand im
120 Bildungsbereich zu beheben.

121

122 Auch die Mehrheit der Bevölkerung hat diese Zustände satt. 77 % der Bundesbürgerinnen und
123 Bundesbürger befürworten Steuererhöhungen bei Gutverdienerinnen und Gutverdienern zur
124 Finanzierung zusätzlicher Bildungs- und Sozialausgaben.[13]

125

126 **Die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht länger gegen die**
127 **Kapital- und Standortinteressen ausgespielt werden. Wir Jusos treten daher ein für...**

128

129 **... ein hartes Vorgehen gegen Steuerbetrug im Inland!**

130

131 Die strafbefreiende Selbstanzeige - für alle Fälle oberhalb des Bagatellbereichs - muss
132 abgeschafft werden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb gerade bei dieser Straftat eine
133 strafbefreiende Selbstanzeige möglich sein soll, während dies bei anderen Vermögensdelikten,
134 bei denen es um weit geringere Summen gehen kann, nicht möglich ist.

135

136 Steuerhinterziehung ab der Höhe von einer Million Euro muss zudem immer mit einer
137 Gefängnisstrafe verbunden sein, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen. Wir fordern
138 zudem, dass neben den bereits bestehenden Sanktionen einer Steuerhinterziehung regelmäßig
139 auch eine Abschöpfung der gewonnenen Vermögensvorteile zugunsten des Staates angeordnet
140 werden muss.

141

142 Die Verjährungsfristen für Straftaten im Steuerrecht müssen auf den Prüfstand gestellt werden.
143 Künftig darf die Verjährungsfrist erst mit Abgabe einer Steuerklärung laufen.[14]

144

145 Um Steuerhinterziehungspraktiken entschieden zu bekämpfen, soll gegen Beraterinnen und
146 Berater von Banken bei nachgewiesenen Fällen strafrechtlich vorgegangen werden, bei
147 Hinweisen auf systematische Unterstützung von Steuerhinterziehung soll auch der Entzug der
148 Lizenz in Betracht gezogen werden. Dies forderte 2013 schon SPD-Kanzlerkandidat Peer
149 Steinbrück[15], denn Steuerhinterziehung und -vermeidung wären ohne die großflächige
150 Rückendeckung durch Banken und Finanzdienstleisterinnen und Finanzdienstleister unmöglich.

151

152 **... eine bessere und zentral koordinierte Steuerfahndung!**

153

154 Um mehr Druck auf Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher auszuüben und eine stärker
155 abschreckende Wirkung auf potenzielle Täterinnen und Täter zu erwirken, ist es unerlässlich,
156 die Steuerfahndung quantitativ wie qualitativ zu verbessern und auch grenzüberschreitende
157 Steuerkriminalität konsequenter zu verfolgen. Um hier eine konsequente Strafverfolgung zu
158 ermöglichen, muss die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert
159 werden.

160

161 Die Kooperation zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch die grenzüberschreitende
162 Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerinnen und Partner zur Bekämpfung von

163 Steuerkriminalität und Geldwäsche ist mangelhaft; (Bundesländer-)grenzenüberschreitende
164 Fälle werden zu wenig verfolgt. Um den Austausch über Steuerkriminelle zu verbessern und
165 eine zielgerichtete Bekämpfung ihrer Aktivitäten zu ermöglichen, ist die Errichtung einer
166 zentralen Koordinationsstelle für Steuerfahndung und Geldwäsche unerlässlich. Die
167 Zusammenfassung der jeweiligen Landesbehörden lehnen wir ab, da dies hieße, die Vorteile
168 des föderalen Systems preiszugeben.

169

170 Die Ausgestaltung der Steuerverwaltung darf nicht als Standortvorteil im Wettbewerb zwischen
171 den Bundesländern politisch genutzt werden. Die Ausstattung der Steuerverwaltung und dabei
172 insbesondere die Wirtschaftsprüfung muss daher bundesweit so vereinheitlicht werden, dass
173 einzelne Bundesländer, wie beispielsweise Bayern, nicht durch mangelnde Kontrollen mit
174 geringer Steuererhebung werben können.

175

176 Transnational agierende europäische Unternehmen müssen genaue Informationen über Zahl,
177 Art und Niederlassungsort ihrer jeweiligen Tochtergesellschaften, sowie deren Steuerhöhe und
178 ausgewiesenen Gewinne den Behörden und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wir
179 streben daher die Schaffung eines zentralen, einheitlichen und öffentlich zugänglichen
180 Registers für alle Rechtsformen mit begrenzter Haftung an.

181

182 **... einen weiteren Ankauf von Steuer-Datenträgern!**

183

184 Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 2010 fest, dass der Staat angekaufte Daten über
185 Steuersünderinnen und Steuersünder nutzen darf - auch wenn sie rechtswidrig erlangt wurden.
186 [16] Trotz seiner Erfolge (Steuereinnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro bis 2014) ist der
187 Ankauf von Steuer-CDs und anderen Datenträgern jedoch maximal eine kurzfristige Lösung,
188 eine "Brückentechnologie" und kein Allheilmittel. Statt sich notgedrungen einzig auf ihn zu
189 verlassen, muss endlich die Verbesserung der Strafverfolgungsbehörden angepackt werden.
190 Wir schlagen vor, bis Ende der laufenden Legislaturperiode das Niveau von etwa 5000
191 bundesweit neu einzustellenden Kräften zu erreichen, wie bereits öffentlich diskutiert wurde. Ein
192 Stufenplan zum Ausbau ist von den zuständigen Ministerinnen und Minister zu erarbeiten. Die
193 Kosten für die neu einzustellenden Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder werden durch die
194 Mehreinnahmen aus den weiteren aufgeklärten Fällen amortisiert.

195

196 Gleichwohl ist es erforderlich, kurzfristig die Anreizsysteme zu verbessern, um mehr
197 Lieferantinnen und Lieferanten dazu zu bewegen, Schwarzgeldinformationen offen zu legen, bis
198 die wirksamen Methoden greifen können.

199

200 **... ein Vorantreiben der Forschung!**

201

202 Die sogenannten *Offshore-Leaks* haben gezeigt, dass die Steuerschlupflöcher noch viel größer
203 sind, als von vielen vermutet. Daher braucht es fundierte Studien über Steuerflucht, -
204 vermeidung, -wettbewerb et cetera, um auf Basis einer fundierten Grundlage weitere Schritte in
205 Angriff zu nehmen.

206

207 **... eine Harmonisierung des europäischen Steuersystems!**

208

209 Es ist an der Zeit zahlreiche Steuervergünstigungen und verdeckte Subventionen für
210 Unternehmen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, abzuschaffen und das Geld für
211 sinnvollere Dinge zu verwenden. Elemente wie beispielsweise Verlustvortrag und
212 Verlustrücktrag oder die verschiedenen Abschreibungsmöglichkeiten sind konsequent
213 europäisch zu harmonisieren. Wir wollen prüfen, wie künftig Missbrauch bei Verlustvortrag und
214 Verlustrücktrag vorgebeugt werden kann.

215

216 **... die Abschaffung der Abgeltungssteuer und wirksame Maßnahmen gegen
217 Gewinnverschiebungen!**

218

219 Die 2008 beschlossene Reform der Kapitalertragssteuer muss zügig rückgängig gemacht
220 werden. Leistungsloses Einkommen aus Vermögen darf nicht länger niedriger besteuert werden
221 als Einkommen aus Arbeit. Abgeltungssteuerpflichtige Kapitaleinkünfte sollen mit dem
222 individuellen Einkommenssteuersatz versteuert werden.

223

224 Um eine Verschiebung von Unternehmensgewinnen in Niedrigsteuerländer unattraktiv zu
225 machen, streben wir eine globale Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts an. Als
226 ersten Schritt fordern wir ein europäisches Mindestbesteuerungsabkommen, das unter anderem
227 Dividenden-, Zins-, und andere Gewinnversteuerungen beinhalten muss. Auf
228 Gewinnübertragung in außereuropäische Steuergebiete wollen wir Abschlagsteuern erheben
229 und Überweisungen in diese Gebiete mit Quellensteuern belegen.

230

231 **... die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung des**
232 **Spitzensteuersatzes!**

233

234 Wir Jusos machen uns dafür stark, die steuer- und finanzpolitischen Fehlentwicklungen der
235 vergangenen Jahre zu korrigieren. Deshalb treten wir auch unter der neuen Koalition für eine
236 Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein.

237

238 **...die Verbesserung des weltweiten Datenaustauschs!**

239

240 Steuerkriminalität ist ein Problem internationalen Ausmaßes. Der Kampf gegen sie erfordert
241 einen automatisierten Informationsaustausch zwischen allen steuererhebenden Ländern. Dies
242 betrifft nicht nur die EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch außereuropäische Industriestaaten und
243 Entwicklungs- und Schwellenländer. Deutsche Behörden müssen deshalb dazu verpflichtet
244 werden bei Verdachtsfällen von Steuerhinterziehung auch im Ausland tätig zu werden.

245

246 Ferner ist gegen unkooperative (Nicht-)EU-Staaten - Stichwort Schweiz - verschärft
247 vorzugehen. Generell gilt: Gegen Staaten, die Steuerflucht protegieren und Kooperation mit
248 ausländischen Strafverfolgungsbehörden verweigern, sind entsprechende
249 Sanktionsmaßnahmen einzuleiten. Finanzinstitute und Finanzdienstleisterinnen und -
250 dienstleister, besonders aus den europäischen Niedrigsteuerländern, müssen zur Herausgabe
251 von steuerrelevanten Informationen herangezogen werden können. Wie im Falle unkooperativer
252 Staaten, sind auch ihnen gegenüber im Falle einer Verweigerungshaltung
253 Sanktionsmaßnahmen, wie die Meldepflicht für Geschäfte mit diesen Staaten und/oder
254 Instituten, sowie gegebenenfalls das Aufheben handelspolitischer Vorteile einzuleiten.

255

256 **... verstärkten Kampf für die Finanztransaktionssteuer sowie weiterer Maßnahmen gegen**
257 **Steuerflucht in der Europäischen Union!**

258

259 Der Kampf für eine umfassende, alle EU-Mitgliedsländer betreffende Finanztransaktionssteuer
260 muss weitergehen. Der gegenwärtige Zustand mit der geplanten Einführung in lediglich zehn bis
261 elf der 28 Mitgliedsstaaten ist ungenügend. Um dem EU-weiten Steuerwettbewerb entgegen zu
262 treten, braucht die Union ferner eine Harmonisierung der Steuergesetzgebung, beispielsweise
263 gemeinsame Mindestunternehmenssteuersätze.

264

265

266

267 [1] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2011): In diesem Jahr 51 Milliarden
268 Euro Mindereinnahmen durch Steuersenkungen, im Internet abrufbar unter
269 http://www.boeckler.de/6755_37820.htm [Stand: 08.05.2014]

270

271 [2] Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, im
272 Internet abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61714/oeffentlicher-dienst> [Stand: 08.05.2014]; im Vergleich mit anderen
273 westlichen Industriestaaten ist Deutschland eines der Länder mit der niedrigsten
274 Beschäftigungsquote im Öffentlichen Dienst

275

276

277 [3] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2013): Investitionsrückstand allein
278 2013 um 4,5 Milliarden gewachsen, im Internet abrufbar unter:
279 [http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-](http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768)
280 [um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768](http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768) htm [Stand: 08.05.2014]

281

282 [4] Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Vermögensverteilung, im Internet abrufbar
283 unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>
284 [Stand: 08.05.2014]

285

286 [5] Hans Böckler Stiftung (2013): Bei Superreichen sinkt die Steuerbelastung, im Internet
287 abrufbar unter: [http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?](http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?id=43961&chunk=1)
288 [id=43961&chunk=1](http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?id=43961&chunk=1) [Stand: 08.05.2014]

289

290 [6] Hans Böckler Stiftung (2012): Weniger Geld für Konsum, im Internet abrufbar unter:
291 http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/hbs_showpicture.htm?id=40853&chunk=2
292 sowie: Flassbeck-Economics (2014): Konsumkater in Deutschland - und das ganz ohne den von
293 der Presse erfundenen Konsumrausch vorher, im Internet abrufbar unter: [http://www.flassbeck-](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/)
294 [economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/)
295 [erfundenen-konsumrausch-vorher/](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/) [beider Quellen Stand: 08.05.2014]

296

297 [7] Vergleiche hierzu unter anderem [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf)
298 [1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf) und die Antwort der SPD-Bundestagsfraktion vom 17.04.2013 auf den Armuts- und
299 Reichtumsbericht der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, Drucksache 17/13102.

300

301 [8] Vergleiche hierzu die einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts.

302

303 [9] Nach einer Aufstellung der Industrieländerorganisation OECD liegt hier der Steuersatz für
304 Unternehmen bei 12,5 Prozent. In Großbritannien sind es dagegen 24 Prozent, in Deutschland
305 sogar 30,2 Prozent (2012).

306

307 [10] Wirtschaftswoche (2013): Wie deutsche Städte von Steuerparadiesen profitieren, im
308 Internet abrufbar unter: [http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-frankfurt-trickst/9223654-2.html)
309 [frankfurt-trickst/9223654-2.html](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-frankfurt-trickst/9223654-2.html) [Stand: 08.05.2014]

310

311 [11] vgl. hierzu die einschlägigen Berichte und Analysen des Tax Justice Network und
312 Tagesspiegel (2012): Studie: Superreiche verstecken immer mehr Geld, im Internet abrufbar
313 unter: [http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-](http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html)
314 [verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html) [Stand: 08.05.2014]

315

316 [12] Focus (2013): Schlaglöcher und Schul-Ruinen: Kommunen sparen sich kaputt, im Internet
317 abrufbar unter: [http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-](http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html)
318 [schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html](http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html) [Stand:
319 08.05.2014]

320

321 [13] Frankfurter Rundschau (2013): Breite Mehrheit für höhere Steuern bei Gutverdienern, im
322 Internet abrufbar unter: [http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-](http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-gutverdienern,26577298,24294602.html)
323 [gutverdienern,26577298,24294602.html](http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-gutverdienern,26577298,24294602.html) [Stand: 08.05.2014]

324

325 [14] Braunschweiger Erklärung der SPD von Weil, Gabriel und Steinbrück vom 14.01.2013.

326

327 [15] SPIEGEL (2013): Geschäfte in Steueroasen: Steinbrück fördert härtere Strafen für Banken,
328 im Internet abrufbar unter: [http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html)
329 [fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html). [Stand: 08.05.2014]

330

331 [16] Praxis Steuerstrafrecht (2011): Annahme des Anfangsverdachts aufgrund der Steuer-CD-
332 Verfassungsbeschwerde erfolglos, im Internet abrufbar unter:
333 [http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-](http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-der-steuer-cd-verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605)
334 [der-steuer-cd-verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605](http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-der-steuer-cd-verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605) [Stand: 08.05.2014]

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

Titel Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt
CSR und Produktzertifizierung

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, Überweisung SPD-Bundestagsfraktion,
Überweisung S&D-Fraktion

Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt CSR und Produktzertifizierung

- 1 Wir begrüßen die Initiative der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, und
2 dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, zur
3 Erarbeitung und Einführung eines Siegels für ökologische und soziale Standards in der
4 gesamten Lieferkette der Textilindustrie. Der Einsturz der Rana Plaza-Textilfabrik in
5 Bangladesch im April 2013, mit mehr als 1.100 Toten und mehr als 2.000 Verletzten, hat die
6 krassen Missstände in der Textilproduktion und die Notwendigkeit von Veränderungen erneut in
7 den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.
8
- 9 Eine freiwillige unternehmerische Selbstverpflichtung, wie bisher von Gerd Müller noch
10 angedacht, halten wir jedoch nicht für ausreichend. Diese Möglichkeit besteht bereits im
11 Rahmen von Corporate Social Responsibility-Maßnahmen (CSR-Maßnahmen) und einer
12 Vielzahl von Siegeln und Zertifikaten mit arbeitsrechtlichen und/oder sozialen Kriterien - diese
13 haben allerdings zu keinem Ende der systematischen ArbeiterInnenausbeutung in der
14 Textilindustrie geführt.
15
- 16 Wir fordern daher gesetzliche Maßnahmen, die Unternehmen wirklich zur Einhaltung sozialer
17 Mindeststandards entlang der ganzen Produktions- und Verkaufskette verpflichten – vom
18 Baumwollfeld bis zur Kasse.
- 19 Dass es neben einer Globalisierung der Geld- und Warenströme auch eine Globalisierung von
20 ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte im Feld der Wirtschaft geben muss, haben auch die
21 Vereinten Nationen erkannt. Der UN-Menschenrechtsrat hat im Juni 2011 die sog.
22 "UN- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte" einstimmig verabschiedet. Sie stellen
23 einen globalen Mindeststandard für das Verhalten dar, welches heutzutage von allen
24 Regierungen und allen Unternehmen auf dem Gebiet Wirtschaft und Menschenrechte erwartet
25 wird. Hauptforderung an die Staaten ist es, Regulierungslücken zu schließen, welche sich bei
26 der Betrachtung der wirtschaftlichen Verflechtungen zeigen. Damit sind Regulierungslücken
27 etwa entlang der Lieferkette gemeint, wo zwar die meisten
28 wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsverletzungen auftreten, die beauftragenden
29 Unternehmen in der Regel aber juristisch nicht zur Rechenschaft gezogen werden können und
30 es den Betroffenen an effektiven Klagemöglichkeiten fehlt. Die EU-Kommission hat im Zuge
31 dessen in ihrer CSR-Strategie kürzlich ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, nationale
32 Aktionspläne auszuarbeiten, um die Maßnahmen der UN-Leitprinzipien umzusetzen. Bislang hat
33 sich die Deutsche Bundesregierung geweigert, einen solchen nationalen Aktionsplan zu
34 verfassen.
35
- 36 Unsere Hauptforderung ist deshalb die gesetzlich verpflichtende Einhaltung der
37 Kernarbeitsnormen für Unternehmen, wie sie von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
38 in acht internationalen Übereinkommen vereinbart wurden. Diese umfassen u.a. die
39 Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung der
40 Zwangsarbeit, das Verbot von Kinderarbeit, das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung
41 und Beruf und haben den Charakter von universellen Menschenrechten – und somit

42 Gültigkeitsanspruch in allen Ländern der Welt. Um diese sozialen Mindeststandards entlang der
43 ganzen Produktionskette gewährleisten zu können, fordern wir die Bundesregierung auf, den
44 von der EU-Kommission vorgesehenen nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte
45 unverzüglich anzufertigen. Bei der Anfertigung sollen Nichtregierungsorganisationen,
46 Gewerkschaften und andere interessierte zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden. Ein
47 solcher Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte sollte außerdem die Regulierung folgender
48 Punkte mindestens beinhalten:

49

50 **1. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen:**

51 Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die es Unternehmen verbietet, ihre Textilwaren auf dem
52 deutschen und europäischen Markt anzubieten und ggf. dafür haftbar macht, wenn es bei der
53 Produktion zu einer Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen kommt – auch wenn dies in
54 Tochterunternehmen oder Zulieferbetrieben geschieht.

55

56 **2. Transparenzpflicht für Unternehmen:**

57 Um die Einhaltung auch wirklich überprüfen zu können, ist eine vollständige Offenlegung über
58 die an allen Produktionsschritten beteiligten Akteur*innen notwendig – von der
59 Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Endprodukt. Nur wenn ersichtlich ist, welche
60 Zulieferer*innen in die Herstellung des Produkts involviert sind, kann wirklich faire Kleidung
61 garantiert werden.

62

63 **3. Staatliche Kontrolle der Offenlegung:**

64 Zur Überprüfung der Vollständigkeit/Richtigkeit der Unternehmensangaben braucht es zudem
65 eine unabhängige und öffentlich finanzierte Kontrollinstanz. Bei falscher Auskunft von
66 Unternehmensseite sind angemessene Strafzahlungen zu verhängen.

67

68 **4. Einheitliche Umweltstandards:**

69 Damit die Textilproduktion wirklich fair gestaltet werden kann, dürfen die umweltpolitischen
70 Kriterien nicht vernachlässigt werden. Dies bedeutet zum einen, dass keine
71 gesundheitsbelastenden Chemikalien, Farb- und/oder Hilfsmittel zum Einsatz kommen dürfen in
72 dem gesamten Produktionsprozess. Zum anderen fordern wir strenge Richtlinien und Kontrollen
73 bezüglich der Umweltverträglichkeit von Abwässern und Abluft, welche während der
74 Textilherstellung entstehen.

75

76 **5. Von regionaler zu globaler Verantwortung:**

77 Freiwillige Selbstverpflichtungen bezüglich Menschen- und Arbeitsrechten zeigen meist nur
78 geringe Wirkung, da die Unternehmen die sich daran halten, auf dem Textilmarkt oft weniger
79 wettbewerbsfähig sind. Deshalb braucht es auf lange Sicht nicht nur eine gesetzliche
80 Verpflichtung für Unternehmen auf nationalstaatlicher Ebene, sondern auch weltweit gültige und
81 verbindliche Regelungen, die effektiv einklagbar sind. Die Bundesregierung wird dazu
82 aufgefordert, sich hierfür einzusetzen.

83

84 Darüber hinaus setzen sich wir uns dafür ein, den Konsument*innen eine umfassendere
85 Informationsgrundlage über die einzelnen Produktionsschritte in der Textilindustrie zu
86 ermöglichen – denn nur so ist überhaupt solidarischer und verantwortungsbewusster Konsum
87 möglich. Dafür nötig sind neben einer weitreichenden Transparenz der Produktionskette auch
88 entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote - von der verstärkten Einbindung des
89 Themenbereichs in die Lehrpläne an den Schulen bis zur Unterstützung von
90 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich Erwachsenenbildung tätig sind.

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Keine Bühne für sexualisierte Gewalt -
Sexistische und menschenverachtende Seminare
verhindern!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

Keine Bühne für sexualisierte Gewalt - Sexistische und menschenverachtende Seminare verhindern!

1 Die Jusos mögen beschließen:

2

3 Seit den 90er Jahren machen so genannte "Pick-Up Artists" - die nichts anderes sind als
4 kommerzielle Rape-Trainer - die Straßen der Welt noch unsicherer für Frauen als sie es
5 ohnehin schon sind. Sie basieren auf der sexistischen Annahme, dass Frauen Freiwild sind, die
6 es lediglich zu erbeuten gilt. Allein diese Rechtfertigung und Bewerbung von Belästigungen sind
7 untragbar. Doch manche Organisationen der "Szene" gehen noch weiter und überschreiten die
8 Grenze von verbalen zu körperlichen Übergriffen, so auch die Firma Real Social Dynamics
9 (RSD) und im besonderen Maße Julien Blanc.

10

11 Wir Jusos verurteilen jegliche Form von sexualisierter Gewalt. Die neue Vermarktung dieser
12 Gewalt durch die Firma RSD, insbesondere durch ihren Mitarbeiter Julien Blanc, sowie durch
13 vergleichbare Unternehmen, lehnen wir entschieden ab. In unserer Gesellschaft darf kein Platz
14 für Seminare sein, die zur Gewalt an Frauen aufrufen und Frauen ihrer Menschenwürde
15 berauben. Deshalb fordern wir:

16

17 1. ein Einreiseverbot für die RSD Redner in die Bundesrepublik Deutschland nach
18 australischem Vorbild und ein Verbot der Seminare dieser Firma

19

20 2. die Verantwortlichen - insbesondere Hotelbetreiber*innen - auf, der Firma RSD und
21 vergleichbaren Unternehmen keine Kapazitäten in Form von Räumlichkeiten für Seminare zur
22 Verfügung zu stellen

23

24 Zudem rufen wir alle Feminist*innen zum aktiven Protest gegen Julien Blanc, die Firma RSD
25 und die Machenschaften kommerzieller Rape-Trainer auf. Vom 14.11. - 15.11.2015 fand bereits
26 ein solches "Pick-Up"-Seminar in Berlin statt. Weitere sind vom 11.-13.12.2014 (München),
27 8.-10.1.2015 (Berlin), 6.-8.03.2015 (Frankfurt), 19.-21.03.2015 (München) und 7.-9.03.2015
28 (Hamburg) geplant. Hier müssen gerade wir als sozialistischer, feministischer Richtungsverband
29 unsere Aufgabe wahrnehmen und alles dafür tun, dass solch ein sexistisches und
30 menschenverachtendes Gesellschaftsbild in Deutschland und auf der gesamten Welt keinen
31 Platz findet.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Junge Union muss sich entschuldigen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

Junge Union muss sich entschuldigen

1 Anlässlich der Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen haben Mitglieder der Jungen Union
2 Deutschlands am Mittwochabend vor dem Willy-Brandt-Haus gegen die Wahl Bodo Ramelow
3 demonstriert. Dabei haben sie durch Projektionen an die Fassade des Willy-Brandt-Hauses das
4 Andenken an sozialdemokratische Opfer des SED-Regimes für politische Zwecke missbraucht.

5
6 Wir verurteilen diese Entgleisung auf das schärfste. Der Respekt vor den Opfern des SED-
7 Regimes gebietet es, dass deren Andenken nicht für parteipolitische Spielchen
8 instrumentalisiert wird.

9
10 Deshalb fordern wir den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Paul Ziemiak,
11 dazu auf, sich bei den Angehörigen der Opfer für diese beispiellose Entgleisung zu
12 entschuldigen.

13
14 Wir fordern die Junge Union Deutschlands ferner dazu auf, die lückenlose Aufklärung der
15 Blockpartei-Vergangenheit der Ost-CDU endlich voranzutreiben.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

2

3 Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

4

5 Als Sigmar Gabriel vor kurzem bekannte, er sei jahrelang Vorsitzender des Fanclubs für die
6 Vermögensteuer gewesen, glaube nun aber aus rechtlichen Gründen nicht mehr an eine
7 Umsetzung, wurde die 1997 ausgesetzte Steuer von vielen für tot erklärt. Sie haben sich zu früh
8 gefreut, finden wir Jusos und übernehmen gerne den Fanclub-Vorsitz von Sigmar. Denn bei der
9 Reaktivierung der Vermögensteuer geht es um eine Frage der Gerechtigkeit. Zu groß sind
10 mittlerweile die Investitionsbedarfe in Bildung und Infrastruktur, zu häufig wurde zuletzt dem
11 Jammern und Klagen Vermögender in Deutschland nachgegeben. Solch eine Politik kann sich
12 nur eine Gruppe leisten: Die Vermögenden selbst.

13

14 Verzicht auf Vermögensteuer ist Kapitulation vor den Verhältnissen

15

16 Angesichts der sich in der Bundesrepublik immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und
17 Reich kommt jedes Abrücken von der Vermögensteuer einer Kapitulation vor den herrschenden
18 Vermögensverhältnissen gleich. Dieser seit Jahren anwachsenden Spaltung in die wenigen
19 Vermögenden einerseits und andererseits die vielen Menschen ohne Vermögen, die
20 zunehmend von Überschuldung betroffen sind, kann die Sozialdemokratie niemals tatenlos
21 zusehen. Dabei wächst die Vermögenslücke entgegen landläufiger Annahmen primär nicht
22 aufgrund von Einkommens- und Einkommensteuerungerechtigkeiten – was freilich ein
23 zusätzlicher Katalysator ist –, sondern vorrangig aufgrund immer weiter wachsender Einkünfte
24 aus Vermögen. Diese Vermögen werden in der Bundesrepublik völlig unterdurchschnittlich
25 besteuert. Während im OECD-Durchschnitt der Anteil der vermögensbezogenen Steuern etwa
26 2% beträgt, liegt der Wert in Deutschland unter einem Prozent. Die Aussetzung der
27 Vermögensteuer trägt dazu ebenso bei wie die auf Betreiben der SPD gesenkte
28 Kapitalertragsteuer, Neuregelungen in der Erbschaftsteuer oder die längst noch nicht
29 eingeführte Finanztransaktionssteuer. Gleichzeitig liegt die Steuerbelastung von Unternehmens-
30 und Kapitaleinkommen in Deutschland nach Angaben der EU mit 22 Prozent um mehrere
31 Punkte unter dem EU-Durchschnitt.

32

33 Da die Vermögensteuer nur ausgesetzt nicht jedoch abgeschafft wurde, können die
34 Bundesländer von ihrem Steuerfindungsrecht kein Gebrauch machen. Zulässig sind hier nur
35 Steuern, die der Bund nicht in gleicher oder ähnlicher Form durch Gesetze erlassen hat. Durch
36 die Weigerung, eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung zur Erhebung der
37 Vermögensteuer zu erarbeiten, verzichtet die Bundesregierung also nicht nur auf massive
38 Erlöse und einen signifikanten Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, sondern verhindert
39 gleichzeitig auch noch eigeninitiativ erarbeitete Erhebungen durch die Länder. Dieser Umstand
40 kommt einer Totalverweigerung gleich, die wir nicht länger tolerieren wollen und können.

41

42 Schreckgespenst „Substanzbesteuerung“

43

44 Anders als vielfach vermutet oder gar behauptet wurde die Erhebung einer Vermögensteuer
45 durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1995 nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Grund
46 für die Aussetzung waren die unzureichende Berücksichtigung von Immobilienvermögen sowie
47 der sogenannte Halbteilungsgrundsatz. Letzteren hob das Gericht wenige Jahre später selbst
48 wieder auf, sodass Bemessung und Besteuerung des Immobilienvermögens die letzte Hürde
49 darstellen.

50

51 Seither haben sich Unternehmen und ihre Verbände, die Union, die INSM und andere in eine
52 beispiellose Kampagne aus Panikmache und Klassenkampf von oben verstiegen. Kern ihrer
53 „Argumentation“ ist, dass die Vermögensteuer Betriebsvermögen und somit die Substanz
54 insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen angreife. Dies vernichte Existenzen und
55 Arbeitsplätze, in die Unternehmen eigentlich gerne investieren würden.

56

57 Diese Argumentation kennen wir schon und leider findet sie auch in der SPD viel Widerhall. Mit
58 ihr wurde für die Senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer, gegen den
59 Mindestlohn, gegen die Finanztransaktionssteuer und die Reichensteuer gekämpft. Doch immer,
60 wenn dem Druck der Unternehmensverbände nachgegeben wurde, blieben die angekündigten
61 betrieblichen Investitionen weitgehend aus. Wichtige politische Kräfte fallen alle paar Jahre auf
62 diese Finte rein. Doch alle Beobachtungen zeigen: Investitionen in Arbeitsplätze nehmen nur zu,
63 wenn die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigt oder Investitions- und
64 Konjunkturprogramme die Wirtschaft antreiben. Hohe Betriebsgewinne auf der Kante zu haben
65 ist hingegen in den meisten Fällen keine Grundlage für relevante Investitionen.

66

67 Und auch die schrillen Warnungen vor einer Substanzbesteuerung von Unternehmen,
68 insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Jahren, sind nicht neu. Doch was mit
69 Substanzbesteuerung umschrieben wird, ist in Wahrheit ein marktwirtschaftlicher Vorgang, wie
70 er normaler nicht sein könnte: Reichen die Nettogewinne zur Finanzierung von Investitionen
71 oder Abgaben nicht aus, müssen Kredite aufgenommen werden. Die hierbei anfallenden Zinsen
72 stellen Kosten dar, die in den folgenden Jahren den zu versteuernden Gewinn und somit auch
73 die Steuerlast mindern. Nicht zufällig zeichneten sich beispielsweise die 1960er bis 1980er
74 Jahre durch hohe Investitionen und Wachstumsraten aus. Was viele vergessen haben:
75 Seinerzeit waren die Unternehmenssteuern weit höher als heute. Eigentlich ein Ding der
76 Unmöglichkeit, glaubt man den Unkenrufen unserer Tage.

77

78 Umverteilung als Investitionsprogramm

79

80 Umverteilung ist kein Wachstums- oder Jobkiller, sondern das genaue Gegenteil. Denn was
81 gerne unterschlagen wird ist, dass nicht nur Unternehmen investiv tätig werden können. Wer
82 dringend Geld benötigt, gibt es auch zügig aus – das gilt für Personenhaushalte wie auch für
83 den Bund und seine Gebietskörperschaften. Investiert wird dort in Infrastruktur und somit auch
84 in Arbeitsplätze im Handwerk. Andere Investitionen fließend in Bildung, Sozialarbeit und
85 Gesundheit. Auch diese Mittel sorgen kurzfristig für Beschäftigung und kommen unserer
86 Gesellschaft gleichsam langfristig zugute. Doch während uns die skandinavischen Staaten
87 vormachen, wie sich mit einer höheren Steuer- und Abgabenquote ein leistungsfähiger
88 öffentlicher Sektor organisieren lässt, liegt diese Quote bei uns unter den Werten der 1970er
89 Jahre. Mit den bekannten und vielfach sichtbaren Folgen, die Unternehmen, Parteien und all die
90 anderen Vermögensteuer-VerweigererInnen gleichzeitig beklagen.

91

92 Deshalb fordern wir:

93

94 •Die Konsequente Verfolgung des vom SPD-Bundesparteitag beschlossenen Ziels der
95 Wiedereinführung der Vermögensteuer von allen Verantwortlichen der SPD.

96

97 •Die Einsetzung einer Kommission durch die SPD, in der FachpolitikerInnen unserer Partei,
98 GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Verbänden und Gruppen wie „Umfairteilen“ an
99 einem wasserdichten Konzept zur Reaktivierung der Vermögensteuer arbeiten.

100

101 •Die Reaktivierung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1%. Dabei sollen Freibeträge
102 (zwischen 500.000 € und 1 Million € bei individueller Besteuerung) berücksichtigt werden.
103 Gemeinsame Anlagen werden, soweit dies nicht anderweitig geregelt ist, nach dem hälftigen
104 Grundsatz geteilt. Gebrauchsvermögen wie Hausrat, selbstgenutztes Wohneigentum, Auto etc.

105 wird von der Steuer freigestellt.

106

107 •Betriebsvermögen kleiner und kleinster Unternehmen sollen ebenfalls durch auskömmliche
108 Freibeträge geschützt werden. Berechnungen der Gewerkschaft ver.di gehen davon aus, dass
109 bereits ein Freibetrag in Höhe von 2 Millionen Euro 98% der im Handelsregister erfassten 3,6
110 Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik schützen würde. Denn Betriebsvermögen sind in
111 Deutschland häufig gar nicht in Unternehmen, sondern vielmehr in Form von Anteilen an
112 Aktiengesellschaften und GmbHs in Privatvermögen zu finden.

113

114 •Jede weitere Sonderbehandlung von Betriebsvermögen ist auszuschließen. Andernfalls könnte
115 die Rechtmäßigkeit der Erhebung der Steuer entfallen. Außerdem bietet der übermäßige Schutz
116 von Betriebsvermögen die Möglichkeit, privates Vermögen durch die in Deutschland recht
117 einfach mögliche Umwandlung in Betriebsvermögen der Vermögensbesteuerung zu entziehen.

118

119 •Beim Juso-Bundeskongresses 2010 haben wir im Rahmen des Antrags „Gerecht umverteilen.
120 Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben finanzieren.“ darüber hinaus Vorschläge zur
121 konkreten Ausgestaltung der Vermögensteuer sowie zu den Bewertungsverfahren unterbreitet.
122 Dieses halten wir weiterhin für richtig.

123

124 Wir fordern Sigmar Gabriel auf, sich weiterhin am Kampf um die Vermögensteuer zu beteiligen.
125 Als Vorsitzender der SPD ist er der Verteilungsgerechtigkeit qua Amt verpflichtet. In unserem
126 Fanclub Vermögensteuer ist deshalb immer ein Platz für ihn frei.

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

1 Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

2

3 Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die
4 Welt sich ununterbrochen verändert und wir deshalb immer wieder neue Antworten auf neue
5 Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht. In
6 den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere Gesellschaft vielfältiger und Lebensentwürfe
7 pluralistischer und individueller werden. Jungen Menschen ist es enorm wichtig, dass sie
8 selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten können –
9 ohne Zwänge und ohne Angst.

10

11 Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert unsere Gesellschaft und das
12 Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken
13 liegen oft nah beieinander. Wir wollen den Fortschritt als Chance begreifen. Deshalb müssen wir
14 diskutieren, wie wir in Zukunft leben wollen und den Wandel in unserem Sinne gestalten.

15

16 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
17 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
18 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
19 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am
20 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
21 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
22 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Wer nichts erreicht, der/die hat sich nicht genug
23 angestrengt und ist selbst dran schuld – und bestimmt zu doof, zu dick oder einfach zu hässlich.
24 Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des Einzelnen, gesellschaftliche
25 Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.

26

27 Für uns ist klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es reicht
28 deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen und auf
29 das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die Aufgabe
30 eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte gesellschaftliche
31 Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden können. Das
32 heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen,
33 Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance auf ein
34 selbstbestimmtes Leben haben, Solidarität auch bei den ökologischen Herausforderungen,
35 denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und Solidarität nicht
36 zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen Welt. Ein gutes
37 linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die Überwindung
38 systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

39

40 Der gesellschaftlichen Linken sowie unserer Partei fehlt ein konsistenter, linker, solidarischer
41 Gesellschaftsentwurf. Die zentrale Frage, die wir uns stellen müssen heißt: Was ist gutes Leben
42 – wenn gutes Leben für alle etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der Solidarität
43 wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und

44 selbstbestimmte Gesellschaft?

45

46 **Unsere Kampagne linksleben**

47 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
48 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
49 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
50 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb wollen wir das nächste
51 Jahr mit euch gemeinsam diskutieren: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein gutes linkes
52 Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?

53

54 Dafür möchten wir in verschiedenen Schritten mit euch diskutieren. Von Januar bis März
55 werden wir in 6 Zukunftswerkstätten, die überall im Land stattfinden die wichtigen Fragen der
56 Kampagne diskutieren und Thesen entwickeln. In einem Videowettbewerb im Frühjahr 2015
57 sind alle dazu aufgefordert, die für sie wichtigsten Thesen oder Trends zu porträtieren und
58 weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um ein gutes linkes Leben mit
59 unseren Bündnispartnern und Vorfeldorganisationen wie Falken, Gewerkschaften und anderen
60 Jugendverbänden führen. Deshalb machen wir im August 2015 ein großes Sommercamp. Dort
61 werden wir unsere Thesen offen mit PartnerInnen und linken Jugendverbänden diskutieren und
62 weiterentwickeln. Testimonials aus Politik, Sport, Journalismus und Kultur sollen unsere Debatte
63 im ganzen nächsten Jahr begleiten und uns einen Input geben, welche Fragen und
64 Anforderungen an ein gutes linkes Leben sie stellen. Alle Ergebnisse werden wir zu unserer
65 gesellschaftlichen Vision zusammenfügen und mit euch auf dem Bundeskongress im Herbst
66 2015 diskutieren und verabschieden.

67

68 Für ein erfolgreiches Gelingen der Kampagne gilt: es braucht euch alle! linksleben ist eine
69 Mitmach-Kampagne für die die Unterstützung aller Jusos wichtig ist. Landesverbände, Bezirke,
70 Unterbezirke und Arbeitskreise sind aufgefordert mitzumachen und sich einzubringen. Nehmt
71 zahlreich an den Zukunftswerkstätten teil und diskutiert die Thesen in euren Gliederungen, mit
72 Bündnispartnern, innerhalb der SPD. Entwickelt Ideen für unseren Videowettbewerb und
73 beteiligt euch an der bundesweiten Diskussion: wie kann ein gutes linkes Leben aussehen.

74

75 Uns interessieren vor allem Schnittstellen, Zusammenhänge; einzelne Bereiche können nicht
76 isoliert betrachtet werden, deshalb müssen wir unsere Diskussionen zusammenführen.

77

78 „Wie viel Wir braucht das Ich“: mit dieser Frage wollen wir die folgende Lebensbereiche
79 beleuchten.

80

81 Dabei fragen wir konkret: was möchtest du? Wie stellst du dir dein Leben in 20 Jahren vor?
82 Haben jedoch immer im Blick, dass ein gutes Leben für uns nur realisierbar ist, wenn es für alle
83 gut ist. Und das bedeutet, dass wir die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür
84 schaffen.

85

86 **Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

87 Auf der einen Seite wollen wir Wachstum und Wertschöpfung um gerechtigkeitsorientierte Politik
88 realisieren zu können. Auf der anderen Seite gilt es, die ökologische und soziale Blindheit des
89 Marktes zu bekämpfen. Für eine jungsozialistische Perspektive ist die Frage „wie wollen wir
90 wirtschaften?“ also zentral. Dabei wirtschaften Länder in einer globalisierten Welt nie
91 unabhängig voneinander. Der Kapitalismus ist krisenhaft. 2008 stürzte die globale
92 Weltwirtschaft in eine tiefe Krise – viele angebliche Wahrheiten wurden endlich auf den
93 Prüfstand gestellt. Die Wirtschaftskrise hat aber auch gezeigt: der Kapitalismus ist
94 widerstandsfähig, der Glaube an ihn scheint ungebrochen. Trotz Krise, Vermögensverlust und
95 Armut wurde am grundlegenden System nicht gerüttelt. Es braucht also andere Wege um unser
96 Wirtschaftssystem im Sinne des demokratischen Sozialismus um zu formen.

97 - Welche Güter wollen wir öffentlich und welche privat organisieren?

98 - Wie können wir die Wirtschaft und den Markt in einem sozialistischen Sinn umgestalten?

99 - Wie können wir Wirtschaftsdemokratie stärker vorantreiben und die sich daraus ergebenden
100 Fragen und Schwierigkeiten beantworten?

101 - Wie können Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden? Wie können wir dafür
102 sorgen, dass allen Menschen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen – nicht nur denen
103 mit dickem Geldbeutel? Wie kann der Staat den Ressourcenverbrauch steuern/beeinflussen?
104 - Was bedeutet für uns Nachhaltigkeit? Wie gehen wir mit privaten und geschäftlichen

105 Partikularinteressen im Gegensatz zum Anspruch der Nachhaltigkeit um? Wie können wir die
106 Verantwortung für den globalen Umweltschutz gerecht verteilen?
107 - Wie können wir Folgen des kapitalistischen Systems abfedern? Oder wollen wir vorbeugen,
108 durch kommunale Wirtschaftssteuerung?
109 - Wie sieht eine intelligente Regulierung des Marktes aus, die verschiedene Interessen
110 berücksichtigt?

111

112 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

113 Die Arbeit ist einem grundlegenden Wandel ausgesetzt. Das Normalarbeitsverhältnis hat
114 aufgrund von Deregulierung in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung
115 verloren, nur noch die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in unbefristeten, gut entlohnenden,
116 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen. Zwar gehen so viele Menschen wie noch nie einer
117 Erwerbsarbeit nach, der Anstieg ist jedoch vor allem auf zusätzliche Stellen Niedriglohnbereich
118 und Teilzeitstellen zurück zu führen. Von diesen Unsicherheiten sind besonders die
119 Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt betroffen: es sind vor allem Frauen, junge Menschen,
120 Niedrigqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt der Megatrend der
121 Digitalisierung, der neue Arbeitsformen schafft und die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben
122 verschwimmen lässt. All diese Änderungen bergen Chancen und Risiken in sich, die wir als
123 Jutos begleiten müssen.

124 - Wie wollen Menschen eigentlich arbeiten? Wie kann ein neues Normalarbeitsverhältnis
125 aussehen? Wie können wir dieses politisch unterstützen?

126 - Wie können wir Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt besser gewährleisten und politisch
127 unterstützen?

128 - Wie können wir Stress auf dem Arbeitsmarkt regulieren? Was heißt in diesem Kontext „Zeit für
129 dich“ und stößt auch diese Maxime an Grenzen?

130 - Wie müssen Sozialversicherungen gestaltet sein, um bei größtmöglicher Individualität eine
131 solidarische Absicherung zu gewährleisten?

132 - Welche Chancen und Risiken birgt die von der Digitalisierung bestimmte Arbeitswelt 4.0?

133 - Wie können wir Aus- und Weiterbildung für alle organisieren? Und wollen das überhaupt alle
134 Menschen: lebenslang lernen?

135 - Wie kann Arbeit auch Spaß machen und zu den eigenen Wünschen passen?

136 - Welche Personengruppen müssen noch einbezogen werden, damit wir von einer echten
137 Solidargemeinschaft sprechen können? Und wie können wir dabei (Solo-)Selbständige besser
138 absichern?

139 - Wie sieht Wertschätzung in der Arbeitswelt aus? Was ist uns welche Arbeit wert?

140

141

142 **Wie viel Selbstbestimmung verträgt die Solidargemeinschaft?**

143 Solidarität in einer Gesellschaft bedeutet, dass die Mitglieder ein Gemeinschafts- und
144 gegenseitiges Verantwortungsgefühl empfinden, dass sich in einem für die Gemeinschaft
145 dienlichen Verhalten niederschlägt, unter Umständen auch gegen den eigenen kurzfristigen
146 Nutzen. Gesellschaftliche Solidarität ist das Fundament einer Demokratie, denn sie legt den
147 Grundstein für gerechte Lösungen im Interesse aller. Gleichzeitig sind die letzten 30 Jahre unter
148 der Hegemonie des Neoliberalismus von Entsolidarisierung, Konkurrenz und Eigensinn geprägt.
149 Dies fand seinen Ausdruck in Privatisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

150 Auch viele gesellschaftliche Protest- und Engagementformen haben sich entsolidarisiert. Sie
151 entzünden sich häufig an Einzelfragen. Daraus ergeben sich für uns Jutos viele Fragen:

152 - Was sollte eigenverantwortlich organisiert sein, und wofür ist die Gemeinschaft zuständig?
153 Stößt Eigenverantwortung an Grenzen und wenn ja, wo (Arbeit, Gesundheit, Umwelt, ...)?

154 - Welche Rolle spielt ehrenamtliches Engagement für gesellschaftliche Solidarität? Wie wollen
155 Menschen sich eigentlich engagieren? Und welche Arbeit sollte überhaupt ehrenamtlich
156 organisiert sein und wofür ist eigentlich der Staat zuständig?

157 - Wer oder was verändert Gesellschaft – kritischer Konsum, Boykott, Massenproteste oder doch
158 Parteien und die Parlamente? Was sind die Zukunftsformen gesellschaftlichen Engagements?

159 - Unter welchen Bedingungen bestimmen Kollektivinteressen über Individualinteressen und
160 wann anders herum?

161 - Wie überwinden wir die Verwertungslogik in unserem Denken und Handeln?

162 - Was passiert wenn Menschen ihre Eigenverantwortung nicht wahrnehmen – raus aus der
163 Solidargemeinschaft? Und welche Verantwortlichkeiten hat ein Mensch eigentlich der
164 Gemeinschaft gegenüber?

165

166 **Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?**

167 Unsere Gesellschaft ist heute schon bunter und vielfältiger als die unserer Großeltern. Statt
168 Vater-Mutter-Kind gibt es Patchwork-Familien, Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften,
169 Alleinerziehende, betreute Wohngruppen für Menschen mit Behinderung. Betreute
170 Wohngruppen sowohl für ganz junge, als auch ganz alte Mitglieder unserer Gesellschaft
171 schaffen neue Formen des Zusammenlebens und für einander da sein. Familien wachsen aus
172 verschiedenen Kulturkreisen und Religionsgemeinschaften neu zusammen. Neue Lebens- und
173 Familienmodelle werden erprobt und weiterentwickelt. Frauenquote, Entgeltgleichheitsgesetz,
174 Aufbrechen von Rollenbildern und Stereotypen: Unsere Instrumente zur besseren
175 Gleichstellung von Männern und Frauen sind vielfältig. Trotzdem gibt es noch immer viele
176 drängende Fragen und Problemstellungen:

177 - Was muss sich noch verändern, damit wir in 20 Jahren nicht immer noch über die
178 Gleichstellung von Männern und Frauen sprechen?

179 - Wie können wir aus verschiedenen Kultur-Kreisen, mit verschiedenen Religionen tolerant und
180 weltoffen zusammen leben?

181 - Welche Lebensmodelle müssen wir noch mit bedenken? Gibt es auch Lebensmodell die nicht
182 in unser Werteverständnis passen? Und wie schaffen wir mehr Akzeptanz für unterschiedliche
183 Lebensentwürfe?

184 - Was müssen wir tun um Alleinerziehende besser zu unterstützen?

185 - Wie können wir eine wirklich inklusive Gesellschaft erreichen? Wie können wir sicherstellen
186 dass marginalisierte Gruppen wie Kinder oder Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe
187 Chancen bekommen?

188 - Wie müssen gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf diese veränderten Lebensmodelle
189 angepasst werden? Passen unsere sozialen Sicherungssysteme noch zu diesem neuen
190 Lebensformen? Und wenn nicht, wie können diese angepasst werden ohne neue
191 Diskriminierungselemente zu schaffen?

192 - Wie sieht Familie in Zukunft aus? Ist Blut immer noch dicker als Wasser?

193 - Welche Antwort geben wir auf antifeministische Theorien, laut derer die Überwindung
194 angeblicher Diskriminierungsmechanismen gegen Männer als Antithese zur Frauenpolitik
195 verwendet wird?

196 - Wie können wir eine feministische Politik anwenden, die sich mit alternativen
197 Männlichkeitsmodellen befasst, um schlussendlich hegemoniale Männlichkeit zu überwinden?

198

199

200 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

201 Mit der Globalisierung hat sich die soziale Spaltung sowohl innerhalb von Ländern als auch
202 zwischen ihnen vertieft. Einige Weltregionen verzeichnen kaum soziale und wirtschaftliche
203 Fortschritte, während in anderen der wirtschaftliche Fortschritt von prekären
204 Beschäftigungsverhältnissen und sozialen Krisen begleitet ist. Grenzüberschreitender
205 Wirtschaftsverkehr setzt nationale Sozialsysteme und Sozialnormen unter Druck. Das
206 Entstehen eines globalen Arbeitsmarktes verschärft den globalen Beschäftigungswettbewerb.
207 Und der technische Fortschritt droht viele Länder noch weiter abzuhängen. Gleichzeitig erleben
208 wir überall auf der Welt Krisen und Konflikte. Statt zwischenstaatlichen Kriegen treten immer
209 neue Formen asymmetrischer Konflikte in den Vordergrund. Wir wollen, dass alle Menschen frei
210 von Angst und Gewalt leben können. Unser Kampf ist deshalb international.

211 - Welche Rolle muss die Europäische Union bei der Gestaltung von Globalisierungsprozessen
212 einnehmen, welcher institutioneller Struktur bedarf sie hierfür und wie kann diese unserem
213 Demokratieverständnis genügen?

214 - Welche Antworten können wir auf die Krisen und Konflikte in der Welt geben und somit allen
215 Menschen ein friedliches Leben ermöglichen?

216 - Wie schaffen wir es, dass alle Menschen frei von Angst leben?

217 - Wie können wir solidarisch handeln? Ist Verzicht im Norden solidarisch? Oder Spenden – sei
218 es Geld oder Kleidung?

219 - Wie überwinden wir die gesellschaftliche Spaltung zwischen Nord und Süd? Welchen Beitrag
220 kann Freihandel leisten?

221 - Welchen Beitrag können wir zur Überwindung der weltweiten digitalen Spaltung („digital
222 divide“) leisten?

223 - Wie können wir die europäische Einigung voranbringen und in unserem Gusto gestalten?

224

225 **Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?**

226 Bildung verspricht sozialen Aufstieg und wird oftmals als Universallösung beschworen für viele

227 gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme, wie die Krise der Demokratie, die
228 Digitalisierung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich oder auch die ökonomische
229 Wettbewerbsfähigkeit. Bildung sollte aus unserer Sicht jedoch vor allem eines leisten: Sie sollte
230 zum kritischen Denken befähigen. Denn Bildung ist für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher
231 Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. Auch hier stellen sich jedoch immer neue Fragen.
232 Lernen und Bildung erhalten neue Chancen im Zeitalter der Wissensexplosion. Überall auf der
233 Welt schaffen digitale Medien einen immer leichteren Zugang zu einer immer größer werdenden
234 Wissensmenge.

- 235 - Sollen alle das gleiche lernen? Wie weit geht die Spezialisierung in der Schule?
- 236 - Wie können flächendeckende Bildungsangebote gewährleistet werden?
- 237 - Was soll Bildung beinhalten und welche Ausrichtung soll sie haben?
- 238 - Was kann lebensbegleitendes Lernen beinhalten?
- 239 - Welche Möglichkeiten ergeben sich durch digitales Lernen? Wie verhindern wir den digital
- 240 divide in der Wissensgesellschaft?
- 241 - Welche Rolle haben Erziehungsberechtigte im Bildungsprozess?
- 242 - Muss Bildung institutionalisiert stattfinden?
- 243 - Soll es private Bildungsangebote geben?

244

245 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

246 Die aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist eine unabdingbare
247 Grundlage einer emanzipatorischen Demokratie. Auch junge Menschen sollen ihr Leben
248 eigenverantwortlich gestalten und aktiv an der Veränderung von gesellschaftlichen
249 Verhältnissen mitwirken können. Das Internet bietet für Partizipation, Offenheit und Transparenz
250 neue Möglichkeiten. Dort findet mehr und mehr öffentliche Meinungsbildung statt.
251 Basisentscheide und direkte Demokratie scheinen auf dem Vormarsch zu sein. Wie genau wir in
252 Zukunft entscheiden wollen, werden wir diskutieren.

- 253 - Was bedeutet die Demokratisierung aller Lebensbereiche?
- 254 - Welche Machtstrukturen beeinflussen demokratische Entscheidungen?
- 255 - Wie soll Mitbestimmung in Zukunft aussehen? Online durch liquid feedback? Können dadurch
- 256 mehr Menschen beteiligt werden? Ist Teilhabe dann weniger selektiv?
- 257 - Wie stellen wir sicher, dass die Interessen aller Menschen berücksichtigt werden??
- 258 - Bis wohin wird gemeinschaftliche entschieden und ab wann kann ich selber sagen wo es lang
- 259 geht?
- 260 - Wie können wir die Leute für die Beteiligung an politischen Themen begeistern – über die „Not
- 261 in my Backyard“-Bewegung hinaus?
- 262 - Wie können Chancen und Lasten in einer älter werdenden Gesellschaft gerecht verteilt
- 263 werden?
- 264 - Wer entscheidet künftig in der politischen Debatte? Wie schaffen wir es, dass alle
- 265 Generationen gehört werden?

266

267 **Wie viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?**

268 Die Urbanisierung nimmt stetig zu. Zum ersten Mal in der Geschichte leben jetzt mehr
269 Menschen in der Stadt als auf dem Land. Städte werden immer mehr die kulturellen,
270 ökonomischen und kreativen Zentren. Gleichzeitig stellt der Wegzug insbesondere junger
271 Menschen die ländlichen Regionen vor immer neue Herausforderungen. Die Mobilität hat
272 zugenommen. Freunde in Paris oder Prag zu besuchen geht heute viel einfacher und günstiger
273 als vor zehn Jahren. Statt Auto für JedeN sind heute oftmals Car-sharing und Mitfahrzentralen
274 gefragt. Wie wir zukünftig zusammen leben wollen, wie sich Städte und Kommunen entwickeln
275 und wie wir uns fortbewegen, dabei sind jedoch noch viele Fragen offen.

- 276 - Welchen Stellenwert soll Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) haben? Und wie sieht er in 20
- 277 Jahren aus?
- 278 - Wie können wir den öffentlichen Raum für alle gesellschaftlichen Gruppen zurückerobern?
- 279 - Wem gehört eigentlich die Innenstadt – den Menschen die in der Stadt leben oder den
- 280 Unternehmen, die die Ladenzeilen mieten? Oder doch dne Anwohnern, die nachts irgendwann
- 281 schlafen wollen? Wie stellen wir sicher, dass alle Menschen Parks, Freiflächen und Plätze
- 282 genießen können?
- 283 - Wie kann Stadt in 20 Jahren aussehen? Wie wohnen wir dann? Und vor allem: wie bezahlen
- 284 wir dann die horrenden Mieten?
- 285 - Welchen Verkehrsmitteln gehört die Zukunft? Wie unterstützen wir umweltschonendere
- 286 Verkehrsmittel wie Fahrrad oder Car-sharing politisch?
- 287 - Wie kümmern wir uns um aussterbende Landstriche? Wie können wir die Fläche lebenswert

288 machen?
289 - Zieht es uns zurück in die Städte oder aufs Land? Wie muss dann Stadtentwicklung und
290 Straßenbau betrieben werden?
291 - Wie garantieren wir freien Zugang zu Medien? Wie können wir öffentliche Einrichtungen wie
292 Stadtbüchereien retten wenn Private nun über Flatrates digitale Bücher freigeben? Wie können
293 wir verhindern, dass bald Konzerne darüber entscheiden, welches Kulturgut frei zugänglich ist,
294 und welches verschlossen bleibt?
295
296 Los geht's!
297 Da haben wir uns sicherlich keine einfache Aufgabe vorgenommen – aber wenn es einfach
298 wäre könnten es auch andere machen. Die oben genannten Fragen drängen sich auf. Sich vor
299 diesen zu verschließen wäre lebensferne Politik. Neue gesellschaftliche Aufgaben brauchen
300 neue politische Antworten. Sich diesen veränderten Rahmenbedingungen immer wieder neu zu
301 stellen und im jungsozialistischen Sinne fortschrittlich zu beantworten ist die Aufgabe jeder
302 einzelnen Juso-Generation. Diese Aufgabe wird nun unsere sein, liebe Genossinnen und
303 Genossen, gehen wir sie an. Lasst uns mit freiem Geist und mutigem Herz die Politik der
304 Zukunft gestalten!
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348

Titel „Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

„Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“

- 1 Unsere Sprache ist geprägt von einem sexistischen und diskriminierenden Sprachgebrauch und
- 2 Begriffen: Frauen* werden sprachlich oft nur mitgemeint, untergeordnet, stereotypisiert und
- 3 abgewertet. Unsere Sprache und wie wir sie nutzen, ist somit ein maßgeblicher Faktor wie wir
- 4 uns und die Personen in unserem Umfeld wahrnehmen. Auf diese Weise werden
- 5 Geschlechtsidentitäten und -normen geprägt aber auch reproduziert.
- 6
- 7 Wir Jusos verstehen uns als feministischer Richtungsverband, der seine Grundsätze leben und
- 8 in die Tat umsetzen will. Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in unseren Anträgen
- 9 und Debattenbeiträgen muss dabei selbstverständlicher Bestandteil unserer Diskussionskultur
- 10 sein. Daher verpflichten wir uns dazu, dass:
- 11
- 12 - Anträge zu Bundeskongress durchgehend in geschlechtergerechter Sprache vorliegen
- 13 müssen und
- 14
- 15 - Anträge, die dem Bundeskongress nicht in geschlechtergerechter Sprache vorliegen, solange
- 16 nicht beraten werden bis sie durch die AntragsstellerInnen in geschlechtergerechter Sprache
- 17 vorgelegt werden. Diesem Umgang verpflichten wir uns ab dem Jahr 2015. Notwendige
- 18 Verfahrensregelungen werden wir für künftige Bundeskongresse entsprechend anpassen.
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43